

Nun darf ich noch ein zweites sagen. (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Scheer.)

Präsident: Herr Abg. Scheer, ich bitte, nicht ununterbrochen den Redner zu stören. Fahren Sie fort, Herr Ingenieur.

Abg. Ing. Koch: Ein zweites Wesentliches, meine Damen und Herren! Haben Sie gestern nicht auch den Eindruck gehabt, als die Bergleute da waren, daß der Herr Kollege Zagler gesagt hat, na gut, dem Landeshauptmann glauben wir ja, wenn er sich durchzusetzen vermag in Wien, und er hat den Eindruck erweckt, hoffentlich geht die Geschichte klar. Ich darf Ihnen sagen, er hätte den Bergleuten — und wir alle — einen viel besseren Dienst erwiesen, wenn er erklärt hätte: Mag auch Wien da und dort nicht ganz unseren Wünschen entsprechen, aber wir Steirer stehen gemeinsam hinter den Bergleuten, und ich bin davon überzeugt, daß das auch in Wirklichkeit der Fall ist. (Präsident Afritsch: „Hat er ja gesagt!“ — Abg. Hofbauer: „Einige Male hat er das gesagt!“)

Diese Bergleute wären dann viel beruhigter nach Hause gegangen und hätten ihren Kollegen erzählen können: „Wir haben das Gefühl, daß der Landeshauptmann, daß die Landesregierung, daß die Vertreter des steirischen Landes geschlossen hinter uns stehen. Ich glaube, das wäre viel, viel sinnvoller gewesen. Und darum geht es, glaube ich. Und ich bitte daher in Zukunft darum, wir haben ja Komitees zum Schutze dieser Arbeitsplätze und um neue Betriebe zu gründen, daß wir sachlich zusammenarbeiten und nicht politischer Effekthascherei nachgehen, weil wir damit den Bergleuten den schlechtesten Dienst erweisen. Ich darf daher empfehlen, daß in Zukunft wirklich von allen Seiten aufrichtig der Wille gezeigt wird, daß wir diesen Bergleuten dort helfen wollen und auch dort unmittelbar im Grenzland, wo die Situation am prekärsten und am schlimmsten ist. (Abg. Doktor Klausner: „Wir werden um eine schriftliche Genehmigung einkommen vorher!“ — Landesrat Sebastian: „Sagen Sie das dem Handelsminister und dem Vizekanzler Bock, uns brauchen Sie das nicht zu sagen, der soll die Bergbauförderung aufstocken von 43 auf 100 Millionen!“)

Sie brauchen nicht besorgt zu sein, wir waren zügellos in Wien, wir kümmern uns, und wir werden mit Nachdruck die Interessen auch in Wien zu vertreten wissen. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

Ich hoffe und wünsche nur, Herr Landesrat, daß wir noch recht lange durch die Prosperität der Wirtschaft in der Lage sind, viele Millionen Defizite decken zu können. Ich hoffe und wünsche das zum Segen gerade meines Gebietes. Aber wenn es morgen nicht mehr möglich sein sollte, Herr Landesrat. (Landesrat Sebastian: „Ich habe Ihnen gesagt, Sie brauchen den Appell nicht an uns zu richten, sondern an die Bundesregierung, an den Vizekanzler. Er soll zu

seinem Wort stehen und nicht sagen, das interessiert mich nicht!“ — Landesrat Wegart: „Ja, Vizekanzler-Posten sind unglückliche Posten!“)

Ich habe die Grauen und Schrecken der Arbeitslosigkeit in Pöfing-Brunn miterlebt, diese Zeiten gilt es zu verhindern, und allem diesem Bemühen gilt unser Werk. (Landesrat Sebastian: „Wollen Sie es erhalten oder nicht? Sie reden einmal so und einmal so! Ich habe gesagt, Sie sollen mit dem Vizekanzler reden, daß er den Bergbaufonds aufstockt!“)

Herr Landesrat, ich darf meine Worte noch einmal wiederholen. Ich hoffe und wünsche, daß wir noch lange in der Lage sind, alle diese Dinge decken zu können. Haben Sie mich jetzt richtig verstanden, und sind Sie nicht mehr willens, mir das Wort umzudrehen. (Landesrat Wegart: „Was macht man in der Gebietskrankenkasse, wenn sie kein Geld hat?“ — Abg. Ileschitz: „Solange sie mehr leistet, als sie gesetzlich zu leisten verpflichtet ist, darin liegt es!“)

Meine Damen und Herren, ich wollte nicht mehr und nicht weniger, als einen Appell richten, daß wir in dieser Sorge, wie schon so oft, gemeinsam zusammenstehen, um dieses echte Problem auch gemeinsam bewältigen zu können. Sonst wird es uns nicht gelingen, weil es wirklich mit größten Schwierigkeiten verbunden ist.

Nun darf ich zum Gewerbe Stellung nehmen. Im Unterabschnitt 751 der Gruppe 7 befinden sich die bescheidenen Ansätze zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft. Die gewerbliche Wirtschaft ist ein wesentlicher Faktor im steirischen Wirtschaftskörper. Sie beschäftigt rund 122.000 Menschen. In der Industrie sind es etwa 101.000. Aber auch das Steueraufkommen ist eine beachtliche Steuersäule in der Wirtschaft; es war nämlich ein Gewerbesteueraufkommen im Jahre 1963 von 466 Millionen Schilling. Das Wesentliche aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Heranbildung von Fachkräften in der gewerblichen Wirtschaft. Sie alle wissen, es ist dies in diesem Hohen Hause vor nicht allzu langer Zeit erwähnt worden — daß in den nächsten 10 Jahren etwa 100.000 junge Menschen ausgebildet werden, die ja nur zu einem kleinen Teil, zu einem schwachen Drittel, in der gewerblichen Wirtschaft verbleiben. Der größere Teil fließt der übrigen Wirtschaft zu. Ich gebe zu bedenken, wie würde es aussehen, wenn diese Vielzahl von Facharbeitern nicht herangebildet werden könnte?

Ich darf in diesem Zusammenhang auch eine kleine Bemerkung machen zu den Äußerungen des Herrn Kollegen Wuganigg, der gemeint hat, daß die Lernerfolge in der gewerblichen Wirtschaft nicht allzugroße seien. Sie haben, glaube ich, einen Prozentsatz von 14 bis 16 Prozent genannt, die ihre Prüfung nicht bestehen. Zur Richtigstellung möchte ich folgendes sagen: Im Gewerbe, das besteht aus Handel, Gewerbe, Fremdenverkehr und Verkehr, gibt es 104 Be-

rufsgruppen. Und in diesen 104 Berufsgruppen, Herr Kollege, ist der Lernerfolg, sind die Prüfungsergebnisse sehr differenziert. Man kann also nicht sagen, 14 oder 16 Prozent hätten die Prüfung nicht bestanden. Da liegt ja vielleicht auch die große Schwierigkeit, in der großen Differenzierung und in den vielen Berufsgruppen. Ich darf Ihnen aber auch sagen, Herr Kollege Wuganigg, das Berufsschulwesen in Steiermark ist ja nicht sehr alt und die älteren Kollegen hier in diesem Hause wissen, wie dornenvoll dieser Weg war. Wir haben vor 13 Jahren noch den Zustand gehabt, daß noch in Baracken und Gasthäusern und in Kinderfreunde-Heimen und wo immer eben die Möglichkeit war, die Berufsschule abgehalten wurde. Ich selbst habe 10 Jahre lang nebenberuflich als Berufsschullehrer gewirkt und es waren triste Verhältnisse. Nun ist es gelungen, einen beachtlichen Teil der steirischen Lehrlinge in erstklassigen Landes-Berufsschulen unterzubringen, die mustergültig in ganz Europa sind, weil wir uns ja die gewonnenen Erfahrungen zunutze gemacht haben. Es hat viele Schwierigkeiten gegeben, ja es gibt auch heute noch große Probleme, um die restlichen Lehrlinge auch noch in vereinfachten Berufsschulen unterrichten zu können neben der Meisterlehre. Es gibt noch so viele Probleme, daß noch keiner von uns, die sich seit vielen Jahren mühevoll um diese Entwicklung annehmen, auf die Idee gekommen ist, zu überlegen, wo wir die Bilder, die wir in den Schulen aufhängen wollen, suchen müßten oder wieviel sie kosten. Wir haben viel echtere Probleme. Das wollte ich nur ganz kurz dazu sagen.

In der Steiermark gibt es 15.790 Gewerbebetriebe. 10.000 Betriebe beschäftigen zwischen 1 bis 3 Mann, sind also Kleinbetriebe, 4.000 beschäftigen zwischen drei und sieben Mann, also Kleinbetriebe, Mittelbetriebe gibt es nur 1.673, die bis zu hundert Mann beschäftigen und nur 117 Großbetriebe, die über 2.000 Menschen beschäftigen. Die Klein- und Kleinbetriebe machen also nahezu 90 Prozent in der gewerblichen Wirtschaft aus und wenn ich Ihnen berichte, daß die Unternehmer dieser Klein- und Kleinbetriebe vielfach unter dem Durchschnitt des Einkommens der Arbeitnehmer oder Angestellten unterer Klassen verdienen, so erzähle ich Ihnen damit nichts Neues und verrate gar kein Geheimnis.

Auch in den Mittel- und Großbetrieben gibt es nur wenige, die als krisenfest anzusprechen sind. Die in den meisten dieser Betriebe dringend notwendigen Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen sind aus Kapitalmangel meistens nicht möglich. Vielfach bringt das fehlende Betriebskapital den gewerblichen Unternehmer in größte Schwierigkeiten.

Ich darf nun noch eine kleine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Loidl sagen, der in seinen Ausführungen sehr Wahres und Sinnvolles gesagt hat, aber auch das Endergebnis seiner Ausführungen war das, daß man

sagt, die Verteilung des Nationalproduktes sei die wesentliche Frage. Ich darf das unterstreichen und ich darf Ihnen sagen, es müßte dort die Grenze sein, wo beide Partner sich zusammensetzen und sagen, hier müssen wir einmal von diesem Gewinn dringend investieren, damit wir auch morgen und übermorgen den Arbeitsplatz sichern können. Ich zweifle vielfach nicht am guten Willen auf beiden Seiten, ich glaube aber, daß man gerade dieser Sache besonderes Augenmerk schenken muß.

Die Zahlungseingänge, im besonderen bei öffentlichen Aufträgen, betragen meistens das Mehrfache der gewährten Zahlungsfrist seitens der Lieferanten, wobei Löhne, Steuern, Sozialabgaben usw. pünktlich geleistet werden müssen. Ich darf hier vielleicht noch aufzeigen, in der Zeit in der ich diesem Hohen Hause angehöre, hat sich die Budget-Summe mehr als vervierfacht. Das Bauvolumen, das in diesem Lande bewältigt worden ist, ist auch um mehr als das Vierfache mitgestiegen. Mir war seit Jahren nicht klar, daß die gleiche Belegschaft des Landesbauamtes in der Lage ist, diese gewaltige Summe zu verkraften, zu dirigieren, zu übersehen und zu verarbeiten.

Im Gegenteil, der Stand der Beschäftigten im Landesbauamt ist in diesen Zeiten ja sogar noch geringer geworden. Wenn wir da oder dort Schwierigkeiten sehen, so liegen sie vielfach auch in dieser Tatsache begründet. Es ist auch davon gesprochen worden, wie schwer es ist, Fach-Ingenieure usw. zu gewinnen und wir wissen auch noch gar nicht, wie die Zukunft in dieser Richtung aussehen wird. Eines steht jedenfalls fest, daß die technische Entwicklung, die Baumaschinen und alle diese Einrichtungen rascher sich entwickelt haben als wir in der Lage waren, die ganze Überwachung, Abrechnung und dergleichen mitentwickeln zu können. Die Abrechnungen öffentlicher Aufträge sind so umfangreich und kompliziert geworden, daß sie der kleine Unternehmer kaum noch beherrscht. Die Überprüfung durch die Bauleitung, das Landesbauamt, in der Buchhaltung, ja oft noch im Bundesministerium, verursachen große Zahlungsverzögerungen. Ebenso führen Auftragserteilungen, die weit über den Finanzierungsplan hinausgehen, zu großen Zahlungsrückständen und wir haben im Laufe dieser Budget-Debatten gehört, daß oft Bauten, die begonnen worden sind, die präliminiert waren mit 8 oder 10 Millionen, am Ende 16 Millionen und noch mehr gekostet haben. Das führt natürlich dazu, daß gerade in der gewerblichen Wirtschaft diese Zahlungsverzögerungen größte Schwierigkeiten verursachen. Mit Nachdruck wird daher von der Wirtschaft verlangt, daß alle Maßnahmen in die Wege geleitet werden, damit die Zahlungstermine von öffentlichen Aufträgen in wirtschaftlich tragbare Grenzen gebracht werden können. Viele gewerbliche Kleinbetriebe haben zur Bewältigung des Papierkrieges Angestellte einstellen müssen. Die Statistik hat gezeigt, daß die Zunahme in den letzten 10 Jahren 45 Prozent für die Angestell-

ten in der gewerblichen Wirtschaft beträgt. Die produktiven Kräfte haben nur um 10 Prozent zugenommen. Im Amtsbereich ist die Abrechnungsbeschleunigung und die Vereinfachung über das Rechenzentrum eine zwingende Notwendigkeit und bedarf einer raschen Verwirklichung. Wir haben gerade in den letzten Tagen gehört, daß es bereits Ansätze gibt, daß auch dieses große Baugeschehen dahingehend entwickelt wird, daß wir über das Rechenzentrum, über den Computer, diese Dinge bewältigen können.

Es wird sicherlich noch einige Jahre dauern, aber ich glaube, wir können mit Optimismus dieser Entwicklung entgegensehen. In immer größerem Maße wird die öffentliche Hand zum Auftraggeber. Ich muß die Frage stellen, wie lange es noch dauern wird, bis der freie Unternehmer als Angestellter des Staates öffentliche Aufträge als Beschäftigungstherapie betrachtet.

Zur Wirtschaftsförderung muß folgendes festgehalten werden: Die Angleichung an das europäische Leistungsniveau erfordert umfangreiche Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen; Schulungen, Umstellung, Spezialisierung, Studien über Aufstockungsmöglichkeiten bei gut florierenden Betrieben u. dgl. müssen nach eingehender Marktforschung in der gesamten steirischen Wirtschaft und im besonderen in der gewerblichen Wirtschaft raschest durchgeführt werden. Ebenfalls sind Studien durchzuführen, wo, für welche Sparten und für welche Produktionsteile gewerbliche Betriebe als Zubringer für die Industrie herangezogen werden können. Solche Koordinierungen zwischen Gewerbe und Industrie werden in fortschrittlichen Ländern schon lange gepflogen. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind beachtliche Mittel und gut ausgebildete Betriebsberater, die wiederum Geld kosten, erforderlich. Erfahrungsgemäß wird ein Vielfaches eines solchen Aufwandes durch Vermeidung von Fehlinvestition und wirtschaftliche Entwicklung wiederum eingespart. Die besondere Schwierigkeit dieser Aufgabe liegt in der Vielfalt der Berufsgruppen — das wurde bereits aufgezeigt — in Gewerbe, Handel, Fremdenverkehr und Verkehr sind es deren 104. Aber noch eine Reihe von wirtschaftsfördernden Maßnahmen, wie Förderung von Kursen, Vorträgen, Seminaren, Messen, Ausstellungen und Muster-schauen im In- und Ausland, berufliche Spezialausbildungseinrichtungen, Zweck- und Grundlagenforschung und dergleichen mehr müssen rasch verwirklicht werden.

Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat in Erkenntnis dieser großen Aufgaben alle ihre Möglichkeiten mobilisiert. Vielen tausend Kammerangehörigen, Arbeitern und Angestellten der gewerblichen Wirtschaft wird durch das Wirtschaftsförderungsinstitut fortschrittliches Fachwissen vermittelt. Fachfilme, Exkursionen, Seminare, Kurse und Vorträge werden in immer größerer Zahl vom Wirtschaftsförderungsinstitut angeboten.

Mit vielen Millionen wurden auch vier große, moderne Hallen errichtet in Graz, die mit modernsten Maschinen und Apparaten zur Vermittlung neuer Fertigungstechniken ausgestattet werden sollen. Ebenfalls wurden und werden von der Handelskammer viele Millionen zur Errichtung von Internaten an Landesberufsschulen aufgewandt. Da die Handelskammer allein diese gewaltigen Aufgaben in dem erforderlichen Tempo und Umfang nicht bewältigen kann, wurde das Land um Mithilfe gebeten. Nur wenige Prozent jener Millionen, die alljährlich vom Land für nichtgesetzliche Aufgaben aufgewendet werden, wurden von der Wirtschaft erbeten. Leider konnte sich noch der Finanzreferent für diese große Ausgabe nicht entschließen. Die Zukunft wird uns gnadenlos sehr empfindsame Versäumnisfolgen präsentieren, sollten wir nicht rechtzeitig alle Maßnahmen für das Wirtschaftswachstum in unserem Lande in die Wege leiten. Ich muß daher mit allem Nachdruck die zwingende Forderung erheben, daß im nächsten Budget die dafür erforderlichen Dotierungen erfolgen, damit auch morgen und übermorgen der Arbeitsplatz und der Wohlstand in unserem Lande gesichert bleiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Ileschitz das Wort. Als nächster Redner ist Herr Präsident Koller vorgemerkt.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Seit urdenklichen Zeiten ist unsere Steiermark ein Land der Grundstoffindustrie. Erz, Kohle und Holz gaben unserem Land das Gepräge und damit im Bewußtsein des ganzen österreichischen Volkes den Begriff der ehernen Mark. Waren es in früheren Jahrhunderten unsere Hammerwerke, die das Erz verhütteten, unser Eisen und Stahl verarbeiteten, so ist es seit rund einem Jahrhundert die damals geschaffene Österreichisch-Alpine-Montan-Gesellschaft, in der weiteren Folge die Gründung der Böhler-Werke, der Styria-Werke und anderer, die immer mehr dafür sorgten, daß die ehernen Mark diese auch blieb. Nach Beendigung des Ersten Weltkrieges und dem danach folgenden Friedensvertrag von St. Germain mußten große Teile der Steiermark an Jugoslawien abgetreten werden. Viele bedeutende eisenverarbeitende Werke, die vorher Eisen und Stahl von den genannten Unternehmen bezogen hatten, kamen als Abnehmer nicht mehr in Frage. Doch nicht nur durch diesen Gebietsverlust allein, sondern vor allem durch die Schaffung der Nachfolgestaaten der Österr.-Ungarischen Monarchie kamen diese ehemals blühenden Eisenhüttenwerke in große wirtschaftliche Bedrängnis. Es mußte der Versuch unternommen werden, nach dem Verlust der traditionellen Absatzgebiete neue irgendwo in der Welt zu finden. Dies war nicht einfach. Wir kennen alle die ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg.

Wir wissen, daß wir über lange Strecken nur einen einzigen Hochofen in Donawitz hatten

und dieser mitunter nur drei Monate von zwölf eines Jahres in Betrieb war. Wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit größten Ausmaßes waren die Folgen. Dann kam die Okkupation Österreichs im Jahre 1938 und damit verbunden ein scheinbarer wirtschaftlicher Aufschwung für unsere Industrie. Doch nicht lange sollten wir uns dieses Aufschwunges erfreuen. Der Zweite Weltkrieg begann, auf Hochtouren arbeiteten diese Unternehmungen, um nach dem Zusammenbruch des sogenannten Tausendjährigen Reiches mit Beendigung des Zweiten Weltkrieges wirtschaftlich wieder dort zu stehen, wo wir in den Dreißigerjahren waren, ja sogar noch schlechter. Nach Begründung der Zweiten Republik und Verstaatlichung der Rohstoffbasen, wie Erz- und Kohlenbetriebe sowie der Eisenhüttenwerke, des großen Nachholbedarfes auf allen Gebieten gelang es, diese Unternehmungen im Lande einer neuerlichen Blüte, man kann sagen wie nie zuvor, entgegenzuführen. An Stelle eines Hochofens wurden vier errichtet und in Betrieb genommen. Verbunden damit war aber auch ein großzügiger Ausbau unserer Eisenhüttenwerke. Österreich, das in der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg bzw. der Okkupation auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt kaum mitzählte, ist heute zu einem sehr beachtlichen Faktor in diesem Wirtschaftszweig nicht nur in Europa, sondern darüber hinaus geworden. Aber nicht nur wir bauten solche Betriebe aus. Die westlichen Länder Europas mit ihren riesigen Konzernen vervielfachten und steigerten die Produktion und die Kapazität ihrer Monsterbetriebe. Aber auch der Osten blieb nicht müßig. In den früher ausschließlich agrarischen Ländern ging man daran, sich auch industriell auf eigene Füße zu stellen. Es entstanden gigantische Eisen- und Stahlkombinate. Traditionelle Absatzgebiete gingen damit zwangsläufig verloren. Trotzdem war es möglich, die Produktion unserer steirischen Betriebe weiter zu steigern und durch die Güte ihrer Qualität auch die notwendigen Käufer auf dem Kontinent und in Übersee zu finden. Eine ähnliche Entwicklung war auch auf dem Gebiet der Forstwirtschaft zu verzeichnen.

Nur wenig von den produzierten Eisen-, Stahl- und Holzmengen wurde und wird im Lande weiterverarbeitet. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß wir vor ernststen Gefahren in unserer wirtschaftlichen Weiterentwicklung stehen. Das gleiche gilt auch für die Kohle, in den letzten Jahren aber auch schon für Magnesit. Ist die Kohle mehr oder weniger ein inländisches Problem, das bei Vernunft, Planung und gutem Willen ohne weiteres lösbar ist, so ist die Situation auf dem Holz-, Eisen- und Stahl- sowie Magnesitmarkt eine viel schwieriger zu lösende Aufgabe. Durch die Randlage, in der wir Steirer uns befinden, kommen auch von der Transportseite her weitere Belastungen, die wiederum unseren Export belasten.

Ein Erzberg, die anderen Bergbaue und auch unsere Hüttenwerke können nicht versetzt oder

verschoben werden. Trotzdem müssen diese Unternehmungen auf alle Fälle erhalten bleiben. Wie könnte dies am ehesten geschehen? Meiner Auffassung nach nur dadurch, daß man ernstlich darangeht, in unserem Land nur bescheiden vorhandene Weiterverarbeitungsbetriebe sowohl auf dem Eisen- und Stahl-, als auch auf dem Holz-Sektor auszubauen. Und zwar nach der Seite der lohnintensiven Final-Industrie. Dies ist aber ein Beginnen, das allein schon in unserem österreichischen Rahmen nicht überall auf Gegenliebe stößt. Man ist der Auffassung, die Steiermark hat die Grundstoff-Industrie und die übrigen Bundesländer die Finalindustrie.

Die Steirer sollten bei Eisenerz, Holz, Stahl bleiben. Dazu kommt noch die große Schwierigkeit im Kohlenbergbau. Auf höchster Ebene ist man kaum an der Erhaltung der Kohlenbergbaubetriebe im bekannten Ausmaß interessiert, was ja schon vielfach hier in diesem Hause in den letzten Tagen auch ausgesprochen wurde. Gerade aber durch das Kohlenproblem hervorgerufen, beginnt man sich nunmehr — und zwar endlich mit vereinten Kräften — einer Änderung der Strukturpolitik zu unterziehen. Wir wissen dabei, daß das ein ganz schweres Beginnen ist. Allgemein ist der Ruf laut geworden nach Industrie-Neugründungen auf privater Ebene ebenso wie auf kommunaler und Landesebene. Jeder in unserem Bundesland ist zumindest davon überzeugt, daß strukturpolitische Maßnahmen getroffen werden müssen, und zwar vorerst in jenen Gebieten, in denen die Kohlenbergbaue liegen. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, in der Gegend des steirischen Erzberges, aber auch bei der Magnesitindustrie, solche Maßnahmen zu treffen, wie z. B. auf Grund der Schwierigkeiten in Groß-Veitsch. Alle diese Tatsachen sind bereits hinlänglich — zumindest in unserem Bundesland — jedem geläufig. Man ist sich auch einig in der Meinung, das es in diesen Gebieten mit Unterstützung des Staates und des Landes zu Industrie-Neugründungen kommen muß.

Um aber mit der internationalen Konkurrenz Schritt halten zu können, ist es notwendig, durch verstärkte Investitionen, durch Modernisierung der Produktionsmittel, konkurrenzfähig zu bleiben. Durch diese erforderliche Modernisierung werden aber in immer größerem Ausmaß Arbeitskräfte frei, die dann auch zu Pendlern werden. Tausende und aber Tausende Menschen werden das Pendler-Heer verstärken und diese werden kaum mehr Zeit finden, um in ihrer Wohnstätte wenigstens noch schlafen zu können.

Ich möchte nur auf die Ausführungen des Abg. Schön in diesem Zusammenhang verweisen, der sehr deutlich zum Ausdruck brachte, daß auf dem Erzberg vor nicht allzu langer Zeit um weit über tausend Beschäftigte mehr waren, die dann aber entweder gekündigt wurden oder durch den natürlichen Abgang den Stand der Belegschaft verminderten, weil man auf diesem Berg auf Grund der scharfen internationalen Kon-

kurrenz gezwungen war, Investitionen zu tätigen, wodurch Maschinen nunmehr die Arbeitskraft der Menschen in großem Ausmaß ersetzen müssen.

An Plänen allgemein gehaltener Natur mangelt es ja vor allen Dingen seit der Kohlenfrage nicht mehr, wohl aber an Plänen spezieller Natur. Hier kann und darf es nicht zu Experimenten kommen! Es muß unser aller Aufgabe sein, sehr rasch — die Zeit drängt — zu erforschen, welche Produktionszweige es gibt, die nicht nur in den nächsten zwei bis drei Jahren Bestand haben, sondern weit darüber hinaus. Diese Aufgabe ist meiner Meinung nach unvergleichlich schwieriger zu lösen als z. B. die Frage der Erstellung eines Energieplanes, der doch Kohle, Wasserkraft und Erdöl, soweit österreichischer Provenienz, im Rahmen der Verstaatlichten Industrie umfaßt. Trotz jahrelanger Forderung nach Erstellung eines Energieplanes und der vorhin aufgeführten Tatsache scheiterte die Erstellung eines solchen an Kompetenz- und finanziellen Schwierigkeiten. Darüber hinaus spielen wohl auch die Interessen der ausländischen Erdöl-Konzerne eine große Rolle. Ist doch gerade von dieser Seite her festzustellen, daß die Kohle im Rahmen eines Energieplanes kaum einen Platz eingeräumt erhalten soll.

Schon allein das Aufzeigen des Versagens auf diesem Sektor, dessen Bereinigung ja doch vorwiegend in unseren Händen läge, zeigt, um wieviel schwieriger es ist, erfolgsversprechende, neue Produktionsbetriebe mit einem Erzeugungsprogramm, das in Österreich noch nicht vorhanden ist, zu finden, durch die die bereits vorhandene Industrie nicht konkurrenziert wird. Niemand war bisher imstande, zu sagen, welche Produkte in diesen neu zu schaffenden Betrieben erzeugt werden sollen, die gleichzeitig auch auf das vorhandene frei gewordene bzw. frei werdende Arbeitskräfte-Potential Rücksicht nehmen. Wir dürfen nicht vergessen, daß es hier um Arbeitskräfte geht, die Schwer- und Schwerstarbeit gewohnt sind, ob sie nun aus Hüttenbetrieben oder aus Bergbaubetrieben kommen. Man kann natürlich diese Menschen nicht ganz einfach zu einer feinmechanischen Industrie als Arbeitskräfte abstellen oder in die Textilindustrie, sondern man muß Industriebetriebe finden, die auch der Ausbildung dieser Menschen in irgendeiner Form gerecht werden.

Sehr aufmerksam wird man daher Fachleute auswählen müssen, die gemeinsam, egal aus welchen Behörden oder Organisationen sie kommen und unbeschadet ihrer politischen Einstellung, Marktforschung betreiben und imstande sind, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Gerade beim Versuch, die Probleme des österreichischen Kohlenbergbaues zu lösen, hat es sich gezeigt, daß man nicht x-beliebige Beamten-Komitees auf Bundes-Ebene erstellen kann, die von der Materie keine Ahnung haben und auch nicht ernstlich bemüht sind, konkrete und haltbare Unterlagen auszuarbeiten. Viele Monate

kostbarer Zeit, auch erhebliche finanzielle Mittel wurden dabei verloren.

Umgekehrt wurde hiebei unter Beweis gestellt und mußte allgemein anerkannt werden, daß aus den Organisationen der Arbeiter- und Angestelltenschaft, der Betriebsräte und Gewerkschaften, der Kammern und der Landesregierung erst positive Teil-Grundlagen erarbeitet wurden. Sollte daher die Änderung der Strukturpolitik in der Steiermark zu einem positiven Ergebnis führen, kann und darf auf die weitere entscheidende Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen nicht verzichtet werden.

Vielmehr müßten alle jene Gutgesinnten, sowohl von der Arbeitnehmer- als auch von der Arbeitgeber-Seite, als auch der Behörden, Menschen aus der Politik, Wirtschaft und nicht zuletzt der Arbeitsämter und der Landesregierung zusammenkommen, um gemeinsam diese Frage nicht nur zu beraten, sondern auch zu effektuieren.

In diesem Zusammenhang — der Herr Landeshauptmann ist nicht hier — möchte ich eine Frage an den Herrn Landeshauptmann richten, welche Stellen sind mit der Grundlagenforschung für die Umstruktuiierung speziell der Kohlenbergbaugebiete beauftragt? Ist dies nur die steirische Studienkommission für den Bergbau, die errichtet wurde? Wie ist die Zusammenarbeit dieser Stellen zur Erstellung eines ganzzeitigen Konzeptes, wie dies die derzeitige Lage dringend erforderlich macht, vorgesehen? Welche Produkte wären lukrativ?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Fragen, die uns sehr maßgeblich und sehr entscheidend interessieren. Und ich möchte sagen, daß es dabei völlig unnötig ist, wenn z. B. wie gestern der Abg. Zagler aus einem über-vollen Herzen heraus und als Vertreter einer Menschengruppe, die da im besonderen jetzt betroffen ist, vielleicht nicht ganz in wohlgesetzten Worten, aber voller Ernst und auch sinn-gemäß Stellung nimmt für seine Bergarbeiter, wenn er aus seiner Erfahrung heraus sagt — und wir wissen es — es ist bei uns im Lande auch schon zu Industrie-Neugründungen gekommen, Subventionen des Landes wurden gewährt, es waren Ausländer darunter, auch aus der Bundesrepublik, die haben nur getrachtet, sich hier eine neue Basis zu schaffen, haben dann Schiffbruch erlitten, und so Schiffbruch erlitten, daß sie in den Konkurs gegangen sind, daß sie Arbeiter und Angestellte, die ungesiedelt sind — ich erinnere da an eine Betriebsneugründung in Mautern — vor die erschreckende Tatsache stellten, nicht einmal ihre Restlöhne mehr aus der Konkursmasse heraus erhalten zu können. Solche Beispiele waren es, die Zagler gestern brachte und auf die er hingewiesen hat.

Vielleicht nicht ganz — ich betone noch einmal — in so wohlgesetzten Worten, er hat aber

auch die Beispiele aus den Betriebseinstellungen im Kohlenggebiet, im Wieser bzw. im Eibiswalder Kohlenggebiet gebracht. Wir haben dort eine Unmenge kleiner Betriebe gehabt. Die Arbeiter, gerade die Bergarbeiter mit ihrer unglaublichen Betriebstreue, haben oft wochen- und monatelang auf jegliche Lohnzahlung verzichtet, weil man sie von der Unternehmenseite aus immer wieder vertröstet hat: „Nächste Woche bekommt ihr schon euer Geld. Ich habe noch soviel ausständig, oder ich verkaufe wieder so und soviel Kohle.“ Mit dem Endergebnis, daß es auch uns dann als Gewerkschaft nicht möglich war, außenstehende Löhne hereinzubringen. Wir haben dort Menschen gehabt, die wochenlang auf Kredit Waren kauften und dann keine mehr erhielten, weil sie nicht imstande waren, die bereits vorher bezogenen Waren zu bezahlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind Erfahrungen aus den letzten Jahren. Können Sie also die mahnenden Worte eines Zagler nun begreifen? Und ich möchte auch ersuchen, die Worte Zaglers so zu werten, wie sie gesprochen waren, nicht als Gehässigkeit, sondern aus der tiefen Sorge heraus jener Menschen, die er zu vertreten hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte nunmehr zum Abschluß kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren und sagen, daß jeder Steirer, dem die Entwicklung unseres Bundeslandes etwas bedeutet, an der Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in diesem Lande mithelfen soll und mithelfen muß. Es muß jeder Steirer, dem die wirtschaftliche Umstruktuiierung in diesem Lande etwas bedeutet, aus vollem Herzen mithelfen, diese auch zu erreichen. Ich möchte hier die Erklärung abgeben, daß wir Sozialisten uns zu einer ehrlichen und aufrichtigen Lösung dieses Problems bekennen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Koller. Als nächster Redner ist Abg. Prenner vorgemerkt.

3. Präsident Koller: Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die tierische Veredelungsproduktion ist in der Steiermark in Hunderttausenden von Betrieben der Hauptbetriebszweig, und ich möchte mich mit ihren Auswirkungen im engeren und weiteren Sinne unterhalten bzw. befassen, weil ich auch der Meinung und Überzeugung bin, daß die Auswirkungen dieses Betriebszweiges Landwirtschaft weit über den Rahmen der Landwirtschaft hinausgehen.

Bei einem Gesamt tierbestand in der Steiermark von 13.000 Pferden, 470.000 Rindern, 496.000 Schweinen und über 2 Millionen Stück Geflügel bringen die Einnahmen aus der Tierhaltung der steirischen Landwirtschaft den Hauptanteil des bäuerlichen Einkommens.

Die wirtschaftliche Situation der Viehwirtschaft in der Steiermark und in ganz Österreich hat sich 1966 zeitweise sehr beunruhigend ge-

staltet. Ausgelöst durch die Marktordnungsmaßnahmen der EWG, wurde durch die eingehobenen Abschöpfungsbeträge, die im Juli und August d. J. bis zu 6 Schilling pro Kilo Lebendgewicht bei Rindern betragen haben, der Lebendrinderexport stark gedrosselt und hat sich das auch in den Exportzahlen ausgewirkt.

So konnten bis 31. 10. 1966 aus der Steiermark nur 3.900 Stück Schlachtrinder gegenüber 6.600 Stück im selben Zeitraum des Vorjahres exportiert werden, das sind um 41 Prozent weniger. Der Zucht- und NutZRinderexport hielt sich ziemlich gleich. Eine beachtliche Steigerung, und das, Hohes Haus, muß auch festgestellt werden, weil sich daraus einige Schlußfolgerungen ableiten lassen, hatte allerdings der Rindfleischexport aus der Steiermark zu verzeichnen. Hier ist ein Zuwachs von über 60 Prozent festzustellen. Diese Erhöhungen beruhten zum Teil auf den gewährten Stützungsbeträgen und zum Teil darauf, daß sich in der modernen Entwicklung und im modernen Verkehr der Güter eine starke Verlagerung vom Lebendviehexport auf den Fleischexport bemerkbar machte.

Diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeichnet aber zwei Dinge ganz scharf heraus:

1. Der vorausblickende Bau von Schlachthöfen und modernen Verarbeitungsanlagen ist ein Gebot der Stunde. Sie haben sich dort, wo sie bereits errichtet wurden, gut bewährt und uns den Anschluß an die modernen Erfordernisse erleichtert.

2. Hinsichtlich der Aufrechterhaltung unserer lebensnotwendigen Exporte ist die Frage einer baldigen Regelung unserer EWG-Beziehungen zu einem ersten Problem für die gesamte Landwirtschaft geworden. Das ist in diesem Hause im Verlaufe der Budgetdebatte schon mehrmals zum Ausdruck gekommen. Die jetzige diskriminierende Entwicklung auf diesem Sektor — und das muß festgestellt werden — wirft ernstlich die Frage auf, wie lange wird unsere Landwirtschaft und mit ihr die Wirtschaft unseres Landes eine solche Diskriminierung unserer Exporte aushalten?

Daß dabei auch die Handelsbilanz nicht ungeschoren davonkommen kann, braucht nicht extra betont zu werden. Die 2,4 Milliarden Schilling Agrarexporte — zu einem hohen Prozentsatz in die EWG gehend — (ohne Holz) sind nicht ohne weiteres zu ersetzen.

Nun zu einem weiteren Problem. Um die große Zahl der anfallenden Einstellrinder — und die Absatzfrage spielt hier eine entscheidende Rolle — aus den oxsenproduzierenden Bergbauerngebieten an die Mäster im Maisbaugebiet abzusetzen, war es erforderlich, im Rahmen der Lebendbevorratungsaktion 1966 den Mästern pro eingestelltem Rind eine Futterprämie von 500 Schilling sozusagen als Initialzündung zuzu-

sichern. Der Zweck dieser Aktion wurde voll erreicht, denn bei einem Gesamtauftrieb von 2.580 Stück Rindern konnten 1910 Stück verkauft bzw. eingestellt werden. Was das für viele bäuerliche Betriebe bedeutet, kann nur der ermessen, der mit der Materie und mit diesen Dingen vertraut ist. Die Lebendbevorratungsaktion ist aus diesem Umstand voll berechtigt gewesen, denn es kann nicht angenommen werden, daß die große Zahl von Einstellrindern ohne diese Interventionsmaßnahme hätte abgesetzt werden können. Sicherlich wäre es aber zu einem starken Preisverfall gekommen. Hier muß dankbar vermerkt werden, daß die Landesregierung über Antrag des zuständigen Regierungsmitgliedes S 500.000.— für diesen Zweck bereits bewilligt hat und S 400.000.— noch dringend gebraucht werden. Wir erhoffen auch diese Bewilligung.

Die Tbc- und Bangbekämpfung konnte erfolgreich abgeschlossen werden und ist im kommenden Jahr aus periodischen Untersuchungen — Gott sei Dank, sage ich — nur mehr mit einem Anfall von ca. 1.000 Reagenten zu rechnen.

Der Schweinebestand ist nach der letzten Zählung wieder im Ansteigen. Soweit man eine Prognose stellen kann, dürfte die Versorgung mit Schweinefleisch 1967 sichergestellt sein, während es im Sommer dieses Jahres durch ein Wellentief im Schweinezyklus zu Schwierigkeiten in der Belieferung der heimischen Märkte kam.

Durch eine Produktionsausweitung auf dem Maisbausektor, welche dank der Leistungen bei den Hybridzüchtungen möglich war — hier ist die Saatzuchtanstalt Gleisdorf maßgeblich beteiligt —, wurde die Schweinehaltung auf eine gesunde Futterbasis gestellt.

Hinsichtlich der speziell den Konsumentenwünschen entgegenkommenden Qualitätsverbesserungen in der Schweinezucht kann gesagt werden — und das sage ich sehr gerne, weil es irgendwie im Zuge der Zeit liegt —, daß nach den Ergebnissen der Mast- und Schlachtleistungsprüfanstalt Gleisdorf es möglich war, innerhalb von 5 Jahren die Rückenspeckdicke von 3,37 cm auf 2,86 cm zu senken und das Karrefleisch von 27 cm² auf 34,95 cm² zu steigern. (Abg. Karl Lackner: „Also alles für den Konsumenten!“ — Landesrat Wegart: „Wie ist denn das beim Schnitzel?“) Sicherlich eine „Frohe Botschaft“ für alle „Schnitzliebhaber“ und die, die vor jeder Speckfaser Angst haben.

Zur Skizzierung, meine sehr Verehrten, der Situation in der steirischen Geflügelwirtschaft möchte ich wörtlich einen objektiven Bericht zitieren, weil sonst hat es vielleicht den Anschein, ich sei hier einseitig interessiert. (Landesrat Sebastian: „Ah, das hätten wir nicht geglaubt!“ — Abg. Scheer: „Das hätten wir nie geglaubt!“) Der Veterinär-Jahresbericht 1964 für das Bundesland Steiermark schreibt wörtlich folgendes: „Um dem Aufschwung der Geflügel-

wirtschaft im Rahmen der steirischen Landwirtschaft gerecht zu werden, wurde an Hand der Viehzählungsergebnisse die Entwicklung innerhalb der letzten 5 Jahre in den einzelnen politischen Bezirken untersucht. Die größte Expansion ist im Einzugsgebiet der steirischen Geflügelmastgenossenschaft zu verzeichnen (Landesrat Wegart: „Wo ist denn das?“) mit einer Zunahme der Hühnerzahl von 40,9 Prozent im Bereiche der Bezirkshauptmannschaft Feldbach, um 22, 2 Prozent im Bereich der Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld, 23 Prozent im Bereich der Bezirkshauptmannschaft Radkersburg und 12 Prozent im Bereich der Bezirkshauptmannschaft Weiz. Insgesamt — schreibt der Veterinär-Jahresbericht — registrierte man anlässlich der Viehzählung am 3. Dezember 1964 713.000 Stück Geflügel, ein gutes Drittel des gesamten steirischen Bestandes in dem oben genannten Landesteil.“

Zusammenfassend, Hohes Haus, muß gesagt werden, daß die Weiterführung der bestehenden Förderungsmaßnahmen auch im kommenden Jahr im gemeinsamen Interesse unbedingt notwendig erscheint. Die Qualität der heimischen Tierzucht ist in jeder Hinsicht konkurrenzfähig. Sie verträgt allerdings keine einseitige Beschränkung und dergleichen, weder im Export, noch auf dem heimischen Markt.

Der Weg zur Produktionsvereinfachung und der Zusammenschluß der gemeinsamen Produktions- und Absatzmöglichkeiten muß konsequent weiter beschritten werden. Das ist uns Bauern klar. Und von diesem Gesichtspunkt aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, mögen alle in diesem Budget im Rahmen der Tierzuchtförderung eingesetzten Mittel gesehen werden.

Im Jahre 1967 stehen fast 6,9 Millionen Schilling im Rahmen der Tierzuchtförderung in diesem Budget zur Verfügung, um durch verschiedene Maßnahmen eine Steigerung und Verbesserung der tierischen Produktion zu erreichen.

Einen schönen Erfolg — das darf ich auch anführen — konnten die bereits seit Jahren laufenden produktionssteigernden Maßnahmen zeitigen. So wurden beispielsweise im Jahre 1965 Rinder, Schweine und Fleisch um 1,6 Milliarden Schilling aus Österreich exportiert. Der Exporterlös für Milch und Milchprodukte betrug über 700 Millionen Schilling.

Wir ersehen daraus, — ich glaube, das kann festgestellt werden — daß unsere bäuerlichen Betriebe nicht nur die Versorgung der Bevölkerung in hervorragender Weise bewältigen, sondern darüber hinaus in der Lage sind, den volkswirtschaftlich so wichtigen Export zu unterstützen und hier wesentlich zum Ausgleich unserer Handelsbilanz beizutragen.

Nun, Hohes Haus, darf ich mich vielleicht zwei speziellen Problemen kurz zuwenden:

Das eine ist sozusagen ein innersteirisches

Problem und das andere geht allerdings auch über unsere steirischen Grenzen hinaus.

Es ist bekannt, daß nach den gültigen gesetzlichen Bestimmungen die Gemeinden die Kosten für die Abfuhr von Kadavern und Schlachtabfällen und all dieser Dinge und die unschädliche Beseitigung derselben zu tragen haben. Der Landesgesetzgebung — das ist auch bekannt — bleibt es vorbehalten, den Gemeinden rücksichtlich der ihnen aus diesen Bestimmungen auferlegten Verpflichtungen aus Landesmitteln Erleichterungen zu gewähren.

Im heurigen Landesvoranschlag ist daher erstmalig ein Betrag von 300.000 Schilling als „Beitrag zur Tierkörperbeseitigung“ vorgesehen. Die Notwendigkeit der Aufnahme dieser Voranschlagspost ergibt sich aus dem derzeitigen, im folgenden von mir geschilderten Zustand, der aber in der derzeitigen Form leider unhaltbar ist, das muß auch festgestellt werden. Denn die im Bundesland Steiermark vorhandenen Verscharrungsplätze entsprechen nur zum Teil den veterinärpolizeilichen und hygienischen Voraussetzungen. Sie sind teilweise eine Gefahr für das Grundwasser bzw. wegen der sonstigen Mängel überhaupt eine stete Gefahr in gesundheitlicher Hinsicht, von den Auswirkungen auf den Fremdenverkehr gar nicht zu reden.

Ein weiterer Weg der nicht an diesen Verscharrungsplätzen vorgenommenen Beseitigung von Tierkörpern ist auch leider — und das deckt sich irgendwie mit jenen Bemängelungen, die schon im Zusammenhang mit dem Naturschutz, glaube ich, in diesem Hause vorgebracht wurden — das unkontrollierte Versenken von Tierkadavern usw. in Bächen und Flüssen.

Die einzige noch in Betrieb befindliche Tierkörperverwertungsanstalt — das ist Ihnen sicherlich auch bekannt — befindet sich im politischen Bezirk Leibnitz. Sie ist in Privatbesitz. Die Verhandlungen bezüglich des Abschlusses eines Unternehmervertrages zwischen dem Land und dieser Tiermehlfabrik sind im Oktober 1962 bereits gescheitert. Übrigens verwertet diese Tierkörperverwertungsanstalt ja nur 17 Prozent der anfallenden Abfälle.

Den Gemeinden kann zwar derzeit niemand die Verpflichtung zur Beseitigung der Schlachtabfälle und Tierkörper abnehmen, doch ist es aus volkswirtschaftlichen und hygienischen Gründen Pflicht des Landes und des Bundes, hier fördernd einzugreifen.

Die Steigerung des Fleischkonsums in den letzten 10 Jahren hat eine immense Zunahme der Schlachtabfälle zur Folge. So betrug der Anfall an Konfiskaten und Schlachtabfällen, der sich ziemlich genau errechnen läßt, im Jahre 1965 3.000.000 kg; dazu kommen noch Schlachtabfälle aus Geflügelschlachtereien von 300.000 kg, gefallene Tierkadaver von 400.000 kg. Es ist daher mit einem Gesamtanfall von mindestens

3,7 Millionen kg Rohmaterial jährlich zu rechnen, welches derzeit nur zu einem geringen Teil verwertet wird. Diese Rohstoffe bilden den Ausgangspunkt für Blutmehl, Fleischmehl und Knochenmehl.

Vom System der reinen Verbrennungsanlage ist man abgegangen, da sie nur einen Unkostenfaktor darstellt. Den Betriebskosten, die gegenüber einer Verwertungsanstalt nicht wesentlich geringer sind, stehen keinerlei Einnahmen gegenüber. Dagegen sind die Tierkörperverwertungsanstalten bei freier Zustellung des zu verarbeitenden Materials und moderner Einrichtung kostendeckend im Betrieb.

Die Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich haben moderne Verwertungsanlagen errichtet und zwar auf der Basis einer G.m.b.H., wobei sich auch das Land großzügig beteiligte. Gerade die oberösterreichische Anstalt hat den Beweis erbracht, daß bei Errichtung modernster Anlagen und entsprechender Organisation sich der Anfall von Material innerhalb weniger Jahre verfünffacht und so die Rentabilität wesentlich erhöht.

Für die Steiermark soll die Voranschlagspost 732,703 einen ersten Beitrag des Landes zum Problem Tierkörperbeseitigung darstellen und die Planung einer zentralen Tierkörperverwertungsanstalt ermöglichen, welche günstigst — meiner Meinung nach — im Raume Graz, möglichst an der Autobahn, errichtet werden soll. Die Fachabteilung für das Veterinärwesen ist mit den Vorbereitungsarbeiten bereits beschäftigt und bittet, sie tatkräftig zu unterstützen. Die einwandfreie Tierkörperverwertung ist ein hygienisches und landwirtschaftliches Erfordernis, und es kann nicht oft genug betont werden, daß die Bedeutung der Tierkörperverwertungsanstalt in keiner Weise hinter der anderer sanitärer Anlagen, wie Kläranlagen und Trinkwasserversorgung, zurücksteht. Eine Vernachlässigung dieser Belange bringt Gefahren für die gesamte Bevölkerung mit sich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Nun darf ich mich dem zweiten, sehr aktuellen Problem für die Landwirtschaft, das geeignet ist, tiefgreifend in die Struktur unserer bäuerlichen Betriebe einzugreifen, wenn wir nicht alle eine klare Stellung hiezu beziehen, zuwenden.

Daß die tierische Veredelung für unsere Landwirtschaft — hier vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe — eine entscheidende Existenzgrundlage und aus den volkswirtschaftlichen Wechselbeziehungen nicht wegzudenken ist, habe ich eingangs ausgeführt.

Mit großer Sorge erfüllt uns nun die Tatsache, daß von gewissen Kreisen teils in Unkenntnis der Folgen und teils aus geschäftsmäßigen Überlegungen versucht wird, die agrarische Veredelungsproduktion auf eine völlig industrielle Basis

umzulenken. Die Verlagerung der wachsenden agrarischen Veredelungsproduktion von den bäuerlichen Betrieben zu industriellen Unternehmungen, zu sogenannten Agrarfabriken, fasziniert sicherlich so manchen. Dies gilt besonders für jene Produktion, die nicht flächengebunden ist, das heißt, wo man nur soviel Grund und Boden braucht, um die nötigen Hallen für die Geflügel-, Eier- oder Schweineproduktion zu errichten, um hier unbegrenzt produzieren zu können.

Meine sehr Verehrten, es muß hier festgestellt werden: Dadurch wird die Marktposition der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe wesentlich verschlechtert, weil die unternehmerische Marktausrichtung durch riesige Mastpartien, konzentriert über mehrere Stufen hinweg, zu Bedingungen aufgenommen wird, auf die der einzelne bäuerliche Produzent überhaupt keinen Einfluß hat und denen er im harten Konkurrenzkampf auf dem Markt erbarmungslos erliegen muß. Hier muß leider auch angefügt werden, daß durch eine derzeitige, leider völlig unbefriedigende Steuergesetzgebung diese Entwicklung noch forciert wird. — Aber ich kann dazu sagen, daß Verhandlungen in dieser Richtung im Gange sind. Bei Weiterverfolgung dieses Trends würde den bäuerlichen Betrieben — und das ist keine Schwarzweißmalerei — das Los beschieden sein, aus ihrem Grund und Boden nur mehr die Bodenprodukte zu erzeugen, die dann von den „agrarischen Fabriken“ — ich will sie so nennen, weil das jetzt der übliche Ausdruck dafür ist — übernommen und für die industrielle Veredelung verwendet würden. Fürwahr, ein für die Bauern abgewandelter „Morgenthauplan“, aber auch das wirtschaftliche Ende vieler bäuerlicher, Klein- und Mittelbetriebe, die ohne Veredelungsproduktion nicht lebensfähig sind. (Allgemeiner Beifall.) Danke für diesen Applaus. Ich glaube, die Zustimmung in dieser Frage, die gemeinsame Zustimmung, werden wir sehr notwendig brauchen.

Es mag faszinierend sein, meine sehr geehrten Damen und Herren, sich vorzustellen wie billig diese industrielle Veredelung etwa die Lebensmittel abgeben könnte. Es ist dies eine Parallele zu der auch in manchen Gehirnen spukenden Vorstellung, daß es ein Unsinn sei, in Österreich unter so schwierigen Bedingungen Lebensmittel zu produzieren, wo man sie doch so billig von aller Welt bekommt. Es liegt dies auch in einer Linie mit jenen Vorstellungen, die in einer Zeit, wo infolge des hohen Lebensstandards Genuß- und Luxusartikel noch und noch gekauft werden, die Grundnahrungsmittel zu Mitteln der öffentlichen Fürsorge machen wollen. Aber dies alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, ist ein gewaltiger Trugschluß! Wir alle würden letztlich einen sehr hohen Preis für diese Entwicklung bezahlen. Das ist keine Gespensterseherei. Denn glaubt jemand ernstlich, daß die Welternährungsprobleme in den kommenden Jahren spurlos an uns vorübergehen in Österreich (Landesrat Wegart: „Sehr richtig!“)

und daß ihre Auswirkungen uns nicht bald jeden Quadratmeter Boden und jeden produktionsfreudigen bäuerlichen Betrieb geradezu als wahres Glück empfinden lassen werden?

Gar nicht zu reden von den Gefahren der inneren Entwicklung in diesem Land. Die Umschichtung von der bäuerlichen zur industriellen Veredelung ist ja auch durch ihre Krisenanfälligkeit, durch ihre Abhängigkeit von den Futterzulieferungen ein sehr unsicherer Faktor in der Ernährungssicherung, also für die Konsumenten meiner Meinung nach kein erstrebenswertes Ziel, aber auch durch die Tatsache, daß sie die Kaufkraft 100.000er bäuerlicher Betriebe schwächt bzw. diese in echte wirtschaftliche Gefahr bringt, auch kein Belebungsfaktor für Gewerbe und Industrie, von denen die Landwirtschaft heute bekanntlich um Milliarden Schilling Waren kauft. Der Verlust vieler Arbeitsplätze wäre die sichere Folge. Der Höhe Landtag kennt doch zur Genüge das Problem der freiwerdenden Arbeitskräfte im Kohlenbergbau. Dies bringt uns bereits Sorgen genug, gemeinsame Sorgen, mit denen wir da und dort nicht so leicht fertig werden. Wenn die Kaufkraft vieler landwirtschaftlicher Betriebe ruiniert wird durch die Umschichtung der agrarischen Veredelung, werden weit mehr Arbeitsplätze frei werden. Wie würden wir diese dann verkraften?

Die beste Sozialpolitik — das ist in dieser Budgetdebatte bereits gesagt worden — ist immer noch die Sicherung des Arbeitsplatzes. Hierbei hat auch die moderne Landwirtschaft eine nicht zu leugnende Aufgabe in der gesamten Volkswirtschaft zu erfüllen. Das sei eindeutig festgestellt.

Das Problem, die Landwirtschaft zu fördern und ihr Verständnis entgegenzubringen, ist immer noch einfacher und billiger zu lösen, als später alle Folgen zu verkraften, die sich aus der Mißachtung der bäuerlichen Aufgaben ergeben. Das ist eine Weisheit, die glaube ich Allgemeingültigkeit hat. Hier können wir uns ein Beispiel an Schweizer Einrichtungen nehmen, die geradezu mit wissenschaftlicher Exaktheit darangehen, die Frage der agrarischen Veredelung marktgerecht zu lösen, aber es würde dort niemand einfallen, die Bauern dabei auszuschalten. Es wird den Verantwortlichen in den Parteien und im Staate nicht erspart bleiben, in der Frage, ob weiterhin die agrarische Veredelungsproduktion unseren bäuerlichen Betrieben belassen wird oder ob dies in Zukunft „agrarische Veredelungsfabriken“ übernehmen werden, klare Stellung zu beziehen. Vielleicht geht dies leichter, als wir Bauern befürchten. Der Beifall vorhin und die Rede in der Generaldebatte des Herrn Abg. Zinkanell hat mir doch gezeigt, daß das Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft — ich glaube, wörtlich gesagt, Herr Abg. Zinkanell, sicherlich ein echtes ist. Dies ist für mich und für uns Bauern sehr, sehr wertvoll, gerade in dieser Frage. Denn nach

meinen Informationen hat man hinsichtlich der industriellen Veredelung, bei Geflügel beginnend und auf Schweine übergehend — anderenorts andere Auffassungen. Vielleicht — ich sage das nicht demagogisch — sondern in der ehrlichen Überzeugung — wird es bald notwendig sein, daß Sie, Herr Kollege Zinkanell, und hier haben Sie eine echte Aufgabe zu erfüllen oder hätten Sie, wenn Sie es tun — (Landesrat Sebastian: „Sollen wir Sie gegen den Wirtschaftsverband unterstützen? Wir werden das machen. Sie können sich drauf verlassen!“) Herr Landesrat Sebastian, hier ist ein Unterschied. Mit den Herren des Wirtschaftsbundes können wir uns innerfraktionell auseinandersetzen. Mit Ihnen müssen wir uns in aller Öffentlichkeit unterhalten. (Landesrat Sebastian: „Ich kenne das, schauen Sie Ihr Genossenschaftswesen an, ich kenne das!“) Vielleicht wird es Ihnen möglich sein, dieser Auffassung vor allem auch bei den Wiener Freunden zum Durchbruch zu verhelfen, wenn es gilt diese Frage zu regeln, denn sie kann ja nur letzten Endes auf der Bundesebene geregelt werden. (Landesrat Bammer: „Der Mitterer!“ — Abg. Buchberger: „Der Kollege Winkler von Ihrer Partei ist auch anderer Meinung!“ — Landesrat Bammer: „Es soll in Graz Interessentendiskussionen gegeben haben!“) Schließlich hat sich ja auch — und ich glaube, Sie sind mir nicht böse, wenn ich das feststelle, die Sozialistische Partei anlässlich ihres Parteitages in der Steiermark „gegen die Umverteilung an die Reichen“ passen Sie gut auf, ausgesprochen. Ich hoffe, daß das auch in der Frage der agrarischen Veredelung, der Agrarfabriken gilt. Sie wenden sich auch gegen eine Wirtschaftspolitik, welche den Stiefkindern der Konjunktur noch mehr Opfer auferlegt und im Widerspruch zu jeder wirtschaftspolitischen Vernunft steht.

In der Resolution des „Steirischen Landvolkes“ wird auch festgestellt, daß die Klein- und Mittelbauern nur durch das Verständnis und den Einfluß der Sozialistischen Partei Anschluß an die ständig in Bewegung befindlichen Umwälzungsverhältnisse finden und behalten können. Das muß auch in der Frage, die ich hier angeschnitten habe, festgelegt werden. (Abg. Zinkanell: „Sehr richtig, sie vertrauen auf uns mehr als auf den Bauernbund!“ — Heiterkeit) Bitte, darüber kann man streiten. (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Brandl.) Herr Kollege Brandl, ich nehme an, wir befinden uns ja in dieser Frage auf der gleichen Linie. Es ist ja nichts so, wie es einmal in den 14 Jahren in diesem Hause war, meine sehr Verehrten, daß Sie sich heute — Gott sei Dank — gewissen Notwendigkeiten nicht verschließen können, die Sie seinerzeit noch als Raubergeschichten bezeichnet haben. (Zwischenruf des Abg. Brandl) Wir befinden uns ja hier auf einer Linie, also warum unterbrechen Sie mich? (Landesrat Bammer: „Seit Sie sich umgestellt haben, wer hat den recht gehabt, der Wallner oder der Rösch. Es ist doch eindeutig, wer recht gehabt hat!“) Ich stelle fest, wenn alle diese Äußerungen

gerade in der Frage der die bäuerliche Existenz bedrohenden „Agrarfabriken“ in die Praxis umgesetzt werden, ist mir nicht bange, daß wir zu einer Lösung kommen, die in dieser Richtung uns vieler Sorgen enthebt. Schließlich befassen sich ja auch unsere Nachbarländer sowie Experten der EWG mit diesem Problem.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, daß es nicht zuviel verlangt ist, heute von allen in diesem Land zu fordern, daß sie Verständnis für die Besonderheit der bäuerlichen Probleme, daß sie Verständnis für die Probleme, die sich durch die Umweltsverhältnisse, durch die Umwälzungen in der ganzen Volkswirtschaft ergeben, aufbringen, und so die Prämie bezahlen für die Sicherheit von morgen, die Prämie, meine sehr verehrten Damen und Herren, für das sichere Gefühl, daß der Österreicher und Österreich nur durch die Leistung seiner Bauern wenn es hart auf hart geht auch ohne fremde Hilfe niemals hungern braucht. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Prenner. Als Nächster ist Herr Abg. Brandl vorgemerkt.

Abg. Prenner: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Unterabschnitt 716 betrifft das Feuerwehrwesen. Hier ist ein Betrag von 11 Millionen Schilling vorgesehen. Ich darf eingangs unseren über 30.000 Feuerwehrmännern in der Steiermark ganz besonders danken für ihren Einsatz im heurigen Jahr bei den Unwetterschäden. Es wurden von 16.188 Feuerwehrmännern nicht weniger als 118.891 Arbeitsstunden geleistet, oft unter schwersten Bedingungen im Katastropheneinsatz. Diese Stunden bezahlt, würden einen Betrag von 1.783.000.— Schilling ausmachen, wenn man nur einen Hilfsarbeiterlohn rechnet, da sind Aggregate und Maschinen usw. noch nicht mit einbezogen. Eine Leistung wurde hier vollbracht, die nicht nur ideellen, sondern auch volkswirtschaftlichen Wert hat und von uns allen anerkannt werden muß. Die selbstlose Hingabe unserer Wehrmänner, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit und die oft auch in Lebensgefahr sind, sollen Beispiel für unsere Jugend sein. Als Feuerwehrmann weiß ich aus eigener Erfahrung, daß es ein schöner Dienst ist, wenn man dem Nächsten helfen kann. Um aber wirklich helfen zu können, bedarf es nicht nur des guten Willens, sondern auch der entsprechenden Ausrüstung: Erfreulicherweise haben die Feuerwehrausrüstungen für den Branddienst einen verhältnismäßig hohen Stand erreicht. So besitzen die Feuerwehren mindestens 1 Löschfahrzeug, meist mehr als 1 Tragkraftspritze, viele Einbaupumpen und Tanklöschfahrzeuge sind schon vorhanden, die besonders in der heutigen Zeit auch bei den Kraftfahrzeugbränden eingesetzt werden können. Die Löschwasserversorgung wurde stark ausgebaut, soweit dies im Bereich des Möglichen liegt und damit ist wohl eines der wichtigsten Probleme eines Brandeinsatzes

gelöst. Für einen Feuerwehrmann gibt es doch nichts Betrübleres, als die Feststellung, nicht helfen zu können, weil das Wichtigste fehlt, das Wasser. Auch der Schlauchbestand ist zufriedenstellend und die neuen Kunstfaserschläuche, die immer größeren Anklang finden, bieten eine größere Gewähr, allen Anforderungen gerecht zu werden. Also im großen und ganzen gesehen stehen die Brandausrüstungen unserer steirischen Feuerwehren gut da. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gehen wir von der Brandausrüstung auf die Katastrophenausrüstung über. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, daß auf diesem Gebiet ein großer Nachholbedarf zu tätigen ist. Daher fordern die Feuerwehren mit Recht, daß für den Katastropheneinsatz wesentlich mehr Schmutzwasserpumpen, Notstromaggregate, Scheinwerfer, Boote mit Außenbordmotoren angeschafft werden, ganz wichtig sind auch Motorsägen, Seilwinden und Kraftfahrzeuge und Greifaufzüge. All diese Behelfe sind zur Zeit nur im kleinen Ausmaß vorhanden. Um aber im Notfall wirklich und rasch helfen zu können, müssen die genannten Maschinen und Geräte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Von unserem sehr rührigen Landesrat Peltzmann, welcher immer Verständnis für die Sorgen und Anliegen der Feuerwehr hat, wird der Ausbau der Funkanlagen forciert, damit der Einsatz reibungslos und ohne Verzögerung erfolgen kann und man mit Recht von einer schlagkräftigen Feuerwehr sprechen kann. So sind auf diesem Gebiet Funkgeräte, 8 Fixstationen, über 100 tragbare bzw. in den Kfz eingebaute Funkgeräte und weit über 100 Sprechfunkgeräte in Bestellung oder schon bestellt mit einem Betrag von 1,3 Millionen Schilling. Weiters ist vorgesehen, daß in Kürze für einen Betrag von über 1 Million Schilling Katastrophenausrüstungen bestellt werden.

Zum Schluß möchte ich nochmals allen Feuerwehrmännern in der Steiermark danken für ihren selbstlosen Einsatz im Dienste des Nächsten und unseres Landes Steiermark. (Beifall.)

2. Präsident Afritsch: Ich erteile Herrn Abg. Brandl jetzt das Wort. Als Nächster ist Herr Abg. Buchberger vorgemerkt.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Budgetberatungen klingen neben den Stellungnahmen zu den rein fachlichen Einzelproblemen immer wieder Fragen auf, die sich mit der gesamten Wirtschaftspolitik, die sich mit der Lohnpolitik, die sich mit der Preispolitik beschäftigen, Fragen, zu denen ich als Gewerkschafter ganz einfach nicht schweigen kann, ich bringe das — entschuldigen Sie mir, — beim besten Willen nicht zusammen.

Die angesehene deutsche Wochenzeitung „Christ und Welt“ schreibt in einer Betrachtung des österreichischen Kapital- und Kreditmarktes wörtlich: „Von den sogenannten Wachstumsgesetzen sind zunächst keine starken Impulse zu erwarten. Die Volkspartei hat einfach Propa-

ganda mit der Terminologie betrieben, indem sie begrenzte steuerliche Begünstigungen unter diesem Titel herausgebracht hat.“ Im Ausland wurde also das bestätigt, was in Österreich Sozialisten und Gewerkschafter seit Jahren und seit Jahrzehnten ausgesprochen haben. Und ich bin auch der Meinung und der Auffassung, daß jener ÖVP-Abgeordnete im Nationalrat, der in der Diskussion zu den Wachstumsgesetzen statt Wachstumsgesetze Wirtschaftswachstumsgesetze ausgesprochen hat, bestimmt hier den Wunsch zum Vater des Gedankens gemacht hat. (Landesrat Bammer: „Der Siegmund Freud!“)

Wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen aus den damaligen Auseinandersetzungen, daß durch diese Wirtschaftswachstumsgesetze auf den österreichischen Staat und damit das österreichische Volk und alle jene Wirtschaftszweige, die notwendig Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen, ein Betrag von rund 1,7 Milliarden Schilling entfallen wird. Hier streiten sich allerdings die Geister, einige sagen weniger, andere sagen mehr. Und hier streiten sich auch die Meinungen in der Richtung und Auffassung, daß wir als Sozialisten immer und eindeutig den Standpunkt vertreten haben, daß selbstverständlich entsprechende steuerliche Maßnahmen in unserem Lande notwendig werden, daß aber diese steuerlichen Maßnahmen gezielte Maßnahmen sein müssen, weil nur auf diese Art und nur auf diese Weise in unserer Wirtschaft, die den Anschluß an einen größeren Wirtschaftsraum sucht, entsprechender Erfolg erreicht werden kann. (Landesrat Bammer: „Keine Gießkannenmethode!“)

Die Maßnahme, die allerdings von der österreichischen Bundesregierung gesetzt wurde, sieht vor, daß diese steuerlichen Begünstigungen breit über die gesamte Wirtschaft gestreut werden sollen, und wir sind davon überzeugt, daß durch diese Streuung nicht jener Effekt erzielt wird, der notwendig wäre. Es wird in diesem Hause und in der gegenwärtigen Situation, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch sehr viel davon gesprochen, daß wir nun wieder Opfer bringen werden müssen, und wir als Gewerkschafter, wir, die seit 1945 Hand angelegt haben an den Aufbau dieses Staates, die mit einer verständnisvollen Lohnpolitik beigetragen haben (Abg. Ritzinger: „Mit Hand angelegt haben! Nicht nur sie allein!“) mit beigetragen haben, daß eine Grundlage in unserem Lande gefunden werden konnte, die beachtlich, auch beachtlich in der ganzen Welt ist, eine verantwortungsvolle Lohnpolitik, eine solidarische Lohnpolitik, obwohl es auch für uns manchmal Möglichkeiten gegeben hätte, mehr herauszuholen, aber wir haben im Vordergrund unserer Bestrebungen und unserer Bemühungen immer die gesamte Volkswirtschaft gesehen, weil die letzten Endes auch die Grundlage für unsere gesamte Politik darstellt. Wenn man aber die gegenwärtige Situation betrachtet, meine sehr geehrten Damen und Herren, und wenn man von Opfern für die gesamte österreichische Bevölkerung spricht, und

wenn man das in Zusammenhang bringt mit den Maßnahmen, die gesetzt wurden in der letzten Zeit, dann sind unserer Auffassung nach diese Opfer etwas ungleich verteilt. Denn durch 1.7 Milliarden auf der einen Seite und auf der Lohnsteuerseite, also auf der Seite, mit der die Arbeiter und Angestellten beigetragen haben zur Finanzierung aller Maßnahmen in diesem Staate, entsteht eine erhebliche Diskrepanz. Ich darf Ihnen sagen, die Lohnsteuer hat in Österreich 1962 noch 3.645 Millionen Schilling eingebracht, die Einkommensteuer damals noch beachtlich darüber 4.252 Millionen Schilling. Die Lohnsteuer ist 1966 bereits auf knapp 7 Milliarden, also 6.900 Millionen Schilling angestiegen, während die Einkommensteuer mit 6.500 Millionen Schilling bereits unter dem Aufkommen der Lohnsteuer liegt. Und hier glaube ich ist die wesentliche Verschiebung vor sich gegangen. Denn ich bin nun einmal der Auffassung, daß die Entwicklung in unserem Lande, wenn wir allgemein sagen, es ist besser geworden, und wir sind froh darüber, daß es besser geworden ist, nicht nur bei den Arbeitern und Angestellten einigermaßen besser geworden ist, sondern daß es auch bei den Selbständigen im gleichen Ausmaß — hier drücke ich mich sehr vorsichtig aus — besser geworden ist und dadurch automatisch die steuerlichen Leistungen der Selbständigen — ich meine hier mehr in den oberen Regionen — selbstverständlich beachtlich größer hätten werden müssen. (Landesrat Peltzmann: „Sie brauchen nur das Wirtschaftshandbuch durchzulesen, lesen Sie sich die Zahlen besser durch!“)

Aber Herr Landesrat, das sind die Zahlen aus dem Budget. (Abg. Ileschitz: „Der Finanzminister soll einmal von seinem Finanzgeheimnis abgehen und bekanntgeben, in welchem Ausmaß die Millionäre zugenommen haben in Österreich in den letzten Jahren, das wäre interessant für die Bevölkerung zu wissen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn schon von den Spitzenverdienern in Österreich gesprochen wird (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) ich glaube, dann muß auch sehr eindeutig ausgesprochen werden, daß in unserem Lande bei den Spitzenverdienern der geringste Steuersatz im Vergleich zu anderen Ländern angewendet wird. Bei 52 Prozent ist der höchste Steuersatz. (Landesrat Peltzmann: „54 Prozent nicht 52!“) Ich lasse mich berichtigen auf 54, danke, Herr Landesrat, 2 Prozent ist kein Problem. (Landesrat Peltzmann: „Kann viel ausmachen, 2 Prozent!“ — Abg. Ileschitz: „In Amerika 97 Prozent, im Lande des Kapitalismus!“ — Landesrat Bammer: „Ist noch zu wenig!“)

2. Präsident: Bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen.

Abg. Brandl: Noch ein paar Sätze zur Lohnsteuer. Ich habe diese Zahlen dem Informations-

dienst der Katholischen Sozialakademie entnommen. Ich bin schon sehr vorsichtig geworden und zitiere immer solche Unterlagen, die zumindest von Ihnen dann unbestritten sein sollten. (Abg. Ritzinger: „Weil sie sicherer sind, weil man Ihren Unterlagen nicht trauen kann!“)

Die Steigerung des Lohnsteueraufkommens beträgt von 1964 auf 1965 24 Prozent und von 1965 auf 1966 mehr als 20 Prozent. Im Zeitraum von zwei Jahren ist das Lohnsteueraufkommen von 4.6 auf 6.9 Milliarden oder um 50 Prozent gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten hat sich jedoch von 1964 auf 1965 nur um 3/4 Prozent erhöht. Nach den Zahlen des Wirtschaftsforschungsinstitutes hat sich die Lohn- und Gehaltssumme von 1964 auf 1965 um 8 Prozent erhöht. Zieht man noch die 5 Prozent Preissteigerungen ab, ergibt sich von 1964 auf 1965 bei einer Nettolohnerhöhung von 3 Prozent eine Steigerung der Lohnsteuer um 24 Prozent. (Abg. Pabst: „Ist das nicht erfreulich, die Lohnsteuern zeigen ja auch, daß die Verdienste entsprechend gestiegen sind. Die Steuern werden immer vom Einkommen bezahlt letztlich!“)

Lassen Sie den ÖAAB reden, der kennt das Problem viel besser.

Und nun noch zu einer anderen Frage, und zwar zu dem Zusammenhang Lohnpolitik und Wirtschaftswachstum.

Es ist hier, ich glaube vom Abg. Dr. Heidinger, ausgesprochen worden und er hat sehr stark kritisiert und argumentiert (Zwischenruf Landesrat Wegart — Landesrat Bammer: „Wir fürchten uns vor einer herabgesetzten Lohnsteuer nicht!“ — Abg. Ileschitz: „Es geht um eine gerechte, gleichmäßige Verteilung der Lasten!“ — Landesrat Wegart: „Besteht ja kein Gegensatz, aber man kann nicht damit argumentieren, daß die Steuern gestiegen sind. Es sind auch die Löhne und Gehälter gestiegen!“)

Hab ich ja gesagt, Herr Landesrat, ja, mehr können Sie von mir nicht verlangen. (Landesrat Wegart: „Die Vorberatungen für eine Steuerreform sind ja bereits eingeleitet!“)

Präsident: Meine Damen und Herren, zur Gruppe 7 sind noch 20 Redner vorgemerkt. Ich ersuche den Redner mit seiner Rede fortzufahren.

Abg. Brandl: Ich darf noch einen Satz sagen. Es ist kritisiert worden, daß von Seiten des Österr. Gewerkschaftsbundes festgestellt wurde, daß wir unsere Lohnpolitik am möglichen Wirtschaftswachstum und nicht am tatsächlichen Wirtschaftswachstum orientieren wollen. Wir sind nun einmal der Auffassung, daß in unserem Lande bei einer entsprechenden Wirtschaftspolitik es durchaus möglich sein müßte, rund 5.5 Prozent an Zuwachs des gesamten Nationalproduktes zu erreichen, und daß wir bei dieser

Entwicklung natürlich dann auch ganz andere Voraussetzungen für unsere Lohnpolitik hätten.

Und der Präsident des Österr. Gewerkschaftsbundes hat diese Feststellung vor einiger Zeit, ich glaube, das war schon vor einigen Jahren, sehr deutlich vor einem Seminar in der Nationalbank ausgesprochen, dort waren auch Gewerkschafter der Österr. Volkspartei anwesend und unwidersprochen ist diese Feststellung des Österr. Gewerkschaftsbundes dort akzeptiert worden.

Meine Damen und Herren! Ich wollte diese Probleme nur schlagwortartig beleuchten und möchte mich nun einem anderen Problem zuwenden, wo ich annehme, daß ich ein etwas ruhigeres Haus vorfinden werde.

Ein Schweizer Forstmann und Forstwissenschaftler hat einmal gesagt: „Der Wald ist das natürliche Nervensanatorium einer allmählich verrückt werdenden Welt“. Er hat mit diesen Worten zweifellos den Kern getroffen, wenn gleich die Funktionen des Waldes unserer gemeinsamen Meinung nach noch weit, weit vielfältiger Art sind. Es scheint mir in den Beratungen des Landesvoranschlages durchaus gerechtfertigt, einige grundsätzliche, aber auch einige Detailfeststellungen zu unserer österreichischen und damit auch steirischen Forstwirtschaft zu treffen. Mit einem Anteil von 26 Prozent der Gesamtwaldfläche Österreichs und einem Bewaldungsprozentsatz von 54 innerhalb Steiermarks steht unser Bundesland mit Abstand an erster Stelle und verdient daher seinen Namen „Grüne Steiermark“ zurecht. Als Vergleich darf ich feststellen, daß Niederösterreich 20 Prozent Anteil an der Gesamtwaldfläche Österreichs hat und seine Bewaldung beispielsweise nur 40 Prozent erreicht. Interessant sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch die Zahlen über die Besitzartenverteilung unseres Waldes. Die Staatsforste haben einen Anteil von 9,1 Prozent, sie liegen also in Steiermark unter dem Bundesdurchschnitt, der Bundesdurchschnitt der Staatsforste liegt bei 15 Prozent, der Privatwald über 50 ha beträgt etwas über 41 Prozent, Gemeinde- und Genossenschaftswald etwas über 5 Prozent und der Privatwald unter 50 ha, also im großen gesehen der bäuerliche Wald, beträgt in der Steiermark 43,6 Prozent.

Auch sehr interessant ist eine Gegenüberstellung dieser Besitzartenverteilung gegenüber dem Bundesland Tirol, wo wesentlich andere Verhältnisse bestehen. Die Staatsforste haben in Tirol einen Anteil von 21 Prozent, bei uns 9,1, der Privatwald über 50 ha nur 4 Prozent, sehr beachtlich der Gemeinde- und Genossenschaftswald mit 43 Prozent, bei uns 5,7 Prozent, und der Privatwald unter 50 ha 31,8 Prozent. Im österreichischen Durchschnitt sind rund 1/3 der Gesamtfläche planmäßig bewirtschaftet, die restlichen 2/3 sind nicht eingerichtet und arbeiten daher ohne Wirtschaftspläne. Die zulässige Ge-

samtnutzung im Erntefestmeter liegt in der Steiermark bei rund 2,2 Millionen fm, die tatsächlich geschlägerte Holzmenge betrug im Jahre 1964 2,556.000 fm. Ich habe Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, diese Daten dargelegt, weil ihre Kenntnis eine gewisse Voraussetzung für das ist, was ich Ihnen nun sagen möchte. So wie in der gesamten Volkswirtschaft in allen Bereichen und in allen Sparten in den letzten Jahren und in den letzten Jahrzehnten enorme Veränderungen vor sich gegangen sind, Modernisierung und Rationalisierung im Vordergrund aller Bemühungen, im Vordergrund aller Berechnungen standen und auch noch in Zukunft stehen werden, so hat diese allgemeine Entwicklung, wenn auch etwas vorsichtig und langsam, auch die Forstwirtschaft erfaßt.

Jahrhunderte alte Schlägerungs- und Lieferungsmethoden wurden zurückgedrängt und die Maschine in vielfältiger Form hat ihren Einzug in die Forstbetriebe gehalten. Ich darf Ihnen hier sagen, daß die Schlägerung in den österreichischen Wäldern mit rund 90 Prozent Anteil mit Motorsägen durchgeführt wird, daß die Besitzer der Motorsägen überwiegend auch wiederum 90 Prozent die Forstarbeiter selbst sind, die damit viele, viele Millionen in die Forstwirtschaft investiert haben. Ich darf Ihnen berichten, daß aus dem Forstwirtschaftsbericht 1964 zu entnehmen ist, daß in der Waldbewirtschaftung in immer größerem Maße maschinelle Einrichtungen zur Verwendung kommen.

Diese weltweite Entwicklung der Modernisierung bringt selbstverständlich naturgemäß mit sich, daß unsere überwiegend im Mittel- und Hochgebirge liegenden Wälder für eine intensive Aufschließung weniger geeignet sind oder diese weit kostspieliger ist als in flachen Gebieten oder im Hügelland. Riesige Holzermaschinen, wie sie beispielsweise in Kanada, Rußland oder in jüngster Zeit auch bereits in Schweden eingesetzt werden, wo zwei Mann bis zu 200 fm Holz, überwiegend Schleifholz, in einem Tag erzeugen können, sind bei uns aus zwei wesentlichen Ursachen auf breiter Basis nicht anzuwenden. 1. verhindert die gebirgige Lage grundsätzlich den Einsatz solcher Großmaschinen, 2. betreiben wir in unseren Wäldern keine Kahlschlagswirtschaft unbegrenzten Ausmaßes, wie dies beispielsweise in Kanada oder in Rußland geschieht. Wir pflegen unseren Wald und dies gilt uneingeschränkt für den Großwald nach wohlgedachten und wohlbewährten vertretbaren Grundsätzen wenn gleich auch hier innerhalb Österreichs und innerhalb der Besitzarten einige Unterschiede bestehen mögen. Aber eines steht unbestritten fest.

Die Preise für unser Holz werden nicht allein innerösterreichisch bestimmt, sondern sind gerade für uns als Holzexportland — aber wir sind auch gerade beim Schleifholz Holzimportland — abhängig von den Weltmarktpreisen. Wir haben

lediglich die Chance, uns innerhalb dieser Weltmarktpreise zu bewegen, wobei Bundesländer wie Tirol, Salzburg oder Kärnten, hart an der Grenze Deutschlands oder Italiens, durch geringere Frachtpesen selbstverständlich bessere Preise erzielen können. Auf den Schleifholzpreis übt allerdings das allzu mächtige Kartell der Papierfabriken einen höchst ungünstigen Druck aus, dem die Waldbesitzer anscheinend nicht gewachsen sind. Die österreichische Forstwirtschaft befindet sich so wie viele andere Wirtschaftszweige in unserem Lande zunehmend in Schwierigkeiten, und es entsteht für alle verantwortlichen Stellen die ernste Frage, was in Zukunft getan werden kann, um unseren Wald sinnvoll zu erhalten, aber — und das ist auch sehr wesentlich — auch rentabel zu bewirtschaften. Wir müssen beachten, daß rund ein Fünftel unserer Bevölkerung von der Holzproduktion und der Holzverarbeitung abhängt und die Sicherung dieser Existenzen eine sehr entscheidende Frage ist. Ich setze voraus, daß die Besitzverhältnisse des Waldes als gegeben betrachtet werden und zielführende Maßnahmen je nach Besitzarten im Detail etwas unterschiedlich, dem Grunde nach jedoch gleich angewendet werden müssen.

Zuerst eine grundsätzliche Feststellung: Alle Spekulationen, auch den Wald im größten Ausmaß in den Subventionsbereich des Staates einzubeziehen, sind meiner Meinung nach nicht zielführend. Hoffnungen einzelner Forstexperten, die Erholungsfunktion des Waldes sich in klingender Münze bezahlen zu lassen, können auch meiner Meinung nach in Gegenwart und naher Zukunft nicht verwirklicht werden. Daß einzelne Schutzwaldgebiete forstlich aufgelassen und in reine Jagdreservate umgewandelt werden, ist durchaus möglich, bringt jedoch grundsätzlich keine Änderung. Es bleibt daher, im gesamten gesehen, die nüchterne Erkenntnis: Die Forstwirtschaft muß sich selbst helfen, sie muß umdenken, und sie muß sich anpassen. Wir haben rund 56 Prozent Großwald und 44 Prozent Bauernwald. Im Großwald wird noch stärker als bisher Aufschließung, Technik und Rationalisierung in den Vordergrund gestellt werden müssen. Wir brauchen mindestens 25 bis 30 lfm Forststraßen auf 1 ha Wald. Der Großschlepper, Seilkräne, Seilwinden und dergleichen, Traktoren, Zugmaschinen werden sogar noch weit stärker als bisher in die Lieferung einzuschalten sein. Die maschinelle Entrindung steckt bei uns noch in den Kinderschuhen, obwohl hier sehr beachtliche und sehr bedeutende Verbesserungen vorhanden sind. Ausformung und Marktanpassung sind wesentliche Faktoren einer modernen Forstwirtschaft. Durch Marktanalysen und konzentrierte Holzforschung muß die Grundlage für die Orientierung im Holzverkauf gegeben werden. Einer Meldung des Agrarischen Informationszentrums war zu entnehmen, daß die Waldbesitzer Österreichs sich 1963 verpflichtet haben, pro Festmeter geschlägerten Holzes 30 Groschen an das Holzforschungsinstitut zu entrichten. Dies würde bei einem Holzeinschlag

von rund 10 Millionen fm ein Betrag von 3.3 Millionen Schilling sein. Tatsächlich eingezahlt wurden im Jahre 1965 418.100 Schilling, das sind rund 12 Prozent, und das ist sehr, sehr wenig.

Der Großwald hat naturgemäß viele Voraussetzungen zu sinnvoller Investition. Wie sieht es jedoch im Bauernwald aus? Vom Standpunkt eines Sozialisten her gesehen gäbe es hier bezüglich unterlassener Gesetzgebungen einiges zu sagen.

Ich will mich jedoch auf die rein fachlichen Probleme konzentrieren und dabei feststellen, daß ich zumindest hoffe, auch die Zustimmung der bäuerlichen Abgeordneten in der Österreichischen Volkspartei zu bekommen, wenn ich sage, daß der Bauernwald gegenüber dem Großwald grundsätzlich im Nachteil ist.

1. Durch die kleinen Flächen ist jede Investition sehr kostspielig. Aufschließung, Mechanisierung, Verjüngung, moderne Bringungsmethoden, Wildschadensbekämpfung und vieles andere mehr sind niemals im Bauernwald so wirtschaftlich durchzuführen wie im Großwald.

2. Trotz intensiver Schulung kann der bäuerliche Waldbesitzer sich nie jenes fachliche Wissen aneignen, das der Großwaldbesitzer durch seine ausgebildeten und spezialisierten Fachkräfte hat.

3. Im Verkauf wird es dem bäuerlichen Waldbesitzer erschwert durch seine kleine Menge Holz und er ist dadurch automatisch durch seine geringen Sortimente dem Holzhandel oder dem Sägewerk ziemlich schutzlos ausgeliefert.

Sie können, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun die berechtigte Frage stellen, was man daran ändern könnte. Es gibt meiner Meinung nach darauf nur eine Antwort über Maßnahmen, die fachlich und praktisch sofort verwirklicht werden könnten. Im Bauernwald müssen ebenso wie in der Landwirtschaft Gemeinschaftsformen gefunden werden. Solche Gemeinschaftsformen, Genossenschaften oder wie immer man sie nennen mag, geben die Möglichkeiten, in bestimmten betriebswirtschaftlichen Bereichen oder zumindest Teilbereichen a) größere Flächen, b) größere Mengen und c) mehr Fachwissen, also insgesamt eine Leistung durch ihre Ausführung zu erzeugen, ohne daß dadurch die Leistungsfähigkeit oder besser gesagt die Selbständigkeit des einzelnen bäuerlichen Betriebes beeinträchtigt würde. Diese Formen sind grundsätzlich nicht neu. Sie bestehen in der österreichischen Landwirtschaft, wie ich das schon gesagt habe, sie sind darüber hinaus in der Forstwirtschaft in der Schweiz, in Deutschland und vor allem in Schweden sehr stark anzutreffen. (Abg. Nigl: „Auch in der Steiermark.“)

Sehr, sehr gering. Diese Gemeinschaftsformen finden grundsätzlich unsere Zustimmung, allerdings dürfte man innerhalb der Österreichischen

Volkspartei — ich denke hier vor allem an den Wirtschaftsbund — darüber etwas anders denken. Ich weiß auch, daß sich die Agrarpolitiker der Österreichischen Volkspartei nicht gerne am schwedischen Vorbild orientieren, denn dort ist das Land von einem Netz solcher bäuerlicher Waldbesitzervereinigungen überzogen, die beraten, die unterstützen, die den Holzverkauf manipulieren, die sehr umfangreiche Holzverarbeitungsindustrien ihr Eigen nennen und damit ein sehr gewichtiges Wort bei der Weiterverarbeitung des Holzes mitzureden haben. (Abg. Feldgrill: „Dieses Land ist aber siebenmal so groß bei gleicher Einwohnerzahl!“)

Aber, Herr Abgeordneter Feldgrill, ich habe 1955 die Möglichkeit gehabt, an einer Studienreise teilzunehmen, die mich durch Schweden und durch Norwegen geführt hat, und ich habe feststellen müssen, daß auch die Struktur und besonders die Besitzartenverteilung im Land Schweden nicht wesentlich anders ist als bei uns in Österreich mit dem Unterschied selbstverständlich, daß wir ein gebirgiges Land sind, aber das liegt auf einer anderen Ebene, und daß Schweden sehr flach ist. Das kann uns höchstens darin treffen, daß wir die Konkurrenz aus Schweden und die Konkurrenz aus diesen Ländern, die in flacheren Gebieten Holz erzeugen und produzieren, wesentlich stärker zu spüren bekommen, weil wir in unserem gebirgigen Land nicht alle diese notwendigen Maßnahmen durchführen können, die letzten Endes auch fast schon in einen Holzackerbau ausarten würden. Der Anteil am bäuerlichen Wald ist auch ungefähr in dem Zusammenhang so, wie das in Österreich ist, und das Ausmaß des Staatswaldes ist auch nicht größer als das bei uns in Österreich der Fall ist.

Also, meine Damen und Herren, ich kann dieses Problem, diese Gesamtprobleme ja nur im groben Rahmen beleuchten. Ich glaube jedoch, mit ehrlicher Überzeugung, daß wir in der gesamten österreichischen und damit auch steirischen Forstwirtschaft nur dann bestehen können, wenn wir umdenken, wenn wir umlernen und wenn wir rationell organisieren. Es wird eine Aufgabe derer sein, denen unser herrlicher Wald anvertraut ist. Das ist selbstverständlich.

Und nun, ganz kurz, noch ein Problem, das in jüngster Zeit sehr oft im Zusammenhang mit den Unwetterkatastrophen genannt worden ist. Unser Wald dient bekanntlich auch zur Regelung des Wasserhaushaltes. Bei so enormen Niederschlagsmengen, wie sie in der jüngsten Zeit gefallen sind und dann zu Überschwemmungen geführt haben, kann auch dieser Regulierungsfaktor selbstverständlich nicht mehr funktionieren. Durchfahrtsstraßen, angeschnittene Hänge — das glaube ich ist hier auch schon angeschnitten worden — können aber dadurch sehr oft dann ins Rutschen kommen und Stämme und Bloche, die an den Straßen und vor allem an den Bächen und Flüssen gelagert sind, sie versperren, das haben wir ja an dem Beispiel in Turr-

ach gesehen, den Weg, sie stauen die Wassermassen auf und sie verschlechtern dadurch noch die gesamte allgemeine Situation. Ich will hier nur sagen, daß man hier auch mit aller Sorgfalt und Fachkenntnis mit Blickrichtung auf mögliche Katastrophen vorbeugen soll.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluß. Nach dem Stand 1964 sind in der Steiermark insgesamt 209 Forstingenieure, 493 Förster und 190 Forstwärter tätig. Unter ihrer Leitung verrichten rund 6000, ich meine jetzt hauptberuflich, Forstarbeiter ihre schwere Arbeit, weitab vom Betrieb der Orte und der Städte unseres Landes. Einem Teil davon stehen für das Jahr 1967 im Gebiet des Mürz- und Salztales in der Aufarbeitung von mehr als einer halben Million Festmeter Windwürfe, also rund ein Fünftel des gesamten steirischen Holzeinschlages schwerste Aufgaben und unberechenbare Gefahren bevor. Ihnen allen, den Forstbeamten und den Forstarbeitern auch einmal zu danken für die Arbeit im Dienste der Heimat, zum Wohle aller, halte ich für eine Verpflichtung dieses Hohen Hauses. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Buchberger das Wort. Nach ihm kommt Herr Abg. Lafer.

Abg. Buchberger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Mein Kollege Lackner hat bereits gestern sehr klar und eindeutig die Situation und die Entwicklung unserer Landwirtschaft aufgezeigt. Das Gleiche tat heute vormittag Präsident Koller und hat im speziellen auf einige sehr wichtige Gebiete unserer Landwirtschaft verwiesen. Wir konnten aus beiden Ausführungen entnehmen, daß auch unsere Landwirtschaft, wie verschiedene Zweige unserer Wirtschaft, in einer sehr regen Entwicklung begriffen sind. Wir stellen das vor allem auf dem Sektor der Arbeitskräfte des bäuerlichen Bevölkerungsanteiles laufend fest. Wir von der Landwirtschaft aus wissen auch sehr klar, daß all diese Entwicklungen durchaus nicht schon zum Abbruch kommen werden, sondern diese Entwicklung weitergreifen wird. Wir stellen das auch alltäglich fest, gerade dann, wenn wir einen Blick auf unsere Arbeitskräfte in der Landwirtschaft werfen und wir konnten gestern wiederum aus der Tagespresse erfahren, daß die Anzahl der Arbeitskräfte, ob sie nun Arbeiter oder Angestellte in unserer Landwirtschaft sind, wiederum sehr zurückgegangen ist. Wenn wir am Beginn des Jahres 1965 noch 117.979 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft verbuchen konnten, so ist es am Ende des Jahres 1965 nur mehr eine Anzahl von 109.512. Wir stellen also fest, daß innerhalb eines Jahres die Anzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte um 8467, also um 8,4 Prozent, zurückgegangen ist. Wir stellen aber auch fest, daß der bäuerliche Bevölkerungsanteil ständig eine rückläufige Tendenz aufweist. Wenn im Jahre 1961 der Anteil noch bei 16,4 Prozent gelegen war, so bin ich der felsenfesten Überzeugung, daß dieser Anteil bereits auf 15

oder vielleicht auch schon auf 14 Prozent zurückgegangen ist. Ich weiß aber auch und bin mir dessen bewußt, daß dieser Anteil der bäuerlichen Bevölkerung weiter zurückgehen wird. Wenn wir nun von der Warte des Bauernstandes diese Situation betrachten, so bin ich der Meinung, daß wir keine Kritik oder kein Gejammer in bezug auf diese Frage starten dürfen, sondern daß wir uns einfach nach der Decke strecken müssen. Und die einzige Ausweichmöglichkeit bezüglich der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ist die, daß wir uns entsprechend mechanisieren. Wir können auch auf diesem Sektor feststellen, daß wir diesbezüglich gewaltige Fortschritte zu verzeichnen haben. Wenn in der Steiermark z. B. im Jahre 1962 der Stand an Traktoren noch bei 18.700 gelegen war, so war der Stand im Jahre 1966 bereits 31.279. Diese Tendenz ist bei allen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten festzustellen. Für die Landwirtschaft bedeutet die notwendige Spezialisierung aber eine sehr starke finanzielle Belastung. Wegen der Vielseitigkeit unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist eine totale Mechanisierung unter Umständen sehr oft nicht möglich. Die Voraussetzung für eine entsprechend positive Mechanisierung ist daher, daß wir eine entsprechende Arbeitsteilung auf unseren bäuerlichen Betrieben treffen. Und gerade auf diesem Sektor konnte die steirische Landwirtschaft auf Grund der intensiven Beratung durch unsere Beratungskräfte seitens der Landwirtschaftskammer gewaltige Fortschritte verbuchen. Wir stellen vor allem fest, daß sich besonders die Kammer für Landwirtschaft speziell den bergbäuerlichen Betrieben zuwendet, daß man hier eine intensive Beratung der Bergbauern durchführt und daß sich die Bergbauernschaft nun schon zum Großteil in Umstellungsgebieten zusammengeschlossen hat, die die Aufgabe haben sollen, daß durch diese intensive Beratung die bäuerliche Bevölkerung in diesen Bergbauerngebieten vor allem auf die Viehwirtschaft verwiesen wird. Weil ja gerade in diesen Gebieten keine Ausdehnung auf andere Betriebssparten in der Landwirtschaft möglich ist, ist es auf Grund einer konstruktiven Agrarpolitik unserer Kammer selbstverständlich, daß man hier die ganze Viehwirtschaft in diese Regionen unseres Landes zu verlegen versucht. Und auf der anderen Seite, daß man sich speziell den kleinbäuerlichen und den Familienbetrieben zuwendet. Es liegen entsprechende Beweise vor, daß man sich der Bedeutung dieser Aufgabe besonders bewußt ist. Gerade die ungünstige Struktur unserer Landwirtschaft bringt uns allen immer wieder neue Schwierigkeiten. Wir wissen, daß gerade im Bezirk Feldbach 78 Prozent aller bäuerlichen Betriebe keine größere Nutzfläche als 5 ha haben, das Landesmittel in der Steiermark ist ungefähr bei 60 Prozent gelegen, also mehr als 60 Prozent aller bäuerlichen Betriebe haben nicht mehr als 5 Prozent landwirtschaftlicher Nutzfläche. Es ist daher eine besondere Aufgabe für die Kammer, den kleinbäuerlichen Betrieben eine entsprechende Existenzgrundlage dadurch zu geben, daß ihnen die Möglichkeit gewährt wird, sich entsprechend

mechanisieren zu können. Um das aber tun zu können, ist die spezielle Aufgabe der Kammer die, daß eben eine entsprechende Spezialisierung Fuß faßt. Und gerade auf dem Sektor der Spezialisierung wurden in den vergangenen Jahren in unserer Landwirtschaft besondere Fortschritte erzielt. Ich greife hier einige Beispiele heraus. Auf dem Sektor des Obstbaues wurden in den letzten Jahren seit dem Jahre 1961 1700 ha Intensivanlagen angelegt. Es kann hier mit ruhigem Gewissen die Feststellung gemacht werden, daß der vor zehn Jahren noch total am Boden gelegene Obstbau wieder reaktiviert werden konnte. Wir sind der sicheren Überzeugung, daß wir auch in der Zukunft gerade auf dem Gebiete des Obstbaues, wenn wir mit der EWG zu einem entsprechenden Wirtschaftsvertrag kommen, in jeder Hinsicht konkurrenzfähig sind. Das gleiche trifft auch für den Weinbau zu. Wir haben gegenwärtig eine Fläche von 2030 ha. Diese 2030 ha teilen sich auf 400 bäuerliche Betriebe auf. Also man sieht, daß gleich wie der Obstbau auch der Weinbau nach wie vor eine Domäne für die kleinbäuerlichen Betriebe ist. Eine weitere Spezialisierung ist auf dem Sektor des Maises festzustellen. Wir wissen doch alle, daß wir hier vor allem die Aufgabe haben, die riesige Importlücke, die auf dem Gebiete bestanden hat, wegzubringen, vor allem haben wir entsprechende Ausweichmöglichkeiten, in verschiedenen Gebieten unseres Landes den Maisbau zu forcieren. In der Steiermark war im Jahre 1961 die Maisanbaufläche noch bei 16.000 ha gelegen, im Jahre 1966 bereits auf 28.000 ha angestiegen. In dem Zusammenhang ist es auch nicht unbedeutend, Sie wissen ja, daß das Land Steiermark gerade auf dem Gebiete des Maisbaues als eine Zentrale angesehen werden darf deshalb, weil wir in Gleisdorf die Saatmaiszuchtanstalt besitzen und von dort aus das Saatgut in alle Landesteile und Gebiete unseres Landes und auch in das Ausland abverkauft wird. Eine Spezialkultur vor allem auch für die kleinbäuerlichen Betriebe ist der Tabak. Wir bauen in der Steiermark 110 ha von insgesamt 350 ha in Österreich. Wir wissen, das ist eine sehr arbeitsintensive Kultur und vor allem nur für die kleinbäuerlichen Betriebe möglich. Ein nicht unwesentlicher Faktor für unsere kleinbäuerlichen Betriebe ist der Feldgemüsebau. Dieser ist genauso wie alle anderen Betriebssparten, die ich hier aufgezählt habe, sehr gut durchorganisiert. Es besteht die Organisation der steirischen Feldgemüsebauern, die einen Mitgliederstand von 5900 aufzuweisen hat. Einige Sparten, die hier im besonderen gebaut werden: Ich denke an die Einlegegurken 200 ha, Buschbohnen 70 ha, Speisemais 30 ha und verschiedenes mehr. Man versucht hier, intensiv, gezielt von der Kammer aus eine konstruktive Agrarpolitik im Interesse der kleinbäuerlichen Betriebe zu betreiben. Wir wissen sehr wohl, daß nach wie vor in der Steiermark der kleinbäuerliche Betrieb einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf, weil wir alle gemeinsam der Meinung sind, daß der kleinbäuerliche Betrieb auch in der kommenden Zeit eine entsprechende Berechtigung da sein zu dürfen,

haben wird. Wir wissen ganz genau, daß der Bauer allein auf sich gestellt ohne entsprechende Unterstützung nicht in der Lage wäre, sich auf die kommenden Geschehnisse vorzubereiten. Auf Grund dessen wurden mit Unterstützung der Landesregierung entsprechende Versuchsanstalten geschaffen, die sich vor allem auf den Obstbau hin konzentrieren und auch auf den Gemüsebau. Wir wissen, daß sich in Haidegg eine Versuchsanstalt befindet, wo man die Fragen des Obstbaues von der wissenschaftlichen Seite her beleuchtet, daß man dort Sortenversuche, Virustestungen, Spritzversuche, Düngungsversuche und verschiedenes mehr durchführt, und wir können in diesem Zusammenhang vor allem auch die Feststellung machen, daß der Bauer nicht mehr allein seinen Betrieb aufrecht erhält oder seine alltägliche Arbeit verrichtet, sondern daß neben ihm Schulter an Schulter der Wissenschaftler marschiert und daß sehr häufig in den verschiedenen Versuchsanstalten, auch in Purgstall, wo vor allem die Fragen des Feldgemüsebaues wissenschaftlich geprüft werden, der praktizierende Bauer zu finden ist, um sich an Ort und Stelle über die neuesten Errungenschaften zu informieren, aber auch andererseits der Wissenschaftler sehr häufig am Bauernhof anzutreffen ist, um einen richtigen Weg zwischen Praxis und Wissenschaft zu finden, der die Voraussetzung sein wird, um die bäuerlichen Betriebe für die Zukunft zu erhalten.

Vielleicht noch eines: Ein sehr wesentlicher Faktor für unsere gesamte Landwirtschaft ist selbstverständlich auch der Fremdenverkehr. Und gerade in den bergbäuerlichen Gebieten ist dieser bäuerliche Fremdenverkehr eine nicht mehr wegzudenkende Einnahmsquelle. Und gerade wird es auch Aufgabe der Bauernschaft sein, hier immer wieder neue Möglichkeiten zu schaffen, um den Fremdenverkehr in den bäuerlichen Gebieten auszuweiten, weil wir andererseits ja auch von der Warte des Bauernstandes aus den Willen haben, der städtischen Bevölkerung eine entsprechende Ausruhemöglichkeit zu geben. Es wird auch in Zukunft unsere Aufgabe sein, mitzuhelfen, ein festes Band zwischen Stadt und Land herzustellen. Das wird auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Zukunft sein, daß wir uns gegenseitig besser verstehen, als es in den letzten Jahrzehnten sehr häufig der Fall war.

Um hier zum Schlusse zu kommen, möchte ich abschließend eines sagen, daß sich die Kammer für Land- und Forstwirtschaft sehr emsig bemüht, hier die Voraussetzungen zu schaffen, um der Bauernschaft auch eine entsprechende Zukunft zu sichern. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß uns dies gelingen wird, daß wir auch in der kommenden Zeit, in der Zeit eines gemeinsamen europäischen Marktes, uns als Bauern in der Steiermark behaupten werden. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Jetzt spricht Abg. Lafer. Nach ihm kommt Abg. Scheer zu Wort.

Abg. Lafer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe mich zur Gruppe 7 des Landesvoranschlages 1967 zu Wort gemeldet, um über ein wichtiges Problem der Landwirtschaftsförderung, und zwar über die Meliorationen und in dem Zusammenhang die Grundzusammenlegungen zu sprechen. Wir haben doch, es sei festgehalten, hier in der Steiermark noch etwa 35 bis 40.000 ha versumpfte, unproduktive Flächen. Es kann daher in der Steiermark neues Kulturland nur geschaffen werden durch Erschließung von Ödland oder Kultivierung von Mooren und Entwässerung dieser Flächen. Die Neulandgewinnung in der Steiermark wird in dem Ausmaß bedeutsam, wie landwirtschaftlich nutzbare Flächen zum Zwecke der Industrie, der Siedlung und des Verkehrs verlorengehen. In Österreich gehen alljährlich etwa 3000 bis 4000 ha wertvolles Kulturland durch Straßenbauten und für andere Zwecke verloren. Es ist daher ein dringendes Gebot der Stunde, neue Flächen aufzuschließen und sie in Kulturland umzuwandeln. Vorteile ergeben sich bei dieser Aufschließung durch die Ermöglichung eines entsprechenden Maschineneinsatzes, der auf diesen meist ebenen Flächen durchführbar wäre. Auch ließen sich große Verkehrsunfälle vermeiden, die vielfach im hügeligen Gelände durch Traktoren und Maschinen passieren, wobei viele junge Bauern ihr Leben lassen mußten. Es kämpft der Bauer und im besonderen der Bergbauer hart auf dem Berg- und Hügelland und ringt seinem Boden eine karge Ernte ab, während große, ebene Flächen nicht genutzt werden können.

Meine Damen und Herren! Hochwasserschutz ist für das ganze Volk da und nicht nur für die Landwirtschaft. Diese Maßnahmen liegen daher im Interesse der gesamten Volkswirtschaft.

Wasserbau, Meliorationen und wenn Sie wollen auch Grundzusammenlegung, ist gleich Landesverteidigung in friedlicher Form. Es müssen daher nicht nur soviel Mittel zur Verfügung gestellt werden aus Bund und Land, um die Bodenverluste durch Straßenbau, durch Industrieanlagen, durch Siedlungen usw. auszugleichen, sondern darüber hinaus, um diese großen Flächen im Ausmaße Tausender Hektare trocken-zulegen. Noch krasser wirken sich die fehlenden Mittel bei Grundzusammenlegungen aus. Dringende Zusammenlegungen müssen deshalb zurückgestellt werden, weil die vorher notwendigen Meliorationen oft großer Flächen auf Grund Fehlens der entsprechenden Mittel nicht durchgeführt werden können. Meine Damen und Herren, den jährlichen Ernteentgang der versumpften Flächen in Steiermark kann man, vorsichtig geschätzt, mit etwa 100 Millionen Schilling beziffern, was letztlich dem Volke verlorengeht. So erfreulich es auch sein mag, daß für das Jahr 1967 mehr Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stehen, so dürfte es doch noch, wenn nicht noch mehr Mittel kommen, fast ein Menschenleben dauern, um diese hier aufgezeigten großen meliorationsbedürftigen Flächen zu entwässern. Neben den knappen Mitteln für diese

Maßnahmen herrscht, nicht nur in Steiermark, sondern auch in ganz Österreich, ein ausgesprochener Personalmangel auf dem Wasserbau-sektor. In den nächsten fünf bis acht Jahren geht etwa ein Drittel der Beamten und Angestellten in Pension. Nachwuchs ist viel zu wenig vorhanden. Es herrscht auch Mangel an Arbeitskräften. Es wäre daher zu überprüfen, ob man nicht von der bisherigen Gepflogenheit, alles in Eigenregie zu machen, abgehen sollte. Derzeit werden fast alle Projektierungsarbeiten in Eigenregie durchgeführt. Es müßten auch Zivilingenieure herangezogen werden. Bei all den Schwierigkeiten, die hier auftreten, kommt noch dazu, daß in Steiermark in den Jahren 1962/63 und im besonderen 1965/66 große Rutschungen auftraten und deren Sanierungen ungeheure Geldmittel beanspruchen. Hier gilt es vor allem, jene Rutschungen zuerst zu sichern, wo Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie öffentliche Anlagen in Gefahr sind. Meine Damen und Herren! Hand in Hand mit Entwässerungen wären die so wichtigen Grundzusammenlegungen durchzuführen. Bei Meliorationen und Kommassierungen muß eine enge Zusammenarbeit angestrebt werden. Beide Maßnahmen sind ja im Grünen Plan enthalten. Wenn aber mehr zusammengelegt wird oder werden soll, muß auch mehr entwässert werden und da fehlt es eben an den entsprechenden Mitteln. Durch erhöhte Bundesbeiträge und Bereitstellung von Landesmitteln im Jahre 1967, etwa 6,4 Millionen Schilling vom Land und vom Bund ein Betrag von etwa über 6 Millionen Schilling, werden die geplanten Bauvorhaben durchgeführt werden können. Das Bauvolumen für diesen Zweck beträgt für das Jahr 1967 28 Millionen Schilling. Die große Zersplitterung der landwirtschaftlichen Grundstücke — im Einzelnen könnte man in Steiermark fast von einem Fleckerlteppich sprechen — macht es erforderlich, daß immer mehr Mittel für die für unsere Landwirtschaft lebenswichtigen Maßnahmen bereitgestellt werden. Leider sind auch dieser Ausweitung durch den bestehenden Personalmangel Grenzen gesetzt. Bei dem derzeitigen Personal- und auch Geldmangel würden die steirischen Grundzusammenlegungsfälle mindestens 35 Jahre beanspruchen.

Meine Damen und Herren, dies ist eine Zeit, die für die Landwirtschaft, um sie EWG-reif zu machen, viel zu lange wäre, sind doch im Lande Steiermark noch etwa 80.000 ha zusammenlegungsbedürftiger Flächen vorhanden. Wir müssen daher alles unternehmen, um eine rasche Durchführung zu erreichen. Durch die Grundzusammenlegung soll natürlich auch erreicht werden, daß lästige Wegerechte beseitigt und größere zusammenhängende Flächen geschaffen werden, die erst dann einen rentablen Maschineneinsatz ermöglichen. Bei den vielen Klein- und Kleinstflächen ist vielfach der Einsatz moderner, arbeitssparender Maschinen nicht möglich. In den Jahren 1939 bis 1945 wurden in Österreich 3588 ha, in den Jahren 1951 bis 1960 rund 16.000 ha und in den Jahren 1961 bis 1965

im Durchschnitt der Jahre 20.000 ha zusammengelegt.

Bereits durchgeführte Kommassierungen zeigen auf, daß die Grundstückszahl sich um etwa 75 Prozent verringert hat. Die neugeschaffene Flächengröße verdreifachte sich. Der Kunstdüngerverbrauch ist um 100 Prozent gestiegen. Trotz der großen Ertragssteigerung konnte bei den zusammengelegten Flächen der Arbeitsaufwand um 25 Prozent gesenkt werden. Viehbestände, vor allem Rinder- und Schweinebestände, sind beträchtlich angestiegen. Dies wiederum bewirkte eine wesentliche Verbesserung der Milchproduktion und eine Ertragssteigerung in der Feldwirtschaft. Meine Damen und Herren, diese paar Beispiele zeigen bereits deutlich die Dringlichkeit und die Wichtigkeit dieser Förderungsmaßnahme für die Bauernschaft. Für das Land Steiermark gab es allerdings vor 1955 nur geringe Ausbaumöglichkeiten, da in dieser Zeit die entsprechenden Förderungsmittel fehlten. In den letzten zehn Jahren allerdings konnten in unserem Lande bereits 110 Zusammenlegungsfälle mit 18.000 ha Fläche behandelt werden. Hiefür war ein Aufwand von über 100 Millionen Schilling erforderlich. Von Bund und Land war ein Betrag von 62,4 Millionen Schilling beigesteuert worden. Sie sehen, meine Damen und Herren, daß den fehlenden Betrag von 36 Millionen Schilling die Bauern selbst aufbringen mußten und hier auch große Opfer brachten. Bei Meliorationen und Grundzusammenlegungen muß auch eine enge Zusammenarbeit mit der Straßenverwaltung angestrebt werden. Es wird notwendig sein, bei Straßenneubauten bzw. -ausbauten oder Sanierungen die Straßendurchlässe für spätere Meliorationsvorhaben auszurichten. Straßendurchlässe sind oft zu klein oder liegen zu hoch. Bei gutem Willen müßte doch auch hier eine Übereinstimmung aller Stellen möglich sein. Dasselbe gilt bei Grundzusammenlegungen und Meliorationen. Auch hier müßte man bereits auf eine kommende Trassenführung einer Straße Rücksicht nehmen, damit nicht einige Jahre später, wenn Straßenneubauten oder Straßenkorrekturen dann mitten in das zusammengelegte Gebiet hineinführen, neue Zusammenlegungen notwendig werden.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Zusammenfassend darf nun folgendes festgehalten werden: Die voraussichtlichen Kosten der von mir aufgezeigten Meliorationen, einschließlich Rutschungssicherungen bei Annahme von etwa 36.000 ha Fläche und weiterer Annahme, daß das Hektar nicht mehr als 20.000 Schilling kosten würde, würde ein Betrag von 720 Millionen Schilling erforderlich sein. Dazu kommt allerdings noch, wie gestern bereits Kollege Lackner ausgeführt hat, daß die Enns, die als Vorfluter großer, um die Jahrhundertwende meliorierter Flächen dient, durch Auflandung mehr oder weniger den Zweck als Vorfluter verloren hat und daß mehrere tausend Hektar solcher Flächen hier versumpfen und neuerlich entwässert werden müßten. Der Aufwand für die erforderli-

chen Regulierungen der Vorfluter, die auch dazugehören, bei Annahme von ca. 250 km und hier wiederum pro km 500.000 Schilling, bedarf eines Betrages von 125 Millionen Schilling. Zusammen also für die Entwässerungen mit Schaffung der Regulierungen und Vorfluter für die Entwässerung ein Betrag von 845 Millionen Schilling notwendig. Die Kosten der vor uns liegenden Grundzusammenlegungen, es sind hier in Steiermark noch ca. 80.000 ha solcher Flächen, würden bei einem Preis von ca. 3500 bis 4500 Schilling je ha einen Betrag von 320 Millionen Schilling erfordern. Von diesen genannten Beträgen werden aus öffentlichen Mitteln, also Bund und Land, etwa 50 bis 70 Prozent erwartet. Aus diesen paar Zahlen ist ersichtlich, daß wir noch viel zu lange brauchen würden, um diese Flächen aufzuschließen, wenn nicht mehr Mittel als bisher zur Verfügung gestellt werden. Es muß noch bemerkt werden, daß die Eigenaufbringung unserer Klein- und Mittelbauern auf allergrößte Schwierigkeiten stößt.

Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Ich darf daher in Anbetracht meiner Ausführungen die Landesregierung auffordern, beim Bund vorstellig zu werden, um für diesen so wichtigen Zweck der Landwirtschaftsförderung entsprechende Mittel zu erwirken und gleichzeitig bitten, auch das Land möge mehr Mittel als bisher für diesen Zweck zur Verfügung stellen. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Herr Abg. Scheer hat das Wort. Nach ihm kommt Abg. Maunz.

Abg. Scheer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn ich als Nichtbauer einige Worte zur Landwirtschaft sage, bitte ich, mir das nicht zu verübeln, sondern im Gegenteil das vielleicht in der Blickrichtung zu vermerken, daß gerade einer, der nicht in einem Beruf steht und sich gerade für den anderen Beruf positiv ausspricht, auch sich damit beschäftigt haben muß, so wie ich überhaupt feststellen möchte, meine Damen und Herren, speziell die Damen und Herren, die länger in diesem Hause sitzen, daß sich die Debatten über die Landwirtschaft im Laufe des vergangenen Jahrzehnts wesentlich heute von denen von früher unterscheiden. Nicht mehr ist es so wie in einer Taferlklasse notwendig, daß die Bauern hier das Hohe Haus überzeugen müssen von ihrer Existenzberechtigung, weil es mittlerweile in diesem Hause eine Selbstverständlichkeit ist und vielleicht auch immer war, wenn es auch nicht in diesem Umfang zum Ausdruck gekommen ist, daß der Bauer ein ganz wesentliches Element unseres Staates und unseres Volkes ausmacht, und daß wir nicht genug tun können, um ihn zu erhalten, um ihm und unserem Lande die Scholle zu erhalten. Das ABC dieser Sache ist inzwischen Allgemeingut auch dieses Hohen Hauses geworden, und es ist auch nie, wenn Sie sich daran erinnern, bei den verschiedenen Debattenrednern aller Parteien in dem Umfang von allen Beifall gegeben worden, weil wir inzwischen wirklich echt und ernst erkannt

haben, um was es geht. Guter Wille auf allen Seiten und das Verständnis auf allen Seiten für die Belange der Landwirtschaft sind es, die uns zu dieser Haltung gebracht haben und auch in Zukunft dazu bringen werden. Ich glaube daher, daß wir uns über die agrarische Taferlklasse hinweg erhoben haben und wirklich zu echten Problemen Stellung nehmen können, wie z. B. das Problem, das heute der Präsident Koller hier angeschnitten hat wegen der Agrarfabriken.

Es ist in der Deutschen Bundesrepublik bereits an einigen Stellen zur Errichtung solcher Monsterfabriken gekommen, sehr zur Unlust der dortigen Landwirtschaft, und wir wollen auch dazu sagen, zur berechtigten Unlust der dortigen Landwirtschaft. Die Gefahren solcher Betriebe sind enorm, wenn wir uns vorstellen müssen, daß einmal die Zubringerfuttermittel für diese Betriebe irgendwo einen Engpaß haben und plötzlich ein derartiger Lieferant an bäuerlichen Produkten zur Belieferung der Konsumenten schlagartig ausfällt, was zur Zeit bei der Verteilung auf viele tausend Stellen von Produzenten nicht der Fall ist. Die Krisenfestigkeit einer Landwirtschaft, die sich auf einen Punkt konzentriert, ist viel zu gering, als daß man sich auf so ein Experiment einlassen dürfte. Etwas anderes ist die Frage, die der Präsident Koller nicht beantworten konnte und auch nicht beantwortet hat, weil es praktisch kaum so aus der Hand zu beantworten ist, nämlich die Frage: Wie kann man in einem demokratisch geführten Staat die Errichtung einer solchen Agrarfabrik überhaupt verhindern, welche Mittel stehen uns zur Verfügung? Selbst in der Frage, daß man bis zur Änderung der Verfassung gehen müßte, um so etwas zu verhindern, liegt noch immer nicht die Gewähr, daß man solche Dinge wirklich abstellen könnte. Daher wird es eine besonders prekäre Frage sein, diese Dinge zu verhindern, will man nicht mit einer Ausnahmegesetzgebung sondergleichen irgendwie die Staatsgrundeinstellung einer Demokratie verletzen. Aber bitte, das wird eine Frage sein, die uns nicht hier beschäftigen soll, aber die der Überlegung wert ist.

Eines, das wir in der Agrarpolitik von freierlicher Schau her im besonderen anführen möchten, ist die Tatsache, daß es noch immer nicht gelungen ist, der Landwirtschaft echte Preise zu geben. Wir sind uns bewußt, daß, um der Landwirtschaft echte Preise zu geben, wir erst schön langsam die Wege dazu ebnen müssen, daß viele Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um dazu zu kommen, daß das nicht von heute auf morgen geht. Wir sind auch überzeugt, daß es nicht von heute auf morgen geht, die bäuerlichen Subventionen abzubauen, wobei sowohl vom Staat her als auch vielfach vom Bauern her diese Subventionen ja gar nicht gewünscht sind, sondern der Bauer selber der Auffassung ist, gebt mir meinen echten Preis, dann komme ich zu dir, Staat, nicht um die Subventionen. Daher glauben wir, wir müssen alles unternehmen, um den Bauern vom Gängelband der

Subventionen wegzubringen und ihn erst dazu werden lassen, was er sich heute auch noch oftmals einbildet zu sein, nämlich ein freier Bauer auf freier Scholle. Das ist er in diesem Augenblick noch immer nicht, so lange man ihn so an der Kette gestützter Preise und sonstiger Subventionen hält.

In diesem Kapitel ist sicherlich seinerzeit nicht aus dem Grunde, daß die Landwirtschaft mit dem Fremdenverkehr in irgend einem Zusammenhang steht, der Fremdenverkehr zusammengepannt worden. Es erweist sich aber immer mehr, wie im Laufe der Zeit die Landwirtschaft mit dem Fremdenverkehr zusammenwächst oder in eine gewisse Beziehung gerät, insofern, als unsere heimische Landwirtschaft gerade im Fremdenverkehr einen Platz hat, den Export agrarischer Produkte im Inland zu betreiben. Unsere Außenhandelsbilanz, die ja nicht ganz ausgeglichen ist und die selbst durch diesen Export im Innern noch immer nicht ganz ausgeglichen werden kann, hat allerdings noch einen besonderen Haken, den wir immer wiederum auch gerade im Zusammenhang mit den vorher erwähnten gestützten Preisen bringen müssen. Es ist doch irgendwo ein Nonsense, daß wir gestützte Preise im Innern, wo wir uns bemühen, die Agrarprodukte zu exportieren und die Möglichkeit haben, im Inland den Export zu betreiben, dem Fremden auch zubilligen, so daß jeder der 100.000 Fremden, die in unser Land kommen, den Vorzug der gestützten Preise unserer österreichischen Landwirtschaft genießt, anstatt daß wir ihm den vollen, notwendigen Preis abnehmen, wenn er hereinkommt, um auch entsprechend einen Devisenertrag davon zu haben. Also, meine Damen und Herren, da liegt natürlich auch etwas drinnen, um den Fremdenverkehr bzw. die große Wirkung unseres Fremdenverkehrs zur Ausfüllung unseres Außenhandelsdefizits an Devisen einzusetzen und positiv einzusetzen.

Wenn ich schon den Fremdenverkehr angezogen habe, dann möchte ich sagen, daß wir in der Steiermark mit der Entwicklung des Fremdenverkehrs zufrieden sein können. Ob das die Bemühungen in der Landeshauptstadt Graz sind oder am Land durch unseren Referenten für Fremdenverkehr, so können wir sagen, daß das gesamte Land, nämlich der gesamte Landtag, und auch die Ansätze im Budget davon sprechen, daß wir aktive, vorwärtsschreitende, man kann sagen in der Steiermark stürmisch vorwärtsschreitende Fremdenverkehrspolitik betreiben und wir gerne zu diesem Kapitel und den Ansätzen des Fremdenverkehrs in der Landwirtschaft unsere Zustimmung geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile Herrn Abg. Maunz das Wort. Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Meisl.

Abg. Maunz: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Gruppe 7, Un-

terabschnitt 733, findet die Förderung und Errichtung von Güter- und Almwegen ihre finanzielle Berücksichtigung. Wenn wir über unsere österreichischen Asphalt- oder Betonstraßen fahren, so müssen wir feststellen, daß sie in Ausbau und Beschaffenheit mit dem riesenhaft ansteigenden Verkehr nicht Schritt halten, ja, daß zu Zeiten desurlaubes erfahrungsgemäß uns eine noch größere Dichte des Verkehrs anregt, für diese Misere einen Verantwortlichen, einen Schuldigen zu finden und das ist letzten Endes nach Meinung der Verkehrsteilnehmer immer wieder der Staat. Aber machen wir uns angesichts dieser Situation auch Gedanken darüber, daß es in Österreich noch 64.305 km unbefestigte Wege gibt, welche zum Großteil eine erhebliche Belastung der Landgemeinden, einschließlich der bäuerlichen Bevölkerung darstellen. Wenn auch vom Jahre 1945—1963 51.440 bäuerliche Betriebe erschlossen wurden, so bleiben dennoch gesamtösterreichisch betrachtet per 1966 38.736 landwirtschaftliche Betriebe, welche noch keinen Hofzufahrtsweg besitzen. Die Steiermark hat hier nachweisbar den höchsten Rückstand mit 12.800 Höfen. Die durchschnittlichen Kosten für die Errichtung eines Hofzufahrtsweges betragen in der Steiermark rund 70.000 Schilling, in Tirol z. B. 150.000 Schilling, in Kärnten etwa 120.000 Schilling. Mit Rücksicht auf die Personalkapazität und die vorhandenen Wegebaumaschinen, aber auch auf den voraussichtlichen Kapitalbedarf von schätzungsweise 4.9 Milliarden Schilling ist in Zusammenarbeit mit der Agrartechnischen Abteilung der Landesregierung und der Kammer für Land- und Forstwirtschaft ein 8-Jahresplan in Erwägung gezogen worden. Bei dem derzeit geltenden Aufteilungsschlüssel 51 Prozent Bund, 20 Prozent Land ist eine Belastung von 29 Prozent oder 1.4 Milliarden Schilling für den Interessenten gegeben. Was die Almförderung anlangt, muß auch in der Zukunft der Schwerpunkt auf dem Wegebau liegen. Die zunehmend steigenden Qualitätsansprüche beim Vieh zwingen zur Verbesserung der Futtergrundlage auch auf Almen und Weiden. Dies bedingt wieder die erhöhte und verstärkte Anwendung von Mineraldünger und anderes mehr. All diese Produktionsmittel bedürfen zur Heranbringung eines geeigneten Weges. So war z. B. die Menge des verwendeten Handelsdüngers im Jahre 1966 nicht weniger als 550 Tonnen auf Alm- und Weideflächen. Das entspricht einem Güterzug von 50 Waggon. Meine Damen und Herren, es ist dies eine beachtliche Leistung, wenn man bedenkt, daß ein guter Teil dieser Mengen in oft mühseliger Arbeit und Weise in Ermangelung eines geeigneten Fahrweges zu seinem Bestimmungsort gebracht werden konnte. In der Post 733 für 1967 ist eine Erhöhung um etwa 2.1 Millionen Schilling festzustellen. So positiv dies zu werten ist, so dürfen wir doch nicht übersehen, daß die Aufschließung unserer Höfe und Almwege dringendes Anliegen unserer alpinen Landwirtschaft, man könnte fast sagen, eine Existenzfrage schlechthin, darstellt.

Gestatten Sie mir aber noch abschließend die

Feststellung, daß es auch entwicklungsbedürftige Gebiete gibt, für welche eine geeignete Aufschließung einen besonderen wirtschaftlichen Aufschwung und auch einen fruchtbaren Impuls für den Fremdenverkehr bedeuten würde.

Aber nun, meine geschätzten Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich auf die gestrigen Ausführungen des Herrn Kollegen Abg. Loidl kurz zurückblende. In einer sehr temperamentvollen Rede hat er sich sicherlich, zum Teil berechtigt, für die Bauarbeiter, die er zu vertreten hat, eingesetzt. Soweit, so gut! Aber er hat dies auch mit Bildern zu beweisen versucht. Aber mit der Feststellung, daß die Bauarbeiter schlechter untergebracht seien, als die russischen Gefangenen, kann ich mich wirklich nicht befremden. (Landesrat Bammer: „Er hat gesagt: Ich habe selbst zwei Jahre in russischer Gefangenschaft zugebracht und habe nie so schlecht gewohnt wie die Bauarbeiter hier in Österreich.“) Herr Landesrat, das habe ich nicht gehört, aber ich bin gerne bereit, mich von Ihnen überzeugen zu lassen, aber haben Sie die Freundlichkeit, auch meiner Meinung hiezu zuzuhören. (Landesrat Bammer: „Nicht auf etwas Falsches aufbauen!“)

Bitte sehr, er hat gesagt, da haben die Kriegsgefangenen auf jeden Fall besser gelebt, wie die Bauarbeiter, so haben seine Ausführungen sehr an Glaubwürdigkeit verloren. Er hat sich dadurch, und das muß ich auch unterstreichen, in das tiefste Tal der Demagogie begeben und den Bauarbeitern sicherlich in dieser Form keinen guten Dienst erwiesen. Ich will dieses Rednerpult, meine sehr Verehrten, nicht dazu verwenden, mein Schicksal und meinen Lebenslauf Ihnen bekanntzugeben aber ich möchte keinem von Euch die Hölle von 2 3/4 Jahre russischer Gefangenschaft in Sibirien wünschen. Auch nicht dem Herrn Kollegen Loidl. (Landesrat Bammer: „Er ist selber zwei Jahre dort gewesen.“) Wahrscheinlich ist's ihm besser gegangen! Ich möchte ihm auch nicht unterschieben, daß er sich's vielleicht richten hat können, ich kann mir nicht vorstellen, daß es zur damaligen Zeit einen Gewerkschaftssekretär gegeben hat. (Landesrat Bammer: Hallo, hallo, keine Verdächtigungen! Das ist eine Frechheit!“ — Abg. Pichler: „Keine Verdächtigungen, keine Verdächtigungen, das ist doch eine Unverschämtheit!“)

Präsident Dr. Kaan: Herr Landesrat Bammer, ich muß Ihnen als erster in meiner Funktion einen Ordnungsruf erteilen. Mit dem Wort Frechheit haben Sie zweifellos die zulässige Kritik überschritten. (Landesrat Bammer: „Sich's richten in der Kriegsgefangenschaft ist auch eine Verleumdung.“)

Abg. Maunz: Ich habe betont, ich möchte es ihm nicht unterschieben, ich stelle das noch einmal fest, aber eines glaubte ich heute an dieser Stelle in moralischer Verpflichtung all jener Tausender, welche mein Schicksal teilen mußten aber auch derjenigen, die heute seit zwei Jahr-

zehnten die russische und sibirische Erde deckt, feststellen zu müssen, daß viele Hunderte meiner Gefährten damals bereit gewesen wären, Jahre ihres Lebens dafür zu geben, wenn sie die Unterbringungsmöglichkeiten der Bauarbeiter, wie sie der Kollege Loidl zitiert hat, dafür eintauschen hätten können. Ich möchte auch abschließend noch die Feststellung treffen, daß es vielleicht Lager gegeben hat, die kenne ich nicht, wo es den Kriegsgefangenen besser gegangen ist. Es soll das keine Lanze für den Abg. Leitner sein, der sicherlich jetzt sehr beeindruckt war. Das, meine sehr Verehrten, wäre meine Feststellung zu diesem Thema. (Abg. Leitner: „Ich bin doch nicht dafür verantwortlich!“ — Abg. Zinkanell: „Das kommt nicht mehr an!“)

Präsident: Als nächster Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Meisl. Ich erteile ihm das Wort. Als darauffolgender Redner ist vorgemerkt Herr Abg. Pabst.

Abg. Meisl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Hohe Landtag hat sich in letzter Zeit öfters mit der Situation und der ersten Lage im Bergbau und im besonderen mit der Kohlenkrise, die hauptsächlich durch Absatzschwierigkeiten von Industriekohle entstanden ist, beschäftigt. Es wurden von den Abgeordneten verschiedene Vorschläge gemacht, um der drohenden Gefahr einer Arbeitslosigkeit im Bergbau zu begegnen. Einer der Vorschläge ist, in den betroffenen Gebieten durch Errichtung von Betrieben neue Arbeitsplätze für die freierwerbenden Bergarbeiter zu schaffen. Ich glaube, daß bei Betriebsgründungen in Notstandsgebieten ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden muß, daß nicht nur Betriebe errichtet werden, sondern, daß sie auch soweit wie möglich krisenfest sind, denn die Entwicklung der letzten Monate in der Industrie zeigt, daß sich auch hier in verschiedenen Sparten eine Abflachung der Konjunktur abzeichnet. Besonders bemerkbar ist das am Starkstromsektor der Elektroindustrie, während der Schwachstromsektor noch relativ gut beschäftigt ist. Das ist aber keine Erscheinung, die auf Österreich beschränkt ist, sondern diese Entwicklung ist auch in anderen Ländern, wo die Industrie viel kapitalkräftiger ist, als bei uns, festzustellen.

Ich glaube, daß gerade die österreichische Elektroindustrie besonders harten Bedingungen unterworfen ist, verbunden mit einem fast unerträglichen Preisdruck durch die übermächtige ausländische Konkurrenz. Da durch die fortschreitende Industrialisierung und Elektrifizierung der Haushalte in allen, auch in den unterentwickelten Ländern, der Bedarf an elektrischer Energie immer größer wird, müßte man annehmen, daß dadurch die Startbedingungen zur Hereinbringung von Aufträgen aus dem Ausland zu guten Konditionen immer besser werden. Es dürfte daher in der Elektroindustrie keine Krisenerscheinungen geben, sondern nur eine Belebung auf diesem Gebiet. Aber nach der sich in den letzten Jahren abzeichnenden Ent-

wicklung ist gerade das Gegenteil der Fall. Das hat seinen Grund in verschiedenen Ursachen. Eine der hauptsächlichsten Ursachen der momentanen Krise ist die Unterkapitalisierung. Jetzt komme ich auf die Elin-Union zu sprechen, weil sie schon ein paar Mal hier im Hause erwähnt wurde und auch zum Teil eine steirische Angelegenheit ist. Das Eigenkapital dieses Unternehmens ist im Verhältnis zum Umsatz viel zu gering. Es muß mit Fremdkapital gearbeitet werden, was das Unternehmen in finanzieller Hinsicht schwer belastet. So mußten im Jahre 1965 über 50 Millionen an Zinsen für das Fremdkapital bezahlt werden, und im Jahre 1966 werden es über 60 Millionen Schilling sein. Es müßte daher vom Eigentümer eine dem Umsatz entsprechende Kapitalaufstockung erfolgen, damit die Firma finanziell gesunden kann.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Verlangen an den Besitzer, in diesem Falle den Staat, ist gerechtfertigt, weil er bis heute fast nichts zum Wiederaufbau dieses Unternehmens seit 1945 beigetragen hat. Die Lasten des Wiederaufbaues, der das Unternehmen zum Welt Ruf, den es heute genießt, führte, mußten zur Gänze vom Unternehmer getragen werden. Eine zweite Ursache der Krise ist die fortschreitende Industrialisierung in den Ländern, die vor zwei Jahrzehnten noch zu den Agrarländern zählten. Heute scheinen diese Länder bereits in verschiedenen Erzeugnissen ihrer Fabriken, hauptsächlich mit Serienfabrikaten, als Konkurrenz auf. Die Bestrebungen dieser Länder gehen aber noch weiter. Man versucht bereits seit Jahren Großgeneratoren und Großtransformatoren teils mit eigenen Konstruktionen und teils mit Lizenzverträgen zu erzeugen. Vor 10 Jahren wäre z. B. Jugoslawien nicht in der Lage gewesen, sechs der zwölf Generatoren des Donaukraftwerkes am Eisernen Tor mit einer Leistung von 190 MVA per Stück zu bauen. Die zweiten sechs Generatoren für dieses Kraftwerk wurden aus Finanzierungsgründen in Rußland angefertigt. Die Transformatoren wurden nach Lizenzunterlagen der Elin-Union gebaut. Derzeit kämpft die Elin um drei Stück 200 MVA-Generatoren für das Kraftwerk Lotru in Rumänien, für die eine günstigere Ausgangsbasis durch die Gewährung der Lizenz für die Transformatoren besteht. Zu Ihrer besseren Orientierung über die Größe eines solchen Generators möchte ich Ihnen einige Daten bekanntgeben. Ein Generator mit einer Leistung von 190 MVA — es handelt sich hier um Schirmgeneratoren, Horizontalläufer, hat ein Gewicht von 1.100 Tonnen oder 1.100.000 kg. Der Rotor hat einen Durchmesser von 11,5 m und ein Gewicht von 600 Tonnen. Das Gehäuse hat einen Durchmesser von 14,5 m und ein Gewicht von 400 Tonnen. Die Abdeckung und der Armstern haben ein Gewicht von 100 Tonnen. Zum Transport eines solchen Generators sind fünf große Tieflader und 30 Eisenbahnwaggons notwendig. Der Preis der 12 Generatoren für das Kraftwerk am Eisernen Tor hätte weit über 300 Millionen Schilling betragen. Dieser Auftrag wäre für die Elin-Union besonders interessant

gewesen, weil es sich um 12 gleiche Maschinen handelte und daher sämtliche Regien in bezug auf Konstruktion und Werkzeuge auf alle Maschinen aufgeteilt hätten werden können, was ein gutes Geschäft gewesen wären. Trotz größter Anstrengung ist es nicht gelungen, diesen Auftrag für die Elin-Union zu bekommen.

Meine Damen und Herren, das ist nur einer von vielen Fällen, den ich als Beispiel anführen möchte, die leider erfolglos waren. Die Bemühungen der Techniker der Elin-Union gehen aber unvermindert weiter, um mit besserer Auslegung und Konstruktion mehr Aufträge aus dem Ausland hereinzubringen, damit die Kapazität des Weizer Werkes voll ausgenutzt werden kann.

Ein dritter Grund, der zur momentanen Krise in unserer Industriesparte beiträgt, ist der, daß der heimischen Starkstromindustrie viele Aufträge dadurch verlorengehen, weil bei Auftragsvergaben durch die öffentliche Hand, bei Großgemeinden und EVU-Betriebe nicht immer so vorgegangen wird, wie es im Interesse der Vollbeschäftigung notwendig wäre. (Abg. Pözl: „Die großen Gemeinden unterstehen aber meistens den Sozialisten!“)

Auf diese Weise sind der österreichischen Elektroindustrie durch Vergebung von Aufträgen von großen Einheiten an das Ausland im Jahre 1965 159,2 Millionen Schilling verlorengegangen. Dagegen schützt man sich in den Ländern, an die wir unsere Erzeugnisse verkaufen wollen, besser, z. B. durch Schutzzölle und andere Bedingungen, die es der ausländischen Konkurrenz sehr erschweren, Fuß zu fassen. Man kann sich in der Regel nur dann behaupten, wenn man die Wünsche und Bedingungen der Auftraggeber in qualitativer und preislicher Hinsicht erfüllt. Um mit dem Fortschritt der Technik Schritt halten zu können, wurde in Weiz ein Hochspannungslaboratorium erbaut, das es ermöglicht, Transformatoren zu erzeugen, die Grenzleistungen der Elektrotechnik darstellen, zu den größten Einheiten der Welt zählen und bereits in Amerika in Betrieb genommen wurden. Leider konnten wir trotz aller technischen Voraussetzungen die Anschlußaufträge von Amerika aus preislichen Gründen nicht bekommen, weil bei der Auftragsvergebung die Kaufleute und nicht die Techniker entschieden haben. Der Auftrag ging nach Schweden, weil die Schweden aus nicht festzustellenden Gründen die äußerst knapp kalkulierten Preise der Elin-Union um 100.000 Dollar, d. s. 2,6 Millionen Schilling bei einem Preis von 715.000 Dollar, das sind 18.590.000 Schilling pro Phase unterboten haben. Das sind letzten Endes die Hauptursachen der Krise bei der Elin.

Ich bin daher der Meinung, daß Aufträge von großen Einheiten, die in Österreich vergeben werden, auch im Inland bleiben sollen, weil sie nicht nur für die Starkstromindustrie, sondern auch für die Beschäftigung in anderen Industrie-

zweigen wichtig sind und die österreichische Wirtschaft beleben. Es wurde festgestellt, daß man, um einen Arbeiter in der Elektroindustrie voll beschäftigen zu können, in anderen Industriezweigen zur Herstellung der Rohmaterialien, die für die Erzeugung von Generatoren und Transformatoren notwendig sind, zwei bis drei Arbeiter voll beschäftigen muß, das heißt wenn in der Elektroindustrie ein Arbeiter den Arbeitsplatz verliert, sind auch zwei bis drei Beschäftigte in anderen Industriesparten gefährdet.

Meine Damen und Herren! Im Werk Weiz der Elin-Union werden Großgeneratoren und Großtransformatoren erzeugt, deshalb ist dieses Werk in der Oststeiermark auch von der Krise am meisten bedroht, was sich auch in weiterer Folge auf die Stadtgemeinde Weiz und in näherer und weiterer Umgebung finanziell negativ auswirken muß. Die Oststeiermark gehört zu den industriearmen Gebieten, wo man in vielen Gemeinden seit Jahren ständig bemüht ist, mit großen Opfern für die Gemeinden Betriebsgründungen zu erreichen, die auch vom Land unterstützt werden, um die verfügbaren Arbeitskräfte in ihrer Heimat beschäftigen zu können. Wenn aber nun der einzige Großbetrieb in diesem Gebiet von einer, wenn auch wie anzunehmen ist, vorübergehenden Krise betroffen wird, wirkt sich das auch auf das ganze Gebiet und die Gemeinden rund um Weiz aus. Ich glaube daher, daß aus diesem Grunde, weil auch steirische Arbeiter und Gemeinden davon betroffen werden, für die steirische Landesregierung, für den steirischen Landtag eine Verpflichtung besteht, wenn auch nicht finanziell, jedoch durch ihren Einfluß mitzuhelfen, daß Aufträge, die im Land vergeben werden, nicht ausländischen Firmen übertragen werden, sondern heimischen Firmen im Inland. Damit wird auch von höchster Stelle in der Steiermark mitgeholfen, die Krise in der Elektroindustrie zu bekämpfen. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner ist Abg. Pabst vorgesehen. Ihm folgt Herr Abg. Dr. Moser.

Abg. Pabst: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Vor zwei Jahren wurde in diesem Hohen Haus das Grundauffangfondsgesetz beschlossen. Im Budget des Jahres 1965 und 1966 sind insgesamt 1.5 Millionen Schilling für diesen Fonds vorgesehen gewesen. Im Budget des Jahres 1967 sind im a. o. Haushalt wiederum drei Millionen Schilling vorgesehen. Der Fonds hat die Arbeit bereits aufgenommen und es wurden vor wenigen Wochen die ersten sechs Fälle aufrecht durch Zinsenzuschüsse erledigt. Die Bauernschaft glaubt und hofft, daß durch diesen Fonds tüchtigen, strebsamen Menschen geholfen wird, ob nun weichende Bauernkinder sich eine Existenz neu gründen oder ob durch Aufstockungen tüchtigen Menschen wertvollste Hilfe zuteil wird.

Und nun zu einem anderen Kapitel. Steiermark ist zu 54 Prozent mit Wald bestockt, das

sind 880.000 ha, das heißt etwas mehr als 1/4 der österreichischen Waldflächen liegen in der Steiermark. Davon kann man wohl die große Bedeutung des Waldes für die Steiermark ableiten. Der jährliche Holzeinschlag, es wurde schon früher ausgeführt, beträgt derzeit 2.5 Millionen fm und ich glaube, man kann feststellen, das sagen jedenfalls die Fachleute, daß keine Überschlägerungen durchgeführt werden. Und diese 2.5 Millionen fm haben im vergangenen Jahr einen Erlös von rund 863 Millionen Schilling erbracht. Rund 19.000 Bedienstete waren im Vorjahr laut Gebietskranken- und Landwirtschaftskrankenausweis in der Holzarbeit, Bearbeitung und Verarbeitung beschäftigt. Das zeigt uns, welche große Bedeutung der Wald und die Forstwirtschaft für unser Land im besonderen hat. Leider ist derzeit, wie auch schon angeführt, die Situation auf dem Holzsektor durchaus nicht erfreulich, denn die Preise sind nicht steigend, sondern in letzter Zeit besonders rückläufig. Schleifholz und Grubenholz sind in echte Schwierigkeiten geraten, wozu zu sagen ist, daß es für uns als Landwirte, als Forstwirte unverständlich ist, daß z. B. für ausländisches Schleifholz um ca. 100 Schilling je fm mehr bezahlt wird als für das einheimische. Beim Grubenholz haben wir die Schwierigkeiten im besonderen deshalb und es ist oft nicht absetzbar, weil wir ja die Situation vom Kohlenbergbau her kennen. Ich habe diesbezüglich vor kurzem zu diesem Problem Stellung genommen. Ganz unterstreiche ich die Ziffern des Herrn Kollegen Brandl nicht in Hinsicht auf die Struktur des Waldes. Gute 50 Prozent des steirischen Waldes sind nämlich in bäuerlicher Hand und zwar dadurch, weil viele Wald- und Forstgemeinschaften, Kommunen, sich zweifellos aus 20, 30 und noch mehr Bauern zusammensetzen und deshalb gerade hier der Prozentsatz eben ein größerer ist, als vom Kollegen Brandl ausgeführt wurde. Das bedeutet aber nicht etwas besonderes, ich möchte nur damit besonders unterstreichen, daß der Bauernwald in der Steiermark eine ganz große Rolle spielt. Daß die Bewirtschaftung des Bauernwaldes schwieriger ist, das kennen wir alle. Allerdings kann ich da zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Brandl sagen, die fachliche Beratung, die der Großwaldbesitz zweifellos hat durch seine Organe, kommt dem Bauern über die Bezirksbauernkammern, über die Forstabteilung der Bezirkskammer in reichem Ausmaß sehr wertvoll zugute. Und was die Wald- bzw. Forstgemeinschaften betrifft oder Vereinigungen, die hier einen gewissen Ausgleich gegenüber den größeren Waldbesitzern geben sollen, können wir erfreulicherweise feststellen, daß das nicht erst jetzt, sondern schon seit Jahren — allerdings auf nicht ganz breiter Basis — bereits praktiziert wird. (Abg. Brandl: „Sehr gering, sehr gering!“) Etwas ganz Erfreuliches zu diesem Gebiet ist noch zu sagen, die Ergebnisse der letzten Forstinventur haben ergeben, daß der Wirtschaftswald im großen Durchschnitt in der Steiermark und in Österreich mit rund 240 fm Holzvorrat festgesetzt werden kann und einem jährlichen Zuwachs von sechs fm je ha, beim Bauernwald,

ebenso in Österreich und in der Steiermark auf den ha 200 fm Holzvorrat mit einem Zuwachs von 5.8 fm, was auch international gesehen, als sehr gut bezeichnet werden kann.

Österreich, besonders aber auch die Steiermark, ist ein ausgesprochenes Exportland. Rund 2/3 des Holzes gehen ins Ausland. Allerdings ist auch dieser Holzexport rückläufig, ja sogar stark rückläufig. Es wurden z. B. in der Steiermark 1956 rund 300.000 fm Nadelrundholz und 140.000 m³ Bauholz exportiert und 1965 nur 146.000 fm Rundholz und 82.000 m³ Bauholz. Bei Spreißelholz war die höchste Exportziffer 265.000 Raummeter und die niederste 58.000 Raummeter, Brennholz die höchste 96.500, die niederste 27.500 m. Leider steigt der Holzimport in Österreich sehr stark an. Zum Beispiel 1956 53.000 fm Schleifholz, 1965 674.000 fm davon allerdings — und das muß gesagt werden — 460.000 fm Laubschleifholz, welches besonders für Furnier- und Sperrholzerzeugung gebraucht wird, aber auch, und das muß auch vermerkt werden, zur Beleuchtung der Forstwirtschaft — rund 50.000 Raummeter Brennholz wurden auch noch im vergangenen Jahr importiert. Ganz besondere Sorge bereiten uns die immer wieder anfallenden Katastrophenhölzer.

1962 sind in der Steiermark, hauptsächlich in der Oststeiermark, rund 500.000 fm Schneedruckholz angefallen, 1964 im oberen Murtal, im Murauer Gebiet vor allem, rund 1 Million fm Schneedruckholz. Der heurige Novemberanfang hat uns an der steirisch-niederösterreichischen Grenze, wie auch ausgeführt, rund 1.3 Millionen fm Windbruchholz gebracht. Und hier möchte ich nur eine Ziffer als besonders stark hervorstreichen, nämlich im Gebiet der Gemeinde Gußwerk liegen zur Zeit auf Grund dieses Windbruches ca. 230.000 fm bei den Bundesforsten lt. Bericht der Landesforstinspektion. (Abg. Brandl: „Fast 300.000 fm!“) Das bedeutet den 7- bis 8fachen Holzjahreseinschlag. Wir können uns vorstellen, was das auch rein arbeitstechnisch für Schwierigkeiten auslösen wird. Weiters ist in diesem Zusammenhang gerade der Käfergefahr ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Besondere Sorgen macht uns die Verwertung dieses Schadholzes, wovon, wie auch nach den Erhebungen der Landesforstinspektion festgestellt wurde, rund 35 Prozent Schwachhölzer sind. Hier müssen Exportmöglichkeiten vorgesehen werden, und soweit mir bekannt ist, sind entsprechende Verhandlungen ja auch schon im Gange.

Die kommende Bauordnung, mit der wir uns im nächsten Jahr wahrscheinlich beschäftigen werden, wird sich mit dem Baustoff Holz holzfreundlich beschäftigen müssen. Aber nicht nur die rein wirtschaftliche Bedeutung des Waldes verdient Beachtung, sondern wir alle wissen, daß der Wald noch andere, ganz bedeutende Aufgaben erfüllt. So hat er Schutzfunktionen zu erfüllen bei Lawinen und Unwetter — wir hören ja die verschiedensten Vorwürfe diesbezüg-

lich immer wieder, nur kann gesagt werden, daß es nicht die Forstwirtschaft ist. Er trägt aber im besonderen sehr wertvoll und wesentlich zur Regelung, aber auch zur Reinerhaltung des Wasserhaushaltes bei. Was der Wald für den Fremdenverkehr bedeutet, brauche ich nicht zu schildern. Nicht umsonst kommen so viele Fremde in die Grüne Steiermark und suchen dort in guter Luft Erholung. Es ist erfreulich, daß die Waldflächen durch Aufforstung von rund 1.200 ha Grenzertragswertböden in Österreich jährlich zunehmen. Die Mittel zur direkten Forstwirtschaftsförderung vom Land sind ja gering. Ich darf Sie, verehrte Damen und Herren, aber alle bitten um eine gute Waldgesinnung.

Zur notwendigen wirtschaftlichen Erschließung des Waldes gehört maßgeblich auch der Forstaufschließungswegebau, der vom Land im kommenden Jahr mit 1.2 Millionen Schilling gefördert wird. Der Forstwegebau wird aus den Mitteln des Grünen Planes auch sehr maßgeblich gefördert. Diesem Umstand ist es auch zu danken, daß jährlich ca. 600 km solcher Wege gebaut werden. Insgesamt wurden bisher in der Steiermark 6.500 km solcher Wege gebaut, 1.100 km sind im Bau. Rund 40 Prozent dieser Wegbauten wurden aus öffentlichen Mitteln, hauptsächlich aus Bundesmitteln bezuschußt, und zwar im Durchschnitt mit 25 Prozent. Zu bemerken ist hierzu noch, daß sowohl Beihilfen als auch Agrarinvestitionskredite nur Besitzer unter 2 ha erhalten können. Natürlich — und dazu muß auch etwas gesagt werden — können Forstaufschließungswege nur auf Grund und Boden errichtet werden, es gehen sicher oft Waldflächen durch Wege verloren, und es müssen zweifellos auch Hänge angeschnitten werden, ohne das geht es nicht. Die Experten beschäftigen sich aber damit sehr ernst. Daß dort und da auch etwas passieren kann, ist selbstverständlich. Aber eine rationelle Waldwirtschaft wird in Zukunft nur mit einem entsprechenden Wegnetz möglich sein. Denn auch die Holzqualität wird in der Zukunft für den Absatz eine Rolle spielen. Zur Holzbringung mit alten Arbeitsmethoden — hiermit meine ich das Holzen — werden in Zukunft immer mehr die entsprechenden Fachleute fehlen. Nachdem bisher ungefähr die Hälfte des notwendigen Waldwegebaues in der Steiermark durchgeführt ist und der weitere Wegbau in bauschwierigere Gebiete vorstoßen muß und die Ertragsentwicklung der Forstwirtschaft rückläufig ist, werden in Zukunft noch größere öffentliche Mittel einzusetzen sein. Dieser Wegbau dient aber durchaus nicht nur der Forstwirtschaft, sondern in hohem Maße auch dem Fremdenverkehr, weil damit auch oft wertvollste Erholungsgebiete erschlossen werden.

Der Unterabschnitt 738/701 Besitzfestigung sieht Beihilfen an gefährdete Bergbauern in Höhe von 2.8 Millionen Schilling vor. Mit diesen Mitteln wurden und werden bergbäuerliche Betriebe, welche ohne eigenes Verschulden in existenzgefährdende Notlage gekommen sind und wo andererseits durch diese Besitzfesti-

gungsbeihilfen begründete Aussicht besteht, daß Maßnahmen eingeleitet werden, durch welche das Einkommen angehoben und damit auch die Existenzsicherung gewährleistet wird, gefördert. In den letzten 18 Jahren wurden in der Steiermark insgesamt 7.540 Betriebe mit 82,657.000 Schilling gefördert. Allerdings kommen zu diesen Beträgen vom Bund, die natürlich nur gegeben werden, wenn das Land seinen entsprechenden Anteil leistet, weitere große Beträge hinzu. Und diese Beihilfemittel werden auch nur dann gegeben, wenn alle Kreditmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

So wurden seit 1955 an 11.773 Betriebe solche Beihilfen und Kredite gewährt in einem Gesamtbetrag von rund 500 Millionen Schilling. Im Jahre 1966 wurden mit 2,6 Millionen Landesmitteln und 6,5 Millionen Bundesmitteln als Beihilfen 554 Höfe gefördert. Diese rund 9 Millionen Schilling öffentl. Mittel haben die Initialzündung für einen Gesamtinvestitionsaufwand von rund 70 Millionen Schilling ausgelöst, wozu besonders vermerkt werden muß, daß sowohl die Beihilfen als auch die Kredite gleich zur Bezahlung an die vorliegende Rechnung verwendet werden und damit der geförderte Bauer dieses Geld nie in die Hand bekommt. Ich glaube, ich brauche nicht auszuführen, welche Bedeutung diese Beträge für die kleinen Gewerbetreibenden in den Dörfern draußen haben. Für 1967 liegen derzeit schon wieder 1.300 solche Ansuchen auszahlungsreif vor, wenn die finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Jedenfalls hilft die Besitzfestigungsaktion sehr wesentlich mit, unsere Bergbauern auch in Zukunft zu erhalten, diese Menschen, die sich durch ganz besonderen Fleiß, Genügsamkeit, aber auch Tüchtigkeit auf ihrem Hof halten. Und ich glaube, Sie stimmen alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit mir überein, wenn ich sage, daß wir den Bergbauern auch in der Zukunft genau so notwendig brauchen als in der Vergangenheit, sowohl als Nährstand, als gesunden Blutsquell aber auch als Menschen, die unsere Berge bewohnen, bebauen und diese Berge auch für die Fremden pflegen. (Beifall.)

Präsident: Herr Abg. Dr. Moser. Ich erteile ihm das Wort. Als nächster Redner ist Herr Abg. Zinkanell vorgemerkt.

Abg. Dr. Moser: Sehr geehrte Damen und Herren! Wer in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, durch die Industrielandschaft am Rhein oder an der Ruhr zu fahren und dort gesehen hat, wie sich an Sonntagen Tausende von Menschen in den noch verbliebenen spärlichen Wald- und Wiesenstreifen drängen, um etwas Licht, Luft und Sonne zu genießen, der wird es erst so richtig schätzen, in einem Land der Wälder und der Berge leben zu dürfen. Gestatten Sie mir dazu ein paar Gedanken in aller Kürze, welche Bedeutung unsere Bergwelt vor allem auch für den Fremdenverkehr hat. Es sind noch gar nicht mehr als 100 Jahre her, da waren die höheren

Berge noch ein Reservat für Hirten und Jäger und im abergläubischen Volk als Sitz böser Geister gefürchtet. Als einer der ersten hat Erzherzog Johann mit seinem ihm eigenen Weitblick schon die Bedeutung unserer Bergwelt für die neue Zeit erkannt und als es im Jahre 1862 zur Gründung des ersten alpinen Vereines am europäischen Kontinent kam, des Österreichischen Alpenvereines, da setzte die stürmische Entwicklung, die Erschließung unserer Bergwelt in den ganzen Ostalpen ein. Heute sind es 150 Schutzhütten, die in Steiermark den Bergfreunden zur Verfügung stehen, erbaut von den alpinen Vereinen, den Naturfreunden, dem Touristenklub und dem Alpenverein, der mit 3.500 Hüttenschlafplätzen wohl das größte Beherbergungsunternehmen in unserem steirischen Lande ist.

Nun, die Berge sind weitgehend erschlossen. Heute gilt es eigentlich mehr als bisher, den Menschen für die Berge zu erschließen. Dazu mußten einige Voraussetzungen geschaffen werden. Die Schutzhütten haben nach dem Krieg den neuen Anforderungen zum Großteil nicht mehr genügt. Die Erfüllung der sanitärpolizeilichen Ansprüche ist allein schon eine kostspielige Sache und viele Schutzhütten waren nur für den Sommer gebaut und mußten für den Winterbetrieb umgestaltet werden. In den Bergsteigervereinen lebt ja Gott sei Dank noch der Geist der Selbsthilfe und von ungezählten Idealisten wurde Großartiges für die Allgemeinheit geleistet. Freilich ohne die finanzielle Hilfe des Landes wäre das nicht möglich gewesen und es sei daher an dieser Stelle dankbar vermerkt, daß kein Bundesland, auch nicht das klassische Bergsteigerland Tirol, so beachtliche Subventionen für den Ausbau und die Aufstellung der Schutzhütten gibt, wie das Land Steiermark, und daß es dem Landesfremdenverkehrsreferenten auch heuer möglich war, eine namhafte Summe in das Budget einzusetzen. Sie finden im Abschnitt Fremdenverkehr auch Förderungsposten zur weiteren Ausbildung der Bergführer, für Skilifte und Seilbahnen, für Wanderwege und Skiabfahrten. Das ist alles sehr beachtlich, wenn ich mir auch am Rande die Bemerkung erlauben darf, daß es nicht immer ganz zur Freude der Bergsteiger geschieht, weil dadurch manche Menschen in die Berge kommen, die den anderen die Freude am Berg verleiden. Aber andererseits haben dadurch auch die älteren und nicht mehr gesunden Menschen Gelegenheit zum Erlebnis der Berge, vor allem auch die vielen bergungewohnten Gäste aus dem Ausland; diese Maßnahmen sind aber auch für den Wintersport in unserer Bergwelt notwendig. Meine Damen und Herren, wir dürfen uns glücklich schätzen, in unserer Bergwelt eine ganz beachtliche Sparkasse, eine Kapitalsanlage zu besitzen, aber auch ein großes Lebensreservoir, das die verbrauchte Luft unserer Städte- und Industrieanlagen reinigt, einen Gesundbrunnen für alle vom Herzinfarkt bedrohten Mitbürger und einen unvergänglichen Kraftquell für jung und alt. Und gemeinsam mit den Bergbauern — Bergsteiger

und Bergbauern waren immer schon echte Freunde — wollen wir bemüht sein, bei aller Anerkennung der Förderungsnotwendigkeiten unserer Fremdenverkehrswirtschaft in der Bergwelt, der Almwege, der Bergbauernwirtschaften unsere Bergwelt möglichst unverfälscht zu erhalten, denn sie ist ein kostbarer, natürlicher Erholungsraum für unser Volk und für unsere Gäste aus dem Ausland. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Zinkanell. Als nächster Redner ist Herr Abg. Hofbauer vorgemerkt.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Anbetracht der Tatsache, daß wir schon den vierten Tag beisammensitzen, werde ich mich bemühen, auch so kurz wie mein Vorredner zu sein. Aber es wird immerhin einige grundsätzliche Feststellungen geben müssen. Das Budget 1967 für das Land Steiermark sieht für die Förderung der Land- und Forstwirtschaften in den Abschnitten 73 und 74 zusammen 125 Millionen Schilling vor, das sind um rund 12 Millionen Schilling mehr als im vorjährigen Budget. Ich begrüße diese Erhöhung, weil sie notwendig ist, die Landwirtschaft in der Entwicklung nicht zurückfallen zu lassen. Insbesondere beim Zustandekommen einer Vereinbarung mit der EWG ist die Bildung und Ausbildung unserer bäuerlichen Bevölkerung unbedingt notwendig, um sowohl in Produktivität, Qualität als auch in der Rationalisierung nachzurücken und so gegenüber den Ländern in der EWG nicht hoffnungslos zurückzubleiben. Einen kleinen Einblick in die Situation der Bauern in der EWG würde, meine Damen und Herren, eine Unterlage der AIZ geben, aber ich schenke es mir, darauf näher einzugehen, weil es auch wieder Zeit erfordern würde; ich möchte nur darauf hinweisen, daß gerade, weil die Landwirtschaft in der EWG selber große Schwierigkeiten hat, daß hier von großen Opfern die Rede ist, daß die Ausbildung von besonderer Bedeutung ist und ich erwähne das deswegen, weil ich den Bildungsplan oder Ausbildungsplan des Herrn Abg. Schaller, der jedenfalls weitestgehend unter seiner Initiative — nehme ich an — und Mitarbeit entstanden ist, wirklich begrüße und man über diesen Vorschlag, der da drinnen enthalten ist, wird reden müssen. Man wird prüfen müssen, was alles dabei sich verwirklichen lassen kann, und dann muß man allerdings auch ans Verwirklichen schreiten. Denn der Vorschlag soll eben nicht nur ein Vorschlag bleiben, vor allem dann nicht, wenn uns allen die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft weiterhin am Herzen liegt. Ich darf daran erinnern, daß ich bereits vor fünf Jahren bei meiner ersten Rede zur Land- und Forstwirtschaft hier in diesem Hohen Hause ein eindeutiges Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft abgelegt habe und auch begründet habe mit dem Hinweis einerseits auf die Ernährungssicherung, andererseits auf die Käuferfunktion der österreichischen Landwirtschaft in der österreichischen Wirtschaft und weiters als

Erhalter der Landwirtschaft und des fruchtbaren Bodens und auch des Erholungsraumes. Aber Sie wissen — und Sie haben das heute sehr interessant und eindrucksvoll aus den Äußerungen des Herrn Präsidenten Koller gehört — die Entwicklungstendenzen, die wir in Europa beobachten müssen, sind — und das wurde auch vom Kollegen Scheer gesagt — für die bäuerliche Landwirtschaft echt besorgniserregend. Es wurde von den Agrarfabriken geredet, und ich habe in meinem Vortrag das auch vorgesehen gehabt, ich will es nicht wiederholen, es wäre nur nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß es z. B. in Deutschland in Neu-Köln ein sogenanntes Hühner-Hochhaus gibt, wo 36.000 Tiere beisammen sind, und daß ein weiterer Bunker entstehen soll, ein Hühnerbunker mit 250.000 Tieren und daß diese Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich jenen Betrieben insbesondere zu größter Sorge Anlaß gibt, die der Herr Präsident Koller gemeint hat und die in Feldbach — ich will es gerne zugeben — auch unter seiner Initiative schon sehr viel gemeinsam geleistet haben. Aber wenn es gelingt, durch solche Bunker, die aber nicht von landwirtschaftlichen Betrieben oder Genossenschaften gebaut werden, sondern hier z. B. von einem Strumpffabrikanten und von anderen — es gibt eine ganze Reihe von solchen Projekten —, daß hier echte Gefahr für die Klein- und Mittelbetriebe besteht und man wird sich gemeinsam sehr bemühen müssen, um hier einen Weg zu finden, der unseren Betrieben die Existenzmöglichkeit trotzdem noch bewahrt. Der Kollege Scheer hat ja die konkrete Frage gerichtet: Wie stellt sich nun der Herr Präsident das Entgegentreten gegen diese Entwicklung vor, was kann getan werden? Und der Herr Präsident hat ja noch keine Gelegenheit gehabt, darauf zu antworten, aber darf ich es für unsere Seite tun, wie wir uns das vorstellen. Wir sind der Meinung, daß ein sehr einfaches Rezept darin liegen müßte, daß die Landwirtschaft gewissermaßen in den Schutz der Gewerbeordnung mithereinbezogen wird. Es ist ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren, klar, daß es in der Gewerbeordnung einen sehr deutlichen Schutz vor den sogenannten Pfuschern gibt, und so etwas ähnliches müßte auch für die Landwirtschaft geschaffen werden, indem man die Gewerbeordnung auf das „landwirtschaftliche Gewerbe“ ausdehnt und eine ähnliche Bestimmung schafft. Allerdings wird das nicht ohne weiteres möglich sein, weil wir hier eben Schwierigkeiten unter Umständen mit den Herrschaften des Wirtschaftsbundes bekommen, aber nicht nur wegen den Pfuschern, die der Landwirtschaft ins Handwerk pfuschen. Aber ich glaube, nicht nur diese eine Seite wird wichtig sein zu beachten, sondern man muß natürlich auch den Standpunkt des Konsumenten als landwirtschaftlicher Produzent sehen. Man kann nicht Schutz verlangen und nicht vorsehen, daß der Konsument der agrarischen Produkte, jeder, der essen will und essen muß, an einer verbilligten, rationellen Produktion außerordentlich interessiert ist. Und ich glaube, man wird hier

vor allem über den genossenschaftlichen Weg, der noch wesentlich ausgebaut werden wird müssen, die Möglichkeit suchen, neben der Bildung für die bäuerliche Bevölkerung auf dem genossenschaftlichen Weg die Möglichkeit zu schaffen, um der Konkurrenz, dieser Schmutzkonkurrenz, entgegenzutreten. Man wird innerhalb der Landwirtschaft die genossenschaftliche Tätigkeit verstärken müssen, man wird meines Erachtens aber auch mit den Konsumenten in bezug auf die Genossenschaften besser zusammenarbeiten müssen und man wird die Genossenschaften auch dann und weiter ausbauen müssen, wenn es auch wiederum einigen Herrschaften der Wirtschaftsbandseite nicht ganz zusagt. (Landesrat Peltzmann: „Produktionsgenossenschaften!“ — Abg. Stöffler: „Halten Sie diese Rede vor dem freien Wirtschaftsband, der hat Verständnis dafür!“) Ich möchte die Sorgen der bäuerlichen Mandatäre und Funktionäre nicht hier im speziellen wiedergeben, aber der „Bauernbündler“ vom 4. Dezember berichtet darüber, daß es doch gewisse Spannungen und Schwierigkeiten nach wie vor gibt. Denn da heißt es unter anderem: „Wir werden größtes Augenmerk dem Absatz und der Verwertung der Erzeugnisse zuwenden, damit der Erzeuger einen gebührenden Anteil auch am Endprodukt erhält, der gesichert ist“ und weiter „In einem Rechtsstaat hat jeder Bürger gleiche Rechte und Pflichten, man kann daher auch uns nicht vorschreiben, was wir noch gerade tun dürfen oder nicht“. Das ist von der bäuerlichen Seite gegen den Handel gemeint und gerichtet gewesen. (Landesrat Peltzmann: „Richtig ausgedrückt!“) Wir sind der Auffassung, daß man tatsächlich den genossenschaftlichen Sektor noch sehr wesentlich wird ausbauen und intensivieren müssen. Nur glaube ich, daß man die Genossenschaften vielleicht auch ein bißchen öffnen sollte, weil sie nicht der alleinige Herrschaftsbereich des Bauernbundes sein können. (Abg. Pözl: „Der Konsum muß noch angeschlossen werden!“) Man kann nicht die Genossenschaft gewissermaßen als eine Nebenorganisation des Bauernbundes führen, sondern muß sie auch denen öffnen, die interessiert sind, als bäuerliche Produzenten mitzuarbeiten. (Abg. Buchberger: „Die Funktionäre sind frei gewählt!“) Aber im Selektionsverfahren, Kollege Buchberger, daß ist immerhin nicht sehr gut. (Abg. Buchberger: „In der Generalversammlung!“) Bei uns ist das ganz anders. Da gibt es Generalversammlungen, wo die Leute mitbestimmen können und wo nicht festgelegt wird, wer in die nächsthöhere Gruppe delegiert werden soll. Jedenfalls bin ich der Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, (Abg. Stöffler: „Da hätten wir auch im Konsumverein Chancen!“ — Landesrat Bammer: „Bürgermeister-Stellvertreter Stöffler als Geschäftsführer des Konsum- und Genossenschaftsverbandes!“ — Abg. Stöffler: „Da würde ich zu viele Funktionen haben, das wäre Euch bestimmt auch nicht recht!“) Vielleicht, ja warum nicht. Ich meine ja, Kollege Stöffler, eine bessere Zusammenarbeit auch der beiden großen Genossenschaften, der landwirtschaftlichen Genossen-

schaften und der Konsumgenossenschaft Konsumverband, das ist bestimmt nichts Schlechtes.

Meine Damen und Herren! Ich wollte in dem Zusammenhang sagen, daß es den bäuerlichen Funktionären auf der ÖVP-Seite auch sehr daran gelegen sein muß, so ähnlich wie das heute aus dem Vortrag des Herrn Präsidenten herausgeklungen hat, Freunde und Helfer noch und noch zu finden, Menschen zu finden, die Verständnis für die Probleme der Landwirtschaft haben, das heißt allerdings auch, daß man manche unüberlegte Gehässigkeiten, wie wir sie auch in dieser löblichen Zeitung sehr häufig finden, doch mehr oder weniger hintanstellen sollte. In der letzten Zeit hat man sich allerdings sehr zurückgehalten im „Bauernbündler“, offenbar deswegen, weil man es für zweckmäßig gefunden hat, nicht die Sozialisten allzu sehr zu vergrämen, weil man sie gebraucht hat, um die Marktordnungsgesetze gut über die Bühne bringen zu lassen, und das ist auch geschehen, weil von anderer Seite selbstverständlich auch ein entsprechendes Verständnis für die Notwendigkeiten der Landwirtschaft und darüber hinaus in diesem Zusammenhang für die Konsumenten vorhanden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich freue mich, daß ich das feststellen darf, weil manchesmal bei den Sozialisten — nicht nur manchesmal, sondern sehr häufig — auch wenn sie sehr stark angegriffen und angefeindet werden, mehr Verständnis für die bäuerlichen Belange zu finden ist als auf der Seite der ÖVP, jetzt ist nicht nur der Wirtschaftsband gemeint, der hat auch manchmal Verständnis, sondern hier meine ich leider die leidige Frage, die schon angeschnitten wurde im Hohen Hause, die Frage der Bauernkrankenkasse, Vertrag mit den Ärzten, den wir bis heute nicht haben. Und ich würde mich sehr freuen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die Ärzte, und das sind doch im wesentlichen sehr viele von der ÖVP-Seite, sich an der Haltung des Landesrates Sebastian ein Beispiel genommen hätten oder Beispiel nehmen würden, der einen eben beispielgebenden Vertrag Bauernkrankenkasse—Landeskrankenhaus bereits abgeschlossen hat, so daß hier in der Steiermark auf diesem Gebiet wirklich gute, ich darf sagen dankenswert gute Verhältnisse herrschen. (Abg. Scheer: „Ah, Sie teilen Zensuren aus!“) Bitte! Wieso Zensuren, ich stelle nur fest, Herr Kollege Scheer, ich möchte keine Zensuren austeilen, das maße ich mir gar nicht an. Aber das darf ich doch sagen, was gut ist, ist gut. (Abg. Scheer: „Das ist das Erfreuliche dabei.“) Aber bitte, dabei sind wir bei der Sozialpolitik eben nicht so weit, daß es überall gut wäre. Es steht auch in unserem Minderheitsbericht, den ich nicht zitiere aus Zeitersparnis, es wäre ganz interessant, auch noch zum Sozialstoff ein paar Worte zu sagen, es steht drinnen ein bißchen eine Verbesserung der Zuschußrente, aber leider Gottes nicht so, daß man einigermaßen befriedigt sein kann, wir haben noch immer keine Ausgleichszulage zur Zuschußrente, keinen Hilfflorenzuschuß, keine

Änderung (Zwischenruf: „Es kommt!“) es kommt, ich will hoffen, es kommt, aber es ist noch nicht soweit, es wird wohl im kommenden Jahr vorausgesehen ein Teil davon kommen, wir sind noch immer nicht zufrieden bei der Regelung der Bäuerinnenrente, weil hier echte Ungerechtigkeiten herrschen, das ist im Hause schon gesagt worden, durch den Kollegen Schrammel glaube ich, der sich beklagt hat, daß die bäuerlichen Kriegsoffer schlechter gestellt sind als die anderen; ich möchte dazu feststellen, das kommt nicht von den Sozialisten, das ist seinerzeit vom Finanzminister verschuldet worden bei der Heruntersetzung im Zusammenhang mit der Bauernkrankenkasse und wir hoffen, daß wir hier auch in Bälde eine vollkommene und völlige Angleichung haben. Ich überschlage hier, wie Sie sehen, einige Unterlagen, die nicht uninteressant gewesen wären, sie auch zu sagen, aber ich möchte Sie nicht zulange aufhalten. Ich möchte nur sagen, meine Damen und Herren, wir wollen, daß die bäuerlichen Familien den gleichen sozialen Schutz genießen, wie die Arbeiter und Angestellten sich das erkämpft haben. Der soziale Schutz ist eine wichtige Ergänzung zu dem Schutz vor der Überrollung durch die industrielle Landwirtschaft. Wir, meine Damen und Herren, bieten Ihnen, also Ihnen auf der ÖVP-Seite, den bäuerlichen Funktionären auf der ÖVP-Seite unsere Hand, um hier gemeinsam eine wirksame Hilfe zu geben und wirksame Maßnahmen zu setzen. Wir sind der Meinung, daß die bäuerliche Familienlandwirtschaft nicht durch eine industrielle Nahrungsproduktion vergewaltigt werden soll. Ich habe schon gesagt, es geht uns um die bäuerlichen Familien, es geht uns um die Bewahrung der Landschaft draußen, es geht uns um die Bewahrung des Erholungsraumes auch für die städtische und industrielle Bevölkerung. Wir sind bereit, mit Ihnen zusammen, alle Möglichkeiten zu überlegen, die geschaffen werden müssen, um in rationeller Hinsicht, in technischer Hinsicht, in produktiver Hinsicht und genossenschaftlicher Hinsicht, in qualitativer Hinsicht, die bäuerliche Wirtschaft so hoch zu bringen, daß sie wirklich konkurrieren kann und daß sie auf Grund ihrer Konkurrenzfähigkeit auch gesichert ist und Bestand haben wird. Ich möchte nur sagen, nützen wir die Zeit, setzen wir uns zusammen, um gangbare Wege zu suchen.

Sie haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, unseren Antrag seinerzeit auf Durchführung einer Konferenz aller an der Landwirtschaft interessierten Personen und Stellen abgelehnt, leider, der Zusammenrufung einer sogenannten Agrarenquete. Machen Sie doch selber einen ähnlichen Vorschlag. Ich garantiere Ihnen heute, daß wir absolut bereit sein werden, mitzuarbeiten, im Interesse dieser bäuerlichen Familien und damit auch im Interesse der gesamten Bevölkerung. Wir gehen mit Ihnen, aber gehen auch Sie mit uns, um eine gerechte und soziale Verteilung der Lasten und Mittel zu erreichen, jetzt auch auf der Bundesebene gemeint. Der in der letzten Zeit eingeschlagene Weg,

meine Damen und Herren, erscheint uns ernsthaft bedenklich.

Und nun ein paar Worte zu den Ausführungen des lieben Herrn Dr. Heidinger, der mir beweisen wollte, daß meine Ziffern nicht ganz gestimmt haben. Ich darf Ihnen nebenbei sagen, daß die Unterlage, aus der ich die Ziffern bezogen habe, der Informationsdienst der katholischen Sozialakademie ist, weil ich mich gerade mit dieser Unterlage allfälligen Angriffen gegenüber abdecken wollte. (Landesrat Wegart: „Was glauben Sie, wo die die Unterlagen her haben?“) Na, die werden sich's hoffentlich erarbeitet oder wo anders abgeschrieben haben möglicherweise. (Landesrat Wegart: „Sie müssen ja wieder zum Statistischen Zentralamt gehen!“) Kann schon sein. Aber darf ich sagen, es scheint wirklich so, daß bei dieser Unterlage ein Irrtum insofern unterlaufen ist, als hier der ganze Abbau mit 1,8 Milliarden gemeint ist, Subventionsabbau, und nur die Hälfte vollzogen ist. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir noch einmal die Mühe genommen nachzurechnen. Nach der in der heutigen Zeitung mitgeteilten Erhöhung des Brotpreises und anderer Preise komme ich auf folgende Rechnung: Schwarzbrotverbrauch für die Familie 16½ kg bedeutet 11 S 55 g Belastung, Weißbrot ca. 4 kg à 1 S voraussichtlich, sind 4 S, Milch 42 Liter für die Familie sind 42 S, Mehl 5 kg à 70 g Erhöhung 3.50 S. Das zusammen macht für die Familie 61.05 S aus. Also ich bin nur ein Kleines unter der Ziffer, die ich am Dienstag genannt habe, aber, wenn ich hier nur noch den Käse als auch ein Nahrungsmittel dazurechne mit rund 70 dkg Verbrauch um 3 S pro kg Erhöhung, ergibt das noch einmal 2 S 10 (Abg. Pabst: „Nicht alle Käsesorten!“), das ist ein Durchschnitt, ich handle gerne, wenn es sein muß, es kommt mir auf ein paar Groschen wirklich nicht an, jedenfalls die Zuzählung dieser Erhöhung mit 2 S 10 ergibt nun nicht 62 S und 10 g, sondern 63 S und 15 g, so daß ich eigentlich nach einer neuen Berechnung — die hier vorliegt und die auch Sie haben, ist ja praktisch überholt durch die neuerlichen Teuerungen — auf einen höheren Betrag komme als gesagt und das, noch einmal betont, ohne Spannenregelung. Aber meine Damen und Herren, ich darf sagen, es geht mir wirklich nicht um Detailziffern, es geht mir um die allgemeine Tendenz und um die gesamte Auswirkung, die, das wissen Sie selber, bedenklich ist. Vergleichen wir nur die Niedrigstlöhne, wie die ausschauen, vergleichen wir die Niedrigstrenten, vergleichen wir die Vollfürsorgeunterstützten und dann müssen wir feststellen, wohl oder übel, das können Sie kaum bestreiten, daß eine echte Reduzierung des Realeinkommens dieser Menschen gegeben ist. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist natürlich keine gute, keine soziale und keine gerechte Umverteilung. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als daß eben eine soziale und gerechte Verteilung der Lasten und auch der Mittel erfolgt. Wir sind der Auffassung, meine Damen und

Herren, und damit bin ich am Schlusse, wirtschaftliche und soziale Stabilität ist die Grundlage auch für die politische Stabilität und für einen inneren Frieden, den wir alle wollen und brauchen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Bevor ich dem Herrn Abg. Hofbauer das Wort erteile, verkünde ich, daß ich um dreiviertel ein Uhr eine halbstündige Lüftungspause einschalten werde und dann die Beratungen um 13.15 Uhr fortgesetzt werden. Ich erteile nun Herrn Abg. Hofbauer das Wort.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich bei der Gruppe 7 nicht zur Landwirtschaft, sondern zum Fremdenverkehr spreche. Wir alle haben zum ersten Mal im Herbst 1966 feststellen müssen, daß der Fremdenverkehr nicht nur in der Steiermark, sondern in Österreich eine rückläufige Tendenz gehabt hat. Ich darf dazusagen, daß die Herbstmonate wieder etwas steigend waren, so daß für 1966 nicht zu befürchten ist, daß wir einen alarmierenden Rückgang hätten. Ich darf feststellen, daß Gott sei Dank die Förderung des Fremdenverkehrs eine Steigerung von 36 Millionen auf 44 Millionen in diesem Jahr erfahren hat und damit bewiesen ist, daß das Land Steiermark doch mehr und mehr auch bei der Gruppe 7 dem Fremdenverkehr erhöhte Beachtung schenkt. Wir haben auch weiters feststellen müssen auf verschiedenen Tagungen, daß dort, wo man Hallenbäder oder sonst etwas gehabt hat, der Fremdenverkehr nicht zurückgegangen ist, weil das ein Ausgleich für das schlechte Wetter war. Auch bei dieser Gruppe 107 ist erfreulicherweise eine Erhöhung von 4,7 auf 6,6 Millionen feststellbar. Sie können mir glauben, meine Damen und Herren, daß wir uns in Bad Aussee ganz besonders mit dem Problem Fremdenverkehr befassen und zum ersten Mal in diesem Jahr eine größere Konferenz einberufen haben. Wir haben die Gemeinden Pürgg, Tauplitz, Mitterndorf, Kainisch, Bad Aussee und Grundsee zu einem Fremdenverkehrsgebiet zusammengefaßt, was eine Senkung der Werbungskosten und auch eine leichtere Bereitstellung der Prospekte zur Folge hat. Als ich den Erfolg dieser Tagung gesehen habe, kam mir folgender Gedanke noch in den Sinn, weil es heute beileibe nicht mehr ausreicht, daß man vielleicht das Fließwasser hat, daß man ein WC hat — wie wir vor einigen Jahren in diesem Hohen Haus besprochen haben —, sondern wie auf allen Gebieten, daß man sich zusammenschließt. Und ich habe mir Gedanken über den politischen Bezirk Liezen gemacht und kam zu folgender Meinung: Man müßte das Fremdenverkehrsgebiet auch zu größeren Verbänden zusammenschließen. Ich könnte mir vorstellen, das obere Ennstal, Dachstein, Tauern, Gröbming. Da können wir heuer feststellen, daß dieser alte Streit zwischen Oberösterreich und Steiermark mit der Grundsteinlegung zur Seilbahn ein nettes Ende gefunden hat. Es war sehr interessant, die launigen Ansprachen der beiden Herrn Landeshauptleute Gleißner und Krainer zu hören,

jedenfalls war das ein erfreulicher Fortschritt. Gerade dieses Gebiet ist ohnedies schon sehr bevorzugt für den Fremdenverkehr nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter, und ich glaube, wenn man dort oben nicht nebulose Sachen bauen will, wird das einer größeren Zukunft entgegenstehen. Ich könnte mir auch vorstellen, Herr Kollege Lackner, daß man die Planneralp, Aigen, Irdning, Donnersbach, Trautenfels und Donnersbachwald zusammenschließt. Vielleicht haben wir im nächsten Jahr Gelegenheit, daß wir uns über dieses Thema unterhalten. Genauso könnte man das ganze Admonter Gebiet, Admont, Hall, Weng, Gstatterboden und Johnsbach zusammenschließen oder wir könnten auch, wenn wir an unseren Bezirk denken, St. Gallen, Altenmarkt, Landl und Wildalpen zusammenschließen. Und ich muß sagen, daß heuer, wenn ich von Bad Aussee rede, ich zunächst einmal dankenswerterweise erwähnen muß, daß die Steiermärkische Landesregierung der Gemeinde Bad Aussee bei der Übernahme dieses wohl nicht sehr erfreulichen Hotels Post tatkräftigst unter die Arme gegriffen hat — ich muß das hier sagen, weil ich leider wieder feststellen muß, daß selbst hohe und höchste Beamte nicht wissen, daß Bad Aussee noch zur Steiermark gehört. Ich habe mich z. B. gestern entsetzt oder war ein bisserl enttäuscht, als der Herr Abg. Schrammel die Jugendherbergen aufgezählt hat, da hat er auch bei Trautenfels aufgehört, weil wir anscheinend nicht mehr zur Steiermark gehören. Ich darf in diesem Hohen Haus sagen, daß wir in Bad Aussee abgestimmt haben und mit 68 Prozent zur Steiermark gefunden haben und geblieben sind. (Beifall.)

Der Herr Landesrat Wegart und die Herren der Landesregierung wissen, mit welchen Schwierigkeiten wir in Bad Aussee zu kämpfen haben mit unserer Glaubersalzquelle. Man sollte es nicht glauben, daß sehr viele nicht wissen, daß das in Bad Aussee existiert. Ich werde in der Kurverwaltung einen Antrag stellen, wonach wir den gesamten Regierungsmitgliedern und den Herren und Frauen Abgeordneten dieses Hohen Hauses die Prospekte zusenden und da bitte ich auch, daß sie gelesen werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben erst im Juli des vergangenen Sommers anfangen können, weil früher nicht die Möglichkeit war, mit unseren Kuren zu beginnen. Ich darf es heute schon hier sagen — Sie bekommen es dann noch schriftlich, alle Damen und Herren des Hohen Hauses —, daß wir bereits sehr große Erfolge zu verzeichnen haben und daß die Pensionsversicherungsanstalt von Graz, Linz, Salzburg und Wien uns sehr unterstützt. Wir sind allerdings erst im Anlaufen, aber immerhin ist es sehr verheißungsvoll. Wenn ich vor zwei Jahren gesagt habe, daß wir uns bemühen, die Saison über den Herbst und Winter zu verlängern, so ist es uns diesmal echt gelungen; der Kurbetrieb hat eine sehr erfreuliche aufsteigende Tendenz in den Herbstmonaten gezeigt. Und ich würde auch die Damen und Herren des

Hohen Hauses ersuchen, wenn Sie diese Unterlagen bekommen, geben Sie sie weiter, Sie tun es nicht allein für Aussee, sondern Sie tun es auch für das gesamte steirische Gebiet. Ich würde auch um Ihre Mithilfe bitten, sehr verehrte Damen und Herren, ich bin hier fast wie ein Rufer in der Wüste, es sind sehr wenige, die für den Fremdenverkehr sprechen. Voriges Jahr war wenigstens der Abgeordnete Lackner, der mich noch unterstützt hat. Dann kommt noch der Herr Landesrat Wegart, der auch über den Fremdenverkehr spricht. Obwohl wir von 48 auf 56 gestiegen sind — vielleicht hat auch der Herr Abg. Scheer gesprochen, ich weiß es nicht, ich bin nicht immer herinnen gesessen, es ist durchaus möglich — dann waren wir halt drei im Hohen Hause. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, wir haben in der Steiermark alles daranzusetzen, ob oben im Ausseer Land, im Schladminger Gebiet oder herunter, daß wir den Fremdenverkehr in Zukunft noch mehr fördern und nicht nur unten, sondern auch oben; ich habe immer das Gefühl, Herr Landesrat, daß wir da oben etwas stiefmütterlich behandelt werden im Ausseer Land. Wir haben ja einiges erreicht, aber doch nicht sehr viel. Und weil gerade das ganze Ausseer Land dort oben, ob es Kainisch ist, wo wir so dringend eine Straße zum See hinein bräuchten, es sind knapp zwei oder drei Kilometer; bitte, Mitterndorf steht etwas besser da, aber diese ganzen Gemeinden bemühen sich derart und bringen sehr viele Mittel aus eigenem auf, so daß ich auch das Hohe Haus bitten darf, den Fremdenverkehr großzügigst im Interesse der Steiermark zu unterstützen.

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Trummer das Wort.

Abg. Trummer: Hohes Haus! Werte Männer und Frauen! Wenn ich als Bürgermeister und südsteirischer Kleinbauer zum Kapitel Landwirtschaft Stellung nehme, so sind es jene Probleme, die die Landwirtschaft in unserem Gebiete berühren. Zur Hilfe für unsere Kleinbauern im Grenzland, gerade in meinem Gebiet, das ich als Abgeordneter zu betreuen habe, kann man am besten feststellen, daß in Familienbetrieben, wo die Familienangehörigen fleißig zusammenarbeiten, am besten gewirtschaftet wird. Auch in der Agrarpolitik ist man zur Erkenntnis gekommen, daß der Familienbetrieb als Ziel unserer Bestrebungen angesehen werden muß. Wir sind wohl auch durch die Maschinen, die uns zur Verfügung stehen, in der Lage, sehr viel zu erzeugen, mehr zu erzeugen als wir brauchen. Ich kann immer wieder feststellen, wie wertvoll diese Hilfe ist, damit auch wir Grenzlandbauern ganz wesentlich unserer Bevölkerung die notwendigen Nahrungsmittel verschaffen.

Die Jahre 1965/66 haben unseren Bauern durch das Hochwasser viele Rückschläge gebracht. Es ereignen sich auch oft Schicksalschläge, die nicht durch eigene Schuld entstehen und den einen oder anderen in Not geraten las-

sen. Als bauerlicher Abgeordneter bin ich daher der Meinung, daß alles getan werden muß, die Existenz unserer Grenzlandbauern zu erhalten. Die Besitzfestigung wurde für den Bauern eingeführt, das ist auch richtig, weil der Bergbauer genau so mit Sorgen zu kämpfen hat und es ihm unmöglich ist, Spezialkulturen zu führen. Für die Kleinbauern besteht seit Jahren die Kleinlandwirtehilfe. Ich kann wieder feststellen, wie wertvoll diese Hilfe ist. Wenn ein Wohn- oder Wirtschaftsgebäude aufgebaut werden muß, ein unverschuldeter Viehverlust eintritt oder der eine oder andere in Not gerät, ist gerade diese Hilfe notwendig, um die ärgsten Notstände zu beseitigen. Er kann mit dem Geld, das er als Kleinlandwirt bekommt, Material ankaufen und in Eigenleistung den Ausbau an seinem Wohn- und Wirtschaftsgebäude vornehmen.

Im Voranschlag für das Jahr 1967 sind 6,4 Millionen Schilling für diese Zwecke vorgesehen. Dieser Betrag hilft die schon vorhandene Leistungsfähigkeit der Kleinbetriebe zu erhalten und zu stärken. Wie groß die Leistungsfähigkeit ist, geht aus der Milchlieferung an unsere Grenzlandmolkerei hervor. Im Jahresdurchschnitt 1965 war eine Anlieferung von 9,5 Millionen Liter Milch festzustellen. Neben der Kleinlandwirtehilfe muß aber auch die sonstige Förderung besonders erwähnt werden. Das Land Steiermark hat es unter Führung unseres Landeshauptmannes immer als eine Ehrenpflicht angesehen, der Grenzlandbevölkerung zu helfen. Das Grenzlandschicksal ist nicht leicht, denn neben unserer Arbeit haben wir auch die Verpflichtung, an dieser Grenze zu bleiben. Wir haben seit je her ein hartes Los zu tragen. Die Jahrhundertwende hat es unseren Vorfahren und auch uns gezeigt, daß diese Grenze immer wieder gefährdet war. Heute ist unser Staat neutral und wir hoffen, daß uns ein Schicksal wie im Jahre 1945 und 1919 und Jahrhunderte vorher, in Zukunft erspart bleibt. Wir bauten unsere Heimat jedesmal wieder auf. Wir hängen an diesem Stückchen Erde, das wir zu bearbeiten haben.

Ein weiteres Problem in unserem Bezirk sind die Regulierungen. Die Überschwemmungen haben uns gezeigt, daß gerade hier geholfen werden muß. Wenn die Zubringer zur Mur und die Mur selbst ausgebaut werden, wird es möglich sein, die Grundstücke zu entwässern und dadurch fruchtbaren Ackerboden und mehr Einkommen für unsere Bauern zu beschaffen. Wir verpflichten uns auch in Zukunft, als Bauern in unserem Lande mitzuwirtschaften und vor allem unser steirisches Volkstum zu bewahren.

Hohes Haus! Ich muß zu der Bahnauflassung Spielfeld-Radkersburg Stellung nehmen. Der Gedanke allein, die Bahnlinie aufzulassen, ist zu bedauern, sei es, daß dieser Gedanke von sozialistischen Fachleuten oder von unserem Minister aus geht. Im Jahre 1919 wurde diese Bahnlinie überraschend besetzt und unseren Vätern können wir es verdanken, daß wir diese Bahnlinie

wieder als unsere Grenzlandbahnlinie bezeichnen dürfen. 1919 waren es die Väter, die dort ohne Unterstützung der damaligen Landesregierung angetreten sind, diese Bahnlinie zu befreien. Viele dieser Väter, die nach 4jähriger Kriegszeit gesund heimgekommen sind und für die Befreiung dieser Bahnlinie hier wieder kämpften, haben ihr Leben lassen müssen. Und wenn wir Grenzländer noch heute unsere Muttersprache sprechen können und dieses Stück Grenzland noch Österreich nennen dürfen, dann verdanken wir es diesen damaligen Vätern (Beifall). Wir vertrauen, daß uns diese Bahnlinie nicht genommen wird. Diese Bahnlinie ist ein Grenzlandstück, das Herz unserer Grenzlandheimat.

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung bis 13 Uhr 20. Als nächster Redner ist Herr Abg. Pichler am Wort.

Unterbrechung der Sitzung: 12.45 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 13.20 Uhr.

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als nächster Redner hat der Herr Abg. Pichler das Wort. Nächste Wortmeldung ist die des Herrn Abg. Vinzenz Lackner.

Abg. Pichler: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschnitt 77 „Fremdenverkehrsförderung“ Stellung nehmen und dieses Kapitel beleuchten. Meine Damen und Herren des Hohen Hauses, der Fremdenverkehr spielt in der gesamten österreichischen Wirtschaft und gleichzeitig aber auch für die einzelnen Bundesländer eine ganz enorme Rolle. Sind doch diese Einnahmen, wenn wir die Fremdenverkehrsstatistik und die Dienstleistungsbilanz vergleichen, weitestgehend dazu verwendet worden, daß unsere Außenhandelsbilanz, nämlich die Abgangspost, damit ausgeglichen wird. Das ist uns bis zum Jahre 1958 verhältnismäßig gut gelungen, aber von diesem Zeitpunkt an müssen wir feststellen, daß selbst die enorme Entwicklung auf dem Sektor des Fremdenverkehrs in der Endphase nicht mehr ausreicht, um diese Abgangspost positiv auszugleichen. Im gesamten müssen wir sehen, daß selbstverständlich für den Fremdenverkehr auch etwas aufgewendet werden muß und wir nehmen durchwegs etwa $\frac{1}{4}$, also 25 Prozent der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und der Dienstleistungsbilanz immer wieder her, um auch dort die Investitionen durchzuführen. Das Land Steiermark hat sich ja mittlerweile in bezug auf den Fremdenverkehr mächtig aufgeschwungen. Wenn wir die Ziffern von 1960 bis zum Jahre 1966 und 1967, meine Damen und Herren, vergleichen, so sehen wir ein enormes Ansteigen. Wir können ziffernmäßig, wenn wir die Posten 772 und 779 zusammenziehen, feststellen, daß wir rund das 6fache für das Jahr 1967 an Ausgaben für den Fremdenverkehr vorgesehen haben, oder wenn Sie das Jahr 1966 oder das Jahr 1967 gegenüberstellen, um etwas mehr als

9 Millionen Schilling zusätzlich wieder ausgeben. Diese Ausgaben, meine Damen und Herren, haben sich sehr positiv ausgewirkt und ich muß von dieser Stelle aus dem Herrn Finanzreferenten Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner und dem zuständigen Referenten die volle Anerkennung aussprechen, erstens, daß die Geldmittel immer wieder vorgesehen werden und daß wir auch nunmehr in der Steiermark trachten, mit dem Fremdenverkehr echt vorwärts zu kommen.

Es ist sicherlich für die Steiermark etwas schwieriger, als es meinetwegen das Nachbarland Kärnten hat, wo wir von Natur aus sehr schöne Seen vorfinden und vor allen Dingen, daß wir dort sehr gut temperierte Seen haben, während wir in der Steiermark mit wesentlich anderen Voraussetzungen rechnen müssen. Ich darf aber noch einmal betonen, daß selbst in der Steiermark der seinerzeit völlig darniederliegende Fremdenverkehr einen enormen Aufschwung genommen hat, und wenn Sie nur wieder Ziffern vergleichen, daß wir im Jahre 1958 an Inländern, 2.588.000 zu verzeichnen hatten und an Ausländern nur 611.000 und nunmehr 1965 an Inländern 3.891.000 und bereits an Ausländern, und das ist an sich ja das Wesentliche, damit wir Divisen hereinbekommen, 1.540.000. Wir sehen hier bereits ein enormes Ansteigen. Es muß in diesem Zusammenhang sicherlich allen jenen Fremdenverkehrs-Beherbergungsbetrieben und Gastwirten volle Anerkennung gezollt werden, nämlich dieselbe Anerkennung, die wir den zuständigen Organen bei der Landesregierung gerne aussprechen wollen. Aber wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen, daß noch sehr, sehr viel nachzuholen ist, nachzuholen auf dem Sektor, daß unsere Betriebe dafür ausgestattet und eingerichtet werden, und es hat gestern hier der Kollege Schaffer einen sehr netten Ausspruch getan, der gesagt hat, daß der Österreicher mit seinem Wesen im Ausland sehr bekannt ist und auch das eine bestimmte Anziehung der Fremden nach Österreich verursacht. Ich darf sagen, das Wesen, dieses angenehme Auswirken des Wesens, darf in keiner Weise vernachlässigt werden, sondern muß noch viel ausgeprägter zum Ausdruck kommen und vor allen Dingen in jenen Gebieten, wo wir heute von einem Fremdenverkehr noch kaum sprechen können. Sprechen wir doch sicherlich von unseren herrlichen Schigebieten, sprechen wir doch von unseren wunderbaren Wandermöglichkeiten, die Seen, wie ich gesagt habe, fehlen uns ja weitestgehend. Gehen wir in das sehr schöne und an und für sich ruhige Gebiet der West- und Oststeiermark, meine Damen und Herren, so müssen wir leider feststellen, daß es dort noch sehr, sehr weit fehlt, damit dem Fremden das geboten wird, was er von uns erwartet und hier vorfinden will. Er will vor allen Dingen eine gute Bedienung, eine gute Küche, er will natürlich saubere Räume, und er will ganz einfach komfortabel und wie er sich eben das vorstellt, wenn er die Grenzen Österreichs überschreitet, erstklassig bedient werden. Und hier

werden Sie mit mir sicherlich alle übereinstimmen und auch der Meinung sein, daß noch so manches nachzuholen ist.

Und es darf hier an den zuständigen Referenten die Bitte und das Ersuchen gerichtet werden, hier diesen Betrieben unter die Arme zu greifen, ihnen zu helfen, sie aber auch zu schulen und zu erziehen, die jungen Nachwuchskräfte vor allen Dingen zu schulen, damit wir auch dort noch unseren Fremdenverkehr besser aktivieren können.

Eingangs meiner Ausführungen stellte ich an die Spitze, daß der Fremdenverkehr für uns in Österreich einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor darstellt. Wenn also diese Tatsache gegeben ist, meine Damen und Herren, so haben wir in diesem Zusammenhang die Möglichkeit festzustellen, daß uns das Arrangement mit der EWG hier nicht allzu große Konkurrenz bietet, sondern für uns vielmehr eine echte Entwicklungsmöglichkeit bietet und wir die Möglichkeit haben, hier den Fremdenverkehr weitestgehend auszubauen und zu entwickeln. Ich darf aber hier vielleicht zu den Gastwirtschaftsbetrieben auch noch einiges dazusagen. Es wird uns nichts nützen, meine Damen und Herren, wenn wir eine sehr nette Bedienung und eine gute Küche haben. Wir müssen auch auf dem anderen Sektor wirken, daß wir erträgliche Preise haben. Es läßt sich sicherlich über den Preissektor, wie wir unsere Gäste bewirten und was wir für das, was wir ihnen bieten, verlangen, sprechen, aber wir müssen echt feststellen, daß es nicht möglich sein wird, in einem Jahr oder in zwei oder fünf Jahren schon das zu erwirtschaften, was sich so mancher oft vorstellt, wenn er sich einen Fremdenverkehrsbetrieb eingerichtet hat. Ich meine damit, daß es eine echte Preiskalkulation geben muß. (Abg. Schaffer: „Aber, Herr Kollege Pichler, die haben wir noch gar nicht, wir sind noch unter dem Durchschnitt!“) Herr Kollege Schaffer, ich habe keineswegs aufgezeigt und festgestellt, daß Sie zu diesen Betrieben zählen. Aber wir sind hier in diesem Haus, Kollege Schaffer, einer Meinung, wohin wir immer kommen — und selbst in Graz trifft das schon zu, Kollege Schaffer — daß wir sehr viele Gastwirtschaften haben, wo wir eine echte Kalkulation vorfinden, wo keine Defizitwirtschaft ist, wo man trotzdem angenehme Preise vorfindet und dafür etwas auf den Teller bekommt. Wir dürfen aber auch feststellen, meine Damen und Herren, daß wir uns fallweise in Gebieten bewegen müssen bzw. daß ich so manches im Inland, was Sie gestern sehr empfohlen haben, Kollege Schaffer, voll und ganz unterstreiche, aber daß wir oft Preise vorfinden, die absolut mit einer christlichen Preisgestaltung nichts zu tun haben, meine Damen und Herren. Und das glaube ich, meine Damen und Herren, (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Pölzl) ich habe niemand angegriffen, das gehört auch mit dazu, Kollege Pölzl, zur Fremdenverkehrswerbung, wenn ich jemand für den Schilling, den er mir gibt, auch tatsächlich etwas biete, ihm nett

begegne, ihm tatsächlich Österreich so offeriere und präsentiere, wie er sich das vorstellt, wenn er die Grenzen Österreichs überschreitet, braucht sich auch die steirische Heimat eines Tages über zu geringen Fremdenverkehr nicht beschweren. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner hat der Herr Abg. Vinzenz Lackner das Wort. Der nächste Redner ist der Herr Abg. DDr. Götz.

Abg. Vinzenz Lackner: Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Es sind noch ziemlich viele Redner vorgemerkt, wie ich erfahren habe, trotzdem muß ich Sie bitten, mir etwas länger Gehör zu schenken. Das ist genau das Gegenteil von dem, was mich einige schon gefragt haben, warum ich bis jetzt nicht gesprochen habe. Wenn sich ein anderer in jeder Gruppe meldet, dann glaube ich, zusammengezogen auf ein spezielles Kapitel, auch diese Zeit in Anspruch nehmen zu dürfen.

Ich darf damit beginnen, daß ja gestern mein Freund, der Zagler Toni, mit berechtigter Leidenschaft die Probleme und Sorgen der Bergarbeiter als eines Berufsstandes wie jeder andere hier dargelegt hat und als Kulisse, so ähnlich wie wenn zur Landwirtschaft geredet wird, die Landwirtschaftsschüler dasitzen und die Landjugend, sind eben die „Bergleute im schwarzen Gewande so schlicht“, wie es in einem Lied heißt, in der Galerie vertreten gewesen. „Der Bergmann im schwarzen Gewande so schlicht“ — so haben wir schon in der Volksschule gelernt — „gräbt Schätz' aus der Erde, man achtet sie nicht. Wo nähmst du, o König, deine Krone wohl her, wenn tief in der Erde der Bergmann nicht wär.“ So heißt es weiter. Und aller Glanz, der in unserem Lande erstrahlt, ist auch ein Teil dessen, der von den Bergleuten ausgeht, wenn sie auch in finsterner Nacht in 1.100 und 1.200 m Tiefe das schwarze Gold aus dem Schoß der Erde holen und damit wie kaum ein anderer Beruf 400 m unter dem Meeresspiegel arbeiten. Und wenn mein Freund, der Kollege Lackner, mein Namensvetter, gesagt hat, es geht dem Bergmann gleich wie dem Bergbauern, der andere hat halt seine Werkstatt unter freiem Himmel und der Bergmann hat sie im Schoß der Erde, das unsichere und unverlässliche Gebirge über sich, das stündlich, ja minütlich über ihn hereinbrechen kann, sofern er nicht, ausgerüstet mit dem notwendigen Wissen, diesen Dingen gewachsen ist. Ich habe in der Rede meines Freundes Zagler keine negativen Bemerkungen, wie sie der Herr Kollege Koch festgestellt hat, bemerkt. Es war wirklich nur gut gemeint. Und ich könnte eine Reihe Beispiele anführen, weil ja immer im Zusammenhang mit den Bergleuten von Ersatzbetrieben gesprochen wurde, wo sogenannte „Auch-Unternehmer“ kommen und sich als stinkreich ausgeben und alle möglichen Dinge in Anspruch nehmen von den Gemeinden, von den Ländern, die öffentliche Hand in Anspruch nehmen, und letzten Endes stellt sich dann heraus, daß diese Dinge vielfach umsonst

gewesen sind und daß die Sorgen dann die Gemeinden und das Land treffen — und das Land hat ja nicht wenige Beträge als Zuschüsse und Darlehen hinausgeben müssen, bei denen man nicht immer sicher war, ob sie wieder so hereinkommen und ob sie so gut angewendet waren, wie man es sich vorgestellt hat. Die Träger dieser Lasten und dieser Dinge sind natürlich wir alle. Aber ich kann versichern, es sind trotzdem viele gute Industrie Gründungen vorgenommen worden, aber sie liegen meist — was ja auch verständlich ist — im Grenzland. Im Judenburg Bezirk sind es ganze zwei, aber dort ist ja noch ein Arbeitspotential, das sich sehen lassen kann, vorausgesetzt, daß die Konjunktur noch einigermaßen anhält. Aber, ich denke da auch an den Bezirk Murau — und da wird gewiß der Kollege Ritzinger mit mir ein Lied singen können — dort ist eine Industrie Gründung in diesem Sinne noch nicht erfolgt. Murau ist eigentlich ein vergessener Bezirk, gilt auch als Grenzland, es grenzt zwar nur an Kärnten und an Salzburg an, aber das ist ein Gebiet, das gesehen auf die Bevölkerungszahl, die größte Arbeitslosenrate hat. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß das Gebiet obendrein das kinderreichste ist und in der Saisonarbeit am meisten dadurch leidet, daß ein langer Winter oder ein früher Winter das ganze Baugeschehen mit beeinträchtigt. Diese Dinge sind es, die natürlich irgendwie den einen oder den anderen, je nach Temperament und Leidenschaft, seine Sorgen vortragen lassen. Und wenn sich dann noch unser Kollege Koch über die Zwischenrufe aufgehalten hat, so hat er wahrscheinlich die Kleine Zeitung nicht gelesen, dort steht nämlich drinnen, daß der Freund Lackner sehr bedauert hat, daß keine Zwischenrufe erfolgt sind und daß ihm das so vorgekommen ist in dieser Sitzung, wie bei einer Hochzeit, wo die Braut nicht gestohlen wird. Und in England weiß man vom Parlament her, daß es gerade die Zwischenrufe sind, die das Ganze beleben. Und soferne sie sich in entsprechenden Bahnen halten glaube ich, sind sie auch hier gut. Mit Humor, oft ist es ja der Humor, der zu Zwischenrufen reizt, geht doch alles besser.

Und wenn ich nun zur eigentlichen Sache komme, so sind das in der Gruppe 7 die vier Posten 7810, 7811, 7812 und 7820. 80 Millionen Darlehen für Industrie Gründungen, 15 Millionen für Beihilfen, 5 Millionen Zinszuschüsse und 4 Millionen Forschung. Ich habe wiederholt anlässlich der Budgetdebatte kritisiert und aufgezeigt, daß das, was an Industriebeihilfen und Förderung in diesem Budget steht, viel zu wenig ist. Scheinbar war aber die Konjunktur bisher immer so gut, daß es nicht notwendig war und wenn nun die Landesregierung und der Landtag in seiner Gesamtheit, Landeshauptmann und Finanzreferent übereinstimmen, daß dies so sein muß, so interessiert mich der Urheberstreit bei weitem nicht, sondern ich möchte dankbar feststellen, daß man sich endlich dazu durchgerungen hat. Und ich möchte in diesem Zusammenhang gleich damit beginnen, daß ich darauf ver-

weise, ich komme aus diesem Betrieb, der in der nächsten Zeit schwere Sorgen haben wird und sie auch schon in den vergangenen Jahren gehabt hat, und dieser Betrieb, der Kohlenbergbau Fohnsdorf, ist ein Bestandteil der Alpine Montangesellschaft. Und wenn die Alpine und wenn anlässlich einer anderen Budgetdebatte Herr Landesrat Gruber den Wert der Verstaatlichten Industrie aufgezeigt hat, über den man ja auch nicht immer der gleichen Meinung war, vor allem dann nicht, als noch der Herr Vizekanzler a. D. Dr. Pittermann oder Minister Waldbrunner diese Betriebe geleitet hat als Ressortchef, da waren wir ja nicht der gleichen Meinung, heute hat man sich — nachdem das das eigene Nest für die ÖVP geworden ist — auch hier eines Gesinnungswandels befleißigt und spricht auch über die Verstaatlichte Industrie in gewissen Kreisen etwas anders. Und wenn der Kollege Landesrat Gruber das im allgemeinen gesagt hat, so möchte ich die Alpine Montan als solche herausgreifen und zwar fühle ich mich als Dienstnehmer verpflichtet, es zu tun, im Interesse der dort beschäftigten Dienstnehmer, im Interesse der Firmenleitung, aber es ist das eine echt steirische Angelegenheit, nachdem ja die Alpine mit ihrer Urproduktion und Schwerindustrie fast zu 100 Prozent in der Steiermark liegt.

Und wenn in der Verstaatlichten Industrie rund 120.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, so ist $\frac{1}{4}$ davon in der Alpine und von diesen 30.000 sind es 25.000 die wieder in der Steiermark beschäftigt sind. So, daß es mit Recht eine steirische Angelegenheit ist. Wenn es heißt, daß die Alpine reich ist, können wir Steirer stolz sein, wenn es heißt, daß es der Alpine schlecht geht, dann müssen wir Steirer aber auch sagen, es geht uns schlecht und der gesamten Wirtschaft, die sich davon ableitet, auch das Gewerbe, der Handel, kurzum alle, dann ist es eben eine steirische Sorge, wenn man sich darüber Gedanken macht, was da zu geschehen hat. Die Alpine teilt sich auf in die Generaldirektion, in die technische Direktion Leoben, in die Hütten Donawitz, Kindberg, Krieglach, Judenburg, Zeltweg.

Der Bergbau wieder in Erz und Kohle, Eisenerz, Hüttenberg, Radmer, Fohnsdorf, Köflach auch die LAKOG in Kärnten gehört dazu. Und der Belegschaftsstand dieses großen Unternehmens ist eben der sich abzeichnenden Stagnation entsprechend ständig sinkend. Allein im letzten halben Jahr vom Mai bis Oktober sind um 500 Dienstnehmer in diesem Konzern weniger. Der Großteil davon sind natürlich Bergarbeiter, die auf Kohle gearbeitet haben, die die Unsicherheit in diesem Betrieb dazu veranlaßt hat, abzuwandern, oder es sind auch altersbedingt ausscheidende Leute dabei, die infolge dieser Unsicherheit eben nicht mehr ersetzt werden können. So arbeiten auf Erz rund 4.000 Leute, auf der Kohle immer noch 5.100, in den Hütten sind es 14.712, in den Verkehrsbetrieben 1.200, in den Handelsgesellschaften so wie Greinitz, Einicher

und Erletzberger und andere noch, die gehören ja auch zur Alpine, immerhin auch 1.300, in Summe nahezu 30.000. Und der Gesamtumsatz dieses Unternehmens war im Jahre 1965 noch 6.1 Milliarden Schilling, also zweimal so hoch wie unser Landesbudget und hat gegenüber 1964 sogar eine Steigerung von 5.8 Prozent erfahren. 1966 ist das natürlich nicht mehr zu halten.

Und auch aus den Generalreden in den Debatten hat man herauslesen können, daß die Anzeichen der Stagnation, die Kreditverteuerung, Exportschwierigkeiten, Weltmarktkonkurrenz, Zolldiskriminierung nicht zu übersehen sind und schon in erster Linie an der Alpine nicht spurlos vorübergehen können, die ja in der Hauptsache auf die Grundstoffindustrie ausgerichtet ist und dem Preisdruck, der vom Weltmarkt auf die Abnehmer der Alpine hereinkommt, die exportieren, auf das Rohmaterial, auch dann auf die Alpine übergeht. Trotzdem war 1965 in diesem Betrieb noch eine Steigerung der Leistung beim Edelstahl um 3.3 Prozent, bei der Kommerzware um 8.8 Prozent und bei den Fertigerzeugnissen global um 5.4 Prozent zu verzeichnen. Aber die Ausweitung der Stahlproduktion in der ganzen Welt führt ja dazu, daß überall Überkapazitäten auftreten und diese einen desolaten Zustand auf dem Weltmarkt herbeigeführt haben. Wir exportieren ja das LD-Verfahren in alle Welt, und wo überall dann so ein LD-Werk eingerichtet wird, fällt es uns als Dachziegel in der Form wieder auf den Kopf, daß die durch ihre Überproduktion unsere Abnahme einschränken und dadurch auch ein ungeheurer Preisdruck hervorgerufen wird, der die Alpine veranlaßt hat, eine Zurückhaltung bei der Hereinnahme von Auslandsaufträgen, die ja oft schon an der Verlustgrenze waren, so weit durchzuführen, daß gerade noch die Arbeitsplätze gesichert waren und keine Entlassungen vorgenommen werden brauchten. Aber auf die Dauer hält sich das Verlustgeschäft natürlich auch nicht. Das notwendigste Ausmaß, wie schon erwähnt, wurde aufrechterhalten zur Erhaltung der Arbeitsplätze, aber auch zum Nutzen der gesamten Wirtschaft und damit zur Erhaltung des sozialen Friedens. Wir wissen ja aus der Zeit von früher her, was es heißt, Arbeitslosigkeit, Stempeln gehen, nur von der Unterstützung zu leben. Jeder Arbeitslose geht dann irgendwie dem Pfusch nach und schädigt das Gewerbe, weil er Zeit genug hat, sich das oder jenes selbst zu machen.

Die Alpine war natürlich daher gezwungen, sich auf den Inlandsmarkt umzustellen, und so sank auch der Export auf 15.6 Prozent im Jahre 1965 gegenüber 18.2 Prozent im Jahre 1964 und 1963 mit 23 Prozent. Dann werden natürlich in dieser großen Familie in irgend einer Form Einschränkungen vorgenommen werden müssen. Wenn man die Möglichkeiten, die in der Grundstoffindustrie ja nicht so gegeben sind, auch nicht in die Finalindustrie geben kann, dann ist es eben so, daß man irgendwie einmal zu einem

Rückschlag oder zu einer Grenze kommt, wo das auch nicht mehr durchgehalten werden kann. Und wenn dann so ein großer Konzern, der von der Grundstoffindustrie bis hinauf zur Halbfertigware die übrige Wirtschaft subventionieren und beliefern muß, noch einen Betrieb dabei hat, wie es die Kohle ist, und ich sage es unumwunden heraus, daß das ja meinen Betrieb betrifft, dann kommt einmal der Zeitpunkt, wo dieses Unternehmen sagt, ich sehe nicht ein, wenn ich so lange die übrige Wirtschaft subventioniert habe, daß ich jetzt allein die Mehrkosten, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau, mit der zunehmenden Tiefe und all ihren Schwierigkeiten die Kohle belasten, allein tragen soll, noch dazu, wenn seit Jahren laufend Materialkostensteigerungen, Lohnsteigerungen, Gehaltsforderungen daliegen, aber die Kohlenpreise einzementiert sind und dieselbe Kohle in der Nachkriegszeit — das haben wir ja schon gehört — allein mit 4 Milliarden bis jetzt die übrige Wirtschaft subventioniert hat. Wenn Sie das auf die 20 Jahre verteilen, kommen auf ein Jahr 200 Millionen Schilling, und wenn man auf der anderen Seite hört, 65 Millionen haben wir Defizit gehabt, so muß man sagen, ist das jährlich erst ein gutes Drittel dessen, womit wir die Wirtschaft subventioniert haben. Das heißt, man fordert jetzt mit Fug und Recht auch, daß diese Leistungen in irgend einer Form refundiert werden. Das ist aber nicht möglich auf der Preisseite, durch den Konkurrenzdruck von Öl usw. Wenn wir bei der Kohle die von der paritätischen Kommission zugestandene Preiserhöhung von 4 Prozent durchgeführt hätten, wäre das so gewesen, daß noch mehr Kohlenbezieher abgewandert wären und sich auf das bequemere Öl umgestellt hätten.

Aber neben dieser Sorge in der Kohle, auf die ich ja noch näher zu sprechen komme, ist es auch so, daß es bei Eisen und Stahl am Weltmarkt auch nicht gerade rosig aussieht. Der Erzberg, der eiserne Brotlaib der Steiermark oder von ganz Österreich, hat auch schon Krisenanfälligkeiten gezeigt und steht nach wie vor vor Schwierigkeiten. Wenn Sie bedenken, daß man, um 1 Million Tonnen Rohstahl, das ist ungefähr die Kapazität der Alpine, zu erzeugen, 3.3 Millionen Tonnen Erz braucht, das muß gesiedet, geröstet und hochofenreif gearbeitet werden, daß man dazu 11 Millionen Tonnen Verhau bewältigen muß am Erzberg, dann können Sie sich vorstellen, um wieviel wir gegenüber Schweden oder irgend einem anderen Erzland, gar nicht zu denken an die Afrikaner oder wo immer es hergeliefert wird, wo wir ja noch ganz andere Verhältnisse in der Gewinnung, aber auch in der sozialen Tangente haben, schwerer zu ringen haben. Es geht uns dabei nicht anders als der Landwirtschaft. Genauso, wie man billiges Erz hereinbringen kann oder billige Energietoffe, Kohle, Öl und dergleichen mehr, glaube ich, könnte man auch, wenn man so mir nichts, dir nichts die Zollschranken öffnet, viel, viel billiger Lebensmittel hereinbringen und damit würde unser Bauernstand restlos ruiniert

sein. Es ist doch irgendwie wenig sinnvoll, wenn man z. B. genau nachdenkt, daß wir einmal wieder darauf angewiesen sein könnten, uns selbst zu erhalten. Dann wird wahrscheinlich so wie in den Nachkriegsjahren der Erdapfel wieder kilometerweit mit dem Rad herbeigeht, ungeachtet dessen, was er kostet. Es wird wieder der Maschanzker und der steirische Apfel der Banane und allen übrigen Dingen vorgezogen werden. Diese Gedanken sollte man aber auch bei der Industrie obwalten lassen.

Die weitere Verarbeitung unseres Eisens im Hochofenstahlwerk, Siemens-Martin-Stahl, LD-Stahl, Elektro-Stahl, über das Walzwerk, Blockstrecken, Mittelstrecken, Profilstrecken, die Fertigwaren von Stab-, Drahtstahl, Drahtwerk usw., das sind alles Dinge, die enorme Kosten verursachen, aber die Grundpfeiler unserer Wirtschaft sind. Wir haben aber auch neben der unsicheren Subvention durch diese Preise investiert und zwar Milliardenwerte investiert. Donawitz ist bekanntlich das modernste Walzwerk zur Zeit in Europa mit einer Riesenhalle, die eine Fläche von über 60.000 m² einnimmt, und diese Gelder wurden ja auch von der Belegschaft in diesem Konzern mit den Technikern, Ingenieuren und Arbeitern erarbeitet, sind ja auch nicht alles ERP-Gelder, die man ja letzten Endes auch erarbeiten muß und zurückzahlen.

Dieses große Unternehmen ist natürlich im Laufe von fast einem Jahrhundert organisch gewachsen. Aus der Radmeisterzeit, wo man noch mit dem Erz zu den Kohlenmeilern gefahren ist, wie z. B. in der Schmölz oben und in verschiedenen anderen Holzgebieten der Steiermark, bis zu den einzelnen größeren Betrieben, den Hammerwerken ist natürlich ein weiter Weg gewesen. Aber die Leute von damals, die das Eisen und das alles erzeugt haben, waren auch nicht die dümmsten und wenn heute angekündigt wurde, daß im Jahre 1967 die Ausstellung sein soll „Der Berg- und Hüttenmann“, wird man so manches zu sehen bekommen und so mancher, der sonst eine Grube nicht sieht, wird sich dort erst eine blasse Vorstellung von dem Wirken in der Tiefe machen können.

Es ist da in irgendeinem Lexikon drinnen eine Eisen- oder Stahlsäule die irgendwo in China stehen soll, wo man heute noch nicht weiß, wie damals die Zusammensetzung war, daß sie rostfrei ist. Ich kann Ihnen verraten bei der Schmölz ist ein alter Ofen im Seetaler-Gebiet in Judenburg oben, da liegt ein Zahnrad jahraus, jahrein im Freien und es zeigt keine Rosterscheinungen und nichts und es wäre sehr interessant für das steirische Landesmuseum oder anlässlich der Ausstellung „Der Berg- und Hüttenmann“, daß man dieses Zahnrad hierher befördert, denn dort liegt es irgendwo im Freien abseits und wird unter Umständen noch einmal vom Müll der umliegenden Kasernen und Schutzhütten zugedeckt sein. Es wäre wert, daß man sich dieses Zahnrad einmal mit hereinnehmen würde.

Und es ist auch interessant, der Herr Landeshauptmannstellvertreter a. D. Horvatek war als Gefangener in Wladiwostok und seine größte Freude war, als er dort einem Arbeitskommando zugeteilt wurde, daß er dort eine Sense in die Hand bekommen hat, eine steirische Sense aus dem Hammerwerk Judenburg.

So weltweit waren damals schon unsere Beziehungen, nicht nur der Speik vom Zirbitzkogel ist in den Orient gewandert, sondern auch die Judenburger, die steirischen Sensen, wurden in alle Welt versandt. Und so ist es auch heute wieder. Aber mit der Verwertung der Dampfkraft und der Konzentration der Erzeugung und der industriellen Verwertung der Kohle hat sich natürlich vieles geändert. Trotzdem blieben aber Kohle, Erz und die Hütte die Grundlage der Österreichischen Alpine Montangesellschaft. Keine zwei Jahrzehnte waren so schwierig für die Alpine in dieser langen Zeit wie gerade die letzten zwei.

Aber auch andere Wirtschaftskrisen hat das Unternehmen mitgemacht, die ja auch unsere Holzbauern erwischt haben, die das Geld in der Schweiz gehabt haben, politische Krisen aber auch die Willensformung der Belegschaft von oben herunter, wo doch die Aktionäre im Ausland gesessen sind. Die Kohlenbarone waren an der Ruhr genau so die gleichen wie da bei uns und in den tschechischen Kohlengruben, die ja den Bergarbeitern kein Honiglecken gegeben haben und natürlich alle ihre Wünsche und Forderungen sozialer Natur durch das gegenseitige Ausspielen erstickt haben. Das war natürlich dann zu Ende, als 1945 diese Industrie verstaatlicht wurde und zwar nicht deshalb, weil auf einmal alle miteinander es als richtig erkannt haben, daß man die Urindustrie verstaatlicht, sondern weil eben in der Urindustrie nichts mehr da war und keiner wußte, wie es weitergehen soll und kein privater Unternehmer bereit gewesen wäre, auch nur einen luckerten Schilling in diese Betriebe hineinzustecken. Und da waren es wieder die Arbeiter, die mit bloßen Händen das wieder alles ausgegraben und wieder aufgerichtet haben. Zerbombt und ausgeplündert, mehr als 10.000 Waggon Maschinen sind aus der Steiermark von den Russen abtransportiert worden und die Gefangenen, die dann hingekommen sind, haben gesagt, daß die Maschinen dort herumgestanden sind, ohne daß sie jemals verwertet wurden, sondern nur zu dem Zweck, um uns die Existenz zu nehmen. Und damals hat auch die Belegschaft verschiedene Leistungen erbracht und beispielhaft wieder aufgebaut. Wir haben zum Beispiel viele Maschinen aus der Maschinenfabrik Zeltweg, wo dann auch die Engländer und die Franzosen genau so gekommen sind, wie im ersten Ansturm die Russen, und die Maschinen weg haben wollten. Wir haben die Maschinen einfach bei Nacht und Nebel hinausgeliefert und in die Grube hineingestellt, dort ist keiner hineingegangen und wie der Spuk vorbei war, haben wir sie wie-

der herausgeliefert und in Zeltweg wieder aufgestellt.

Diese Urindustrie und diese Stammbetriebe der Alpine haben aber in der Nachkriegszeit auch andere Betriebe dazu bekommen, Treisen, das bis 1955/56 ein USIA-Betrieb war. Na, das war ja auch ausgeplündert bis aufs letzte und mußte auch wieder modernisiert und eingerichtet werden. Wir haben aber auch den Haselgruber-Betrieb Wörtern übernehmen müssen. Und so hat man der Alpine noch und noch dazugehängt. Wir haben Ferlach als Grenzbetrieb dazubekommen und letzten Endes noch den LAKOG-Betrieb in der Kohle übernommen und natürlich auch eine Grube, die Grube ist nun einmal kein Betrieb, der lukrativ ist, denn je tiefer man hinunterkommt, desto teurer wird die Geschichte.

So haben wir viele Betriebe, die wir aufrecht erhalten und die große Familie der Alpine sorgt dafür und hat bisher noch nie daran gedacht, wenn sie in Schwierigkeiten gekommen ist, den Staat anzupumpen oder durch Entlassungen das irgendwie hereinzubringen. Schauen Sie, Judenburg zum Beispiel ist zu 80 Prozent exportorientiert, dort wurde ein neues Feinwalzwerk hingestellt mit einem Federwerk, Kurbelwellen, Räder, Maschinenteile, Gelenkeschmiede, alles mögliche wird dort gepreßt und geformt, mechanisch bearbeitet. Und Judenburg hat als Styria mit der Alpine allein 80 Außenhandelsvertretungen in der ganzen Welt.

Von Schweden bis Afrika, in Nord- und Südamerika, überall gibt es Vertretungen für Judenburg und dort kommt auch diese Ware hin. Die übrigen Werke Kindberg, Krieglach, die Blankstahl erzeugen, der vergütet wird, Warm- und Kaltwalzbetriebe, die Rohrwalzware erzeugen, alles Dinge die handelsüblich sind und überall gekauft werden und immer noch zu einem Preis gekauft werden, wie wir ihn, wenn wir die Betriebe nicht mehr hätten, aus dem Ausland wohl nie bekommen würden. Treisen erzeugt Stahlguß, verzinkt und schwarz, hier macht sich besonders eine japanische Konkurrenz bemerkbar und es ist der Alpine oft nicht erspart geblieben, Dinge hereinzunehmen, um ihren Markt zu sichern, die sie letzten Endes auch selber erzeugt. Wenn Sie heute Ferlach ansehen, hat es eine moderne Drahtzieherei, eine Werkzeugfabrik, Draht, Drahtstifte, Bohrer, Fräser und verschiedene andere Sachen. Und dort hat sich, wie der Kollege Zagler schon gesagt hat, ein ebenso stinkreicher Industrieller aus dem Ausland angesiedelt und es nützt uns nichts, wenn er 200 Arbeitsplätze herbringt, wenn dafür bei uns 200 übrig bleiben. So gesehen, wollen wir die Industrie Gründungen nicht haben.

Und dann einer unserer lukrativsten Betriebe — und das ist eine der wenigen Finalindustrien der Alpine — ist das Hüttenwerk Zeltweg, welches zu 63 Prozent exportorientiert ist. Die Er-

zeugung ist vielseitig, aber nur teilweise Serienfertigung. Schrauben, Nieten, Oberbaumaterial, Weichen, die in der ganzen Welt verlegt werden. Auch die Grazer Straßenbahnen haben die modernen Weichen in Zeltweg machen lassen, Bergbaumaschinen, Hallen, Behälterbau, in dem Zusammenhang ist auch ein großer Auftrag für drei Riesentanks, einer fast glaube ich 30.000 Liter, schon für das Ölkraftwerk im Murfeld unten, was natürlich die Bergleute mit großer Betrübnis feststellen. Grubenmaschinen, Schachtanlagen und zu diesen Grubenmaschinen und Schachtanlagen, die die Alpine da erzeugt, allein in Zeltweg, ist es schon dringend notwendig, daß der Bergbaubetrieb Fohnsdorf nebenbei erhalten bleibt, weil er ja praktisch für diese Maschinen und für diese Erzeugnisse, ob es nun der Bremsbandstempel oder der hydraulische Stempel ist oder ob es Grubenlokomotiven sind oder Schachtanlagen oder was immer, Fohnsdorf ist sozusagen das Versuchskaninchen und eine wertvolle Ergänzung für Zeltweg. Auch diese Hütte liefert in die ganze Welt, in den Orient Raffinerieanlagen, Gasleitungen größten Ausmaßes, Fabrikhallen, Brücken usw.

Auch die Donawitzer Halle wurde in Zeltweg gebaut, Sporthallen, das Olympia-Eisstadion in Innsbruck und jetzt wird der Pavillon für die Weltausstellung in Montreal geliefert. Und dort wird man auf den Trägern lesen können: Donawitzer Eisen.

Und so wird Steiermark und auch Österreich durch die Alpine in die ganze Welt hinausgestellt und gibt die Alpine für das ganze Land mit ihrer Belegschaft die Visitenkarte ab. Unser Konzern ist aber auch als Lehrherr vertreten. 450 bis 500 Lehrlinge sind ständig in diesen Konzernwerken untergebracht. Es gehen daraus erstklassige Facharbeiter hervor, Steiger, Meister, Techniker, viele werden sogar auch die Akademikerlaufbahn einschlagen. Es sind aber auch gut eingerichtete Lehrwerkstätten vorhanden und erstklassige Lehrkräfte. Und heuer müssen wir zu unserem Bedauern — auch eine Folge der Krise — die Lehrwerkstätte Fohnsdorf schließen, weil sich kein Junger mehr findet, der als Berglehrling in die Grube geht, auch ein Ausfluß dessen, daß man in der Presse den Bergmannsberuf so diskriminiert hat. Und ich hätte gerne, daß sich auch einer einmal so aufregt, wenn man den Bergmann so diskriminiert, wie gestern das zufällige Wort Aasgeier Aufregung verursacht hat, das gar nicht so gemünzt war. Noch dazu ist die Aufregung von einem anderen gekommen, den es gar nichts angeht, der geglaubt hat, er muß sich für einen anderen aufregen. Der andere selber hat dann gesagt: „Ich habe mich in der Weise nicht betroffen gefühlt.“

Aber das Unternehmen der Alpine hat auch beachtliche Summen von Stipendien, Studienbeihilfen hinausgegeben, ist aber auch Miterhalter der einzigen österreichischen Bergschule, in der die Steiger ausgebildet werden, der aber auch

eine Hüttenschule angegliedert ist. Die Sozialleistungen unseres Unternehmens können sich auch sehen lassen. Es gibt Kindergärten, Fürsorgeeinrichtungen, Bäder, Sportförderung, Musikpflege. Jedes Werk hat seine eigene Musikkapelle und auch Büchereien.

Wenn man von der Alpine spricht, könnte man fast in jeder einzelnen Gruppe Kapital für die Alpine anführen. 60 Prozent unserer Belegschaft haben Dienstwohnungen, der Rest ist in vom Unternehmen geförderten Wohnungen untergebracht. Aber auch sehr viele Eigentumswohnungen und Siedlungen sind in der Alpine vertreten mit ihren Siedlungsgenossenschaften. Trotz alledem hat auch dieses Unternehmen noch 12 Prozent Wohnungssuchende und davon 400 dringende Fälle, wobei zu sagen ist, daß ca. 4.000 Wohnungen von Nichtaktiven, von Pensionisten blockiert sind und es kann sich das Unternehmen auch das nicht leisten, daß es diese Wohnungen für Aktive frei macht, weil es sich durchwegs um Dienstnehmer handelt, die 40 und 50 Jahre in der Alpine tätig waren. Gerade in den letzten Wochen wurden wieder die Jubilarehrungen vorgenommen und das Hohe Lied auf den Dienstnehmer gesungen, nicht nur vom Unternehmer allein, sondern auch von allen übrigen; die dazu geladen waren und die Vertretung irgendeiner Körperschaft damit vollzogen haben.

Zum scheinbar kranken, nicht rentablen Kind Kohle ist natürlich auch vieles zu sagen. Das ist eines jener Familienmitglieder in der Alpine, auf die man heute am meisten losgeht, mit verschiedenen Fragen umschrieben, Strukturfrage durch neue und fremde Energieträger, aber auch die Preisfrage, die Absatz- und Verwendungsfrage, die volkswirtschaftliche Frage neben sozialpolitischen Fragen sind einer Lösung zuzuführen, und zwar einer guten, raschen Lösung, die aber bestimmt nicht einfach sein wird. Und wir als die Bergleute, die früher die Kohle als Energieträger für die Verhüttung und für den Hausbrand und für verschiedene andere Industrien geliefert haben, ich habe auch die Ziegelbrenner dabei erwähnt, die meisten gehen heute auf Erdgas über, wir Bergleute sehen nur eines, was die Kohle retten könnte und was auch noch zu vertreten ist und gerechtfertigt ist, und das ist die Verstromung der Kohle. Das heißt, wir müssen die Kohle in elektrische Energie umwandeln. Und wenn man seinerzeit die Österreichischen Bundesbahnen mit ausländischer Kohle betrieben hat und Hunderte Millionen dafür ausgegeben hat, daß man die Steinkohle hereinbekommen hat, weil man angeblich zum Unterschied von der Nachkriegszeit mit der heimischen Kohle keinen Lokomotivkessel hat heizen können, wegen des Schwefelgehaltes oder sonst etwas.

Wir sind der Meinung, daß man, wenn man jetzt die Bundesbahnen elektrifiziert hat, aus der Braunkohle den Strom für diesen Zweig auch miterzeugen kann, weil der elektrische Strom,

ob er vom Gas, vom Öl oder von der Kohle kommt, sich nur mehr im Preis unterscheidet, aber nicht im Schwefelgehalt. Er kann daher jede Lok betreiben, soferne sie elektrisch auf unseren Schienen läuft. Das wäre ein Beispiel, woran wir Bergleute unsere Hoffnung geknüpft haben. Und wenn man jetzt die Entwicklung des Stromes anschaut, so haben wir 1955 aus Wasserkraft rund 6.5 Millionen Kilowattstunden erzeugt und aus Dampf fast 2.000 Millionen Kilowattstunden, 1965 aus Wasserkraft 14.428.000 Kilowattstunden, also 2.2mal mehr und beim Dampf um 2.3mal mehr. Man könnte jetzt meinen, es muß doch mehr Kohle aufgehen, aber weit gefehlt, denn wenn man dann weiter schaut, ist diese Steigerung in 10 Jahren im Stromverbrauch ca. 7.7 Prozent. Wenn man dann aber weiterschaut auf den Brennstoffverbrauch, kommt man drauf, daß man 1958 35.000 Tonnen Steinkohle eingeführt hat und 1965 200.000, also das Sechsfache wird 1965, im Jahr der Kohlenkrise, noch immer an Steinkohle eingeführt. 200.000 Tonnen Steinkohle sind aber rund 300.000 Tonnen Fohnsdorfer Kohle, eine Halbjahreserzeugung oder eine Jahreslieferung für das Dampfkraftwerk in Zeltweg. Oder wenn man es umlegt auf den Kaloriengehalt der Köflacher Kohle, sind das 600.000 Tonnen Köflacher Kohle oder eine Dreimonaterzeugung von Köflacher Kohle oder 3.5mal die Jahresförderung von Pöfing-Bergla, einem Betrieb, den man auch schließen möchte. Der Heizölverbrauch in den Kraftwerken ist in den letzten sieben Jahren auf das 15fache gestiegen. Wenn man das umrechnet, ergibt das, daß man 1958 um 300.000 Tonnen Köflacher Kohlen Heizöl verfeuert hat und 1965 um 1.1 Millionen Tonnen. Wenn man natürlich so Wirtschaft betreibt, daß man die Kohle aus dem Ausland einführt und noch dazu das Öl dazu einführt, um Strom bei uns zu erzeugen, dann glaube ich schon, daß irgendwo etwas zuviel an Kohle ist.

Und wenn man dann das genau umrechnet auf die österreichische Kalorienbasis unserer Kohle, kommt man genau auf die 1.3 Millionen Tonnen, die Herr Handelsminister Bock in Österreich einsparen will. Ich habe dafür schon ein Verständnis, daß er das einsparen möchte und dafür was anderes exportieren könnte, aber daß wir Bergleute die Zeche zahlen sollen, das sehen wir nicht ein. 1937 ist das Verhältnis Wasserkraft, Strom aus Wasserkraft zu Dampf noch 94 zu 6 Prozent gewesen, 1947 74 zu 26 Prozent und 1957 war noch Wasserkraft 62 Prozent und 38 Prozent Wärmekraft, 1965 aber schon 51 Prozent Wasserkraft und 49 Prozent aus Wärmekraftwerken.

Man sieht also, daß der Strombedarf, der aus Wärmekraftwerken gedeckt wird, rasant steigt und trotzdem ist zuviel Kohle vorhanden, weil natürlich die Kraftwerke mit Öl und Erdgas fahren und dabei die Kohle liegen lassen. Ich muß schon sagen, das Erdgas unter die Kessel zu verfeuern, ist überhaupt eine Sünde. Und wenn man dann anschaut, daß man im Jahr 1958

entsprechend der damaligen Bauart der Kessel aus 1 Million Wärmeeinheiten nur 281 kWh, wo eine kWh 21,7 g gekostet hat, das ist nur der Kohlenpreis, im Jahre 1965 aber aus derselben Million Wärmeeinheiten 352 kWh erzeugt, die nur mehr 14,5 g kosten, weil ja der Techniker auch nicht geschlafen hat und weiter gearbeitet hat, da muß man sagen, das stimmt nicht, wenn es heißt, daß die Kohle unrentabel ist. Sie muß nur richtig eingeplant und eingeordnet werden.

Die Kohle hat aber auch noch das Recht für sich in Anspruch zu nehmen, daß sie wehrpolitisch notwendig sein wird. Es könnte doch einmal der Fall sein im Zusammenhang mit den weltpolitischen Spannungen, daß wir weder ein Öl noch sonst etwas aus dem Ausland bekommen und dann sind wir auf den eigenen Energieträger angewiesen, der aber nicht in so kurzer Zeit gehoben werden kann, wenn die Kohlengruben geschlossen sind. Oder denken wir nur an die moderne Kriegsführung mit den Bombenangriffen, dann wird man die Speicherwerke, die ja einen noch wesentlich teureren Strom liefern als die Kohle, auch nicht mehr heranziehen können, denn man wird sie notgedrungen vorher ablassen müssen, denn wenn man die Staumauer von Kaprun bombardiert, wird man das Salzburgerland 1 m tief unter Wasser stellen. Was das bedeutet, wissen Sie alle. Man wird also daher früher ablassen müssen und dann steht uns das Wasser eben auch nicht zur Verfügung. Aber immer wieder zur Verfügung stehen wird die Kohle. Aber vor Naturereignissen sind wir auch nicht sicher, deshalb verlangen wir, daß die Kohle in ihrer derzeitigen Fördergröße aufrechterhalten wird, dies kann aber nur geschehen, wenn nicht die Alpine das allein zu tragen hat, sondern wenn das eben auf die breite Masse der Öffentlichkeit, weil es in ihrem Interesse ist, abgestimmt wird.

Und wenn ich früher gesagt habe, daß wir mit 4 Milliarden allein aus der Kohle die ganze Wirtschaft in der Nachkriegszeit subventioniert haben und wenn wir heute den Bergbauförderungsplan anschauen, so sind da nur 43 Millionen Schilling drinnen, von denen die Alpine nichts bekommt, obwohl im Jahre 1962 die Bergbauförderung für den Bergbau Fohnsdorf eingerichtet wurde. Ich muß es als Dienstnehmer der Alpine sagen, es kann niemals im Interesse der Alpine allein gelegen sein, diese Last zu tragen, weil das ja letzten Endes, wenn man anfängt die Kohlen gegen die Hütten auszuspielen, zu sozialen Spannungen innerhalb der Belegschaft führen würde. Es lautet daher mein Begehren an die Steierm. Landesregierung über die bisher getroffenen Maßnahmen hinaus vorstellig zu werden bei der Bundesregierung um eine echte Aufstockung der Bergbauförderung. Denn, wenn uns der Sektionschef Riegler und der Staatssekretär Gruber gesagt haben, es sind die 140 Millionen Schilling da, aber weil keine genauen Ziffern da sind, kann er sie nicht budgetieren und so muß es bei den 43 Millionen bleiben, muß ich die Frage stellen, wo sind die

Unterlagen? Ich weiß von allen Betrieben, daß die Unterlagen mehrfach zugestellt wurden und daß sie auch im Besitze des Sektionschefs Preglau und des Finanzministers sind und aller zuständigen Stellen.

Ich darf zurückkommen auf den Besuch der Bergleute von gestern und ich möchte nur noch einmal darauf verweisen, es soll nicht in diesen Liedern nur als Lippenbekenntnis klingen, wenn es heißt: „Der Bergmannstand sei hochgeehret“. Die Steiermark möchte ich ersuchen, diesem Bekenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie in diesem Sinne bei der Bundesregierung vorstellig wird, daß die Bergbauförderung echt aufgestockt wird, aber nicht zum Schließen, sondern zur Erhaltung dieser Betriebe. („Bravo!“ — Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz das Wort. Als Nächster ist Herr Abg. Burger vorgemerkt.

Abg. Dipl.-Ing. DDR. Götz: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte bestrebt sein, aus dem Kapitel Fremdenverkehr keine Dinge zu wiederholen, die schon gestern oder heute hier ausgesprochen wurden. Ich möchte aber doch auf zwei Dinge hinweisen, die, glaube ich, bei aller Wertung der Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Steiermark, doch auch der Überlegung und vor allem der Planung für die kommenden Zeiten wert sind und berücksichtigt werden sollen. Das ist die Tatsache, daß eine bestimmte Umschichtung und zwar geographische Umschichtung im Bereich des Fremdenverkehrs stattgefunden hat, der von der reinen Nord-Süd-Linie, die ein gutes Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmt hat, in eine Süd-Ost, ja zum Teil in eine Ostlinie übergewechselt hat. Die gesamten Orte, die also in Rumänien, Bulgarien, in Jugoslawien nunmehr sich in den Fremdenverkehr durch entsprechende Leistungen — ich meine jetzt, seitens der Zurverfügung gestellten Quartiere und der sonstigen Möglichkeiten — eingeschaltet haben, sind praktisch voll beansprucht. Das bedeutet, daß eine reine Durchzugsroute, um einmal nur von der zu sprechen, in eine wesentlich greifbarere Nähe gekommen ist für die Steiermark, als dies früher der Fall war und daß man daher von dieser Entwicklung zweifellos etwas zu profitieren in der Lage ist. Abgesehen von allen eigenen Leistungen und Anstrengungen.

Das zweite, meine Damen und Herren, ist die Frage des Angebotes, das man nun dem fremden Gast zu geben in der Lage ist. Dieses Angebot wird von uns — vielleicht der Stadtpark, der Schloßberg, das Schloß Eggenberg, das Zeughaus, die Museen, die kulturelle Atmosphäre, sein. All das, was mir selbst und jedem Grazer lieb an dieser Stadt ist, wertet er als Pluspunkt und er bekommt eine scheinbare, ich betone ausdrücklich eine scheinbare, Bestätigung vom fremden Gast, der hier in der Stadt ist und der auch sagt, sehr schön ist der Stadtpark, sehr schön ist

der Schloßberg, sehr schön ist das und sehr schön ist das. Aber meine Damen und Herren, man darf nicht übersehen, daß diese örtlichen und zweifellos vorhandenen Pluspunkte für die Ströme des Fremdenverkehrs praktisch uninteressant sind. Sie werden vom Gast gerne zur Kenntnis genommen und auch anerkannt.

Aber es ist nicht der Angelpunkt, den fremden Gast hierher zu bekommen. Er kommt nicht wegen des Stadtparks, wegen der Stadt Graz, wegen der schönen Ost-, West- oder Obersteiermark, sondern ein sehr beachtlicher Teil, der etwa bei 80 und über 80 Prozent des Fremdenverkehrs liegen dürfte, geht heute über die Stellhebel der großen Manager des Fremdenverkehrs, der großen Reisegesellschaften, der Verkehrsbüros und dergleichen. Und dort ist die Beurteilung eine sehr nüchterne, eine sehr kühle und eine ausschließlich vom wirtschaftlichen Erfolg geleitete Beurteilung. Und daher meine ich, daß wir in der Frage der Werbung, wo wir natürlich unsere Pluspunkte der steirischen Landschaft, die Einrichtungen des Fremdenverkehrs herauszustreichen haben, dazu auch noch jene zweite Seite, der kühlen, oft sehr kühlen wirtschaftlichen Betrachtung für den, der den Fremdenverkehr mit und verstärkt gewährleisten soll, in die Überlegungen miteinzubeziehen haben, und da heißt es — es wurde ja heute einmal ausgesprochen, ich muß es wiederholen —, das heißt natürlich Einrichtung der Fremdenverkehrsbetriebe, das heißt natürlich auch Preisgestaltung, meine Damen und Herren, nicht weil ich irgend einem Fremdenverkehrsbetrieb nicht herzlich gönnen möchte, daß er ordentlich seine Leistungen honoriert bekommt, sondern allein von dem Gesichtspunkt aus, ob der angebotene Preis marktform ist, das heißt, ob er noch auf dem Gebiet des beinhalten Konkurrenzkampfes der einzelnen Fremdenverkehrsgebiete mit Erfolg angeboten werden kann. Und das legt uns allen und den damit Beschäftigten und darin Tätigen den Zwang auf, gerade diesen Gesichtspunkt besonders zu betrachten, denn eines dürfen wir nicht übersehen: Die große Entfernung, das, was sich früher noch positiv für uns ausgewirkt hat, der große Raum wird heute von Jahr zu Jahr bedeutungsloser. Sie können praktisch in derselben Zeit und Sie können praktisch fast um den gleichen Preis, insbesondere, wenn es ein längerer Aufenthalt ist, heute drei Wochen in Ostafrika auf irgend einer Fotosafari verbringen oder in einem etwas teureren Gebiet unserer Heimat, etwa Bundesland Kärnten. Wenn also Preis und Entfernung nicht mehr den Ausschlag geben, dann ist der Zeitpunkt gekommen, daß die wirtschaftlichsten und die größten Anstrengungen gemacht werden, um in diesem Konkurrenzkampf bestehen zu können, mit anderen Worten, der Fremdenverkehr ist zu einem guten Teil eine Geschmacksfrage, die einem ständigen Wechsel unterworfen ist, und wir können, selbst dann, wenn wir in der ganzen Steiermark schon beste Fremdenverkehrseinrichtungen hätten, von den Betrieben mit allen zusätzlichen Dingen

ausgestattet, nicht eine Saison vorübergehen lassen, um nicht neue Anstrengungen, neue Anreize für den ständigen Wandel im Geschmack des Gastes unserer Heimat zu haben. Das, meine Damen und Herren, wollte ich doch zu dem Gebiet Fremdenverkehr sagen, nicht als kritische Beleuchtung, ich begrüße die Maßnahmen wärmstens, und ich darf auch hier sagen, daß ich hoffe, daß die Stadt—Land-Verbindung im Gebiet Fremdenverkehr Steiermark—Graz letztlich für beide Teile, sowohl für das Land als auch für die Stadt einen fruchtbaren Niederschlag bringen wird, aber ich glaube, wir haben allen Grund, hier mit größter Aufmerksamkeit und mit größter Anstrengung die Entwicklungen zu verfolgen, die es beispielsweise möglich gemacht haben, daß Österreich im heurigen Jahr — nicht die Steiermark, aber Österreich insgesamt — leider Gottes den Platz im Fremdenverkehr nicht halten konnte, den es im vorigen Jahr inne gehabt hat.

Zu den Bestrebungen darf ich abschließend noch eines sagen: Ich begrüße es besonders, daß die Budgetpost der Stadt Graz, die seit zwei Jahren, richtiger gesagt seit einem Jahr, für die Planung eines Kongreßhauses und für den Bau eines solchen vorgesehen ist, nunmehr auch eigentlich in der Gruppe 33 der außerordentlichen Gebarung — Kollege Stöffler hat es in seiner Generalrede erwähnt — eine Parallelpост im Land Steiermark gefunden hat. Und wenn ich nur die wesentlichen Tagungen des heurigen Jahres erwähne, die hydrologische Tagung im März, der internationale Kongreß für Datenverarbeitung im April, die Tagung der Wirtschaftstreuhänder im Mai, ebenso der Philatelistenkongreß im Mai und der Kongreß für Zythologie, im Juli der Esperantokongreß, im September Elektroheilschlaf und Elektrotroteraphie, die 10. Tagung Moderne Schienenfahrzeuge und die Tagung der Staatsrechtslehrer aus einer ganzen Liste hier abgehaltener Tagungen und Kongresse, dann glaube ich, daß allein mit den jetzt schon durchgeführten und zum Teil bereits regelmäßigen Veranstaltungen in unserer Stadt und damit in der Hauptstadt des Landes Steiermark der echte Ansatzpunkt gegeben ist, um gerade in Verbindung mit den drei Grazer Hochschulen zusätzliche wissenschaftliche Tagungen und Kongresse in jenem Ausmaß nach Graz und in die Steiermark zu bringen. Jeder Kongreß hat ja sein Rahmen- — nicht nur Damen —, sondern auch Rahmenprogramm, das neben den wissenschaftlichen Arbeiten auch zumindest die engere und weitere Umgebung der Stadt Graz umschließt, so daß mit diesem Keim der bereits feststehenden Teilnehmer die Voraussetzung gegeben ist, ein solches Kongreßhaus nicht nur zu planen, zu bauen, sondern zu einem in den Auswirkungen wirtschaftlich entscheidenden Faktor in der Steiermark und in Graz zu machen. (Beifall.)

Präsident: Der Herr Abg. Burger hat das Wort. Ihm folgt als letzter zu dieser Gruppe gemeldeter Abgeordneter Abg. Ritzinger.

Abg. Burger: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Brandl — ich tue das, ich möchte das erwähnen nicht gerne, daß ich Redner oder Kollegen vor mir zitiere — ich möchte aber sagen, er sprach in einer sehr polemischen Art über die Lohnsteuerreform. Ich darf wohl feststellen, daß wir Arbeitnehmer uns genauso zur Lohnsteuerreform bekennen und das ebenso, und ich glaube, daß es hier wohl unser Gedankengut von der Fraktion ist, zur Aufhebung der Überstundenbesteuerung. Es ist dies ein klares Anliegen der Fraktion und des Arbeiter- und Angestelltenbundes. Ich glaube, daß ich das hier sagen kann als Mitglied der Landesexekutive, es sitzen ja von dieser Exekutive noch einige Kollegen da und sind Zeugen, wie wir diese Anträge schon vor Monaten bezüglich der Lohnsteuerreform schon vor Jahren eingebracht haben. Wir stehen daher zu diesen Dingen, nur mit einem Unterschied, daß wir genau abwägen, und wir haben den Wachstumsgesetzen nur deshalb die Zustimmung gegeben, weil wir verlangten, daß nach den Wachstumsgesetzen die Lohnsteuerreform durchgeführt wird. Wir wissen aber auch, daß Wachstumsgesetze nichts anderes sind als eine Investitionspeitsche, die ausschließlich zur Belebung der Wirtschaft dienen soll.

Ich habe schon zur Lehrlingsfrage gesagt, daß eine gesunde Wirtschaft untrennbar verbunden ist mit der Vollbeschäftigung, und daß ohne die beiden Dinge eine Sozialpolitik nicht möglich ist. Wir reden schon drei Tage davon, daß eine gesunde Wirtschaft allein nur imstande ist, zu geben und daß man von einer kranken Wirtschaft nichts fordern kann. Ein Bergbaubetrieb kann uns derzeit nichts geben, wir haben diesen Betrieb erst gesund zu machen, dann werden wir unsere Anteile wieder bekommen. Und von dieser Tatsache sind wir eben geleitet.

Hoher Landtag! Zum Kapitel Industrie möchte ich mich ebenso, wenn auch zum Schluß, an die Rednerliste kurz anschließen. Ich bin selbst Arbeiter von Donawitz, selbst ein Arbeiter in der Verstaatlichten Industrie, ich habe ihr Werden miterlebt und ich kenne ihre Sorgen. Es wurde viel Lob ausgesprochen und ebenso viel Tadel. Ich glaube, daß kein Industriezweig so viel polemisiert, soviel kritisiert und gelobt wird, als eben die Verstaatlichte Industrie. 1946 wurde die Verstaatlichung im Nationalrat durchgeführt. Die Telefonnummer in Wien war damals 85 7 64. Ich will damit nur sagen, daß die Verstaatlichung durchgeführt wurde in einer Zeit, wo die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit hatte. Sie werden das vielleicht nicht gerade verstehen, warum ich das Bedürfnis habe, hier im Hohen Haus das zu sagen, weil man uns unentwegt in Donawitz vorhält, daß wir die Reprivatisierer sind. (Landesrat Sebastian: „Aber Sie hätten nicht zugestimmt, wenn nicht der Zwang der Besatzungsmacht gewesen wäre und sich ein Kapitalist gefunden hätte, der nur einen Schilling dafür gegeben hätte!“) Herr Landesrat, würden Sie vielleicht etwas Geduld haben, zu warten, ich komme gleich darauf, ich polemi-

sieren nicht, ich komme gleich darauf. Ich habe das vor zu sagen, wenn das so wäre, Herr Landesrat, um so weniger müssen uns die Kollegen das in Donawitz vorhalten. (Landesrat Sebastian: „Wir halten es Ihnen nicht vor!“) Dann sind Sie zuviel in Graz, dann kommen Sie einmal hinauf. Ich möchte nicht sagen, daß allein Ihre Fraktion das ist, das tun die anderen auch. Die Vorhaltung, daß wir Reprivatisierer sind, daß wir die Verstaatlichte Industrie wieder in privat-kapitale Hand verschachern wollen, ist heute nach wie vor an der Tagesordnung, deshalb habe ich das Bedürfnis zu sagen, wir haben verstaatlicht aus ganz besonderen Gründen. Und jetzt komme ich darauf. Die Betriebe, das hat der Kollege Lackner schon gesagt, sie lagen am Boden und kein Mensch hätte es auch nur gewagt, sich um jene Betriebe zu kümmern, die zum Teil ausgebombt, die zum Teil durch Kriegseinwirkungen zerstört waren; aber das hätte vielleicht weniger gemacht, denn wenn die Waffe ruht, kann man wieder aufbauen. Die Waffen haben geruht, aber da waren Menschen am Werk, die unsere Produktionsstätten, die letzten, die uns verblieben sind, demontierten. Ob das nun der Erzberg, ob das die Baggermaschinen waren, ob es Bergbaueinrichtungen waren, ob es die Walzwerke in Donawitz waren, ich muß sagen, die Kommunisten leisteten hier Helferdienste, da hat man sich um die notleidende Bevölkerung nicht gekümmert, da hat man sich um die Arbeitsplätze nicht gekümmert und hier hat man gesagt, niemand kümmert sich um die Industrie, die notwendig sein wird, für den Aufbau. (Abg. Leitner: „Das ist eine Gemeinheit, was der Abg. Burger sagt!“ — Präsident Dr. Kaan: Glockenzeichen — „Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, Herr Abgeordneter Leitner!“)

Ich kann nichts dafür, daß die Betriebe demontiert worden sind, ich habe nur gesagt, daß diese Vorgangsweise keinen Unternehmer anreizen konnte, die Industrie zugunsten und zuliebe der Arbeitnehmer und vor allem zugunsten der gesamten österreichischen Wirtschaft wieder aufzurichten. Berg- und Metallarbeiter haben in dieser Zeit für die österreichische Wirtschaft Unglaubliches geleistet. Vielfach durch eben heimgekehrte Soldaten, auf der anderen Seite durch Industriearbeiter, die durch die Kriegsjahre hindurch Tag und Nacht zwölf bis sechzehn Stunden gearbeitet haben und die allein durch die Kriegswirtschaft bedingt, ausgezehrt waren an Leib und Seele. Und diese Menschen haben dennoch diese Aufbauarbeit der demontierten und der zerstörten Betriebe vorgenommen. (Beifall.) Das war der eine Grund der Verstaatlichung. Der zweite Grund, daß die Verstaatlichung durchgeführt wurde, war ein rein wirtschaftlicher. Ich bekenne mich dazu, und ich sage das auch hier, es war notwendig, die Grundstoffindustrie, ihr langsames Werben und Beginnen, zu verstaatlichen. Die gesamte österreichische Industrie bedurfte in dieser Zeit — ich spreche hier von der Finalindustrie — billiger Ausgangsprodukte, und die Verstaat-

lichte Industrie, sowie sie begonnen hat zu erzeugen, hat ihre Halbzeugerzeugnisse billig ausgeworfen in der österreichischen Wirtschaft und diese billigen Preise haben wie ein warmer Regen auf die Gesamtwirtschaft gewirkt und die Saat dieser Tugend ist aufgegangen, alle haben sich erholt, aber nicht nur die Verstaatlichte allein hat hier ihren Verdienst, ebenso der Arbeitnehmer hat in dieser Zeit mit billigen Löhnen gearbeitet. Auch der Bauer hat in dieser Zeit seine Felder geordnet und den reduzierten Viehbestand wieder geregelt und unser Volk wieder begonnen, richtig und konstant zu ernähren. Ich will nur sagen, daß in dieser Zeit alle (Landesrat Sebastian: „Herr Kollege, Sie müssen sagen, in einer Zeit ist das geschehen, wo die Alpine am Weltmarkt das Dreifache dafür gekriegt hätte, das müssen Sie auch noch dazu sagen!“) Sie sagen dasselbe wie ich, aber ich komme auch auf die Preise noch, denn Milliarden sind uns dadurch abgegangen.

Nun, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieselbe Entwicklung vollzog sich analog natürlich auch in Europa, in den übrigen Ländern. Der Konkurrenzkampf wurde größer, die Qualitätsnachfrage häufiger. Die Zeit, in der man einfach alles anbrachte, ging langsam vorbei und man mußte trachten, Qualitätsware auf den Weltmarkt zu bringen. Während dieser Zeit vollzog sich die Mechanisierung in einem Ausmaße wie nie zuvor. In Europa hat man in den Jahren 1955 die Betriebe bereits das zweitemal zugestellt. Leider, leider, nicht bei uns. Wir dürfen mit Stolz sagen, daß wir das LD-Stahlwerk gebaut haben in Donawitz, daß wir das neue Feinwalzwerk haben, wenn wir dieses nicht hätten, würden wir den augenblicklichen Tiefstand noch um ein viel größeres Ausmaß spüren. Gott sei Dank hat man dem Rechnung getragen. Wir haben einen neuen Hochofen gebaut, wir haben eine Bandeisenstrecke, wir haben in Kindberg das Rohrwalzwerk, das gut geht, aber ich muß hier feststellen, daß die Betriebe Schöller Bleckmann und teilweise auch noch bei der Alpine, gegenüber den gegenwärtigen Erfordernissen der europäischen Wirtschaft hoffnungslos veraltet sind. Hier muß ehestens etwas geschehen, damit man diese Betriebsteile modernisiert. Hier werden Finanzen, hier wird Geld notwendig sein. Aber ich habe schon oft den Herrn Landeshauptmann gehört, der sagt, hier muß in allernächster Zeit was geschehen, aber zuständig ist ja nicht nur das Land, sondern vor allem der Bund.

Diese Verstaatlichte Industrie, meine Damen und Herren, liefert für die österreichische Produktion in der Gesamterzeugung 22 Prozent, sie erarbeitete 24 Prozent des gesamten Exporterlöses, sie beschäftigt 20 Prozent aller Industriearbeiter, also ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor, welcher gesund bleiben muß im Interesse der Beschäftigten und im Interesse der Gesamtwirtschaft. (Beifall.) Das ist unser aller Wunsch. Wie sieht es aber nun derzeit bei der Alpine

aus? Erschrecken Sie bitte nicht, aber wenn man als Abgeordneter in diesem Hause sitzt, hat man eine verdammt Verpflichtung die Wahrheit zu sagen, auch wenn sie unpopulär ist. Die Alpine hat derzeit für 1 Milliarde Schilling Ware auf Lager. Sie hat außerdem 200 Millionen Schilling Außenstände in Metallwaren und etwa dasselbe in Kohle. Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotzdem erzielten wir im Jahre 1965 erstmals die 6-Milliarden-Schilling-Umsatzgrenze. Das soll sagen, daß allein innerhalb der Verstaatlichten die Alpine-Familie ein außerordentlicher Wirtschaftsfaktor ist. Freilich drückt uns die Tatsache, daß wir 1966 in Europa bereits um 6 Millionen Tonnen Stahl weniger erzeugten. Es ist sehr tragisch, wenn man sieht, daß noch 1964 in Europa um 75 Millionen Tonnen Stahl zu wenig waren, 1965, also ein Jahr später, waren es bereits 20 Millionen Tonnen Stahl zuviel, und 1970 werden es 120 Millionen sein.

Was heißt das für uns in der Verstaatlichten Industrie? Daß der Konkurrenzkampf in Europa immer härter, immer schärfer werden wird. Hier kann man nicht polemisieren. Hier kann man nur die Wahrheit sehen, und wenn man fragt, warum ist es so, dann möchte ich auf ein Wort zurückgreifen, das hier in diesem Hause bei der diesmaligen Budgetdebatte schon oft gesprochen worden ist. Die Produktivität wird durch die Modernisierung Gott sei Dank zugunsten der Arbeitnehmer größer. Aber es ist festzustellen, daß wir in Österreich, obwohl wir die Erfinder sind vom LD-Stahlwerk, unproduktiv geblieben sind. Die Kapazitäten in Europa werden derart groß, und hier nur ein Beispiel: Abgesehen vom 6-Millionen-Tonnen-Stahlwerk in Kalabrien, das in der Generaldebatte angezogen worden ist, möchte ich nur sagen, daß wir in Donawitz mit unserem LD-Stahlwerk sicher sehr produktiv arbeiten, sicher sehr rationell und rentabel arbeiten, aber wir haben eben nur einen Fassungsraum von 20 bis 30 Tonnen, während die von unseren Ingenieuren erbauten Stahlwerke in dieser Welt bereits mit demselben Energieverbrauch Konventer mit 150 Tonnen Fassungsraum haben. Daß dies für uns eine echte Konkurrenz darstellt, brauche ich hier nicht zu sagen. Das heißt, es sind finanzielle Mittel notwendig, um sich erneut wieder anzupassen. Strukturanpassung ist hier die größte Sorge, die wir haben. Ich bin selbstverständlich der Meinung, nichts anderes als eine Strukturanpassung ist an der Tagesordnung und notwendig. Aber täuschen wir uns nicht darüber hinweg — und das sage ich meinen Kollegen von der Gewerkschaft, es ist eben ein Stahlwerk einmal ein Stahlwerk, und es ist eben ein Walzwerk einmal ein Walzwerk, und diese Betriebe werden, solange es eine Fertigungsindustrie gibt, immer wieder notwendig sein. Ich verweise darauf, daß man mit einem 6-Milliarden-Schilling-Umsatz, wenn man alles auf eine Strukturveränderung umlegen wollte, ganz gewaltige Finalindustrien haben müßte, damit sie diesen Umsatz erreichen. Aber gerade die Verstaatlichte Industrie — und dieses Beispiel bringt der Herr

Abg. Lackner von Böhler und anderen Betrieben — die weitestgehend, wenn es den Vorständen einfällt, in die Finalindustrie zu gehen, dies schon getan haben. Er brachte einige Beispiele, wie es möglich ist, aus dem Bereich der Verstaatlichten hinüberzuwechseln in die Finalindustrie. Natürlich soll es dort sein, wo man sich nicht gegenseitig auskonkurrenziert.

Ich komme, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann noch, bevor ich zum Schluß komme, auf die Reorganisation. Sie steht nach all den Dingen, die ich hier nur teilweise aufzählte, vor der Türe. Im Jahre 1965 sollte der Reorganisationsplan im Parlament durchgepeitscht werden. Man kam nicht dazu. Es gab Parteistreitigkeiten und Widerstände. Darf ich zwei davon herausgreifen? Einmal sagte die sozialistische Seite, man müßte kranke und gesunde Betriebe zusammenlegen, um beide leben zu lassen. Als Gewerkschafter verstehe ich das zum Teil, weil es hier eben eine Art Solidarität ist, woran man hier dachte. Als Familienvater verstehe ich es nicht, denn ich werde das gesunde Kind niemals zu einem an Diphterie erkrankten dazulegen. Es werden wahrscheinlich beide krank werden. (Abg. Zinkanell: „Der Vergleich hinkt!“)

Die Österreichische Volkspartei sagte in dem Reorganisationsplan über unrentable Betriebe, man müßte sie durch ein Expertenkomitee untersuchen, warum diese Betriebe unrentabel sind. Wenn man feststellt warum, soll man prüfen, ob die unrentablen Betriebe wehrwirtschaftlich von großer Wichtigkeit sind. Wenn ja, dann müssen diese Betriebe erhalten bleiben und sollen im Staatsbudget extra ausgewiesen werden, damit das Volk Kenntnis erhält von der Höhe der Unrentabilität. Erst dann, wenn man feststellt, daß ein Betrieb wehrwirtschaftlich nicht wichtig ist, daß er auch nicht gesunden kann, sollte man durch Ausweichbetriebe diese Betriebe dann stilllegen. Es kam zu keiner Einigung. Man hat einen Industriekonzern mit 33.000 Beschäftigten allein in der Steiermark und weit über 100.000 in Österreich eben vernachlässigt und herumgeschleppt. Es wird schon irgend ein glücklicher Umstand kommen, daß es anders wird. Das ist nicht eingetroffen. Die Konkurrenz in Europa, das Konjunkturtief ist nun einmal da und selbstverständlich auch bei uns. Gott sei Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es nun so weit, daß das österreichische Industriegesetz nunmehr endgültig angenommen worden ist. Dieses Gesetz wird, so hoffe ich, die Voraussetzung geben, daß die Verstaatlichte Industrie aus dem Geplänkel der Politik nun endgültig herausgenommen wird. Die Politikerklausel sorgt dafür. Denn ich glaube, es muß im Interesse der Beschäftigten liegen, daß diesen großen Wirtschaftsfaktor in Österreich Fachleute führen und nicht Politiker. Das neue Gesetz bringt die Voraussetzung dafür. Wir wollen in der Verstaatlichten Industrie nichts anderes, als vollbeschäftigt sein, und wir leben ja auch von der Wirtschaft letzten Endes und nicht von

politischen Machtkämpfen in einem Konzern, wie es die Verstaatlichte Industrie darstellt. (Beifall bei der ÖVP.) (Landesrat Sebastian: „Wer ist denn der Generaldirektor bei der Alpine? Ist der ein Fachmann oder ein Politiker? Was halten Sie sich auf, seit 1945 ist er von der ÖVP gestellt! Das ist ein ÖVP-Generaldirektor mit Dirimierungsrecht, auch bei Böhler, es sind lauter ÖVP-Generaldirektoren mit Dirimierungsrecht!“)

2. Präsident Afritsch: Herr Abg. Ritzinger hat das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Abgeordneten Vinzenz Lackner sehr dankbar, daß er vorhin bei seinen Ausführungen die Frage angeschnitten hat, ob es nicht auch möglich wäre, bei dem neu vorgesehenen Programm der Betriebsgründungen auch solche Betriebe in den Bezirk Murau, der an und für sich wirtschaftlich sehr, sehr schwach dasteht, zu bringen.

Ich kann mich seinen Ausführungen in dieser Frage nur vollinhaltlich anschließen. Es ist eine Tatsache, daß gerade zwischen dem Bezirk Murau, Judenburg und Knittelfeld, kurz und gut, das weitere Murtal herunter, ein echtes soziales Gefälle zu Ungunsten des Bezirkes Murau vorhanden ist. Der Bezirk Murau hat eine Anzahl von ungefähr 500 Pendlern und darüber hinaus auch die größte Arbeitslosenrate im Winter in der Steiermark. Und ich möchte also daher, bevor ich noch zum Fremdenverkehr zu sprechen komme, die Hohe Landesregierung ersuchen, daß bei der Vergabe der Mittel für die Betriebsgründungen diese nicht nur auf das Gebiet Fohnsdorf und den Bezirk Judenburg beschränkt werden, sondern, daß auch einige Mittel in den Bezirk Murau verlagert, bzw. Betriebsgründungen in diesem Raume gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute schon sehr viel vom Fremdenverkehr gehört. Es gibt drei Möglichkeiten, die Förderungsmittel für den Fremdenverkehr aufzuteilen. Man kann die allgemeinen Förderungsmittel klein verteilen und groß verstreuen im Lande und so eine Reihe von kleinen Initiativen in den einzelnen Gebieten fördern. Man kann aber auch diese Förderungsmittel konzentrieren und so allerdings eine geringere Anzahl von Fremdenverkehrsattraktionen und Schwerpunkten bilden. Das Steiermärkische Landesfremdenverkehrsreferat der Steierm. Landesregierung hat den Mittelweg gewählt und es scheint mir, daß dieser Mittelweg auch der richtige und der beste ist. Nämlich, neben einer Reihe von kleinen Förderungen, aus denen, wie ich schon gesagt habe, eine Reihe von Kleininitiativen entstehen, auch dort und da echte Schwerpunkte zu bilden und es freut mich daher ganz besonders, daß unter der Gruppe 7 im Abschnitt 779 „Allgemeine Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs“ wieder zwei neue Posten aufscheinen, die die

Theorie bzw. Praxis des Schwerpunktprogramms erhärten und festigen. Es ist eingesetzt für eine permanente Rennstrecke bei Zeltweg ein Betrag von 4,4 Millionen und für die Vorbereitungen der nordischen Weltmeisterschaften in Murau ein Förderungsbetrag von 1 Million. Ich glaube, wir haben dem Motorsport in der letzten Zeit zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Und gerade am Sektor Fremdenverkehr spielt auch mit herein als Attraktion der Motorsport, der noch eine Reihe von neuen Interessenten finden wird. Und aus diesem Grunde freut es mich und ich möchte mich als Mandatar der Obersteiermark beim zuständigen Referenten Herrn Landesrat Wegart recht herzlich bedanken, daß es möglich war, hier diesen wesentlichen und sehr bedeutungsvollen Betrag im Landesbudget in der Gruppe 7 einzusetzen. Ich glaube, wenn diese Rennstrecke fertig wird, so ist damit die Möglichkeit gegeben, daß der Name Steiermark weit über unsere Grenzen hinaus, nicht nur über die Grenzen unseres Bundeslandes, sondern bis in den letzten Zipfel der Welt hinausgetragen wird.

Aber wenn ich vorhin noch den Betrag erwähnt habe von 1 Million für die nordischen Weltmeisterschaften, so glaube ich, wird es das Hohe Haus sicher interessieren, wieweit die Entwicklungen und die Möglichkeiten für diese Weltmeisterschaften überhaupt gegeben erscheinen. Meine Damen und Herren! Der Wintersportverein Murau war am 18. und 19. Juni 1966 bei der ÖSV-Hauptversammlung in Villach, dort sollte die Entscheidung getroffen werden, ob Murau bzw. Steiermark diese Weltmeisterschaft von allen österreichischen Orten, die sich darum bewerben, zugesprochen erhält. Es sind vorher eine Reihe von Bewerbern gewesen und der einzige Konkurrent, der in Villach noch aufgeschienen ist, war die Stadt Feldkirchen in Kärnten. Es wurde also dort die Frage, ob Murau und damit die Steiermark als Austragungsort für diese nordischen Meisterschaften ausersehen wird, sehr viel diskutiert des langen und breiten und es wurden vor allem die beiden Länderinteressen stark herausgestellt und entwickelt. Leider Gottes war es nicht möglich dort eine Entscheidung herbeizuführen. Es wurde in Villach vereinbart, daß beide Orte durch ein Expertenteam des Österreichischen Skiverbandes besucht werden und daß diese Experten dann ein Gutachten erstellen und auf Grund dieses Gutachtens sollte dann der Antrag bei der Internationalen Behörde gestellt werden. Vor allem glaube ich, war auch mit ausschlaggebend die Tatsache, daß Kärnten bei dieser Hauptversammlung das Gastland dargestellt hat, daß man also gegen Feldkirchen keine Entscheidung treffen wollte. Diesem Expertenkomitee gehören an Prof. Friedl Wolfgang, der international bekannt ist, Prof. Fred Rößner und Dipl.-Ing. Payerl, der ebenfalls ein internationaler Experte ist. Es wurden von ihnen die beiden Städte sowohl Feldkirchen als auch Murau besucht und außerdem mußte noch eine großer Fragebogen ausgefüllt werden und belegt werden. Diese Ar-

beiten sind nun fertig und es hat sich herauskristallisiert, daß Murau einen Vorteil genießt auf Grund der sicheren Schneelage und auch deshalb, weil Murau bereits im Sportstättenbau gegenüber Feldkirchen weit voraus ist. Ich freue mich daher, daß die Steiermärkische Landesregierung nun bereits 1 Million Schilling zur Förderung und Vorbereitung dieser Weltmeisterschaften in den Voranschlag eingesetzt hat. Allerdings und das möchte ich klar und deutlich aussprechen, der Weg bis zum Ziel, nämlich bis zur Tatsache, daß Murau bzw. Österreich diese Weltmeisterschaften durch die Internationale Behörde zugesprochen erhält, dieser Weg ist noch sehr, sehr lange. Ich muß ganz offen sagen Herr Landesrat Bammer, ich war eigentlich im Finanz-Ausschuß, als wir diese Frage diskutiert haben, etwas enttäuscht und zwar enttäuscht deshalb, weil Sie dort gesagt haben, daß der Steirische Skiverband nicht voll hinter dieser Forderung steht und auch enttäuscht deshalb, weil Sie vor allem die Situation des neuen Großschanzenbaues in Murau irgendwo kritisiert haben. (Landesrat Bammer: „Das war im Finanz-Ausschuß und nicht irgendwo, dazu ist der Finanz-Ausschuß ja da!“)

Ich sage ja nur, daß ich enttäuscht bin darüber, Herr Landesrat, weil ich der Meinung bin, daß in dieser Frage alle politischen und vielleicht auch andere Hintergedanken zurückstehen müssen und daß das nur eine interne Angelegenheit sein kann innerhalb des steirischen Skiverbandes, nicht einmal eine Angelegenheit, ob Murau diese Weltmeisterschaft erhält oder nicht, des Österreichischen Skiverbandes, sondern das müßte, und da bitte ich die Steiermärkische Landesregierung, eine Angelegenheit werden der ganzen Landesregierung und auch der Bundesregierung.

Wir schaffen damit eine neue Attraktion, wir beleben damit ein Gebiet am Fremdenverkehrssektor und auch am Sportsektor. Und ich glaube, wenn wir eine Chance haben, diese nordischen Meisterschaften zu erhalten, dann sollen wir diese Chance nützen, ganz egal ob sie nun in Murau oder wo anders liegen. Ich möchte Sie also darum bitten. Abschließend möchte ich noch feststellen, daß im heurigen Skiwinter 1966/67 eine Probeveranstaltung nach Murau gelangt und zwar kommen das erstmal überhaupt in Europa, es ist sozusagen eine Uraufführung oder eine Premiere, die europäischen Juniorenmeisterschaften nach Murau. Es ist das eine Probeveranstaltung für die eventuell nach Murau zu gebenden nordischen Weltmeisterschaften. Ich darf daher bitten, und möchte auch hier sagen, daß der Dank gebührt, weil ein beträchtlicher Förderungsbetrag auch für diese Veranstaltung eingesetzt wurde, ich darf aber auch gleichzeitig bitten, daß möglichst viele diese Veranstaltung in Murau besuchen und darf bitten, daß die gesamte Landesregierung, der gesamte steirische Landtag hinter die berechnete Forderung, daß Murau diese Weltmeisterschaften erhält, sich stellen soll. (Beifall.)

Präsident: Herr Landesrat Peltzmann hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landesrat Peltzmann: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es haben schon einige meiner geschätzten Vorredner den Unterabschnitt 716 der Gruppe 7 Feuerwehrwesen behandelt und auch unseren braven Feuerwehrleuten den Dank des Hohen Hauses ausgesprochen. Gerade die letzten Jahre haben uns gezeigt, daß die Gelder, die wir für das Feuerwehrwesen zur Verfügung stellen können, gut angelegt sind. Und es wurde auch schon hier festgestellt, daß es ein Glück für die Steiermark darstellt, auf rund 30.000 Feuerwehrleute jederzeit in der Not zurückgreifen zu können.

Herr Kollege Aichholzer sagte in seinen Ausführungen, daß in den Ausrüstungsgegenständen zum Zwecke der Katastrophenbekämpfung noch manche Lücke zu schließen wäre. Ich stimme dem vollkommen zu. Aber, meine Damen und Herren, heuer haben Sie über meinen Antrag den Feuerwehren zusätzlich 1 Million Schilling für solche Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung gestellt, und wir haben mit diesem Betrag Sandsäcke, Motorsägen, Aggregate, Schmutzwasserpumpen etc. angekauft. Wenn der Herr Abg. Aichholzer warnte, bei den Feuerwehren doch den zentralistischen Gedanken nicht weiter fortzuspinnen, dann gebe ich ihm auch recht. Ich glaube, daß nur manche Dinge etwas verkannt werden. Wenn der Feuerwehrfunkauschuß innerhalb des Landesfeuerwehrverbandes zentral das landeseinheitliche Funkwesen aufbaut, dann ist es richtig, weil es anders nicht möglich wäre. Gerade durch diese Funkausrüstungsgeschichte, wie es in den letzten Jahren gemacht wurde, wurden ja sehr viel Gelder nicht sinngemäß verwendet. Funkgeräte, die den Anforderungen nicht entsprochen haben oder Funkgeräte, die überhaupt nicht abgestimmt waren auf die uns zugeteilten Wellenlängen. Das Gleiche haben wir vor, daß sich innerhalb des Landesfeuerwehrverbandes ein sogenannter technischer Ausschuß erstellt, der die Katastrophenausrüstung vorplant und auch durchführt. Die Verteilung der einzelnen Katastrophenzüge oder B-Züge, wie der Feuerwehrmann sagt, soll Sache der Bezirke sein, des Bezirks-Ausschusses, nur die Männer im Bezirk kennen ihren eigenen Raum und wissen, wo hier die Schwerpunkte zu bilden wären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heuer rund 11 Millionen Schilling, davon müssen wir vier bereits wegtun, weil sie gebunden sind, Erhaltung des Feuerwehrinspektors, Zuschuß an die Stadtgemeinde Graz, 1.4 Millionen Schilling, für die Berufsfeuerwehren. Wir rechnen, daß rund 7.5 Millionen für die Bereitstellung zur Ausrüstung unserer Freiwilligen Feuerwehren bleiben werden — und ich sage ausdrücklich Freiwilligen Feuerwehren — für mich gibt es keine Orts- und Betriebsfeuerwehren, auch der Betriebsfeuerwehrmann erfüllt seinen Dienst freiwillig. Es sind die steirischen

Feuerwehren. Wir haben in der Steiermark nicht einen einzigen Betrieb, der seinen Männern die Ausfahrt verweigert. Deswegen sind wir auch hier bei den Förderungsmitteln, nur daß wir die Mittel nicht an den einzelnen Betrieb geben, sondern an den Verband der Betriebsfeuerwehren, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß die Leute, die ja frei gewählt aus den Betriebsfeuerwehren hervorgehen, genau wissen, wo hier Schwächen noch zu beseitigen sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wage nicht, mir das Ausmaß einer Katastrophe vorzustellen, wenn wir nicht auf diese freiwilligen Helfer, auf unsere braven Feuerwehrmänner immer wieder zurückgreifen könnten, und ich danke den Damen und Herren, die bereits den Dank an unsere Feuerwehrmänner ausgesprochen haben. Ich möchte hier noch unseres verstorbenen Landesfeuerwehrkommandanten Direktor Edelsbrunner gedenken, der von Jugend an sein Leben und sein Bestreben in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, und es wird Auftrag und Verpflichtung für alle Feuerwehrmänner sein, ihm hier nachzueifern. Wir haben noch 1 Million Schilling unbedeckt im Voranschlag, und ich glaube, daß ich im Laufe des Voranschlages, im Laufe des Rechnungsjahres 1967 wieder das Verständnis finden werde, das Sie schon 1966 für die Feuerwehren aufgebracht haben.

In der Gruppe 7 haben wir auch zur Gewerbeförderung und Industrieförderung etliche Posten. Einige Worte dazu: Das Jahr 1945 war ein schicksalhafter Wendepunkt und nur ein starkes und aufrechtes Volk konnte diese Katastrophe überwinden, meine Damen und Herren, und das blühende Antlitz unserer Heimat heute gibt uns, glaube ich, eine gute Zensur, daß uns diese gemeinsame Aufbauleistung gelungen ist. Man spricht immer wieder von einem Wohlfahrtsstaat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist wohl mit etwas Vorbehalt auszusprechen. Es wird niemand bestreiten, daß es uns besser geht, und gerade wir, die jüngeren, können mit Recht sagen, es ist uns noch nie so gut gegangen. Aber, meine Damen und Herren, es gibt noch viele Menschen, die am Rande dieses Wohlstandes leben. Den kleinen Gewerberentner, dort haben wir noch Gruppen, die mit 980 Schilling im Monat ihr Auslangen finden müssen, aber auch den kleinen Bauern, den ganz kleinen Angestellten, den Briefträger, der eben auch mit 1.800 bis 2.000 Schilling seine Familie ernähren muß. Das ist nur eine Feststellung, keine Rüge. Auch das werden wir, glaube ich, wenn wir der Wirtschaft das geben, was sie braucht ändern, das ist die Voraussetzung überhaupt für jede gute Sozialpolitik, wenn wir diese Wirtschaft erhalten und ihr die Möglichkeit geben sollen, nach vorne und weiterzudrängen. Wir haben in der Steiermark positive und negative Elemente. Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1919 haben wir einen wertvollen und reichen Raum der Südsteiermark verloren, und 1945 bewirkte der Eiserner Vorhang eine Abschließung, die heute an der ungarischen Grenze noch zum Tra-

gen kommt. Gegenüber Jugoslawien hat sich das ja Gott sei Dank sehr gebessert in den letzten Jahren, und es ist hier zu einem sehr freundschaftlichen Verhältnis gekommen, das wir auch gemeinsam verbessern wollen. Ich glaube, daß in Jugoslawien der gleiche Wunsch wie bei uns zum Tragen kommen wird.

Die gegebene Grundstruktur, mit der wir fertig werden müssen, stützt sich für uns außergewöhnlich stark auf die Grundstoffindustrie. Und diese Grundstoffindustrie gibt uns die Möglichkeit, mit diesen gewonnenen Grundstoffen die Halbfabrikation zu veredeln, und hier liegt, wie ich glaube, die Chance, die wir ergreifen müssen. Wir müssen Lösungen suchen, damit wir unsere Gaben, die uns die Natur schenkt, weiter veredeln und dann als hochqualifizierte Erzeugnisse sowohl im eigenen Land als auch im Export absetzen können. Also die Schaffung einer Veredelungsindustrie. Wenn wir bei dieser Produktion einen Erfolg erzielen wollen, müssen wir unseren Menschen die Möglichkeit der Ausbildung geben, um hier auch die Voraussetzung zu schaffen, daß sie in die Lage versetzt werden, hochqualifizierte Maschinen zu bedienen und dadurch hochqualifizierte Waren zu erzeugen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das steirische Gewerbe ist hier ein sehr machtvoller Bestandteil. Wenn ich Ihnen ganz kurz ein paar Zahlen sagen darf: In der Steiermark stehen wir bei der letzten Betriebszählung 1964 bei 33.493 Betrieben. Von diesen Betrieben arbeiten ohne fremde Arbeitskräfte 12.359 und mit 1 bis 4 Arbeitskräften 13.930, also gemeinsam rund 26.300 Betriebe, das sind 4/5 aller steirischen Betriebe.

Und wenn Sie sich die anderen Zahlen dann anschauen, dann sinkt das sehr, sehr ab. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesen rund 33.500 Betrieben sind 244.872 Unselbständige und 41.720 Selbständige, mitgezählt die mittätigen Familienmitglieder, beschäftigt. Und wenn ich jetzt die letzten Zahlen des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger hernehme, so ergibt sich für die Steiermark folgendes Bild. In der Industrie sind 107.344 Menschen beschäftigt, während Gewerbe und Handel und die Dienstleistungsbetriebe, also Fremdenverkehr und Verkehr 162.691 Menschen Arbeit und Brot geben. Sie sehen, daß uns diese Zahlen schon einen gewissen Weg weisen, diesen kleinen Mittelbetrieben mehr Aufmerksamkeit zu schenken als wir es bisher vielleicht gemacht haben. Wir müssen hier die wirtschaftlichen Möglichkeiten mobilisieren, um hier eben diesen Gewerbebetrieben, diesen Klein- und Mittelbetrieben ihren Bestand weiter zu sichern und sie auch weiter zur Entfaltung zu bringen. Wir haben hier ein gutes Bild, es sind nur die Betriebe in den letzten Jahren zurückgegangen um 2.491, während die Beschäftigungszahl hier gestiegen ist, so daß der Durchschnitt der Beschäftigten in den gesamten Betrieben zusammengenommen heute sieben Beschäftigte aufweist.

Wir konnten in Voraussicht dieser Dinge seit 1954 über 61 Millionen Schilling an Kleingewerbekrediten, an verbilligten Krediten zur Verfügung stellen. Wir haben auch heuer im Budget 1967 für diesen Zweck einen Betrag von 9 Millionen Schilling in dem Ihnen vorliegenden Entwurf. Zu diesen Gewerbekrediten eine ganz kurze Bemerkung. Hier haben wir das Gesetz für die Kreditaktion, das eine Kredithöhe von 50.000 Schilling vorsieht und den Zinszuschuß haben wir ja vor zwei Jahren von 50.000 auf 80.000 Schilling erhöht und zwar für eine siebenjährige Laufzeit.

Meine Damen und Herren, 50.000 Schilling ist für die heutige Kaufkraft, aber auch für den heutigen Maschineneinsatz für die Klein- und Mittelbetriebe eine zu niedrige Summe und wir werden im Laufe dieses Jahres uns noch überlegen, ob wir dieses Gesetz nicht novellieren und hier einen neuen Weg suchen, um mehr auf Zinszuschüsse überzugehen, damit ein höheres Kreditkapital freigemacht werden kann. Als weitere wichtige Posten haben wir die Posten für die Rationalisierungsmaßnahmen sowie Planung, Forschung, Gutachten und einen Betrag von 360.000 Schilling für die Berg- und Hütten-schule. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Marktanalyse sowie die Forschung darf sich nicht nur auf die Großbetriebe beschränken. Sie sind heute für die Klein- und Mittelbetriebe genau so wichtig und eine wichtige Hilfe, wenn wir heute neue Wege suchen. Auch der Klein- und Mittelbetrieb braucht eine Marktforschung, er kann sie von sich aus selbst nicht machen. Er braucht auch mehr Beratung, weil ja dieser Unternehmer viele Funktionen in einer Person vereinigen muß, die bei einem Großbetrieb auf mehrere Köpfe aufgeteilt werden können. Der kleine Unternehmer muß zugleich Betriebsführer, Steuer- und Sozialrechtler sein, von Marktforschung soll er was verstehen, von Werbung soll er was verstehen, seine Ware soll er verkaufen und meist muß er die beste Arbeitskraft in seinem Betrieb darstellen. Hier, glaube ich, muß man mehr als bisher eingreifen mit den Betriebsberatungen, hier hat uns ja die Kammer der gewerblichen Wirtschaft bereits einen Weg gezeigt.

Ich habe mir eine alte Ausstellung vom Jahre 1938 angeschaut, damals war der Exportanteil der Klein- und Mittelbetriebe viel höher als heute. Sehen Sie und es wäre gerade jetzt die Zeit dazu, um hier, besonders unser Kunstgewerbe aber auch den kleinen Textilwerkstätten einen Weg aufzumachen, einen Weg in den Export, wir würden a) auf der einen Seite Arbeitsplätze sichern und b) würden wir damit wertvolle Devisen in unser Land hereinbringen.

Ein weiterer entscheidender Betrag und zwar 1 Million Schilling finden Sie im Budget als Zuschuß für die Einrichtung des neuen Werkstattegebäudes des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Handelskammer. Ich glaube, dieser Betrag ist gerechtfertigt. Die Einrichtung dieses Werk-

stättengebäudes allein verlangt 7 Millionen Schilling. 4 Millionen ist die Handelskammer selbst in der Lage aufzubringen und ich hoffe, daß wir diese Post im Voranschlag 1968 wieder vorfinden. Ich glaube, daß ich die Wichtigkeit des Wirtschaftsförderungsinstitutes hier nicht weiter betrachten brauche, ich möchte nur auf eines hinweisen. Es wären die Betriebe, die die Fernheizrohre für Graz verlegten, nicht in der Lage gewesen, ihre Termine einzuhalten, wenn nicht das Schweißinstitut des Wirtschaftsförderungsinstitutes hier Schweißer ausgebildet hätte für diese Schweißarbeiten. Diese zentrale Ausbildungsstätte, die ja jedem Interessierten offensteht, wird dieser Forderung, weiterhin Fachkräfte heranzubilden, gerecht, wenn sie die Möglichkeit hat, ihre Einrichtungen auf den neuesten Stand der Technik zu bringen.

Mit Befriedigung können wir noch feststellen, daß 200.000 Schilling für die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses im Budget 1967 aufscheinen. Dieser Betrag soll dazu verwendet werden, um Lehrlingen und Facharbeitern die Möglichkeit zu geben, sich weiter auszubilden. Wir denken hier besonders an die neuen Maschinen, an die neuen technischen Errungenschaften, ob Sie hier den Computer nehmen, oder die medizinisch-technischen Geräte, die wir aus dem Ausland beziehen. Wir besitzen aber zur Zeit nicht die Möglichkeit, im eigenen Land Schäden, die an diesen Geräten immer wieder auftreten, zu reparieren. Das heißt, daß wir talentierte Menschen ins Ausland schicken müssen, um ihnen dort die Möglichkeit zu geben, sich in dieser spezialisierten Fachrichtung auszubilden, um im eigenen Land in Zukunft die Fachkräfte stellen zu können. Wie gesagt, ist dieser Betrag für diesen Zweck gedacht und ich habe gar keine Sorge, daß sich hier nicht die nötigen Interessenten finden werden, die diese Ausbildung gern auf sich nehmen, wenn wir in der Lage sind, die finanziellen Kosten, die so eine Ausbildung mit sich bringt, zu tragen.

Wir haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Wirtschaft im Budget 1967 gegeben, was im Bereich der Möglichkeit lag. Sagte ich bei der Berufsschulpost, daß ich mit den angesetzten Beträgen zufrieden bin und wir auch das Auslangen finden werden, so ist das hier nicht der Fall, aber wir wissen ganz genau, daß es eben in der jetzigen Sicht des Voranschlages nicht möglich war, die einzelnen Ansätze höher zu bedecken. Wir hoffen, daß uns das Eine oder das Andere im Voranschlag 1968 besser gelingt. Und wenn wir erst einmal die Erfahrungen besitzen, wie sich die verschiedenen neuen Maßnahmen bewähren, können wir dann die Voranschlagsansätze in der nächsten Zeit erhöhen oder herabsetzen, je nachdem, ob Erfolge erzielt werden oder nicht.

Ich glaube, wir haben keinen Grund, zu zweifeln. Wir haben aber auch keinen Grund, in den goldenen Optimismus hineinzuleben. Wir werden alle Kräfte aktivieren müssen, um mit

diesen Problemen, die vor uns liegen, fertig zu werden.

Es braucht uns nicht bange zu sein um die Zukunft. Aber, meine Damen und Herren, nur gemeinsam werden wir die Dinge meistern können, und es hat keinen Sinn, wenn wir hier einen Unterschied machen zwischen verstaatlichter Industrie und privater Industrie. (Zwischenrufe von der SPÖ: „Hört, hört!“) Ich habe bei einer kleinen Diskussion heute vormittag mit meinem Kollegen Fuchs gesprochen, und er sagte mir folgendes: Für mich gibt es nur eine Industrie, und das ist die steirische Industrie, und ich glaube, Herr Kollege Sebastian, wir sind uns vollkommen einig, nicht? (Beifall.)

Wenn wir diese jetzt schon tagelang andauernde Diskussion in diesem Hohen Haus analysieren, so ergibt sich doch immer wieder, daß jeder das Beste will. Nun, die Wege werden verschieden sein, Herr Abgeordneter Scheer, wir denken es uns anders als Sie, und der Sebastian denkt sich den Weg auf eine andere Seite als vielleicht Herren unter uns. (Landesrat Wegart: „Viele Wege führen nach Rom!“ — Landesrat Sebastian: „Zum Wohle der Wirtschaft und der Arbeitnehmer!“)

Jawohl, der gesamten, sehr richtig, das wollen wir. Und deswegen will ich auch die Dinge bei Gott nicht aufspielen. Wir brauchen jeden einzelnen Kopf, meine Herrschaften, wir brauchen jeden einzelnen Menschen in diesem Land, der des guten Willens ist, diesem Land zu dienen. Jeder hat einen Schuß an gesundem Egoismus in sich, und so soll es ja auch sein. (Beifall.)

Wenn Sie sagen, auf der einen Seite ist die Forderung berechtigt und auf der anderen Seite sind das Profitgeier, so deckt sich das irgendwie nicht. Zeigen Sie mir doch einen normal denkenden Menschen, der nicht mehr will, zeigen Sie mir den. Sehen Sie, da müssen Sie suchen gehen, wahrscheinlich nach Puntigam links. (Heiterkeit.) Aber das ist doch gesund, meine Herrschaften, das ist doch der Motor der Wirtschaft. Natürlich das Mehrwollen mit dem Mehrleisten in Einklang zu bringen, das ist die Kunst. Aber ich glaube, daß hier die Dinge nicht so entgegengesetzt liegen, wie sie vielleicht da und dort bei einer etwas heftig geführten Diskussion aufscheinen. Und unser Freund Zagler ist ja der zweite Lackner Karl auf der linken Seite, Burschen, die Gott sei dank noch so sprechen, wie ihnen um das Herz zumute ist, wenn er sich hier ein bißel verhaut, dann glaube ich, hat er eine mords Freude, wenn so ein privater Industrieller in sein Revier kommt und sagt: „Zagler, gehen wir's an miteinander. Stellen wir ein Ersatzwerkerl hin.“ Ich glaube, Zagler, Sie schicken ihn nicht fort. (Abg. Zagler: „Nein, den schicke ich nicht fort!“)

Meine Damen und Herren, überall gibt es schlechte und gute Menschen und kein Stand kann von sich sagen, er hat nur Engel in sei-

nen Reihen. Ich habe vor Jahren schon gelesen, daß man Richter eingesperrt hat, und als kleiner Bub ist bei mir der Richter gleich nach dem Herrgott gekommen. Aber deswegen werden wir nicht sagen, alle sind schlecht wenn es im anderen Stand Leute gibt, die dadurch unsozial sind, daß sie beide Hände im Hosensack versteckt haben und sagen, der andere soll für mich arbeiten, für mich rennt ja der Kollektivvertrag — oder gibt es das nicht? Und bei uns auch — wir haben es nie bestritten.

Natürlich, in der Freiheitlichen Partei sind alle Engel, das weiß ich, bitte, aber das ist eine Ausnahme. (Landesrat Wegart: „Drum sind so wenig!“ — Heiterkeit.)

Aber, schauen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wehren uns auch dagegen, wenn der eine oder andere Fehlerhafte zum Pauschalurteil einer ganzen Gruppe erhoben wird. Dagegen wehren wir uns. Ich könnte Ihnen viel antworten bei den Betriebsgründungen, die auf anderer Seite geschehen sind. Ich sage Ihnen nur ein Stichwort, aber da unterhalten wir uns dann allein draußen — Felix Austria. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Konkurs war es keiner, das weiß ich, aber ich unterhalte mich draußen. Ich möchte nicht solche Einzeldiskussionen, für die weder der Herr Zagler noch der Herr Fuchs dafür können, in die Breite treten. Ich möchte Sie bitten, daß wir gemeinsam unserer Wirtschaft, der Wirtschaft dieses Landes dienen, der gehören wir alle an, ganz gleich, wo Sie stehen, meine Damen und Herren, jeder einzelne, ganz gleich, ob in der Verwaltung oder Industrie, im Handwerk oder als Lehrer. Er muß überhaupt die Voraussetzung geben, damit unsere Kinder wieder als volle Mitglieder dieser Wirtschaft eingegliedert werden können. Ich glaube, wenn wir diesen gemeinsamen Gedanken bei harter und sachlicher Auseinandersetzung um den Weg, das gleiche Ziel, unserem Land zu dienen, vor Augen haben, habe ich gar keine Sorge für das Jahr 1967. Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident: Herr Landesrat Dr. Niederl hat sich in die Rednerliste eingetragen.

Landesrat Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gruppe sieben umfaßt eine Reihe von Gebieten, und ich habe nach Beendigung der Wechselrede die Aufgabe, das Schlußwort bezüglich der Land- und Forstwirtschaft zu sprechen. Aus den Ausführungen unserer Abgeordneten ist die Frage hervorgegangen, ob wir als die verantwortlichen Amtsträger dieses Landes alles unternommen haben, um zur Sicherung eines ausreichenden Einkommens unserer Landwirtschaft beizutragen. Es ist auch sehr klar hervorgegangen, daß unsere Bauernschaft seit Jahren bereit ist, durch unermüden Fleiß bei der Aufbringung der Ernährung mitzuhelfen. Es sind in ganz Österreich 396.000 und in der Steiermark 76.000 Land-

wirtschaftsbetriebe, die diese Aufgabe tagein, tagaus vollziehen. In der Steiermark liegt die Durchschnittsgröße dieser Betriebe unter 20 ha.

Ein weiteres Problem ist aufgeklungen, und zwar daß in der Landwirtschaft von Jahr zu Jahr weniger Menschen werden und daß eine der Schwierigkeiten darin liegt, daß eine unregelte Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft stattfindet. Der bäuerliche Bevölkerungsanteil in Österreich ist von 22 Prozent im Jahre 1951 auf 16 Prozent im Jahre 1961 zurückgegangen. In den letzten Jahren hat der Bauernstand 75.000 Menschen verloren. Wenn man nun die Frage durchleuchtet, wo die richtige Zahl liegen würde, so kann man eines darauf sagen, daß es umstritten ist, wo das Minimum des bäuerlichen Bevölkerungsanteiles liegen soll. Das hängt nicht zuletzt vom landwirtschaftlichen Produktivitätsstand ab, es hängt aber auch von dem Gewicht ab, das wir bereit sind, den ernährungswirtschaftlichen Belangen in unserem Lande beizumessen. Diese Menschen, die aus der Land- und Forstwirtschaft abwandern, werden der Gesamtwirtschaft zugegeben. Trotz allem müssen gerade diese Leute, bis sie abwandern, in den familieneigenen Betrieben mitarbeiten und haben dadurch eine wertvolle Zeit für ihre Berufsausbildung verloren. Ich glaube, es ist daher unsere Aufgabe, zu trachten, gerade diesen jungen Menschen, die oft bestes geistiges Niveau aufweisen, durch Bildungs- und Begabtenförderung zu helfen. Durch diese Förderung soll erreicht werden, daß für diese Leute andere Berufsmöglichkeiten eröffnet werden. Wir haben daher im Budget 1967 für die Bildung und Begabtenförderung einen Betrag von 200.000 Schilling vorgesehen, der zur Förderung von begabten Bauernkindern aus schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen dienen soll. Es soll ihnen der Weg zu einem anderen Beruf oder zu einer höheren Schule eröffnet werden. Dieser Betrag soll aber auch dazu dienen, daß eine intensive Werbung für einen Fachschulbesuch eingeleitet wird und schließlich dafür, daß unsere Fachschullehrer in pädagogischen Seminaren weiter ausgebildet werden können.

In der Land- und Forstwirtschaft haben wir im Budget 1967 mehrere Schwerpunkte vorgesehen. Es ist in erster Linie der Ausbau unserer Bildungseinrichtungen, die Förderung der Kammereinrichtungen zur Mithilfe bei der Lösung der vielfältigen Aufgaben und es sind gezielte Förderungsmaßnahmen, die investitionsverstärkend und dadurch auch arbeitsplatzbeschaffend wirken sollen.

Im Budget ist, soweit es meinen Bereich betrifft, ein Betrag von 128 Millionen Schilling vorgesehen. Die Abgeordneten des Hohen Hauses haben während der Wechselrede auf die einzelnen Abschnitte und speziellen landwirtschaftlichen Fragen bereits Bezug genommen und in den Diskussionen wurde die Notwendigkeit der Förderung der Landwirtschaft immer wieder

mit sachlich zwingender Begründung aufgezeigt. Ich möchte daher meine Ausführungen auf einige Kapitel beschränken.

Auf dem Gebiet des Forstwesens, das der Herr Abg. Pabst und der Herr Abg. Brandl behandelt haben, ist für die Ausbildung von Forstwarten und Förstern, für den Betrieb eines Forstbauhofes, für die Forstaufschließung und für die Förderung der Forstwirtschaft ein Betrag von 6.4 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag soll insbesondere die Förderung weiter durchgeführt werden, wir dürfen ja nicht vergessen, daß heuer im Spätherbst eine Schneebruchkatastrophe war und daß es nicht nur Aufgabe ist, die forstpolizeilichen Maßnahmen zu treffen, damit dort schwere Schäden nicht eintreten können, sondern, daß es unsere Aufgabe ist, hier weiterzuhelfen.

Ich möchte auch erwähnen, daß seit Jahren im Rahmen der Kammer und unter Mithilfe der Kammer die sogenannte Höhengaufforstung durchgeführt wurde. Es sind besonders die Gebiete des Mürz- und Murtales mit den Seitengräben.

Durch die vereinbarte Verlängerung des Marktordnungsgesetzes und des Landwirtschaftsgesetzes wurden zwei Hauptanliegen der Bauernschaft erfüllt. Wir können gerade die Beschlußfassung des Nationalrates über diese beiden Gesetze mit großer Befriedigung zur Kenntnis nehmen.

Der Herr Abg. Buchberger hat sich sehr eindrucksvoll mit dem weiteren Ausbau der Landwirtschaftsbetriebe für Spezialkulturen befaßt und zum Ausdruck gebracht, daß das nicht nur zur Strukturverbesserung beitragen soll, sondern daß diese Sonderkulturen, die eingerichtet werden, besonders aus markttechnischen Gründen erforderlich sind. Wir müssen unter Berücksichtigung der bestehenden Wettbewerbsverhältnisse selbst in der Lage sein, den heimischen Markt mit eigenen Produkten bester Qualität zu versorgen. Die Förderung dieser Betriebe ist auch deshalb notwendig, weil es sich bei den in Umstellung begriffenen Betrieben überwiegend um landwirtschaftlich schwächere Höfe handelt. Vor allem müssen wir auch trachten, den Vorsprung der anderen Länder wie Italien, Frankreich und Holland auf diesem Gebiet der Sonderkulturen aufzuholen, damit unsere Landwirtschaft, sobald der Vertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft abgeschlossen werden kann, auch konkurrenzfähig bleibt. Die Förderungsmittel im Budget für Spezial- und Sonderkulturen sind sicherlich gut angelegt.

In der modernen Zeit, in der wir heute leben, ist die Technik im Vordergrund und sie hat das Primat. Genau so ist es auch in der Landwirtschaft. Es ist eine der Hauptaufgaben, der Technisierung unserer Landwirtschaft das Wort zu reden. Neben den Mitteln aus dem Grünen Plan

sind im Landesbudget 1967 700.000 Schilling als Förderungsbeträge und Zinsenbeihilfen zur Anschaffung von Maschinen und Geräten veranschlagt. Um Fehlinvestitionen auf diesem Gebiet zu vermeiden, hat die Kammer einen Beratungsdienst eingerichtet. Es soll der Ankauf jener Maschinen unterstützt werden, die ein bestimmtes Arbeitsverfahren rationalisieren.

Eine wichtige Frage ist die Bildung und Ausbildung. Die Ausweitung unserer Bildungseinrichtung für die bäuerliche Jugend ist deshalb notwendig, um einerseits das Allgemeinwissen zu vertiefen und andererseits ein gutes Fachwissen zu vermitteln, denn die Zukunft aller unserer Betriebe, wird von der Ausbildung und Bildung abhängen. Im Budget 1967 sind daher die notwendigen Mittel für den Ausbau und den Betrieb unserer landwirtschaftlichen Fachschulen vorgesehen. Durch die intensive Beratung, durch die Schulung und die Fortbildung unserer bäuerlichen Jugend und die Schaffung von Kultureinrichtungen auf dem Lande, wird auch zur Verbesserung der Sozialstruktur beigetragen. Wir haben in teilweiser Erfüllung des Bildungsplanes, der von der Steiermärkischen Landesregierung unter der maßgeblichen Mitarbeit unseres Herrn Ing. Schaller herausgegeben wurde, im Jahre 1967 den Neubau der landwirtschaftlichen Fachschulen in Stein bei Fehring und Stainz und den weiteren Ausbau des Internates der landwirtschaftlichen Fachschule in Hatzen-dorf ermöglicht. Es ist weiters die Planung eines modernen Internates an der landwirtschaftlichen Fachschule in Kirchberg am Walde vorgesehen, um damit unserer bildungswilligen bäuerlichen Jugend die Möglichkeit eines erweiterten Fachschulbesuches zu geben.

Einen Teil der Förderungsmaßnahmen hat die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft übernommen und führt diese mit ihren Fachkräften im Interesse unserer Bauernschaft durch beste Arbeit aus. Würde die Kammertätigkeit fehlen, müßten diese vielfältigen Aufgaben mit erheblich höheren Kosten vom Land übernommen werden. Ich möchte auch auf die segensreiche Tätigkeit der Landarbeiterkammer hinweisen. Im Rahmen der Sozialversicherung leisten sie Hilfe dadurch, daß ausgebildete Fachleute, die bei Leistungsstreitigkeiten für die Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, immer wieder bereit sind zu helfen. Im Rahmen des Förderungswesens steht an der Spitze die Hilfe für den Neubau von Eigenheimen, aber auch für die Familiengründung und schließlich und endlich Förderungsbeiträge für die schulische- und Fachausbildung. Schließlich sind es die Ehrungen langjähriger Dienstnehmer, die alljährlich in den einzelnen Bezirken durchgeführt werden und die Öffentlichkeit auf diese treuen Arbeiter unserer Heimat aufmerksam machen.

Grundsätzlich haben die im Budget vorgesehenen Beträge die Aufgabe, die Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Land-

wirtschaft zu erleichtern. Unsere bäuerlichen Betriebe sollen erhalten bzw. gestärkt und die bereits bisher geleistete wertvolle Arbeit soll auch fortgesetzt werden. Ein echtes Gleichgewicht und eine gerechte Ordnung in der gesamten Wirtschaftspolitik wird aber erst dann gegeben sein, wenn den Bauern jener Anteil am Sozialprodukt gegeben wird, der ihnen auf Grund ihrer wichtigen Aufgaben der Beschaffung unserer Nahrungsmittel auch zusteht. Sicher liegt es am guten Willen aller, mitzuhelfen, daß dieser Zustand auch eintritt. Wir müssen aber eines feststellen, daß es heute noch nicht so weit ist, so daß wir im Rahmen der Wirtschaftspolitik alle verpflichtet sind, mitzuhelfen, insbesondere durch Zurverfügungstellung der notwendigen Fördermittel im Budget.

Denn gerade im modernen Industriestaat ist die Bauernschaft gefährdet, da sie am kürzeren Hebelarm sitzt und infolge ihrer besonderen Produktions- und Marktbedingungen mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung nicht Schritt halten kann. Die Landwirtschaft strebt keinesfalls eine Sonderstellung an, sie wird ihr vielmehr von der Natur zugewiesen. Es ist die Abhängigkeit von der Witterung, der Standort und da und dort die ungünstige Verkehrslage, die mitbestimmend sind. Die Agrarstruktur, die in langer Zeit gewachsen ist, kann von heute auf morgen nicht verändert werden.

Ein weiteres Problem liegt auch darin, daß im Vordergrund unserer Produktion der Konsument steht und daher die Produktion durch die Nachfrage vorgeschrieben wird. Dadurch kommt es auch auf dem Lebensmittelmarkt zu einem Strukturwandel, dem sich gerade die Bauernschaft zu beugen hat und beugen muß.

Die Bauernschaft ist in vielen Produktionszweigen heute in der Lage, meist viel mehr zu produzieren als im eigenen Land gebraucht wird. Wenn wir uns nur auf den heimischen Markt mit seinen Konsumwünschen einstellen, so würde das zu einem Sterben vieler Betriebe und zur Stagnation führen. Daher muß die marktpolitische Aufgabe über die Grenzen unseres Landes hinausgehen.

Wir sind derzeit Mitglied der EFTA. Was bringt nun die EFTA der Landwirtschaft? Das EFTA-Übereinkommen hat sich im wesentlichen auf eine Freihandelszone beschränkt. Beim EFTA-Vertrag wird durch den Artikel 21 die Landwirtschaft praktisch ausgenommen. Die landwirtschaftlichen Ausfuhren in den EFTA-Raum betragen durchschnittlich 10,6 Millionen Dollar, wovon nahezu die Hälfte in das Vereinigte Königreich und etwa 40 Prozent in die Schweiz gehen. Die Ausfuhren in die Nichtmitgliedsstaaten belaufen sich aber auf 69 Millionen Dollar und größtenteils nach der EWG. Die Sorge um das Zustandekommen eines Vertrages mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft belastet daher gerade die Bauernschaft. Die Landwirtschaft muß daher, um eine weitere Dis-

kriminierung und schwere wirtschaftliche Rückschläge zu vermeiden, den ehesten Abschluß mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft anstreben.

Wir sind alle aufgerufen, im Sinne des geleisteten Eides nach bestem Wissen und Gewissen tätig zu sein. Unsere Aufgabe soll es aber nicht nur sein, zu regieren, zu entscheiden und zu verfügen, sondern zu beraten und zu helfen. Wir treten in ein neues Jahr, das neue Schwierigkeiten bringen wird und von uns mehr Anspannung und Verantwortungsbewußtsein verlangt. Es sind wieder weniger Bauern, die im nächsten Jahr mit großem Idealismus ihre Aufgabe erfüllen, die ihren Dienst an der gesamten Bevölkerung in vielfältiger Form ausführen. Sie sind bereit, die Früchte, die uns die Erde gibt, zu ernten und weiterzugeben. Aus der Lebenskraft unserer bäuerlichen Familien schöpft auch die Gemeinschaft unseres Staates immer wieder neue Kraft. Ohne unsere Bauern würde dieses schöne Land, das so viele Gäste besuchen, ganz anders aussehen. Es wird durch unsere Bauern geformt. Wirken wir alle zusammen, daß uns ein freier, unabhängiger Bauernstand erhalten bleibt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Dr. Kaan: Ich erteile nunmehr Herrn Landesrat Wegart das Wort.

Landesrat Wegart: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Immer wenn das Kapitel Fremdenverkehr im Budget an die Reihe kommt, dann befinden wir uns in der Zielgeraden, am Schluß einer Monsterdebatte und am Schluß einer Monstertagung. Das bedeutet auch gleichzeitig die stille Hoffnung für die Mitglieder des Hohen Hauses, daß nun bald die Stunde der Erholung einsetzt und daß sie von den Strapazen, die sie jetzt durch fast eine ganze Woche auf sich genommen haben, befreit sind.

Bevor ich auf einige grundsätzliche Betrachtungen zur Fremdenverkehrspolitik eingehe, erlauben Sie mir, daß ich Stellung nehme zu den einzelnen Diskussionsbeiträgen, die den Fremdenverkehr berührt haben. Ich möchte den Rednern danken, denn wenn ich nur die letzten fünf Jahre unserer Diskussion anlässlich der Budgetdebatte durchsehe, dann stelle ich fest, daß immerhin die Rednerzahl von Budgetrunde zu Budgetrunde gestiegen ist und daß heute ein Dutzend voll war.

Der Kollege Schaffer hat das Problem der Küchenkapazität angeschnitten. Ich kann dazu nur sagen, daß unsere Maßnahmen im Hinblick auf die Kreditvergabe darauf ausgerichtet sind, künftighin nur mehr insofern Kredite zu gewähren, als damit auch die Küchenkapazität sichergestellt ist. Wir legen keinen Wert auf eine Vermehrung der Bettenkapazität um jeden Preis, ohne auch gleichzeitig die Küchenkapazität zu sichern.

Was die Flugverbindungen anlangt, die der Kollege Fuchs angeschnitten hat, so darf ich sa-

gen, daß wir mehrfach versucht haben, mit der AUA ins Gespräch zu kommen, daß aber die AUA auch uns Begründungen angegeben hat, denen wir uns beugen mußten. Ich nehme aber diese Anregungen wieder auf, um anlässlich der Verkehrstagung, die im Jänner, und zwar innerhalb der nächsten fünf Wochen stattfindet, dieses Problem neuerdings zur Sprache zu bringen. Der Kollege Wuganigg hat die Frage der Bettenaktion angeschnitten. Darf ich dazu mitteilen, daß das nicht in meiner Ingerenz liegt, sondern in der Ingerenz des Herrn Landeshauptmannes und daß ich die Gelegenheit wahrnehmen werde, ihm diesen Wunsch zu unterbreiten. (Abg. Wuganigg: „Voriges Jahr haben Sie dazu Stellung genommen!“)

Es liegt nicht in meinem Referat. Ich kann das nur im Interventionswege verfolgen. Ich darf aber nur mitteilen, daß im übrigen die Frage, die Sie angeschnitten haben, auch mehrfach einer positiven Erledigung zugeführt wurde.

Was die Entwicklung der alpinen Vereine anlangt, so bin ich dafür vor allem dem Kollegen Dr. Moser dankbar. Wir haben es mit einem Trend zu tun, der eigentlich darauf hinausläuft, daß immer mehr Menschen zur Natur zurückfinden. Und wenn das Land und nicht nur das Fremdenverkehrsreferat, sondern genauso auch das Kulturreferat, den alpinen Vereinen, ob Alpenverein, Naturfreunde, Touristenverein u. ä. Mittel zur Verfügung stellt wie kein einziges Bundesland, dann wollen wir damit auch diesen Trend zusätzlich fördern.

Es wurde auch der Wunsch zum Ausdruck gebracht — und das war der Kollege Hofbauer — nach einer Zusammenfassung. Ich darf dazu sagen, daß das Land hinsichtlich der Zusammenfassung der Fremdenverkehrsorganisationen praktisch perfekt ist mit einer Ausnahme, das ist der Bezirk Liezen. Wir haben in jedem Bezirk einen Bezirksfremdenverkehrsverband, wir haben allerdings im Bezirk Liezen den Salzkammergutverband, mit Einschluß des steirischen Salzkammergutes, wir haben einen Dachsteinverband, dem ich mehr Leben einhauchen möchte, und ich würde mir wünschen, — Gespräche sind ja diesbezüglich aufgenommen worden, aber sie haben bisher leider kein Ergebnis gezeitigt — daß wir einen Gesamtverband auch des Bezirkes Liezen zustandebringen könnten. Wenn das möglich wäre, würden wir diesen Wünschen näherkommen, weil ich auch gleichzeitig mitteilen darf, daß wir die Absicht haben, die Fremdenverkehrswerbung, soweit sie von der Abteilung aus betrieben wird, künftighin nicht auf der Ortsebene, sondern regional über größere Verbände zur Durchführung zu bringen. Was die Förderung der Schwerpunkte anlangt, so darf ich, Kollege Hofbauer, folgendes sagen: Diese Förderung richtet sich nach einem einzigen Grundsatz: nach den Übernachtungsziffern. Hier führt das Ennstal, das steirische Salzkammergut. Daher ist auch das der Schwerpunkt Nr. 1. Das findet seinen Niederschlag in

der Vergabe von Krediten, und das findet seinen Niederschlag ebenso in der Vergabe unserer Förderungsmittel.

Es wurde ein Problem angeschnitten, das immer angeschnitten wird, solange wir hier beisammensitzen, das ist das Preisproblem. Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir doch vielleicht eine sehr grundsätzliche Feststellung. Das Preisproblem, das heute mehrfach beleuchtet wurde, läßt sich nicht so ohne weiteres über einen Leisten brechen. Ich möchte einmal vorausschicken, und ich sage gleich, daß ich das nur mit halbem Herzen sage, wir sind das preisbilligste Fremdenverkehrsland der österreichischen Bundesländer. Aber diese Sache ist nicht immer allein ein Vorzug. Ich muß das ausdrücklich erklären. Warum? Bei der Pressekonferenz in Hamburg vor etwa zwei Monaten haben mir die Hamburger Journalisten, als ich ihnen die Preissituation der Steiermark vor Augen führte, folgendes gesagt: „Ja, verehrter Herr Landesrat, wir würden Ihnen den Rat geben, reden Sie nicht von diesen Preisen. Denn wenn Sie uns sagen, daß Sie hier zwischen 8 bis 12 DM Vollpension gewähren, kann ich Ihnen nur sagen, das macht auf die deutschen Gäste keinen Eindruck mehr. Denn damit wird sofort die Frage gestellt: Was kann denn dafür überhaupt geboten werden?“ Wir haben es hier mit einer Frage zu tun, die im Hinblick auf die Ausdehnung des Ausländerfremdenverkehrs — das sage ich jetzt mit dieser Einschränkung — natürlich auch ein Faktum ist, das ich nicht so ohne weiteres leichtfertig beantworten möchte. Aber wir legen Wert darauf, daß wir das preisgünstigste Fremdenverkehrsland bleiben. Ich lege auch Wert auf die Feststellung, daß die steirische Fremdenverkehrswirtschaft auch im abgelaufenen Jahr Preistreue und Preisdisziplin gehalten hat, obwohl sie im gleichen Zeitraum eine Reihe von Belastungen auf sich genommen hat, die ich nicht im einzelnen aufzählen möchte. Aber jeder, der sich nur etwas mit wirtschaftspolitischen Vorgängen beschäftigt, weiß, was damit gemeint ist. Ich möchte das deshalb sagen, weil ich glaube, daß einer der entscheidendsten Werbefaktoren im Fremdenverkehr die Preistreue bleibt, wenn die Leute das Gefühl haben, daß das, was ihnen geboten wird, auch mit einem äquivalenten Preis zusammenhängt. Unsere Parole lautet, daß der geforderte Preis mit der erbrachten Leistung übereinstimmen muß.

Ich will gerne zugeben, daß es da und dort einmal eine Ausnahme gibt, aber diese Ausnahmen rächen sich nicht für den steirischen Fremdenverkehr, sie rächen sich für den, der glaubt, diese Ausnahmen anstreben zu müssen. Das hat uns auch die bisherige Erfahrung gelehrt.

Was die Nachwuchsfrage anlangt, so darf ich doch sagen, daß wir auf dem Gebiet uns in einer glücklichen Entwicklung befinden. Ich werde in meinen grundsätzlichen Betrachtungen noch darauf zurückkommen.

Aber Herr Kollege Götz erlauben Sie mir die

Feststellung, der Trend im europäischen Reiseverkehr geht weitestgehend nach dem Erholungsfaktor und nach dem Ruheort. Und es ist so, daß ich gerade aus einem Gespräch der letzten Tage, es war der Außenstellenleiter der österreichischen Fremdenverkehrswerbung Berlin bei mir, der mir sagte, daß Berlin gegenwärtig etwa 200 Reisebüros hat, und daß er glaubt, daß der Zeitpunkt nicht ferne ist, wo es vielleicht nur mehr 100 oder 50 geben wird. Es ist ein Reisebürosterben im Gange sagte er, weil immer mehr Gäste nicht das Reisebüro in Anspruch nehmen, sondern durch die Erfahrung von langen Jahren sich meistens selbständig machen. Ob das gut ist oder nicht gut ist, will ich gar nicht berühren, aber ich kann nur sagen, daß der Reisebüroeinfluß auf die Gestaltung des Urlaubszieles zurückgeht. Und was die Konkurrenz anlangt und zwar nicht nur die Konkurrenz des Südostens, sondern die Konkurrenz überhaupt, so möchte ich dazu bemerken, daß wir selbstverständlich uns auf diese Dinge einzustellen haben, die ja auch noch in meinen grundsätzlichen Betrachtungen zu unserer Fremdenverkehrspolitik zum Ausdruck gebracht werden.

Die Kongreßhalle als solche, das ist zwar ein Fernziel, aber ich kann nur sagen, es wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, denn wenn wir die Landeshauptstadt stärker als bisher in den Fremdenstrom einbauen wollen, dann wird es notwendig sein, etwas zu tun, was den Gast auch für eine bestimmte Zeit an diese Stadt bindet. Denn es wird wohl, glaube ich, verstanden werden, wenn ich sage, niemand fährt in eine Stadt, um dort Urlaub zu verbringen, sondern, wenn er in eine Stadt fährt, dann sind es andere Gründe. Es kann ein Kongreß sein, es kann ein Einkauf sein, es kann ein Geschäftsabschluß sein, mit einem Wort, nicht Gründe der Erholung. Das soweit zur Frage der Stellungnahmen, die hier in der Diskussion aufgeklungen sind.

Aber meine Damen und Herren, bevor ich zu einigen grundsätzlichen Betrachtungen das Wort nehme, erlauben Sie mir jetzt vielleicht eine Reminiszenz anzustellen. Ich habe die hohe Auszeichnung 18 Jahre diesem Hohen Hause angehören zu dürfen und in den 18 Jahren auch achtzehnmal Budgetdebatten beiwohnen zu dürfen. Wenn ich nur an das Jahr 1949 denke, als wir als junge und unverdorben und noch reine junge Leute in dieses Haus gezogen sind, da erinnere ich mich lebhaft, um welche Fragen wir damals gerungen haben. (Landesrat Sebastian: „Herr Kollege ich bin aber nicht verdorben worden in den 18 Jahren, da haben nur Sie sich verderben lassen.“)

Herr Kollege der Umgang mit Ihnen hat viel dazu beigetragen, daß ich das sage. Und wenn ich vom Verderben rede, dann meine ich auch Verderben im guten Sinne des Wortes. Meine Damen und Herren, im Jahre 1949 haben wir gerungen um die Frage, ob wir mehr Kalorien

noch haben könnten, ob der Lebensmittelaufwurf mehr betragen könnte, im Jahre 1949 und im Jahre 1950 haben wir darum gerungen, ob es nicht möglich wäre, sofort die Bewirtschaftung abzuschaffen oder ob es nicht möglich wäre doch, von da und dort ist es aufgeklungen, sie fortzusetzen. Im Jahre 1951 und 1952 haben wir darum gerungen, ob es nicht gelingen wird, doch endlich die Besatzungsmächte hinauszubringen und der Vorgänger des Kollegen Leitner hat damals, als wir das erstmal das Wort Autobahn in die Diskussion gebracht haben, gesagt, da wird die Autobahn gebaut, damit die westlichen Panzer sozusagen nach Wien rollen können, das ist eine strategische Autobahn, ich freue mich über den Gesinnungswandel, auch er hat in seinen Debattenbeiträgen erklärt, wie wertvoll es ist, daß diese Autobahn in den steirischen Raum kommt.

Ich sage das gar nicht ironisch, ich sage nur wie sich der Wandel der Zeit vollzogen hat. Und ich erinnere mich lebhaft an einen Ausspruch des Herrn Bundeskanzlers Raab als der sowjetische Botschafter bei ihm war, um zu demonstrieren, daß da die Autobahn gebaut wird, da hat Raab mit seiner bekannten Virginia dem russischen Botschafter gesagt, „sagen's Herr Botschafter, seit wann fahren die Panzer nur in einer Richtung?“ Und damit war auch dieses Problem gelöst. Ich erinnere mich lebhaft, wie wir 1955 in diesem Hohen Hause uns ehrlich und aufrecht alle gefreut haben, daß es jetzt den Staatsvertrag gibt, daß die Besatzungsmächte abgezogen sind. Wer denkt nicht von den Kollegen, die hier heute noch versammelt sind, an diese große und festliche Stunde, die wir in diesem Hause begangen haben. Ich erinnere mich, wie wir auf einmal davon gesprochen haben, es ist der glückliche Zustand der Vollbeschäftigung erreicht, ich erinnere mich lebhaft wie wir davon geredet haben, den Österreichern geht es besser, ich erinnere mich lebhaft wie wir auf einmal davon geredet haben, daß es aufwärts geht. Es kamen die Jahre 1959, 60, 61, da und dort merkten wir, daß es strukturelle Schwierigkeiten gibt, es hat der Herr Landeshauptmann, es haben andere Regierungsmitglieder schon damals gesprochen, aber da wurde der eine oder der andere noch als Unkenrufer verurteilt, (Landesrat Sebastian: „Ich zum Beispiel bei der Generaldebatte!“) ja das gibts ja nicht, es läuft ja alles wunderbar. Und heute, wenn ich nur in einer blitzlichtartigen Beleuchtung diese Dinge aufzeige, kann ich sagen, zieht sich durch 4 Tage wie ein roter Faden ein Gespenst durch dieses Haus aber nicht nur durch dieses Haus, sondern ein Gespenst, das heute im besten Sinne des Wortes durch Europa zieht. Wir spüren das Wetterleuchten in Großbritannien, wir spüren die unmittelbaren Auswirkungen in der Bundesrepublik Deutschland, wir spüren, daß es nicht stimmt in Holland, in Belgien, wir spüren mit einem Wort, daß wir an einem Wendepunkt wirtschaftspolitischen Geschehens in Europa angelangt sind und das findet seinen Niederschlag, wenn Sie wollen „en miniature“ auch in diesem Hohen Hause in einem Bereich,

der unser Bundesland und unsere engere Heimat ist. Und wenn ich das berühre, dann muß ich auch begründen, warum ich es berühre.

Meine Damen und Herren, aus einem einzigen Grund, wir als Fremdenverkehrsleute sind an einem interessiert, daß es eine prosperierende Wirtschaft gibt und daß es eine Vollbeschäftigung gibt. Der Fremdenverkehr würde der erste sein, der einen Rückgang und zwar einen ersten Rückgang zu verspüren hätte, wenn es das in Europa und in Österreich nicht geben würde. Und wenn ich mir die Frage stelle, können wir eine konstruktive und eine positive Antwort geben, daß das wirtschaftspolitische Geschehen bei uns in der engeren Heimat, in der Republik aber darüber hinaus über unsere Grenzen, bewältigt werden kann, dann glaube ich, doch auch einen optimistischen Klang aufkommen lassen zu dürfen. Ich bin fest davon überzeugt, daß das möglich ist.

Das Hohe Haus, das hier versammelt ist, hat Stunden gehabt, in denen wir von bitterster Not sprechen durften und sprechen mußten und das Hohe Haus hat damals Mittel und Wege aufgezeigt, wie wir diese Not bekämpfen können. Und wir alle haben damals, geben wir es ehrlich zu, viel Begabung gezeigt, mit den Problemen von damals, die in meinen Augen viel größer waren als sie es heute sind, fertig zu werden. Sollten wir uns das Armutszeugnis ausstellen, daß wir jetzt, da wir vielleicht vor einer Wende sind, nicht dasselbe Geschick und denselben Fleiß hätten, mit den Fragen fertig zu werden, die uns die Gegenwart und die Zukunft stellt. Wir können verschiedener Meinung sein und wir sollen es auch sein. Es wäre unglücklich, wenn dieses Haus nur in Schalmeienklängen ausklingen würde, daß wir alle derselben und alle der gleichen Meinung sind. Wir sollen ringen um die bessere Idee, aber dann — und das ist ein Appell an alle — müssen wir uns sagen, dann gehen wir es auch gemeinsam an, gleichgültig in welchem Lager wir stehen, streiten wir, streiten wir, wenn es sein muß, streiten wir uns zusammen, das, was das Klima in diesem Lande glaube ich ausmacht, ich bin gar nicht ermächtigt darüber zu reden, dazu ist berufen der Chef dieser Regierung, aber ich darf auch als ein Mitglied dieser Regierung sagen, meine Damen und Herren, zeichnet sich das politische Klima in diesem Lande nicht dadurch aus, daß es eigentlich ein gutes Einvernehmen gibt, zeichnet es sich nicht dadurch aus, daß wir miteinander reden, zeichnet es sich nicht dadurch aus, daß wir eigentlich ein Verhältnis haben, von dem ich mir wünschen würde, daß es ein solches nicht nur in anderen Bundesländern, sondern auch auf der Bundesebene geben würde. Das gilt für beide Teile und für alle, die für dieses Land gemeinsam und miteinander Verantwortung tragen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es möge sich auch die innerpolitische Struktur verändert haben, und es möge auch manches anders sein, aber eines ist sicher, und da greife ich den Ball auf,

der von maßgeblicher Seite auch von Ihnen geworfen wurde, „wir werden diese Regierung bekämpfen, aber niemals diesen Staat“. Wenn wir uns auf der Ebene finden, dann, glaube ich, dienen wir diesem Lande, ob in der Regierung oder in der Opposition, nur dann, wenn es um dieses Land geht, wenn es um das Schicksal dieses Landes geht und wenn es darum geht, daß wir gemeinsam diesem Lande dienen und diesem Lande helfen. Das wollte ich mir erlauben zu sagen, bevor ich auf einige grundsätzliche Betrachtungen zum Fremdenverkehr noch eingehen darf.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir aber jetzt vielleicht doch die Feststellung, das sind die Fragen der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs für unsere Handels- und für unsere Zahlungsbilanz. Es wird — und das ist heute mehrfach aufgeklungen, — behauptet, es ist der Fremdenverkehr zurückgegangen. Das stimmt nicht, lassen Sie mich das feststellen. Das stimmt weder für den Bund, für das ganze Staatsgebiet, noch stimmt es für die Steiermark. Ich darf sagen — und ich will gar keine Zahlen nennen, sie können etwa nur verwirren — wir haben im Fremdenverkehrsjahr 1965/66 im Vergleich zum Fremdenverkehrsjahr, meine Damen und Herren, 1964/65 eine Gesamtzunahme von 5,5 Prozent, davon Inländer 4 Prozent und Auslandsgäste 9,3 Prozent. Wir liegen mit diesen Ziffern über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben im Fremdenverkehrsjahr 1965/66 5,727.548 Übernachtungen erreicht.

Das ist die höchste Übernachtungsziffer, die es in unserem Lande bisher im Fremdenverkehr gegeben hat. Das bedeutet, daß wir damit hinsichtlich der Ergiebigkeit unserer Übernachtungsziffern in die Mitte unserer neun österreichischen Bundesländern aufgerückt sind. Das bedeutet aber auch gleichzeitig, meine Damen und Herren, daß damit der Fremdenverkehr in Steiermark ein wirtschaftspolitischer Faktor geworden ist, dessen Bedeutung wir gar nicht genug auch für die Zukunft einschätzen können. Ich darf vielleicht aber auch in diesem Zusammenhang etwas sagen, das mich natürlich bedenklich stimmt. In den ersten 9 Monaten von Jänner bis September 1966 betragen unsere Ausfuhren 32,219 Millionen Schilling unsere Einfuhren sind im selben Zeitraum auf 44,821 Millionen Schilling gestiegen. Das Defizit der Handelsbilanz beträgt in diesen ersten 9 Monaten 12,602 Millionen Schilling. Niemand kann spurlos daran vorübergehen, ohne daß er sagt, was da auf uns zukommt. Ich kann allerdings gleichzeitig sagen, daß die Devisenerlöse in diesem gleichen Zeitraum vom Jänner bis September 1966 13,321 Millionen Schilling für den Fremdenverkehr betragen haben. Hiervon haben allerdings Herr und Frau Österreicher in diesen 9 Monaten 3,398 Millionen Schilling wieder ausgeführt, weil sie diesen Betrag in aller Welt verbraucht haben. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, erlauben Sie mir doch die

Feststellung: Niemand denkt daran, etwa Reisebeschränkungen, Devisenbeschränkungen einzuführen oder sie auch nur anzuregen oder darüber nachzudenken. Im Gegenteil, wenn wir uns nicht zur Freizügigkeit des Reisens bekennen, würden wir schon schlecht beraten sein, weil auch der österreichische Fremdenverkehr und die österreichische Volkswirtschaft weitestgehend von dieser Freizügigkeit anderer Länder profitieren und leben.

Aber ich glaube, doch vielleicht sagen zu dürfen, sind 3,398 Millionen Schilling nicht etwas zuviel für einen Zustand, in dem wir uns gegenwärtig befinden? Ich will keinen Schuldigen suchen. Es ist eine Entwicklung. Ist es nicht so, daß wir vielleicht auch da und dort sagen könnten, bemühen wir uns mehr als bisher, auch die eigene Bevölkerung einzuladen und ihr nahezu legen, im Lande zu bleiben und hier selbst den Urlaub zu verbringen. Es wäre das ein genauso wichtiger Beitrag zur Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten wie der Beitrag, den wir für andere Zusammenhänge gewähren. Denn niemand ist unter uns, dem nicht klar ist, was das Ergebnis des Fremdenverkehrs für unsere Wirtschaft bedeutet, auf die Vollbeschäftigung, auf die Konjunktur und nicht zuletzt auf die Währung. Und was wir wünschen, das ist genauso ein Problem, wie es heute das Problem unserer Bergarbeiter ist. Das ist der volkswirtschaftliche Ausgleich zwischen den industriellen Ballungsräumen auf der einen und dem flächen Lande und den landwirtschaftlichen Räumen auf der anderen Seite. Wir haben viele Landschaften in unserem Lande, die heute deshalb wirtschaftlich gesund und in Ordnung sind, weil sie durch den Fremdenverkehr, und zwar ausschließlich durch den Fremdenverkehr diesen Aufschwung erfahren haben. Niemand legt daher mehr Wert darauf, daß die Wirtschaft funktioniert als der Fremdenverkehr. Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt vielleicht noch ein paar Fragen berühren, die unsere weitere Entwicklung beinhalten. Das ist die Frage des Inlandsgastes und auch des Auslandsgastes.

Wir haben unentwegt betont und wir werden nicht müde, es zu betonen, daß wir ein Inländer-Fremdenverkehrsland sind. Die Steiermark hat hier, glaube ich, glücklich und gut gewählt. Ich möchte heute vielleicht etwas auch sagen, das mehrfach mißdeutet wurde, um es klarzustellen. Wir haben in den letzten Jahren manchmal auch von der sogenannten Einbahnstraße des Reiseverkehrs nach Jugoslawien gesprochen. Ich möchte heute gerne einbekennen, daß diese Einbahnstraße mittlerweile eigentlich zum größten Teil beseitigt ist. Und ich möchte sagen, wir begrüßen diesen Fortschritt, wir begrüßen ihn in vielfacher Hinsicht. Und bei einem Gespräch mit einer slowenischen Regierungsdelegation im Mai des heurigen Jahres, die aus Anlaß der Grazer Messe hier war, haben wir auch dort in einem langen und ausführlichen Gespräch diese Frage berührt.

Und sie haben uns auch gleichzeitig versichert, daß sie dabei sind, mehr Reiseerleichterungen zu schaffen und daß sie keinesfalls an Beschränkungen denken. Ich glaube, damit lebt etwas und keimt auf, das eine große Hoffnung für die Zukunft aufkommen läßt. Unsere Beziehungen liegen traditionsgemäß — das haben uns schon unsere Väter und unsere Ahnen gelehrt, — im Südostraum. Vielleicht zeichnet sich eine Entwicklung ab, die diesen Südostraum in seinen wirtschaftlichen Beziehungen auch für morgen und übermorgen befruchtet. Wir wünschen uns das nicht nur zu unserem Vorteil, sondern es hat sich gezeigt, wo man Güter austauscht und wo man Handel betreibt und wo man sich gegenseitig nicht abriegelt, leben alle, die einen wie die anderen. Und ich glaube, daß sich hier gewisse Änderungen am Horizont auch in dieser Frage abzeichnen.

Hinsichtlich der Sommersaison darf ich sagen, wir sind in den Hauptreisezeiten immer voll und ausverkauft. Was uns als Problem gestellt ist, ist die Frage der Verstärkung der Vor- und Nachsaison. Wir haben nach langen Überlegungen auch eine Aktion eingeleitet. Sie ist im Anlaufen, und sie ist eigentlich recht gut in Entwicklung. Es ist die Aktion für die Pensionisten. Es gibt zur Zeit in ganz Österreich 1,200.000 Pensionisten, davon leben 545.000 oder 45 Prozent in der Bundeshauptstadt, in Wien. Wir sind dabei, auch dieses große Kontingent von Pensionisten, von alten Menschen, für die Vor- und Nachsaison zu gewinnen.

Sie können, weil sie nicht zeitlich gebunden sind, ihren Urlaub auch in der Vor- oder Nachsaison antreten. Wir haben der Fremdenverkehrswirtschaft nahegelegt, sie möge andere Preise, das heißt Vor- und Nachsaisonpreise machen. Es sind eine Reihe von Betrieben auf diese Gedankengänge eingegangen und hier glaube ich, haben wir etwas zusätzlich getan, um den Fremdenverkehr zu beleben. Was die Wintersaison anlangt, so kann ich sagen, daß wir an die Stelle hinter Tirol hinsichtlich unserer Skiliftkapazität gerückt sind und daß wir daran sind, gegenwärtig auch noch dieses ganze System zu veredeln und zu verbessern. Ich kann nur sagen, daß der steirische Winterfremdenverkehr sich in einer Form entwickelt, die alle unsere Erwartungen übertroffen hat. Hier sind wir in einer Fahrt wie wir es uns besser nicht wünschen können. Und wenn der Fremdenverkehr zur Verkehrserschließung ein Wort sagt, dann kann ich nur sagen, wir wünschen uns jede Verbesserung, ob sie zur Straße, zur Schiene oder zur Luft geschieht. Aber es wäre falsch, würden wir nicht auch anerkennen, was auf diesem Gebiet mittlerweile schon geschehen ist, denn es ist, wenn Sie wollen, eine Dreisternorientierung die wir uns wünschen. Es ist die Orientierung nach der Bundeshauptstadt, hier kommt die Autobahn Süd auf uns zu und ich kann nur sagen — das gilt nicht nur für den oststeirischen Fremdenverkehr, das gilt für den ganzen steirischen Fremdenverkehr und natür-

lich auch für die steirische Wirtschaft — daß hier eine Chance von ungeahnten Ausmaßen liegt.

Der zweite, wenn Sie wollen, Sternkopf, den wir anzusteuern haben, ist die Deutsche Bundesrepublik. Und ich darf sagen, daß z. B. die Einfahrt von der Autobahn Salzburg bis Mondsee, dann herüber nach St. Gilgen über Goisern und über den Pötschen einfach jetzt in einer Form ausgebaut wird, von der wir sagen können, das sie eine erstklassige Verbindung zur Straße darstellt. Und die dritte Verbindung, die wir brauchen und wünschen, ist nun einmal der Südostraum, denn da liegen die Möglichkeiten, die wir uns für die Zukunft erwarten können.

Mein Dank gilt in dieser Hinsicht auch den Bundesbahnen, die unseren Wünschen weitestgehend Rechnung getragen haben. Wir haben dann noch einige Wünsche in diesem Zusammenhang bei der Verkehrstagung anzumelden. Sehr bedeutend ist, daß uns die Flugverbindung Graz—Linz—Frankfurt an einen Weltflughafen herangeführt hat. Dadurch haben wir die Möglichkeit, mitten in das Herz der deutschen Industrie zu kommen, was für unseren Fremdenverkehr eine gute Chance ist.

Was den Werbeeinsatz für den Fremdenverkehr anlangt, so darf ich sagen, es sind nicht nur Prospekte, Zeitungsinserate, Einladungen an Journalisten aus dem In- und Ausland oder Einladungen an Schalterangestellte der Reisebüros des In- und Auslandes, die wir in die Steiermark bringen. Wir zeigen ihnen das Land, wir zeigen ihnen die Betriebe, damit sie dann, wenn sie später vermitteln, sagen können, „ich kenne es selbst, ich habe dort selbst gewohnt“ und ich kann Ihnen nur sagen, daß sich auch diese Maßnahmen außerordentlich bewährt haben.

Und was die Fachschulen anlangt, meine Damen und Herren, so darf ich sagen, daß auf dem Gebiet einmaliges geleistet wird. Ob es die Landesberufsschule für das Gastgewerbe, ob es die Gastgewerbefachschulen oder die Hotelfachschule in Bad Gleichenberg ist, man kann nur sagen „Hut ab vor der Leistung dieses Lehrkörpers und Hut ab vor der Leistung dieser drei Schulen.“ Es ist das jedenfalls ein Zentrum, das weit über Österreich hinaus strahlt. Nicht von ungefähr kommen sie aus ganz Europa zu uns und schauen sich diese Anlagen und diese Schulen an, weil sie sagen, es sei dies ein Instrument, das man nur nachahmen kann.

Und wenn ich damit am Ende bin, so möchte ich jetzt sagen, meine Damen und Herren, der steirische Fremdenverkehr ist im Kommen. Er hat sich gut entwickelt und wir sind dabei, alle gemeinsam, ihn auch weiter auszubauen. Aber das alles würde nichts nützen, wenn wir nicht eines hochhalten würden, das ist nun einmal die Fremdenverkehrsgesinnung, die Höflichkeit, die Hilfsbereitschaft. Es ist die Atmosphäre, die wir schaffen wollen, wenn es gilt, dem Gast die

Überzeugung zu vermitteln, daß er bei uns daheim und geborgen ist.

Was wir nicht an Komfort und Standard bieten können, können wir an Atmosphäre bieten. Die Steirer gelten als gastfreundlich. Die Steirer gelten als ein Völkchen, das mit Menschen aus aller Welt gut umzugehen weiß. Das sagen uns nicht nur unsere Wiener Gäste, das sagen uns die Gäste aus aller Welt. Und sie sind kontaktfreudig. Sie sind das, was wir brauchen. Nicht Fremdenverkehrsindustrie, wo der Gast am Fließband abgefertigt wird und dann gesund und lohnbefriedigt, sozusagen „ausgesackelt“ heimgeschickt wird, sondern wo er der Mittelpunkt ist. Und wenn wir uns bemühen, dieses Land auch schöner zu gestalten — ich verweise auf die immensen Erfolge des Blumenschmuck-Wettbewerbes — wenn wir uns bemühen, das Bild unserer Dörfer und Märkte und unserer Städte so zu erhalten, wie es auch für den Fremdenverkehr von Bedeutung ist, dann gehört das alles mit in den Akt der „Fremdenverkehrsgesinnung“, die wir pflegen und die wir hegen. Und ich darf am Schluß daher auch einen Dank sagen. Ich richte diesen Dank zuerst an das Hohe Haus, das so viel Verständnis für diese Belege zeigt und ich richte diesen Dank an die steirische Fremdenverkehrswirtschaft und zwar gleichgültig ob auf die gewerbliche oder auf die im privaten Sektor. Sie alle, die sie mit dem Fremdenverkehr zu tun haben, haben auch in diesem Jahre bewiesen, daß sie erfaßt haben, was der Fremdenverkehr für unsere Wirtschaft und für unseren Fortschritt bedeutet. Ich richte diesen Dank aber auch an die Presse, an den Rundfunk und an das Fernsehen. Was wären unsere Bemühungen und was wäre das Land, würde man nicht laufend davon künden können, was geschieht und was in diesem Lande geboten wird. Und ich habe nur eine Bitte, daß das, was wir gemeinsam an Anstrengungen unternehmen, seinen Niederschlag finden soll, seinen Niederschlag für den wirtschaftlichen Fortschritt und für den wirtschaftlichen Aufstieg dieses Landes. Das ist der Wunsch am Ende und am Ausklang des Jahres 1966 für uns alle. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Herr Landeshauptmann Ökonomierat Krainer ist am Wort.

Landeshauptmann Krainer: Der Abschnitt 7 unseres Landesvoranschlages, der alle wirtschaftsfördernden Maßnahmen zum Inhalt hat, ist wohl Grund und Ursache zu einer sehr eingehenden und gründlichen Diskussion und diese Diskussion hat sich ja im wesentlichen auf das Wirtschaftsgeschehen, das derzeitige, aber vor allem auf das zukünftige ausgerichtet und immer wieder ist in den Debattenbeiträgen eine gewisse Sorge für die Zukunft durchgeklungen.

Konkret gilt als Sorgenkind die Kohle. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß in Österreich ungefähr 11 Millionen Tonnen Kohle verbraucht werden, daß darunter die Einfuhr etwa

5.4 Millionen Tonnen beträgt und etwa 5.3 Millionen die Eigenerzeugung ist. In der Einfuhr figuriert natürlich die Steinkohle, die für die Verkoksung notwendig ist, in einer entsprechenden Größenordnung, aber auch die Braunkohle als Hausbrandkohle nimmt einen sehr beachtlichen Anteil im Import der Kohle ein.

Der eigene Kohlenverbrauch ist etwa so, daß ungefähr ein Viertel im Hausbrand verbraucht wird, daß ein weiteres Viertel etwa die Industriekohle darstellt und daß rund die Hälfte verstromt werden soll. Das ist also der Zustand.

Nun ist es im heurigen Sommer zu ernststen Auseinandersetzungen über die Zukunft der Kohle gekommen, weil vor allem durch einen Vorstoß der Verbundgesellschaften und der Sondergesellschaften die Auffassung vertreten wurde, es könne die Menge Kohle, die vertraglich von den verschiedenen Kohlengruben abgenommen werden soll, nicht mehr abgenommen werden. Das Facit dieses Vorstoßes und einer Reihe anderer Umstände wie etwa auch die Abgeltung der Lohnerhöhungen der Unternehmensvertreter beim Finanzministerium haben also das Kohlenproblem neuerlich virulent gemacht. Man ist auf Grund von Aussagen verschiedenster Fachleute und eines großen Gremiums von Beamten und Fachleuten zu dem Schlußwort gelangt, daß das Problem der Kohle vor allem ein quantitatives sei, das heißt wir haben zu viel Kohle und es müsse also die Kohlenförderung reduziert werden.

Die vielen inzwischen angelaufenen Verhandlungen und Vorsprachen sind Ihnen ja bekannt, und sie sind in diesem Hause auch schon reichlich erörtert worden. Aber heute stehen wir etwa in dieser ganzen Frage vor folgender Entscheidung: Wie weit haben wir für die Zukunft Aussichten mit unserer Kohle, in welchem Verlauf, in welchem Jahresablauf wird sich das Kohlenproblem durch Auskohlung von selbst lösen, und wieviel wird in den nächsten Jahren und zwar vor allem um 1970 herum, das werden die kritischen Jahre sein vor allem für die Industriekohle, Kohle verstromt werden. Das ist das Problem.

Eines steht fest. Die steirische Kohle an sich ist etwa in 20 Jahren, wenn die Technik es zuläßt, wenn nicht neue Energieträger gefunden werden, sozusagen kein Problem mehr. Sie ist kein Energieträger von Bedeutung mehr. So also in den kommenden Jahrzehnten. Wenn wir nun dem Problem echt an den Leib rücken wollen, müssen wir vor allem besorgt sein, daß auch dann, wenn in den Kohlengebieten keine Kohle mehr abgebaut werden kann, der Wirtschaftskörper erhalten bleibt. Das ist das Problem Nr. 1. Der Bergbau ist, besonders in der Weststeiermark, aber ebenso in Fohnsdorf, ein Wirtschaftskörper der dortigen Gemeinwesen, den man sich nicht wegdenken kann.

Diese Überlegungen sind es ja letzten Endes, aber auch die menschlichen und psychologischen

Probleme, sicher auch die Sicherung der Energie überhaupt zu allen Zeit, auch in Zeiten einer internationalen Krisensituation oder gar einer kriegerischen Auseinandersetzung, weshalb die Landesregierung, nachdem vom Einschränken und vom Zusperrn einiger Bergwerke die Rede war, gesagt hat, nein, wir sind anderer Auffassung. Wir sind gegen das Zusperrn. Wir haben aber ebenso gesagt, daß wir das Problem kennen und daß wir uns mit diesem Problem ernst auseinanderzusetzen haben. Wir haben daher an die Spitze gestellt: Sorgt, helft mit, tut, was möglich ist, um in diesen Gebieten den Wirtschaftskörper zu erhalten. Wenn er erhalten werden soll, müssen neue Strukturen, müssen neue Betriebe gefunden und muß die Ansiedlung von Betrieben nachhaltig gefördert werden. Die Meinung, daß man etwa nach den steirischen Wünschen oder Plänen vorgehen soll, setzt sich erst langsam durch. Es ist auch heute noch so, daß man voll Skepsis etwa uns sagt: Ihr wollt ja nichts anderes als die Erhaltung eines subventionierten Kohlenbergbaues ohne Rücksicht auf Bedarf, ohne Rücksicht auf Kosten, ihr wollt ja nicht ernstlich neue oder verbesserte Strukturen. Man muß diesen Unterstellungen ebenso entgegentreten wie der Auffassung, daß die einfachste Lösung etwa das Zusperrn sei. Man muß diesen Verzerrungen entgegentreten deshalb, weil sie eine sachliche Lösung verhindern.

Selbstverständlich ist zur Überbrückung und auch zur Sicherung des Energiebedarfes ein Zuschuß für die Kohlenbergbaubetriebe erforderlich, steirisch gesehen erforderlich für Fohnsdorf. Der Bergla-Schacht, der zwar auch ein Defizit aufweist, ist aber ein Betrieb der GKB, und diese Gesellschaft ist nach wie vor eine gesunde, und zwar eine recht ertragsreiche Gesellschaft, die auch im heurigen Jahr sicher mit einem sehr beachtenswerten Überschuß abschneiden wird. Auch hier muß man immer wieder fragen, wie ist auf der einen Seite ein solcher Verlust und auf der anderen Seite ein solcher Gewinn möglich, wenn man etwa bei der GKB von einem Gewinn von 30 Millionen und in Fohnsdorf von einem Verlust von 60 Millionen spricht. Ja, sehr einfach. Im weststeirischen Kohlenrevier, im Köflacher Revier, wird die Kohle nur zum Teil unter Tag gefördert, dort sind Tagbaue, dort ist die notwendige Mächtigkeit, dort gewinnt man eben die Kohle viel produktiver, das heißt viel leichter, viel einfacher, und daher ist die Kohle nach wie vor dort ein gewinnbringendes Produkt. In Fohnsdorf liegt sie 1.000 m unter der Erde mit allen Schwierigkeiten, die der Berg mit sich bringt, die Förderung mit sich bringt, die Hitze mit sich bringt, daher das Defizit.

Wir haben nun, glaube ich, folgendem Konzept zu folgen: Wir haben das Zusperrn abgelehnt aus den bekannten Gründen. Wir müssen aber im Auge haben für die Zukunft, daß wir neue Strukturen aufbauen. Zwischenzeitlich muß auch dafür gesorgt werden, daß nicht die Alpine die Last der Grube Fohnsdorf trägt, das kann

man der Alpine nicht zumuten, weil damit ja auch der große Konzern in Schwierigkeiten kommen könnte und sowieso in Schwierigkeiten, wie wir ja wissen, in der Absatzlage ist, im Erzeugungsprogramm ist, und wir ihm nicht noch dazu einen Abgang auflasten können, der wirtschaftlich für die Alpine und vor allem für die Metallbetriebe nicht verantwortbar wäre. Daher Bergbauförderung für Fohnsdorf. Nun, es wird über die Frage, welches Ausmaß die Bergbauförderung annimmt, viel diskutiert und auch versucht, immer wieder den Landeshauptmann mit dem Finanzminister oder auch einmal mit dem Vizekanzler Bock auszuspielen. Fest stehen die 43 Millionen Schilling, die im Budget stehen und schon beschlossen sind. Ebenso steht fest, daß in einem Ministerratsbeschuß vom 12. Oktober 1966 auf Grund eines Berichtes über die Lage des Bergbaues und die Fragen des Absatzes beschlossen wurde, daß ein Programm notwendig ist für die nächsten Jahre von 420 Millionen Schilling aus Budgetmitteln. Dieser Beschluß wurde gefaßt, er ist mir auch zur Verfügung gestellt worden, und ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Der Finanzminister und die Oberste Bergbaubehörde sagen: „Ja, schon 420 Millionen, aber wir werden solange nicht ein Zusatzbudget beschließen oder beantragen, so lange nicht Klarheit darüber herrscht, wie hoch denn überhaupt die Abgänge sind.“ Es behaupten sowohl Fachleute, daß die angegebenen Abgänge weit überhöht und nicht der Wirklichkeit entsprechend sind. Es behaupten ebenso die Betriebsräte und Belegschaftsverantwortlichen, daß die Abgänge in diesem Maße nicht stimmen. Wenn man also keine klare Sicht, weder von fachmännischer Seite her noch von der finanziellen Seite her hat, kann man nicht sagen, wir haben ein so und so hohes Defizit und wir geben den und den Betrag, sondern es müssen zuerst Unterlagen vorliegen, und daran wird ja zur Zeit gearbeitet. Ich kann mich also in ein Spiel, hat der oder jener recht, nicht einlassen, ich kann mich nur auf das verlassen, was aktenmäßig vorliegt.

Es wurde in diesem Zusammenhang auch vom Herrn Abg. Lackner die Forderung gestellt, wie mir berichtet wird, daß die Landesregierung die notwendigen Vorstellungen bei der Bundesregierung machen solle, damit die Bergbauförderungsmittel gesichert werden. Solche Vorstellungen sind erhoben worden, werden selbstverständlich im Laufe der Verhandlungen immer wieder erhoben werden müssen, falls es Schwierigkeiten gibt, diese Mittel bereitzustellen, wenn die Unterlagen vorliegen. Ich will keine Zahlen hier nennen, ich will auch gar nicht die Äußerungen und Meinungen der Alpine-Direktoren diskriminieren mit anderen Zahlen, die ich hier sage. Wir sind ja hier in einer Körperschaft, die die Probleme ernst zu beraten hat.

Sicher ist, daß man natürlich versucht, vom Staat herauszuholen, was nur möglich ist. Mit

der Angabe von beispielsweise 70 Millionen Schilling Abgang für Fohnsdorf, oder auch mit dem sogenannten Abgang von 12 Millionen, trotzdem das Unternehmen 30 Millionen Gewinn hat, in Bergla. Man versucht herauszuholen, was herauszuholen nur möglich ist. Ich kann dem Vorstand deshalb keinen Vorwurf machen. Wenn man diese Dinge in der Öffentlichkeit benützt, um nach Begründungen zu suchen und sich sozusagen stark zu machen und zu beweisen, wie man sich ja sowieso anstrengt, dann muß ich allerdings sagen, wäre es besser, wirklich sachliche Unterlagen vorzulegen, als wieder ein Spiel zu betreiben, das ja nur dann ein gutes Ende haben kann, wenn wirklich zahlenmäßig unbestreitbare und überprüfbare Unterlagen vorliegen.

Wir bekennen uns aber dazu — das möchte ich auch ausdrücklich sagen — daß nicht die Alpine die Abgänge tragen kann, weil wir interessiert sind, daß die übrigen Betriebe nicht in Schwierigkeiten geraten. Solange sie Steuern zahlen oder gezahlt haben, hätte es uns weniger interessiert, höchstens den Finanzminister. Aber die Zeit, in der die Alpine Steuern gezahlt hat, ist ja schon vorüber.

Die GKB wird nach wie vor beachtliche Beträge an Steuern zahlen können. (Abg. Vinzenz Lackner: „Da dürfte irgend ein Irrtum dahinter sein!“)

Es wurde dann weiter die Frage gestellt, ob Grundlagenforschung betrieben wird und wer diese Grundlagenforschung betreibt und eine weitere Forderung wurde aufgestellt von Herrn Abg. Schön, auch für Eisenerz Marktforschung zu betreiben, welcher Betrieb dort eine geeignete Produktion aufnehmen könnte. Ich möchte zu diesem Kapitel, das hineingehört in die ganze Vorsorge überhaupt für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für unsere regionalen Wirtschaftsprobleme sagen, daß über die Österr. Raumplanungsgesellschaft solche Forschungen und Analysen aufgenommen wurden, daß aber wir selbst von der Landesregierung aus in einer der nächsten Sitzungen ein Unternehmen beauftragen werden, spezielle und spezifische Forschungen für unsere Kohlenbergbaugebiete durchzuführen, damit wir — wenn es auch zweigeleisig läuft — hier eine völlig klare Sicht haben. Es sind, glaube ich, zwei Körperschaften, die sich damit beschäftigen und sie werden uns ein sicheres Ergebnis liefern und ein glaubhafteres Ergebnis, als vielleicht eine, die damit nicht recht zurande kommt. Das Gefühl kann man haben.

Ich möchte aber zur Gründung von Betrieben, die ja x-mal und auch jetzt wieder gefordert wurde, folgendes sagen: Meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, daß wir in jeder Gemeinde, wo sicher notwendigerweise Industriebetriebe Platz hätten und wir sie gerne sehen würden, eine Förderung von solchen Betrieben betreiben können, dann stimmt das nicht. Geben

wir uns da keiner Illusion hin! Das ist nicht möglich. Wenn Millionen Schillinge für die Strukturprobleme der Steiermark zur Verfügung gestellt werden und Mittel aus dem ERP-Fonds, ferner die Millionen für die Betriebsgründungen in den Bergbaugebieten, da können wir diese Mittel natürlich nur dort konzentriert einsetzen, wo das Problem Arbeitskraft nicht nur virulent ist, weil früher oder später Einschränkungen notwendig sein könnten, sondern weil Arbeitskraft da ist und weil diese Arbeitskraft in weitem Umkreis keinen Arbeitsplatz findet. Wir müssen vor allem diese Dinge im Auge haben und wir müssen den Wirtschaftskörper dieses Gebietes im Auge haben und dort müssen wir ansetzen. Es muß auch hier ganz klar gesagt werden, einen größeren Betrieb, einen tragenden Betrieb, einen interessanten Betrieb, einen zukunftssträchtigen, werden wir nicht irgendwo in eine Gemeinde hinbringen, sondern hier müssen auch bestimmte Voraussetzungen einer größeren Gemeinschaft, einer Stadt, eines Marktes und die dazu notwendigen Einrichtungen, Schulen, nicht nur Volksschulen und Hauptschulen, sondern auch höhere Mittelschulbildungsmöglichkeiten vorhanden sein. Es muß selbstverständlich auch ein bißchen so etwas wie ein kulturelles Leben möglich sein. So soll es ja auch sein, dorthin müssen wir uns bemühen, Betriebe anzusiedeln. Wir brauchen Strahlungszentren. Ich brauche Ihnen da nicht etwas vorzutheoretisieren, sondern schauen Sie sich nur unsere Städte an und ihre Entwicklung. Nicht der Industriestädte, denn die haben sich ja ganz großartig entwickelt in dem letzten Jahrzehnt. Aber schauen Sie sich auch die kleineren Städte und Märkte an, die sehr wohl dort eine wunderbare Entwicklung, wenn auch in der Relation nicht vergleichbar mit einer großen Industriestadt, finden.

Aber wie schöne Entwicklungen sich da in den letzten Jahren gezeigt haben und wie befruchtend sie auf die ganze Umgebung, auf das ganze Siedlungsgebiet ausstrahlen und welch glückhafter Zustand sich in diesen Gebieten entwickelt hat! Und zwar von einem Strahlungszentrum aus. Eine moderne Struktur soll ja nicht ausgerichtet sein nur etwa auf eine Sparte, etwa nur auf Eisen oder nur auf Kohle. Sie sehen ja, wie schwierig das ist. Ein Gebiet soll ja mehrere Strukturen haben. Natürlich, wenn wir Bergarbeiter unterbringen wollen, muß hier spezifisch getrachtet werden, solche Arbeit zu beschaffen oder solche Betriebsgründungen vorzunehmen, die auch eine Fertigung haben, die man einem Bergarbeiter, den man ja anlernen muß, zumuten kann. Versuche in dieser Richtung sind ja im Gange. Wir wissen ja auch ein bißchen über die internationale Entwicklung Bescheid. Und diese sagt uns sehr klar, wenn irgendwo größere Bergbaubetriebe oder Kohlengruben zugesperrt wurden, so ist immer nur ein Teil der Bergarbeiter in andere Betriebe oder in die vorgesehenen Betriebe gegangen. Die übrigen gingen in die Frührente, andere wieder haben sich den neuen Arbeitsplatz dort gesucht,

wo er ihnen am geeignetsten erschienen ist. So ein Dirigieren, wie sich das der eine oder andere vorstellt — solche theoretische Vorstellungen findet man ja leider häufig in Wien — daß man nur dafür Geld gibt, daß man nur Bergarbeiter versorgt, das ist ein Irrtum, das ist praktisch gar nicht denkbar. Ich brauche ja selbstverständlich zu einer neuen Industrie auch einen bestimmten Facharbeiterstab, den ich mitbringen muß. Sonst ist ja eine industrielle Entwicklung gar nicht möglich und gar nicht denkbar.

In diesem Zusammenhang wurde auch gefragt, welche Betriebe?

Ich habe, glaube ich, in der Kohlenkommission dazu sehr deutlich Stellung genommen und gesagt — und ich kann auch hier nichts anderes sagen darüber — obwohl wir einiges sichtbar wissen, können wir leider nicht diskutieren, darüber können wir nicht reden. Es sind nicht nur die Steirer und das steirische Arbeitsamt und die steirischen hiezu berufenen Organe hinter jedem Betrieb her wie der Teufel hinter einer armen Seele, sondern man spitzt nur geradezu darauf, irgendwo etwas aufzufangen.

Ich kann Ihnen verraten, auch wir. Und wir werden da nicht in der breiten Öffentlichkeit diskutieren, dann, wenn wir so etwas fest in der Hand haben, dann können wir sagen, das ist geschehen. Aber nur keine Voraussagen, bei denen man nicht weiß, aus welchen Gründen sie nicht erfüllbar sind. Wir haben einige Erfahrungen bei diesen Betriebsgründungen, wieviele Betriebe haben wir schon geglaubt fest in der Hand zu haben, und dann im letzten Augenblick, hat ihm halt ein anderer, beispielsweise die Burgenländische Landesregierung, mehr geboten und er war schon weg. Wenn es dann auch schiefgegangen ist — das ist ja ein zweites und ein anderes Kapitel im Zusammenhang mit den Betriebsgründungen. Also darüber wollen wir nicht reden.

Aber es ist uns ebenso klar, daß wir jetzt einmal den Bereich Kohle und die Gebiete, wo Kohle abgebaut wird, im Auge haben müssen, daß wir aber ebenso den ganzen Industriebereich von Bruck a. d. Mur bis Fohnsdorf miteinbeziehen müssen in die Analyse und in die Forschung, die ja zum Teil läuft oder die noch anlaufen wird. Wir haben ja nun einmal, wie ich das schon öfter gesagt habe, eine traditionsgebundene Energie. Es ist keine Frage, daß der Erzberg auch weiterhin immer wieder eine Schmitte als eiserner Brotlaib unserem Volke geben wird, aber wir müssen hier einfach in anderen Strukturen und Kategorien denken. Wir haben oft gesagt, wie ist es denn möglich, daß diese Schweiz so gut lebt, sie hat weder Kohle noch Eisen noch überhaupt Grundstoffe. Ja, weil sie eben nichts von all den gesegneten Gütern hatte, mußte sie sich anstrengen und die Veredelungsbetriebe gründen, und es ist ihr wirklich großartig gelungen, daß sie heute Roh-

stoffe erhält — jeder ist froh, wenn er etwas verkaufen kann in der Schweiz — und sie verarbeitet weiter, und darauf beruht letzten Endes auch ihr hoher Lebensstandard, der ja immer wieder, wenn man ihn vergleicht oder die Investitionsraten vergleicht, einen ins Staunen versetzt. Aber daran liegt es, daß die Schweiz heute eine völlig moderne zukunftssträchtige Industrie hat, Elektronik, alles was überhaupt in die Zukunft weist, haben die Schweizer. Wir haben erst geringe Ansätze davon.

Bitte, glauben Sie nicht, daß ich jetzt meine, daß als Ersatz für die Kohlengruben die Elektronik die richtige künftige Branche wäre. Ich weiß schon, daß das nicht der Fall ist. Aber allem, was sich auf dem Sektor der Plastik, der Chemie und vor allem der Verpackungsindustrie abspielt, das sind alles Entwicklungen, denen wir unser besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Wir haben hier durch unsere Erzlager und durch unsere Eisen- und Stahlindustrie in den vergangenen Jahren allzu sehr im Glauben und in der Hoffnung gelebt, das sei in Ewigkeit unanfechtbar, sicher, aber wir haben zu wenig für die Spezialisierung und für die Weiterentwicklung getan, das zeigt sich ja heute sehr genau und sehr gründlich.

Ich möchte das Hohe Haus nicht mehr länger in Anspruch nehmen, ich möchte nur noch abschließend folgendes sagen: Die Anliegen der Strukturpolitik werden jede Gemeinschaft in Zukunft weit mehr in Anspruch nehmen müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Wir werden uns also mit diesen Fragen nicht nur theoretisch und nicht nur mit Fachleuten konfrontieren müssen, sondern selbstverständlich auch Geld dafür zur Verfügung stellen. Die ersten Ansätze dafür sind da. Ich sage Ihnen ganz offen, mit diesen Beträgen kann man sehr wohl einen entscheidenden Anfang setzen, aber wenn man diesem Problem echt einen dynamischen Stock geben will, sind viele, viele Hunderte Millionen notwendig, ja nicht nur Hunderte Millionen, sondern Milliarden notwendig. Ich hoffe, daß wir das, was für die weitere Entwicklung so wesentlich und entscheidend ist, nämlich die geistigen Kräfte vor allem zur Verfügung haben werden. Wir können heute mit ziemlicher Genauigkeit sagen, überall dort, wo es gelungen ist, die besten geistigen Kräfte, Ingenieure, Konstrukteure und Forscher in die Betriebe aufzunehmen, hereinzubringen, dort geht es bei allen Schwierigkeiten, die sich international ergeben, recht gut, weil die Anpassung laufend und ständig erfolgt ist. Das ist bei uns leider nicht überall der Fall und ist nicht überall geschehen. Also daß wir die geistigen Kräfte bekommen, ist geradezu eine Voraussetzung, und ich bin jenen Industriellen sehr dankbar, die sich jetzt sehr intensiv bemühen, solche geistige Kräfte, die — aus Österreich ausgewandert — in aller Welt tätig sind, wieder zurückzubringen. Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Voraussetzung, wenn wir neue Strukturen ansiedeln wollen.

Ich möchte zum Schlusse noch einen Satz sagen. Meine Damen und Herren, bei all dem, was in der Diskussion durchgekungen ist, verspürt man die Sorge um die Zukunft, die berechtigte Sorge um die Zukunft. Es gibt ja an sich kein sorgloses Leben. Ich glaube, wir müssen an die Spitze aller Maßnahmen oder überhaupt unserer Geistigkeit das Wort „maßhalten“ setzen. Ich weiß schon, daß das niemand gerne hört, und wer will schon maßhalten. Und dennoch, wir müssen dieses Maßhalten verlangen. Wir müssen darauf geradezu bestehen, wenn wir selbst auch weiter bestehen wollen und wenn wir weiter eine gute Entwicklung haben wollen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Schrammel: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich verzichte auf das Schlußwort. Nachdem zu dieser Budgetgruppe nicht weniger als 30 Abgeordnete und vier Regierungsmitglieder das Wort ergriffen haben, möchte ich Ihnen den eingangs eingebrachten Antrag auf Annahme dieser Gruppe wieder nahelegen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Die Gruppe 7 ist angenommen.

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 8 Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen. Berichterstatter ist Abg. Franz Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Die Gruppe 8 „Wirtschaftliche Unternehmungen und Beteiligungen des Landesvoranschlages 1967“ umfaßt fünf Abschnitte, die Landesbahnen, Unternehmen der Verkehrsförderung, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, industrielle und gewerbliche Unternehmen, sonstige Unternehmen, mit Einnahmen von 15,792.200 Schilling, das sind um 5,7 Prozent mehr als 1966 und Ausgaben von 41,110.700 Schilling, das sind um 9 Prozent mehr als 1966.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Gruppe acht befaßt, und ich stelle im Namen des Finanz-Ausschusses den Antrag, die Damen und Herren des Hohen Hauses mögen diesen Ansätzen ihre Zustimmung geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt zu dieser Gruppe nicht vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Dieser Antrag und damit die Ansätze der Gruppe 8 sind angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9, „Finanz- und Vermögensverwaltung“. Berichterstatter ist Abg. Hans Groß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Groß: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gruppe 9, „Finanz- und Vermögensverwaltung“ umfaßt 10 Abschnitte und beinhaltet im wesentlichen jene finanziellen Mittel, die wir in den vergangenen acht Gruppen ausgeben wollen. Sie weist Einnahmen von 1.737,565.600 Schilling gegenüber 1.442,244.900 Schilling im Vorjahr aus. An Ausgaben sind 279,723.400 Schilling vorgesehen, was eine geringfügige Steigerung bedeutet.

Die wichtigste Einnahmequelle stellen die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben dar, die mit 1.300,100.000 Schilling veranschlagt sind. Dazu kommt noch die Landesumlage in der Höhe von 131,500.000 Schilling, der Kopfquotenausgleich von 70,800.000 Schilling und die eigenen Abgaben, die aus der Steuerhoheit des Landes erwachsen, in der Höhe von 42,170.100 Schilling. Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit den Ansätzen dieser Gruppe beschäftigt und ich stelle in seinem Namen den Antrag, der Hohe Landtag wolle der Gruppe 9 die Zustimmung geben.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. DDr. Götz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Ich möchte, nachdem mehrmals in den einzelnen Gruppen auf den Finanz-Ausgleich des Jahres 1967, der ja auf 6 Jahre abgeschlossen wurde, hingewiesen wurde, und nachdem insbesondere die Vertreter verschiedener Gemeinden zu diesem Finanzausgleich Stellung genommen haben, bei dieser Gruppe nur eine Feststellung treffen. Und zwar eine Feststellung, die mir wesentlich erscheint.

Der österreichische Städtebund hat ebenso wie die Bundesländer Vertreter in dieses Verhandlungs-Komitee entsandt gehabt, den Herrn Vizebürgermeister Slavik an der Spitze, glaube ich. Wer es von den Bundesländern war, kann ich im Augenblick nicht sagen. Er hat zur Frage des Finanz-Ausgleiches einen eigenen außerordentlichen Städtetag einberufen und allgemein und überall wurde die Meinung vertreten und wird auch noch vertreten, daß auf diesem Städtetag die österreichischen Gemeinden und Städte, die steirischen genauso wie alle übrigen, diesem Finanzausgleich zugestimmt haben. Ich lege Wert darauf, hier in diesem Hohen Haus festzustellen, daß das nicht der Fall war. Es wurde dem Verhandlungsergebnis des Verhandlungs-Komitees Gemeinde-Länder-Finanzministerium zugestimmt, dieses Verhandlungsergebnis ist aber nicht identische mit der Regierungsvorlage des Finanzausgleiches, insbesondere nicht identisch in dem einen Punkt der Lustbarkeitsabgabe für Kinoveranstaltungen und auf meine ausdrückliche Frage auf diesem Städtetag hat Herr Slavik etwa geantwortet, daß zur Abstimmung das Verhandlungsergebnis vorliege. Mir scheint das deshalb wichtig zu sein, meine Damen und Herren, weil meines Wissens erstmals in einer Regierungsvorlage nicht das bereits bespro-

chene Verhandlungsergebnis Aufnahme gefunden hat, sondern doch eine abgeänderte Fassung — in zwei Punkten waren es Formulierungsfragen, die Frage der theatererhaltenden Gemeinden und im § 2 des neuen Finanzausgleiches —, aber im § 15, Abs. 3 ist die Frage der Höchstbegrenzung der Lustbarkeitsabgabe, die für manche Gemeinden doch sehr interessant ist, und die einer landesgesetzlichen Ermächtigung bedarf — das Landesgesetz ist ja im Vorjahr beschlossen worden — nicht im Sinne des Verhandlungsergebnisses aufgenommen worden.

Das aufzuzeigen scheint mir deshalb wesentlich, weil ja auch nicht nur in der Öffentlichkeit, nicht nur in der Presse, sondern auch in den einzelnen Gemeinden hier im Land immer wieder die Frage aufgeworfen wird, wieso diesem Finanz-Ausgleich allseits als Kompromiß zugestimmt wurde und ich möchte nur richtigstellen, daß diese Zustimmung je eine behauptete, aber nicht eine tatsächlich erfolgte war, zumindest, soweit es den österr. Städtebund betrifft.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmann-Stellvertreter DDr. Schachner-Blazizsek. Ich erteile ihm das Wort.

Erster Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-Blazizsek: Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Abg. DDr. Götz zur Gruppe 9 haben diesmal eine Ausnahme von der Regel gemacht, daß nämlich im allgemeinen sonst niemand zu dieser Gruppe spricht. Aber leider eben nur eine einzige Ausnahme, die gewissermaßen hier die Regel bestätigt.

Ansonsten geben mir die fast immer fehlenden Wortmeldungen bei der Verhandlung dieser Gruppe aus diesmal wieder das Gefühl, Angehöriger einer jener glücklichen Familien zu sein, in denen alle von den Ausgaben reden können, ohne daß über die Einnahmen gesprochen werden müßte.

Das ist keine Kritik, meine Damen und Herren, im Gegenteil, ich halte das für ein gutes Zeichen und ich wünschte mir nicht nur persönlich und in unserer aller Namen, sondern auch im Interesse unseres Landes und aller seiner Bürger, daß es immer so bliebe und so bleiben könnte. Es ist immerhin ein Zeichen dafür, daß alle unabdingbaren, alle notwendigen und darüber hinaus auch die meisten oder doch sehr viele wünschenswerte Ausgaben des Landeshaushaltes getätigt werden können, ohne daß erst viel über die dazu notwendigen Einnahmen nachgedacht und diskutiert werden müßte.

Die Gruppe 9 enthält immerhin, wie der Herr Berichtstatter schon dargelegt hat, von den Gesamteinnahmen des Landes 1.738,000.000 Schilling und das, meine Damen und Herren, ist eigentlich das Gros aller überhaupt verfügbaren und nicht von vornherein für einen bestimmten Zweck vorbehaltenen Einnahmen. Es gibt näm-

lich im ganzen Voranschlag eigentlich nur ganz wenige andere große Einnahmen-Gruppen, die ins Gewicht fallen, wie etwa die Einnahmen der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten mit 406 Millionen Schilling und die Einnahmen der Fürsorgeanstalten und die Fürsorge-Rückersätze mit 62 Millionen Schilling. Rechnet man nur diese paar großen Einnahmeposten den Einnahmen der Gruppe 9 hinzu, so ist man mit rund 2.500 Millionen Schilling schon sehr nahe an der Summe aller ordentlichen Einnahmen des Landes.

Es wäre jetzt verführerisch, über diese gewichtigen, in der Gruppe 9 versammelten Einnahmen des Landes zu reden und Sie könnten mir nicht einmal das Recht dazu absprechen, weil doch in jeder, auch in der glücklichsten Familie, meine Damen und Herren, wenigstens gelegentlich einmal über die Einkünfte geredet wird und auch geredet werden soll. Aber ich werde mich hüten, Ihnen das in dieser vorgerückten Stunde — zwar nicht des Tages, aber der Budget-Verhandlungen — anzutun. Ja, ich bin sogar glücklich, daß ich es nicht tun muß, nicht etwa aus Bequemlichkeit, sondern eben wegen des guten Zeichens, das in dem Mangel einer solchen Notwendigkeit liegt.

Ich könnte die Gruppe 9 auch wegen des ursächlichen Zusammenhanges der Einnahmen mit den bei allen anderen Gruppen besprochenen Ausgaben dazu benützen, jetzt auf alles das einzugehen, was dort, nämlich bei den Ausgaben gesagt wurde, aber ich werde auch das nicht tun, nicht um jemanden, sondern um Sie alle, meine Damen und Herren, Ihre Zeit und Ihre Nerven zu schonen.

Was könnte ich auch an Wesentlichem dazu sagen, ohne ausführlich zu sein, und was könnte ich an Konkretem darlegen oder widerlegen, ohne ins einzelne zu gehen? Ich kann dem Herrn Abgeordneten und Vizebürgermeister Stöffler nicht dafür danken, daß er die Grundsätze meiner Auffassung von Politik und vom Auftrag des Politikers himmlisch, ich weiß schon, zu himmlisch findet, und ich kann den Herrn Abg. Scheer nicht darauf verträsten, daß ich vielleicht nächstes Jahr doch mit einer Perücke und mit einer eisernen Kiste zu den Budgetverhandlungen und zur Budgeteinleitung kommen werde, weil ich doch hoffe, daß meine eigenen Haare noch halten werden und daß auch eine Aktentasche ausreichen wird, um das Landesbudget mitzubringen. Und ich kann mich erst recht und schon gar nicht dem Herrn Abg. Leitner erkenntlich zeigen, indem ich ihm verspreche, daß ich ihn genauso oft apostrophieren werde, wie er mich apostrophiert hat. (Abg. Leitner: „Das ist aber schade!“)

Meine Damen und Herren, die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Götz zur Gruppe 9 sind, glaube ich, vom Tatbestand der Rechtslage her nicht allzu besorgniserregend, denn immerhin hat, und das möchte ich hier

ausdrücklich festgestellt haben, die Landesgesetzgebung die Möglichkeit, die Lustbarkeitsabgabe auch unverändert zu lassen, weil es im Finanzausgleichsgesetz ausdrücklich heißt „Vorbehaltlich einer weitergehenden Ermächtigung der Landesgesetzgebung.“

Im übrigen, meine Damen und Herren, geht es gar nicht so sehr um Einzelheiten und auch nicht um das, was mit dem Wort in ernster und harter, oder in friedlicher und gelöster Atmosphäre behandelt werden kann. Es geht um das, was wir in der steirischen Landstube und in der steirischen Landesverwaltung in ernster und sachlicher Arbeit im Dienste unseres Landes und im Dienste unserer Mitbürger in diesem Lande tun können. Und es geht darum, daß wir uns mit unserer Arbeit und unserer Leistung in das über unser Land und über unsere Mitbürger hinausreichende gemeinsame Ganze Österreichs und aller Österreicher einfügen.

Wir alle sind ja weit davon entfernt, zu glauben, daß wir von der Welt, von Europa oder vom Ganzen unseres Staates unabhängig und in der Lage sind, von uns aus alles zu lösen, was uns an Problemen und an Sorgen ins Haus steht. Es wäre abwegig, meine Damen und Herren, ja mehr noch, es wäre irgendwie großensinnig, wenn wir das glauben oder wenn wir uns das zutrauen würden. Es liegt aber in ungefähr der gleichen Qualitätslage, wenn jemand und gar jemand, der in diesem Hause sitzt, glaubt, derartiges von uns verlangen zu können oder verlangen zu müssen.

Ein kleines Staatswesen, eine einzelne Gebietskörperschaft in einem solchen Staatswesen, eine einzelne Familie und der einzelne Mensch können das nicht. Und in der Wertung eines Staates, eines Landes, einer Gemeinde, einer Familie oder eines einzelnen Menschen kommt es auch gar nicht darauf an. Es kommt darauf an, daß jeder und jeder Teil im Ganzen das Seine tut, um dem Ganzen zu dienen, gut und gerecht zu dienen, und darauf, daß jeweils das gemeinsame Ganze dem einzelnen dient, ebenfalls gerecht und mit allem dient, was dem Ganzen zu Gebote steht.

Die Zeit, in die wir gehen, meine Damen und Herren, wird ernster, politisch und wirtschaftlich, bei uns und in der Welt. Das fühlen wir alle, und das wird uns täglich in den Meldungen aus unserem Lande und aus der ganzen Welt bestätigt. Das Leben wird schwieriger, jedes einzelne Leben, das Leben in jedem Haushalt, an jedem Arbeitsplatz und in jedem Betrieb. Auch das wissen wir, und auch das wird uns täglich bestätigt. Und das, was jeder von uns und was wir alle im Angesicht dessen zu tun verpflichtet sind, besteht darin, daß wir uns im Bereiche unserer eigenen Aufgaben und unserer eigenen Verantwortung auf dieses ernstere und schwierigere Leben vorbereiten, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen, um von uns aus jenen Anteil beizutragen, der geeignet ist, das diffuse Licht,

das über Politik und Wirtschaft derzeit liegt, nicht zur Dämmerung und nicht zur Nacht werden zu lassen. Wir Steirer haben unsere eigenen Sorgen. Ja, sie sind vielleicht sogar konkreter und größer als anderswo in Österreich. Und sie sind uns vielleicht deswegen umso bewußter und wir sind vielleicht deswegen umso entschlossener, sie zu meistern. Wir sind aber auch Österreicher, alte und gute Österreicher, wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Koren vorgestern unterstrichen hat. Wir sind Europäer, und wir sind bewußte, sehr bewußte Bürger dieser Welt mit einem tiefen Bewußtsein für die Pflichten, die uns in diesem größeren Ganzen aufgetragen sind.

Was uns aber, meine Damen und Herren, im vollen Bewußtsein unserer Pflichten vor dem Ganzen zunächst und zuvorderst aufgetragen ist, das ist in unserem Bereich, im Bereich unseres eigenen Hauses und unserer eigenen Verantwortung geradzustehen und alles aufzubieten, um die Probleme im eigenen Haus zu meistern, soweit wir überhaupt selbst dazu imstande sind. Und das, meine Damen und Herren, dieses Bemühen gilt jedem Arbeitsplatz im Land und jedem Betrieb, von den Kohlengruben und vom Erzberg angefangen bis zu jedem Betrieb und jedem Arbeitsplatz in Handel und Gewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft unseres Landes. Und dieses Bemühen gilt jedem einzelnen Menschen in unserem Lande, jeder Familie und jeder Gemeinde in diesem Lande.

Ich möchte jetzt in diesem Zusammenhang nicht wiederholen, was ich schon in meiner Einbegleitungsrede namentlich zu den Wirtschafts- und Strukturproblemen unseres Landes gesagt habe. Und ich möchte nicht weiter ausführen, was heute, überwiegend berechtigt, hier schon zu diesen Fragen gesagt wurde.

Das Budget für das kommende Jahr ist die finanzielle Grundlage unseres Arbeitsprogramms, eines Arbeitsprogramms, das wir in diesem Geiste und in diesem Bemühen erstellt haben.

Ich hoffe, und ich glaube, und ich bin davon überzeugt, daß wir in der ganzen Breite und in der ganzen Tiefe unseres Wirkungskreises und unserer Verantwortung mit diesem Budget nach reiflichster Überlegung das geplant und uns das vorgenommen haben, was die Zeit von uns fordert und was die Menschen, die wir hier zu vertreten haben, von uns zu fordern auch berechtigt sind. Es ist freilich noch manches offen, mancher Wunsch, der sich noch nicht erfüllen läßt, mancher Wunsch, den wir gerne und sofort erfüllen werden, wenn es die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung unserer Einnahmen und Ausgaben gestatten. Und es ist mancher Wunsch in der Debatte geäußert worden, von dem ich hoffe, daß er in den kommenden Jahren erfüllbar sein wird und den ich mir daher gewissenhaft für die Aufstellung kommender Budgets vorgemerkt habe. Ich

möchte auch darauf jetzt im einzelnen nicht eingehen.

Ich habe nur noch den Wunsch, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich habe allen Grund dazu, Ihnen für die sachliche Beratung und für die korrekte Beurteilung des Budgetentwurfes zu danken, denen zu danken, die mir bei der Aufstellung geholfen haben, von der Regierung angefangen, und allen unseren Mitbürgern im Lande meinen Dank dafür zu sagen, daß sie durch ihre Arbeit, ihr Wirken, ihr Leben und ihr Wirtschaften soviel zu einer guten Finanz- und Budgetpolitik unseres Landes beigetragen haben.

Ich wünsche Ihnen allen, meine Damen und Herren, ich wünsche der ganzen steirischen Bevölkerung, unserem Lande und unserer Wirtschaft, daß wir mit diesem Budget in ein gutes Jahr gehen, daß es uns gelingt, die Ziele, die wir uns mit diesem Budget gesetzt haben, zu erreichen, daß wir die eingetretenen und die drohenden Schwächen und Sorgen überwinden und daß wir ärgere Schwächen und Sorgen von unserer Heimat fernhalten können, daß uns eine friedliche Welt und daß uns in allen Bereichen des Lebens und der Wirtschaft eine wieder aufwärts führende Entwicklung beschieden sein möge. Glückauf für 1967, Glückauf den Steirern und der Steiermark! (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Berichterstatter das Wort zum Schlußantrag.

Abg. Groß: Ich verzichte auf das Schlußwort und stelle meinen eingangs erwähnten Antrag auf Annahme der Gruppe 9.

Präsident: Ich bitte um ein Händezeichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)
Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Landesvoranschlag. Herr Abg. Hans Brandl ist Berichterstatter. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. H. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren! Im außerordentlichen Landesvoranschlag sind Ausgaben in der Höhe von 421,226.000 Schilling vorgesehen. Bedeckt sind 309,622.000 Schilling. Der Abgang im a. o. Voranschlag beträgt 111,604.000 Schilling. Der a. o. Landesvoranschlag ist in zehn Gruppen gegliedert und ich bitte im Namen des Finanz-Ausschusses um die Annahme.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezeichen. (Geschieht.)

Der a. o. Landesvoranschlag ist damit angenommen.

Wir kommen zu den Beschlußanträgen, für welche der Abg. Bert Hofbauer Berichterstatter ist.

Es handelt sich um 20 Anträge. 18 sind gemeinsame Anträge der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs, einem Antrag der ÖVP hat die SPÖ im Finanz-Ausschuß nicht zugestimmt, ein Antrag der ÖVP wurde im Finanz-Ausschuß mit den Stimmen dieser Parteien, also mit Mehrheit, angenommen.

Ich frage nun den Herrn Berichterstatter, Abg. Hofbauer, ob er den Antrag stellt, über diese Beschlusanträge abzustimmen?

Abg. Hofbauer: Herr Präsident, ich stelle diesen Antrag.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Wir stimmen also über die Beschlusanträge ab und zwar in folgender Weise: Ich lasse zuerst über den Beschlusantrag der Abg. Nigl, Ritzinger, Feldgrill, Karl Lackner betreffend die Zuweisung der in der Gruppe 7, Unterabschnitt 731, Post 56 und 707 vorgesehenen Mittel für die Ausbildung von Forstwarten und Beihilfen zur Ausbildung von Förstern und Forstwarten an die Steierm. Landesregierung, abstimmen. Sie finden diesen Beschluß auf Seite 7 des mündlichen Berichtes Nr. 33.

Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß einhellig angenommen. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag, also auf Seite 7 des mündlichen Berichtes, zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse nun über den Beschlusantrag des Abg. Karl Lackner, Buchberger, Dr. Heidinger und Schrammel zur Gruppe 8, betreffend die Führung der Landwirtschaftsbetriebe des Landes Steiermark als eigener Wirtschaftskörper abstimmen. Diesen Beschluß finden Sie auf Seite 8 des mündlichen Berichtes. Dieser Antrag wurde im Finanz-Ausschuß mit Mehrheit angenommen. Ich ersuche nun die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Der Antrag ist angenommen.

Ich lasse nun über die übrigen 18 Beschlusanträge, die gemeinsame Anträge der ÖVP und der SPÖ sind, abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die diesen gemeinsamen Anträgen der beiden großen Parteien zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Auch diese Anträge sind angenommen.

Von der SPÖ wurde im Finanz-Ausschuß ein Beschlusantrag, betreffend die Beseitigung der neben der Bundesstraßen aufgestellten Tafeln mit der Aufschrift „Straßen für die Zukunft“, eingebracht. Dieser Antrag hat im Ausschuß nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Von der SPÖ wird dieser Antrag als Minderheitsantrag aufrechterhalten. Er ist auf der letzten

Seite des mündlichen Berichtes Nr. 33 angeführt. Ich lasse über diesen Minderheitsantrag abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

Dieser Antrag gilt als abgelehnt.

Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist Abg. Nigl. Ich bitte ihn, den Bericht zu erstatten. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Nigl: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Der Dienstpostenplan für 1967 liegt Ihnen vor. Er umfaßt 189 Seiten. Der Finanz-Ausschuß hat sich eingehend damit beschäftigt und ihn beschlossen.

Der Dienstpostenplan sieht für 1967 insgesamt 13.048 Dienstposten vor. Diese 13.048 Dienstposten verteilen sich: für den Personalaufwand des Landes 11.133½, für die Wirtschaftsbetriebe 752, für die Landesbediensteten, deren Kosten der Bund trägt, 502, für das landwirtschaftliche Schulwesen 271 und für die Gemeindeverwaltungen 389½.

Die Vermehrung an Dienstposten gegenüber dem Jahre 1966 beträgt 282. Hievon sind aber noch zwei Personen abzurechnen, die gegen Karenz der Bezüge bei den Vereinigten Bühnen sind, so daß die effektive Vermehrung an Dienstposten 280 beträgt. Die größte Vermehrung findet sich zu Gruppe 5, Krankenanstalten, Sonder-Krankenhäuser und Heilstätten, Heil- und Pflegeanstalten. Für diese Gruppe 5 beträgt die Vermehrung an Dienstposten 190.

Die zweitgrößte Anzahl ist bei der Gruppe 0 vorzufinden. Hier ergibt sich eine Vermehrung um 93 Dienstposten und zwar dadurch, daß 39 zu den Fonds-Bediensteten — ich erwähne jetzt nur die zwei größeren Positionen — zur Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion 21, und zu den Baubezirksleitungen 12 Dienstposten hinzukommen.

Die übrige Vermehrung ist geringfügig. In einigen Positionen ergeben sich auch Verminderungen. Die gesamte Einschränkung an Dienstposten beträgt 25.

Ich darf namens des Finanz-Ausschusses den Antrag stellen, den Dienstpostenplan in der vorliegenden Form zu genehmigen.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich schreite zur Abstimmung. Ich bitte alle Abgeordneten, die zustimmen, um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Dienstpostenplan ist damit angenommen.

Wir kommen nun zum Kraftfahrzeug-Systemisierungsplan. Berichterstatter ist Abg. Brandl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Brandl: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Der Systemisierungsplan des Landes Steiermark sieht für das Jahr 1967 386 Kraftfahrzeuge vor. Das ist um 24 Kraftfahrzeuge mehr als 1966. Dazu kommen noch 75 Kraftfahrzeuge der Wirtschaftsbetriebe. Ich bitte um Annahme.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händesign, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Präsident: Wir kommen nun zum Gesetz.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1967.

Berichterstatter ist Abg. Hofbauer, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hofbauer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung am 9. Dezember mit dem Gesetz über den Landeshaushalt für das Jahr 1967 befaßt und dieses einstimmig angenommen. Namens des Finanz-Ausschusses bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händesign, falls Sie zustimmen. Der Antrag ist angenommen.

Damit ist der Voranschlag für das Jahr 1967 beschlossen.

Hohes Haus! Nach einer Beratungszeit von etwa 40 Stunden, verteilt auf vier Tage und drei Nächte, während welcher die Abgeordneten in rund 150 Reden zu Wort kamen, hat nunmehr der Steiermärkische Landtag mit dem Beschluß über den Landesvoranschlag für das Jahr 1967 seine vornehmste verfassungsmäßige Aufgabe erfüllt und zwar, so wie es das Gesetz befehlt, zeitgerecht vor dem Jahresende.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, allen Personen und Stellen, vorerst dem Herrn Landesfinanzreferenten Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek und seinem Beamtentab für die Vorbereitung sowie der Steiermärkischen Landesregierung, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Ökonomierat Krainer, für die rechtzeitige, Ausarbeitung, wie allen Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag, insbesondere den Mitgliedern des Finanz-Ausschusses, für die mit so viel Ernst, Eifer und trotz aller Temperamentsausbrüche mit so viel Sachlichkeit geführte Beratung und Beschlußfassung den Dank auszudrücken.

Darüber hinaus sei von dieser Stelle ein Gedanke aufgegriffen, der sich dieser Tage zahl-

reichen Österreichern aufgedrängt hat, die am Fernsehschirm oder am Lautsprecher oder in den Zeitungen die Budgetberatungen der gesetzgebenden Körperschaften, also auch unseres Landtages, verfolgt haben.

Vergleicht man die am Beginn der Budgetberatungen von der Regierung beantragten Ziffern mit den heute von unserer Regierung beantragten und von uns jetzt beschlossenen Ziffern, so stimmen diese völlig überein. Wozu also der Aufwand von soviel Zeit, Worten, Geist und Leidenschaften für die Beratungen?

Die Antwort auf diese begreifliche Frage ist nicht im festen Ziffernbild, sondern bei der lebendigen Wirklichkeit, die dahinter steht, zu suchen. Sie findet sich in der verfassungsmäßigen Verantwortung, die jedem einzelnen Abgeordneten, aber ebenso unserer Gemeinschaft, nämlich dem Steiermärkischen Landtag, für das Leben der Steirer in der Steiermark in Gegenwart und Zukunft auferlegt ist. Jeder von Ihnen, auch ich, vertritt bestimmte örtlich, fachlich, sozial, politisch, wirtschaftlich und zeitlich untereinander verschiedene, oft widerstreitende Interessen. Aber der Gesamtkörper des Landtages trägt als Ganzes die Verantwortung für das ganze Land und alle seine Leute.

Dieser Widerstreit der vielfältigen Interessen zu der Gesamtverantwortung muß einmal im Jahr bis zum Letzten ausgesprochen, ausgestritten, ausgetragen und irgendwie ins Gleichgewicht gebracht werden. Geschähe dies nicht, würde kein einziger von uns Abgeordneten in seinem Bereich seine Verantwortungslast mit gutem Gewissen tragen können. Selbstverständlich ist auch der Steiermärkische Landtag ein Kampfboden um die politische Macht. Darüber darf aber das Gewissen als Motor und Regler unseres Tuns nicht übersehen oder verleugnet werden.

Wer sich zum inneren Sinn der Demokratie bekennt, der muß sich auch zur kollektiven Willensbildung verstehen, also dem ungemäßen heiklen, schwierigen, oft schmerzvollen, aber immer schöpferischen Vorgang, der Harmonisierung der Wünsche mit den Möglichkeiten bis zum gemeinsamen Entschluß seine gemessene Zeit zur Reife geben. Besonderes Gewicht kommt naturgemäß jedem Beschluß über die Verteilung und Verwendung des Geldes, welches ja für ein ganzes Jahr das Leben im Lande erhalten und befruchten soll, zu. Das Werden eines solchen kollektiven Willens ist aber nur dann zeitlich weit über das eine Jahr hinaus fruchtbar, wenn den Spannungen zwischen den schönen Wünschen und der trockenen Wirklichkeit nicht ausgewichen wird, sondern diese Spannungen eben bis zur Neige, sei es mit Donner und Blitz, sei es mit Klugheit und Witz — ausgetragen werden.

Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, beendeten die heurige Budgetdebatte gewiß,

gleich mir, mit der ehrlichen Überzeugung, die vielen Stunden im Ringen um die beste Verwendung der verfügbaren Mittel nicht verloren und vertan, sondern zu wirklich fruchtbarer Arbeit aufgewendet zu haben.

Wir kommen nun zum 3. Punkt der Tagesordnung.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 30, Gesetz über die Landesumlage.

Berichtersteller ist Abg. Dr. Christoph Klausner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Klausner: Hohes Haus! Die Beilage 30 beinhaltet eine Neufassung des Gesetzes über die Landesumlage, die deswegen notwendig geworden ist, weil im § 5 des vom Nationalrat erst zu verabschiedenden Finanzausgleichsgesetzes 1967 bestimmt ist, daß die Landesumlage in den Jahren 1967 bis 1971 mit 15 v. H. und im Jahre 1972 mit 14,5 v. H. der ungekürzten rechnungsmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden erhoben wird. Die bisherige Regelung auf Grund des Landesgesetzes Nr. 66/1959 hat die Einhebung der Landesumlage im Ausmaß von 16 v. H. vorgesehen. Das Gesamtaufkommen der Landesumlage dürfte sich aber auf Grund dieser Änderung nicht nur nicht vermindern, sondern im Gegenteil nicht unwesentlich erhöhen, da der neue Finanzausgleich die Bemessungsgrundlage durch Mehrerträge der Gemeinden bei einigen gemeinschaftlichen Bundesabgaben, für welche die Gemeinden ein Sechstel ihres bisherigen Gewerbesteueraufkommens abgeben mußten, erhöht hat.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 9. Dezember mit der Vorlage befaßt, und ich stelle in seinem Namen den Antrag, das Ihnen vorliegende Gesetz über die Landesumlage zu beschließen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, falls Sie dem Antrag zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich komme nun zum 4. Punkt der Tagesordnung:

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl. Zahl 274, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1966 — 2. Bericht.

Berichtersteller ist Herr Abg. Ileschitz. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Vorlage beinhaltet den 2. Bericht über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag

1966. In der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1966 wurden für den Bereich der gesamten Landesverwaltung Mehrausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1966 von insgesamt 51.705.833 Schilling im dringenden und offensichtlichen Interesse des Landes durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt.

Der Finanz-Ausschuß hat sich in seiner Sitzung sehr eingehend damit beschäftigt und einstimmig den Beschluß gefaßt, den Antrag zu stellen, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der 2. Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem ordentlichen Landesvoranschlag 1966 im Gesamtbetrag von 51.705.833 Schilling wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Gesetz, mit dem das Fremdenverkehrsabgabengesetz 1963, LGBl. Nr. 260/1962, abgeändert wird.

Berichtersteller ist Abg. Schaffer. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Schaffer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage Nr. 29, Einl. Zahl 253, betreffend Abänderung der Landesfremdenverkehrsabgabe, liegt Ihnen schriftlich vor. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Vorlage am 9. Dezember 1966 eingehend beschäftigt und ich ersuche die Damen und Herren, dem Antrag auf Abänderung, gleichlautend dem im mündlichen Bericht Nr. 34, die Zustimmung zu geben.

Präsident: Mangels einer Wortmeldung schreite ich gleich zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

6. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl. Zahl 35, zum Antrag der Abgeordneten Stöffler, Wegart, Egger, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend eine finanzielle Besserstellung der Landeshauptstadt Graz im Rahmen des Finanz-Ausgleiches.

Berichtersteller ist Herr Abg. Nigl.

Abg. Nigl: Hoher Landtag! Die Steiermärkische Landesregierung hat auf Grund eines Antrages der Abgeordneten Stöffler, Wegart, Egger, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend eine finanzielle Besserstellung der Landeshauptstadt Graz im Rahmen des Finanz-Ausgleiches mit der

Bundesregierung Fühlung aufgenommen und es wird nunmehr folgender Bericht erstattet: „Das Finanz-Ministerium hat mitgeteilt, daß dem Antrag auf Besserstellung der Landeshauptstadt Graz im Rahmen des Finanz-Ausgleiches deshalb nicht näher getreten werden könne, weil der Finanz-Ausgleich nicht ein Mehr am Mitteln, sondern lediglich eine andere Verteilung zustande bringen müßte, was naturgemäß auch auf Kosten anderer Gemeinden bzw. anderer Länder gehe. Aus diesem Grunde haben auch die Bemühungen des steirischen Finanz-Referenten um eine bessere Dotierung der Landeshauptstadt Graz im Rahmen des Finanz-Ausgleiches keine Erfüllung gefunden, zumal auch die anderen Bundesländer einer solchen Forderung nicht zugestimmt haben.

Die Steiermärkische Landesregierung hat daher den Beschluß gefaßt am 5. Dezember, dem Hohen Landtag folgenden Antrag zur Beschließung vorzulegen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Stöffler, Wegart, Egger, Dipl.-Ing. Fuchs und Nigl, betreffend eine finanzielle Besserstellung der Landeshauptstadt Graz im Rahmen des Finanz-Ausgleiches wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls sie ihm zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl. Zahl 289, betreffend die Übernahme der Ausfallhaftung des Landes für ein Darlehen von 3 Millionen Schilling; Ankauf von 5 Millionen Schilling Kommunalschuldverschreibungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark für die Schafwollwarenfabrik Rathleitner Jakob & Sohn, Lendplatz Nr. 40, Graz.

Berichterstatter ist Abg. Groß. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Groß: Meine Damen und Herren! Die Schafwollwarenfabrik Jakob Rathleitner und Sohn, Graz, hatte ihre Konten bisher bei der Länderbank, Filiale Graz, geführt. Die Länderbank soll nun nicht mehr bereit sein, das laufende Konto der Firma weiterzuführen, so daß bei der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark ein Ansuchen eingebracht wurde, ein Darlehen in der Höhe von 5 Millionen Schilling zu gewähren. Die Landes-Hypothekenanstalt hat beschlossen, der Firma Jakob Rathleitner & Sohn ein Pfandbrief-Darlehen von 3 Millionen Schilling und ein weiteres Kommunaldarlehen von 3 Millionen Schilling unter der Voraussetzung zu gewähren, daß das Land Steiermark die Ausfallhaftung für das Kommunaldarlehen von 3 Millionen Schilling übernimmt. Als Sicherstellung für die beiden Darlehen wurden Hypotheken auf den Liegenschaften, Einl. Zahl

66 und 67, 1185, alle KG. 4. Bezirk-Lend, in Aussicht genommen. Die Firma Rathleitner beschäftigt derzeit 83 Arbeiter und Angestellte, so daß ein tatsächliches Interesse des Landes an dieser Firma gegeben ist. Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage beschäftigt und ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ermächtigt, namens des Landes Steiermark die Ausfallsbürgschaft für ein von der Firma Rathleitner & Sohn, Graz, Lendplatz Nr. 40, bei der Landes-Hypothekenanstalt aufzunehmendes Kommunaldarlehen in der Höhe von 3 Millionen Schilling zu übernehmen. Das Kommunaldarlehen ist durch zweitrangige Hypotheken auf den Liegenschaften Einl. Zahlen 66, 67 und 1185 KG. 4. Bezirk Lend und ab 1. Jänner 1968 durch Hereinnahme von Zessionen von Kundenforderungen in der Höhe von jährlich 550.000 Schilling zu besichern. Das Kommunaldarlehen hat eine Laufzeit von höchstens 15 Jahren und eine Verzinsung von 7 Prozent p. a. aufzuweisen.

2. Der Steiermärkische Landtag nimmt den überplanmäßigen Ankauf von 5 Millionen Schilling Kommunalschuldverschreibungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark zu Lasten der Voranschlagstelle 911, 881 „Ankauf von Wertpapieren“ zur Kenntnis und genehmigt die Bedeckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe durch Bindung von allgemeinen Ausgabe-Ersparungen bzw. Mehreinnahmen gegenüber dem Landesvoranschlag 1966. Soweit und solange diese Bedeckung für die überplanmäßige Ausgabe nicht ausreichen sollte, ist der entsprechende Betrag bei der Betriebsmittelrücklage zu binden.

Präsident: Mangels Wortmeldung bitte ich um ein Händezichen, wer dem Antrag zustimmt. (Geschieht.)

Er ist angenommen.

8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl. Zahl 290, über den Verkauf von landeseigenen zum Gutsbestand der landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof gehörigen Grundstücken an den Bund.

Berichterstatter ist Abg. Pabst. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pabst: Die gegenständliche Regierungsvorlage, die Ihnen ja vorliegt, behandelt den Abverkauf bzw. Ersatzgrundkauf aus dem Gutsbestand Alt-Grottenhof. Zum Verkaufserlös ist gemäß Regierungsbeschluß vom 5. Dezember folgendes zu berichten: Der Verkaufserlös ist wie folgt zu verwenden: 3.032.073 Schilling sind zur Modernisierung des Landwirtschaftsbetriebes Alt-Grottenhof, insbesondere für den dringend notwendigen Bau eines Rinder- und Schweinestalles mit den erforderlichen Personalwohnungen und zur Errichtung von Obstanla-

gen zu verwenden. Weitere 1,333.000 Schilling sind zur Finanzierung des dem Lande zur Ersatzgrundbeschaffung für das Finanzamt Lichtenfelsgasse erwachsenden Aufwandes zu verwenden und 5,088.400 Schilling sind zur Bedeckung des dem Land aus dem Tauschvertrag mit dem Bund entstehenden Aufwandes zu verwenden.

Diese Regierungsvorlage wurde im Finanz-Ausschuß beraten und ich darf namens des Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der landeseigenen zum Gutsbestand der landwirtschaftlichen Fachschule Alt-Grottenhof gehörigen Grundstücke, Parzelle 17/5 der EZ. 1180, KG. Webling, und eines Teilstückes der Parzelle 94/2 der EZ. 1091, KG. Wetzelsdorf, im Gesamtausmaß von 66.988 m² an den Bund zur Erweiterung des Geländes der Harterkaserne und Errichtung eines Neubaus des Landesgendarmierkommandos zu einem Gesamtkaufpreis von 9,453.473 Schilling wird genehmigt.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Mangels Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung und bitte um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

9. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl. Zahl 291, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung des Landes Steiermark für ein von den Pächtern des Café Promenade, Otto und Elisabeth Meitzen bei der Steiermärkischen Sparkasse in Graz aufzunehmendes Darlehen von 250.000 Schilling.

Berichterstatter ist Herr Abg. Ileschitz. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Ileschitz: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Das Café Promenade in Graz, Erzherzog-Johann-Allee 1, gehört zum Gutsbestand des Burgareals, über das das Land Steiermark verfügbare berechtigt ist. Das Land hat das Promenadencafé an die Ehegatten Otto und Elisabeth Meitzen vermietet. Die Ehegatten Meitzen haben mit Genehmigung der zuständigen Abteilung für Liegenschaftsverwaltung eine großzügige Renovierung des Kaffeehauses insbesondere der Fassade und der Fenster vorgenommen und hierfür einen Aufwand von rund 250.000 Schilling vorgesehen. Nachdem die Ehegatten aus eigenem nicht in der Lage sind, diesen Betrag aufzubringen, mußten sie die Finanzierung durch Aufnahme eines Sparkassen-Kredites vorsehen. Die Steiermärkische Sparkasse wäre auch bereit, den Ehegatten Otto und Elisabeth Meitzen für die Instandsetzung ihres Geschäftslokales einen Kredit von 250.000 Schilling zu gewähren, verlangt aber eine Besicherung in Form einer Ausfallbürgschaft des Landes.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit dieser Vorlage eingehend beschäftigt und folgenden Antrag einstimmig genehmigt:

1. Die Landesregierung wird ermächtigt, zugunsten der Ehegatten Otto und Elisabeth Meitzen die Ausfallbürgschaft für einen bei der Steiermärkischen Sparkasse in Graz aufzunehmenden Kredit in der Höhe von 250.000 Schilling zu übernehmen. Der Kredit ist mit 8 Prozent p. a. zu verzinsen und hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

2. Der Kreditbetrag von 250.000 Schilling ist zur Gänze zur Erneuerung und Instandsetzung des in Landesverwaltung stehenden Objektes Café Promenade, Graz, Erzherzog-Johann-Allee Nr. 1, zu verwenden. Die Verwendung ist durch Organe der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion zu prüfen.

3. Die Landesregierung wird darüber hinaus ermächtigt, weitere ihr notwendig erscheinende Sicherungsmaßnahmen zu verlangen.

Ich ersuche um Genehmigung des Antrages.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte um ein Händenzeichen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zum Punkt 10 der Tagesordnung.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl. Zahl 292, über die Übernahme einer Ausfallbürgschaft des Landes Steiermark für ein vom Elektrizitätswerk Langenecker & Co., KG. Mönichwald aufzunehmendes Darlehen in Höhe von 1,300.000 Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Vorlage betrifft die Übernahme einer Ausfallbürgschaft des Landes Steiermark für ein vom Elektrizitätswerk Langenecker & Co., KG. Mönichwald aufzunehmendes Darlehen in der Höhe von 1,300.000 Schilling. Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich nicht näher definiere, die Vorlage wurde eingehendst im Finanz-Ausschuß diskutiert und beraten, und ich bin im Namen dieses Ausschusses beauftragt, folgenden Antrag zu stellen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird ermächtigt, gegenüber der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark für ein von der Firma Langenecker & Co., KG. Mönichwald aufzunehmendes Darlehen von 1,300.000 Schilling die Ausfallbürgschaft nach Maßgabe folgender Bedingungen zu übernehmen:

1. Das Darlehen hat eine Laufzeit von höchstens 10 Jahren und ist mit 7 Prozent p. a. antizipativ zu verzinsen.

2. Zur Besicherung des Darlehens sind die Erlöse der Langenecker & Co., KG. Mönichwald in den Verrechnungsbereichen Mönichwald, Waldbach und Wenigzell zu zedieren.

3. Die Gesellschafter der Kommanditgesellschaft haben für das Darlehen die Bürgschaft gemäß § 1346 ABGB. zu übernehmen.

4. Nach Durchführung des Verlaßverfahrens nach Ing. Josef Langenecker sind an den Liegenschaften der Gesellschafter Pfandrechte in der Höhe der Darlehensvaluta einzuräumen.

5. Die Darlehensvaluta ist zur Bezahlung von Verbindlichkeiten und für Investitionen zu verwenden. Soweit Verbindlichkeiten bezahlt werden (AVA-Automobil- und Warenkreditbank Ges. m. b. H. Wien und Überlandzentrale Lafnitz Ges. m. b. H. Dechantskirchen) sind die bezughabenden Pfandrechte vorbehaltlos zu lösen.

6. Die Landesregierung wird ermächtigt, weitere Sicherungsmaßnahmen, insbesondere die Einschaltung von Kontrollorganen vorzusehen.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händedezeichen, sofern sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir sind damit, Hohes Haus, zum Schlusse dieser Sitzung gekommen. Ich danke nochmals allen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten dafür, daß sie trotz der langen Dauer dieser Sitzung an den Beratungen mit gleichem Interesse und gleichem Eifer teilgenommen haben.

Ich danke aber auch den Landtagsstenographen für ihre Mühe und Ausdauer, für ihre besondere Ausdauer (Beifall), wodurch die während dieser viertägigen Sitzung gehaltenen Reden der Nachwelt überliefert werden können mit all den Zwischenfällen.

Es wird wahrscheinlich in diesem Jahr keine Landtagssitzung mehr stattfinden. Ich wünsche daher schon jetzt allen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten, allen Bediensteten des Landes Steiermark und der ganzen steirischen Bevölkerung ein friedvolles und gesegnetes Weihnachtsfest sowie Gesundheit und Erfolg im kommenden Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen. (Beifall.)

Schluß der Sitzung: 17.45 Uhr.